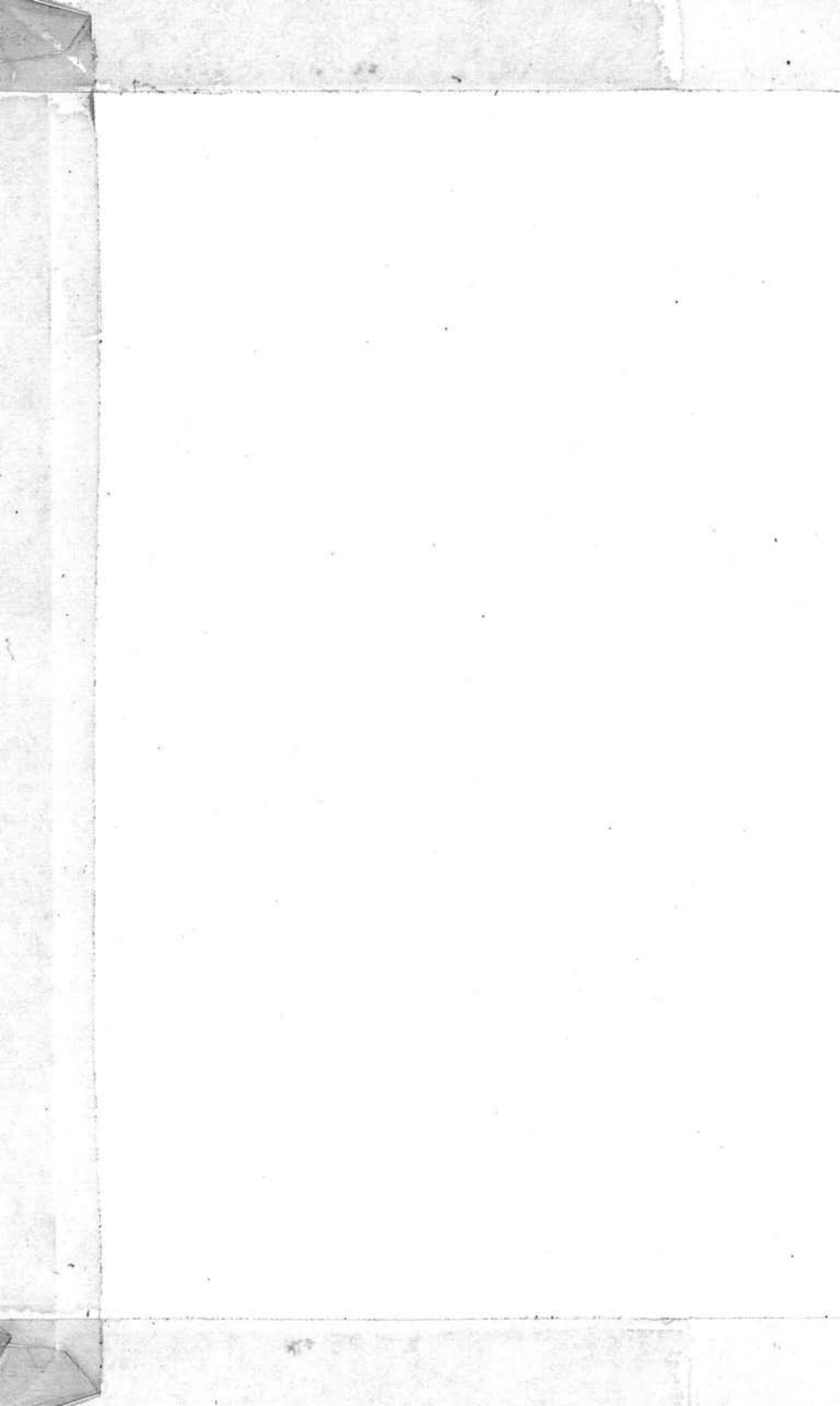


# DAS BÜRGER RECHT IM OBER WALLIS

Dr. Thomas Julien

Vom Mittelalter  
bis zur  
Französischen  
Revolution





Bibl. cant. VS Kantonsbibl.



1010015810

TA 34103



# **Das Bürgerrecht im Oberwallis**

Vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution

Dr. Thomas Julen

ZERMATT 1978

Buchdruckerei Oberwallis, Naters

TA 34.103



78/2677

**MEINEN LIEBEN ELTERN  
IN DANKBARKEIT**



## VORWORT

Der Souverän des Kantons Wallis erteilte in der Volksabstimmung vom 28. September 1975 die Zustimmung zur Abänderung der Artikel 69 bis 83 und 89 der Kantonsverfassung vom 8. März 1907.

In Artikel 82 der Verfassung wurde neu der Grundsatz verankert, dass die Burgerversammlung berechtigt ist, die Bildung eines getrennten Burgerrates zu verlangen, während gemäss Art. 70 der alten Verfassung hierfür die Zahl der Nichtburger wenigstens die Hälfte der Urversammlung bilden oder der Rat zur Hälfte aus Nichtburgern bestehen musste.

Mit der Verfassungsänderung wurde ein bedeutender Schritt für den Weiterbestand der Burgerschaften getan. Ein neues Gesetz über die Gemeindeverwaltung ist in Ausarbeitung und soll jenes von 1851 ersetzen. Die Kantonsverfassung unterstreicht die Bedeutung der aus altem Gewohnheitsrecht erwachsenen und sich während Jahrhunderten, allen Anfeindungen zum Trotz, bewährten Bürgergemeinden.

Auch ein Gutachten von alt Staatsschreiber Norbert Roten spricht sich für die Beibehaltung des Dualsystems, der Bürger- und der Einwohnergemeinde aus, denn «die Tätigkeit der Bürgergemeinden ergänzt jene der Einwohnergemeinden und vollzieht sich freiwillig, insbesondere auf karitativem, sozialem und ökologischem Gebiet, dann in bezug auf die Förderung der öffentlichen Schule und auf dem Gebiet kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Tätigkeit sowie in bezug auf Freizeiteinrichtungen.»

Mehr als 80 % unserer Wälder befinden sich im Eigentum der Bürgergemeinden, die damit für unsere Gesundheit, unsere Erholung, den für das Wallis lebenswichtigen Tourismus und den Umweltschutz eine nicht zu unterschätzende Aufgabe und eine grosse Verantwortung übernommen haben.

Viele Bürgergemeinden entlasten und ergänzen die Einwohnergemeinden durch die Unterstützung oder den Unterhalt von Werken und Einrichtungen im Interesse der Allgemeinheit, wie Kirchen, Kapellen, Altersheimen, Schulen, Bibliotheken, Sportanlagen, Parkplätzen, Tourismus- und Verkehrsbetrieben, erhaltenen Gebäuden, Tiefkühlanlagen, Wasserversorgung, Elektrizitätswerken u.a., wie eine von uns, in

sämtlichen Gemeinden des Oberwallis durchgeführte Umfrage ergab. Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden konnte in einer Untersuchung sechzig Untergruppen von Aufgaben feststellen, was die föderalistische Vielfalt der Bürgergemeinden ins Licht rückt<sup>1</sup>. Ihnen kommt in bezug auf Forst- und Landwirtschaft, Landschaftsschutz und -pflege, Umwelt- und Heimatschutz sowie Raumplanung vermehrt grosse Bedeutung zu.

Diese kurze, einleitende Darstellung mag die Rolle der Burgerschaft in der heutigen Zeit und für die Zukunft nur zusammenfassend anzudeuten, wir verweisen jedoch auf die ausführliche und fundierte Studie von Kurt Buchmann: «Die Bürgergemeinde — Idee und Wirklichkeit».

Die Aufgabe unserer rechtshistorischen Arbeit besteht nicht darin, die heutige Situation der Bürgergemeinde, noch deren Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte unter die Lupe zu nehmen, sondern die rechtliche Stellung der Bürger, mit anderen Worten, die Rechte und Pflichten der Bürger vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution darzustellen.

Werner Kämpfen schreibt in seiner Dissertation: «Einmal die Genesis der Burgerschaft abgeklärt, wäre es eine befriedigende Aufgabe, die man Lebensaufgabe nennen könnte, sämtliche Bürgerrechts- und Purenzunft-Statuten zu sammeln und zu sichten, ihren Inhalt betreffend Bürgerrechtserwerb und -verlust, Nutzungsrecht an Alpen, Wäldern und Gemeingut zu sondieren und zu interpretieren und dann vor allem die Rolle der Burgerschaft als politische Gemeinde durch alle Jahrhunderte bis zur Schwelle des 19. Jahrhunderts kritisch zu beleuchten und ihre Stellung im Zenden- und Landrecht zu ermitteln»<sup>2</sup>.

Wir haben in mehrjähriger, intensiver Arbeit versucht, diesem hochgesteckten Ziel nachzueilen und eine Lücke in der Verfassungsgeschichte des Wallis zu schliessen. Wir sind uns bewusst, dass diese Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Andererseits sahen wir uns genötigt, wie bei jeder wissenschaftlichen Arbeit, die Grenzen genau abzustecken und das Thema einzuschränken.

Wir befassen uns ausschliesslich mit dem Erwerb und dem Verlust des Bürgerrechts, mit den politischen Rechten und Pflichten der Bürger sowie den Nutzungsrechten an Wäldern, Alpen, Allmenden und am Gemeingut. Nicht übersehen haben wir dabei die Pflichten der Bürger.

Zum besseren Verständnis unserer Ausführungen kommen wir einleitend kurz auf die Entwicklung und den Begriff der Bürgergemeinde zu

---

<sup>1</sup> Kurt Buchmann, Die Bürgergemeinde - Idee und Wirklichkeit, St. Gallen 1977, S. 156.

<sup>2</sup> Werner Kämpfen, Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis rechtlich und geschichtlich betrachtet, Diss. Bern, Zürich 1942, S. 36.



sprechen, jedoch ohne ausführlich zu werden, da über dieses Thema bereits Grundlegendes veröffentlicht worden ist. Wir verweisen auf die Darstellungen von Josef Bielander: «Die Bauernzünfte als Dorfrecht», Werner Kämpfen: «Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis» und Louis Carlen: «Gericht und Gemeinden im Goms».

Räumlich beschränken wir unsere Arbeit auf das heute deutschsprachige Oberwallis, d.h. die Bezirke Goms, Östlich-Raron, Brig, Visp, Westlich-Raron und Leuk.

Seit dem Mittelalter erstreckte sich das bischöfliche Wallis von der Quelle der Rhone bis zur Einmündung der Morse. Gegen Bern im Norden war es durch die Berneralpen, gegen Italien im Süden durch die Walliser Alpen abgegrenzt.

Es wurde eingeteilt in die sieben sogenannten Zenden, die mit den heutigen Bezirken zu vergleichen sind, jedoch territorial nicht ganz übereinstimmen. So bildeten beispielsweise Täsch und Randa im 14. Jahrhundert einen Teil des Zenden Brig.

Die Zenden ihrerseits waren unterteilt. Die Einteilung in Viertel findet sich im Goms und im Zenden Visp, während Leuk, Raron, Siders und Sitten in Drittel und Brig in  $6\frac{1}{2}$  Gumper eingeteilt waren.

Die Frage, woher die Bezeichnung «Zenden» und die Zendeneinteilung im Wallis kommt, ist kontrovers und soll uns hier nicht näher beschäftigen. Wir begnügen uns mit einem Hinweis auf die verschiedenen Meinungen, wie sie von Louis Carlen zusammenfassend dargestellt worden sind<sup>3</sup>.

Zeitlich beschränken wir unsere Studie auf die Zeit vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution. Dieses geschichtlich bedeutende Ereignis brachte nicht nur Krieg, Not und Elend sondern auch die Idee der Municipalität ins Wallis. Nach dem Wiener-Kongress wurde das Wallis ein Teil der Eidgenossenschaft. Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons bestimmten von nun an die Entwicklung der Bürgergemeinde und der Municipalität, welche im Wallis seither nebeneinander bestehen. Das letzte Kapitel ist äusserst kurz gehalten, bildet jedoch nicht mehr einen rechtshistorischen Teil unserer Arbeit, soll diese aber mit einem Blick auf die heutige Rechtsstellung der Bürger abrunden, ohne dass wir auf die staatsrechtlichen Fragen näher eingehen.

Abschliessend geben wir im Anhang einige ergänzende Erläuterungen zu den, im Mittelalter im Wallis gebräuchlichen, uns heute nicht mehr geläufigen Massen und Gewichten und den Daten des Bauernkalenders. Wir stützen uns zum grossen Teil auf ungedrucktes Quellenmaterial, das sich hauptsächlich in den Archiven der Gemeinden befindet. Die lateini-

---

<sup>3</sup> Louis Carlen, *Gericht und Gemeinde im Goms*, Fribourg 1967, S. 77 ff.

schen und deutschen Urkunden werden in der mittelalterlichen Schreibweise zitiert; wir haben darauf verzichtet, die Form des klassischen Lateins zu rekonstruieren.

Eine wertvolle Fundgrube bilden ebenfalls die acht Bände Walliser Urkunden von Jean Gremaud, die zwei Bände der Landrats-Abschiede von Dionys Imesch, die zwei Bände der Landrats-Abschiede von Bernhard Truffer, viele, zum Teil mit Vorbehalt zu gebrauchende Dorfmonographien sowie die oft zitierten Studien von Josef Bielander, Werner Kämpfen und Louis Carlen.

Es ist dem Verfasser eine angenehme Pflicht allen zu danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonderen Dank schulde ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Louis Carlen, für die Unterstützung und Beratung, welche er meiner Arbeit entgegenbrachte. Mein Dank gilt auch Herrn Dr. Josef Bielander, alt Gerichtspräsident in Brig, und Herrn Othmar Julen, Burgerpräsident in Zermatt. Dem Personal des Staatsarchivs und der Kantonsbibliothek in Sitten, den Gemeinde- und Burgerpräsidenten, die meine Umfragen bereitwillig beantwortet und mir die Urkunden der Archive zur Einsichtnahme überlassen haben, meinen aufrichtigen Dank.

Zermatt, Ende Dezember 1977

## EINLEITUNG

Die Burgergemeinde hat die Entstehung, die Entwicklung und den Fortbestand des Kantons Wallis massgebend beeinflusst und ausschlaggebend mitgeprägt. Bevor wir auf die Entstehung und Entwicklung der Burgerschaft näher eingehen, möchten wir kurz die Besiedlungsgeschichte des Wallis ins Auge fassen.

Die Urgeschichte des Wallis ist weitgehend in tiefes Dunkel gehüllt. Gräberfunde aus dem Neolithikum, der jüngeren Steinzeit (5000—2000 v. Chr.), lassen uns ahnen, wie jene Bewohner des Wallis lebten, die Werkzeuge und Waffen aus kunstvoll geschliffenen Steinen herstellten und von der Jagd, später auch vom Ackerbau sich ernährten<sup>1</sup>.

Als erstes geschichtlich erfassbares Volk besiedelten in der La-Tène-Epoche (450 v. Chr. bis Christi Geburt) die Ligurer, welche später den eindringenden Kelten weichen mussten oder sich mit ihnen vermischten, das Wallis<sup>2</sup>.

Der überragende römische Feldherr Julius Caesar berichtet uns in «*De bello gallico*» von vier keltischen Stämmen, den Viberern, den Sedunern, den Veragerern und den Nantuaten, die zur Zeit seines Feldzuges um 57 v. Chr. das Wallis bewohnten<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Marc-R. Sauter, *Préhistoire du Valais, Des origines aux temps mérovingiens*, Vallesia V, 1950, S. 1 ff. - Vallesia X, 1955, S. 1 ff. - J. Eggs, *Die Geschichte des Wallis im Mittelalter*, Einsiedeln 1930, S. 1 f. - Konrad Imseng, *Saas-Thal*, Visp 1973, S. 20 f. - Funde der prähistorischen Zeit können u.a. im Museum für Archäologie in Sitten besichtigt werden.

<sup>2</sup> J. Eggs, a.a.O., S. 3 f. - K. Imseng, a.a.O., S. 22 ff. - Albert Julien, *Die Namen von Zermatt und seinen Bergen im Lichte der Geschichte*, BWG XI/1 (1951), S. 4 f. - Josef Bieblander, *Die Bauernzünfte als Dorfrecht*, BWG IX/5 (1944), S. 520.

<sup>3</sup> Julius Caesar, *De bello gallico*, Bd. III. - J. Eggs, a.a.O., S. 4. - Sigismund Furrer, *Geschichte vom Wallis*, Band I, Sitten 1850, S. 13 ff. - Rudolf Metry, *Rechtsgeschichtliche Entwicklung der Gemeinde Albinen bis zum Erlass der Bauernstatuten vom Jahre 1552*, Manuskript 1911. - Zu den Kelten und ihrer Bedeutung für das Saastal, vgl. K. Imseng, a.a.O., S. 29 ff.

Der römische Expansionsdrang machte vor den hohen und rauhen Alpen nicht halt, ja es waren gerade die Alpenpässe und die Verbindung zu Gallien, die den Römern unter anderem den Anstoss gaben, das Wallis ihrem Weltreich einzuverleiben. Römische Legionen und Händler brachten über die gut ausgebauten Passwege, den St. Bernhard, den Theodulpas, den Monte Moro, den Antronapass, den Simplon, den Albrun und den Griesspass neues Kulturgut in die Alpenprovinz, die sie Vallis Poeninae nannten und deren Hauptort Sedunum (Sitten) bildete. Die Römer bauten Städte, Castella, Dörfer, Strassen und Theater und lehrten die ansässige Bevölkerung den Feld-, Acker- und Weinbau. Wie weit der römische Einfluss im Oberwallis reichte und wie intensiv er war, lässt sich nur schwer nachweisen, obwohl unzählige Funde, Bezeichnungen und Ordnungen auf römischen Ursprung hinweisen<sup>4</sup>.

Den Römern folgten die Burgunder, die sich nach ihrer vernichtenden Niederlage in Gallien (443 n. Chr.) an den Gestaden des Genfersees und entlang der Rhone ansiedelten. Die Gründung des Klosters von St. Maurice im Jahre 515 n. Chr. geht auf den Burgunderkönig Sigismund zurück. Bereits 534 n. Chr. unterlagen die Burgunder den Franken, die ihre Herrschaft über das Wallis und die wichtigen Alpenübergänge ausdehnten. Bald nach dem Tode Karls des Grossen zerfiel durch den Vertrag von Verdun (843 n. Chr.) das fränkische Reich in drei Teile. Das Mittelreich, zu dem das Wallis gehörte, löste sich bald auf, was dem welfischen Graf Rudolf eine willkommene Gelegenheit bot, das Königreich Hochburgund zu gründen. Er setzte sich 888 n. Chr. in St. Maurice die Königskrone aufs Haupt. Der letzte König von Hochburgund, Rudolf III., schenkte im Jahre 999 n. Chr. die Grafschaft Wallis (Comitatem Vallengem) mit allen Rechten und Einkünften dem Bischof von Sitten, der nun die geistliche und die weltliche Gewalt über das Wallis in seiner Hand vereinigte<sup>5</sup>.

Während der burgundischen und der fränkischen Regierungszeit drangen stossweise alemannische Stämme über die Grimsel, den Lötschen-

<sup>4</sup> Marc-R. Sauter, a.a.O., - J. Eggs, a.a.O., S. 5 ff. - S. Furrer, a.a.O., S. 19 ff. - R. Metry, a.a.O., - K. Imseng, a.a.O., S. 48 ff. - A. Julien, a.a.O., S. 5 f. - J. Bielander, a.a.O., S. 520 ff. - Die Altertumssammlung im Museum für Archäologie in Sitten umfasst unzählige Stücke römischer Kultur. Auch im Museum von Zermatt finden sich römische Münzen, die auf dem Theodulpas gefunden wurden. - Vgl. auch: W.A. Liebeskind, Die politischen Verhältnisse im Wallis zur Römerzeit, Zeitschrift für Schweiz. Geschichte 1930, S. 145 ff. - Fritz Stähelin, Die Schweiz in römischer Zeit, Basel 1931. - Jahn, Die Geschichte der Burgundionen und Burgundiens bis zum Ende der ersten Dynastie, 1874.

<sup>5</sup> R. Hoppeler, Beiträge zur Geschichte des Wallis im Mittelalter, Zürich 1897, S. 2 ff. - J. Eggs, a.a.O., S. 12 ff. - R. Metry, a.a.O. - S. Furrer, a.a.O., S. 23 ff. - K. Imseng, a.a.O., S. 72 ff. - Vgl. Jahn, a.a.O.

pass und die Gemmi ins Wallis ein. Die Historiker verlegen den Zeitpunkt dieser Einfälle manchmal ins 5./6. Jahrhundert, manchmal in den Zeitraum zwischen 800—1100 n. Chr.<sup>6</sup> Nach einer Theorie wären die Alemannen von den tapferen Burgundern aufgehalten worden, während andere Theorien eine friedliche Absprache zwischen den Burgundern und den Eindringlingen annehmen. Sicher ist, dass im 12. und 13. Jahrhundert deutschsprachige Alemannen das Oberwallis besiedelten. Die deutsch-romanische Grenze verlief irgendwo zwischen Raron und Leuk<sup>7</sup>.

Der letzte König von Hochburgund, Rudolf III., hatte im Jahre 1016 den deutschen Kaiser Heinrich II. zum Erben seines Reiches eingesetzt. Im Jahre 1032 ging Hochburgund auf dessen Nachfolger, Kaiser Konrad II. über. Damit war das Wallis ein Teil des «Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation» geworden<sup>8</sup>.

Seit dem 11. Jahrhundert übten die Grafen von Savoyen einen ausschlaggebenden Einfluss auf das Wallis aus, wo sie umfangreiche Besitzungen erwarben und den Lauf der Geschichte mitbestimmten<sup>9</sup>.

Der Bischof von Sitten übte als geistlicher und weltlicher Fürst über das obere Wallis seine Herrschaft aus, gestützt auf den Klerus und den Adel, der aus seiner Hand richterliche, administrative, fiskalische und wirtschaftliche Befugnisse und Lehen empfing.

Als sich der Bischof vermehrt gegen die Machtansprüche der Grafen von Savoyen, des heimischen Adels und der Lehensträger zur Wehr setzen musste, fand er unter den Bauern des Oberwallis treue Gefolgsleute, die für ihre Tapferkeit und ihre Treue mehr Selbständigkeit und Freiheit verlangten.

Diese kurze einleitende Darlegung der Besiedlungsgeschichte des Wallis ist zum besseren Verständnis der folgenden Kapitel notwendig. W.A. Liebeskind schreibt: «Der Natur des Landes entspricht seine Geschichte: wild, bewegt, voller Eigenart. Und eigenartig wie die Geschichte ist auch das Recht, dessen Entwicklung hier eigene Wege gegangen ist. Das Landrecht, die *consuetudo terre Vallesii*, weist ein höchst eigenartiges

<sup>6</sup> Werner Kämpfen, Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis, S. 18. - K. Imseng, a.a.O., S. 76 ff. Vgl. Paul Zinsli, *Walser Volkstum in der Schweiz, im Vorarlberg, Liechtenstein und Piemont, Erbe, Dasein und Wesen*, 4. Auflage, Frauenfeld 1976.

<sup>7</sup> R. Hoppeler, a.a.O., S. 3 f. - R. Metry, a.a.O. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 18 f. - K. Imseng, a.a.O., S. 76 ff.

<sup>8</sup> R. Hoppeler, a.a.O., S. 15 ff. - S. Furrer, a.a.O., S. 54 ff. - J. Eggs, a.a.O., S. 21 ff.

<sup>9</sup> Andreas Heusler, *Rechtsquellen des Cantons Wallis*, Basel 1890. S. 2 ff. - Vide Anmerkung 8.

Gepräge auf, altes Volksrecht mit zahlreichen örtlichen Eigenheiten, durch gelehrtes römisches Recht beeinflusst und allmählich umgestaltet»<sup>10</sup>.

Das Walliser Landrecht, das nicht ohne Einfluss auf die Bürgerrechte blieb, atmet nicht nur stark germanischen Geist, sondern weist auch Spuren des römischen Rechtes auf. Das Pfand- und Prozessrecht der Burgunder, der Königsbann von 60 Pfund Busse des fränkischen Rechts, das Strafrecht und das eheliche Güterrecht des alemannischen Rechtes und die Savoyer Stadtrechte, zu denen auch die Unterwalliser Stadtrechte gehörten, hinterliessen deutliche Spuren im Landrecht<sup>11</sup>.

Nach einer These des holländischen Gelehrten E.M. Meijers wäre sogar ein erheblicher Teil des alten Walliser Rechts ligurisches Recht<sup>12</sup>.

---

<sup>10</sup> *Wolfgang Amadeus Liebeskind*, Bischof Walhers II Auf der Flüe, Landrecht und Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, nebst einem Auszug aus seinen Synodalstatuten, Leipzig, 1930, S. 1.

<sup>11</sup> *Louis Carlen*, Das Walliser Landrecht, BWG XII/V (1959), S. 408 ff.

<sup>12</sup> *J. Bieler*, a.a.O., S. 520 f. - *L. Carlen*, a.a.O., S. 410. - Vgl. *E.M. Meijers*, Le droit ligurien de succession en Europe occidentale, Tome I, Les Pays alpins, Le Valais, S. 27. ff. - *His* in: Schweizer Juristen der letzten 100 Jahre, Lief. 1 (1944), Einleitung.



*Landtafel der Landschaft Wallis, in: Johannes Stumpf, Gemeiner loblicher Eydgnoschafft Stetten, Landen und Völckeren Chronik, Das Eilffte Buch, haltet inn ein kurtze beschreybung und ordentliche verzeichnung der landschafft und des Bistums zu Wallis/wie das in der eilfften Landtaflen entworffen ist, Zürych 1548, Blatt 338.*



## 1. KAPITEL

### ZUR ENTWICKLUNG DER BÜRGERGEMEINDE

Die heutige Verfassung und Gesetzgebung des Kantons Wallis unterscheiden zwei Arten von Gemeinden: die Bürger- oder Heimatgemeinde, genannt die Burgerschaft (*bourgeoisie* oder *la commune bourgeoise*) und die politische Gemeinde (*la commune politique*), die Orts- oder Einwohnergemeinde, genannt Munizipalität. Dieser administrative Dualismus stammt aus jüngerer Zeit, denn vor 1848 bestand im Wallis lediglich die Bürgergemeinde, die weder durch die Französische Revolution noch durch das französische Regime in ihren festen Fundamenten erschüttert werden konnte<sup>1</sup>.

In den kommenden Ausführungen sehen wir weitgehend von der politischen Gemeinde ab und wenden unsere Aufmerksamkeit der Bürgergemeinde zu.

Bevor wir die rechtshistorische Entwicklung der Burgerschaft und des Bürgerrechtes näher ins Auge fassen, müssen wir von den modernrechtlichen Begriffen des Staatsgebietes, des Staatsvolkes, der Staatsgewalt, des öffentlichen und des privaten Rechtes Abstand nehmen und dort ansetzen, wo diese Begriffe nicht genau präzisiert, sondern wandelbar waren. Für das Walliser Bürgerrecht gilt zweifelsohne auch, was W. Frick für Zürich schreibt: «Das öffentliche Recht war vielmehr eng vermischt mit dem, übrigens überwiegenden privaten Rechte und die Befugnisse öffentlich-rechtlichen wie privatrechtlichen Charakters waren nicht verschiedenen Rechts, sondern entsprangen nur einer Rechtsquelle»<sup>2</sup>.

Der Ursprung der Walliser Gemeinden ist bis heute noch nicht vollständig geklärt. Nach der Theorie Victor van Berchems hatten sich in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts verschiedene kleine Dorfgemeinden

<sup>1</sup> *Paul de Courten*, *La Commune politique valaisanne*, Diss. Fribourg 1929, S. 1-30. - *Raymund Loretan*, *Das Gemeinderecht des Kantons Wallis*, Diss. Fribourg, Manuskript. - *W. Kämpfen*, a.a.O., S. 10.

<sup>2</sup> *Wilhelm Frick*, *Das Bürgerrecht des Zürcher Stadt-Staates in seiner historischen Entwicklung und Bedeutung*, Schweizerische Juristen-Zeitung, 24. Jahrgang, Heft 13, S. 193.

von der Urgemeinde, die weiterhin Sitz der Gerichtsbarkeit blieb, getrennt, ohne den Zusammenhang mit ihr zu verlieren. Diese grosse, die Dorfgemeinden des ganzen Meiertums umfassende Gemeinde bildete den späteren Zenden<sup>3</sup>.

Julius Eggs schloss sich dieser Meinung an<sup>4</sup>. Auch Dionys Imesch<sup>5</sup> und Leopold Borter<sup>6</sup> stützten ihre Darstellungen über die Entwicklung der Gemeinden des Zenden Brig auf diese These, während Louis Carlen für das Goms darlegt, dass die Entwicklung der Gemeinden nicht von der Urgemeinde her, sondern auf dem umgekehrten Weg erfolgte. Die Besiedlung war von Anfang an Hofsiedlung. Erst eine grössere Zahl von Dörfern und Weilern führten zu einer Konzentration grösserer Siedlungen<sup>7</sup>.

Die bedeutendsten Gemeinden des Tales gelangten nach der Ansicht von Andreas Heusler zuerst zu einer gewissen Selbständigkeit, während kleinere Bergdörfer länger unter der Herrschaft der Feudalherren blieben<sup>8</sup>.

Gelegentlich wurde die Frage aufgeworfen, ob die Entstehung der selbständigen Gemeinden im Zusammenhang stehe mit der Gründung von Pfarreien<sup>9</sup>. Paul-Eugen Burgener kann für den Zenden Visp<sup>10</sup> und Louis Carlen für das Goms und andere Zenden diese Frage verneinen<sup>11</sup>.

Jean Gremaud und andere Autoren, besonders jedoch die Verfechter der Rückschlusstheorie möchten den Ursprung der Gemeinden in die dunkle, urkundenarme Zeit vor dem 13. Jahrhundert, ja gelegentlich ins 6. Jahrhundert oder für die Talgemeinden bis in die Zeit der Römer verlegen<sup>12</sup>.

<sup>3</sup> Louis Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 13. - Victor van Berchem, Guichard Tavel, Evêque de Sion (1345-1375), JSG XXIV (1899), S. 62 ff.

<sup>4</sup> Julius Eggs, a.a.O., S. 50 ff.

<sup>5</sup> Dionys Imesch, Der Zenden Brig bis 1798, BWG VII (1930), S. 108 ff. - Ders., Beiträge zur Geschichte und Statistik der Pfarrgemeinde Naters, Bern 1908, S. 55.

<sup>6</sup> Leopold Borter, 400 Jahre Burgerschaft und Bauernzunft Ried-Brig, 1563-1963, Visp 1963, S. 8. - Ders., Burgerschaften und Bürgerwälder am Simplonnordhang, Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, Nr. 8/9 (1966), S. 611 ff. - Vgl. Paul Heldner, 1350 Jahre Glis, Glis 1965, S. 56.

<sup>7</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 13 f, 177 ff. - Ders., Das Goms, Schweizer Heimatbücher, SH 128, Bern 1966, S. 10 f.

<sup>8</sup> A. Heusler, RQ, S. 17.

<sup>9</sup> Rudolf Metry, Das Bewässerungsrecht des Kantons Wallis, Diss. Bern 1912, Manuskript, S. 24. - J. Eggs, a.a.O., S. 51. - Vgl. W. Kämpfen, a.a.O., S. 12.

<sup>10</sup> Paul-Eugen Burgener, Burgerschaft Visp, Manuskript, S. 16 ff. - Freundlicherweise hat mir Herr Burgener sein unveröffentlichtes Manuskript zur Verfügung gestellt.

<sup>11</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 14 ff, 196 ff. - Bestimmte Einflüsse der Pfarreien Visp, Ernen, Münster und Binn auf die Gemeinden halten auch Burgener und Carlen für möglich.

<sup>12</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 13 ff. - R. Metry, a.a.O., S. 24. - Zur Gemeindebildung allge-

Die Rechtshistoriker und die Geschichtsschreiber nehmen heute mit grosser Sicherheit an, dass sich die politische Gemeinde im Wallis seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts entwickelt hat; doch bereits vorher bestand die wirtschaftliche Gemeinde<sup>13</sup>.

Es ist nicht der Sinn dieser kurzen Einleitung und würde den Rahmen unserer Arbeit sprengen, wollten wir für sämtliche Dörfer darlegen, wann sie zum ersten Mal als Gemeinden — in den lateinischen Urkunden findet sich der Ausdruck «*communitas*» — nachweisbar sind. Dies mag der Lokalgeschichte der einzelnen Dörfer überlassen bleiben.

Im 14. Jahrhundert sind auf dem Gebiet des Zenden Goms<sup>14</sup> mehr als zwanzig, in Östlich-Raron neun<sup>15</sup>, in Brig siebzehn<sup>16</sup>, in Visp zehn<sup>17</sup>, in

---

mein und in anderen Kantonen verweisen wir auf: *Markus Feldmann*, Wie entstand die Gemeinde, Separatabdruck aus der Neuen Berner Zeitung, 1934. - *Erwin Häni*, Die Entstehung und Entwicklung des Schweizerischen Bürgerrechtes bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, St. Gallen 1933. - *Hermann Rennfahrt*, Über die Entwicklung des Schweizerbürgerrechtes, Zeitschrift für schweiz. Recht, NF. Bd. 71, 1952. - *Wolfgang Amadeus Liebeskind*, La Commune dans l'Histoire politique de la Suisse, Revue de la Société des Juristes bernois, fasc. 3, vol. 77, 1941. - *Peter Liver*, Abhandlungen zur schweizerischen und bündnerischen Rechtsgeschichte, Chur 1970. - *Pio Caroni*, Le origini del dualismo comunale svizzero, Milano 1964. - *Göri Pedotti*, Beiträge zur rechtsgeschichtlichen Entwicklung der Gemeinde, der Gemeindeaufgaben und des Gemeindevermögens im Kanton Graubünden, Diss. Zürich 1936. - *Kurt Luchsinger*, Der Tagwen im Rahmen des glarnerischen Gemeindewesens, Glarus 1941. - *Edmund His*, Über das Bürgerrecht in der alten Eidgenossenschaft, Zeitschrift für schweiz. Recht, 50 (1931), S. 258-280. - *Arnold Stahel*, Gemeindebürgerrecht und Landrecht im Kanton Zürich, Diss. Zürich 1941. - *J. Rüttimann*, Über die Geschichte des schweizerischen Gemeindebürgerrechtes, Zürich 1862. - *Rudolf Schmid*, Stadt und Amt Zug bis 1798, Diss. Zürich 1915.

<sup>13</sup> Der Ausdruck «politische Gemeinde» wird hier nicht im Sinne der heutigen Terminologie gleichbedeutend mit Munizipalität und als Gegensatz zur Burgerschaft gebraucht, sondern als Gegensatz zur wirtschaftlichen Gemeinde. Ob die politische Gemeinde mit der Bürgergemeinde identisch war, soll später abgeklärt werden.

<sup>14</sup> *L. Carlen*, a.a.O., S. 16 ff., 182 ff. - *Adolf Briw*, Reckingen, BWG VII (1930), S. 41.

<sup>15</sup> *Peter Arnold*, Licht und Schatten in den 10 Gemeinden von Oestlich-Raron im Wallis, Mörel 1961, S. 129 ff. - *L. Carlen*, a.a.O., S. 183.

<sup>16</sup> *D. Imesch*, Der Zenden Brig, S. 109. - *Ders.*, Naters, S. 55. - *L. Borter*, Ried-Brig, S. 7 ff. - *Ders.*, Burgerschaften am Simplonnordhang, S. 611 ff. - *Dionys Imesch/Walter Perregg*, Zur Geschichte von Ganter, Visp 1943, S. 78 ff. - An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass Täsch und Randa in jener Zeit zum Zenden Brig gehörten.

<sup>17</sup> *P.-E. Burgener*, a.a.O., S. 17 ff. - *Ders.*, Zur Gemeindebildung in Visp, Rechtsgeschichte und Volkskunde, Schriften des Stockalperarchivs in Brig, Heft 12, 1968, S. 28 ff. - *Paul Heldner/Albert Carlen*, Geschichte und Chronik von Baltschieder, Visp 1971, S. 27.

Westlich-Raron fünf<sup>18</sup> und in Leuk mehr als acht Gemeinden<sup>19</sup>, die L. Carlen «communitas-Gebilde» nennt, urkundlich nachgewiesen.

«Communitas» bezeichnet ein bestimmtes Herrschaftsgebiet, das von einer Personenvereinigung beherrscht wird, die als Trägerin von Herrschaftsrechten eine Körperschaft mit organmässiger Vertretung darstellt<sup>20</sup>.

Welchen Status und welche Kompetenzen diese Gemeinden zu Beginn besaßen, ist vielfach schwierig festzustellen, ebenso das genaue Datum der Entstehung. Die Gemeinden entstanden nicht durch einen Mehrheitsbeschluss der Urversammlung, noch durch einen konstitutiven Akt. Jedenfalls sind uns keine Urkunden bekannt, die uns von einer Gemeindegründung Bericht geben.

Während im Unterwallis bereits im 12. und frühen 13. Jahrhundert die «communitas» auftritt<sup>21</sup>, findet sich diese Bezeichnung im Zenden<sup>22</sup> Visp erstmals im Jahre 1248 für Visp, im Zenden Goms 1297 für Binn<sup>23</sup> und im Zenden Brig 1307 für Brig und Naters<sup>24</sup>.

Die Gemeindebildung erfolgte an verschiedenen Orten zu verschiedener Zeit und unter jeweils anderen Umständen. Zweifelsohne standen mancherorts anfangs der Dorfadels und jene, aus Norditalien eingewanderten Adelsfamilien den Gemeindebildungen nicht feindlich, sondern eher freundlich und unabhängigkeitsfördernd gegenüber<sup>25</sup>. So enthält das älteste Burgerverzeichnis von Visp an der Spitze mehrere Namen adeliger Abkömmlinge wie de Platea, de Werra und von Silenen. Bereits im Jahre 1349 stand Wyfred von Silenen der communitas von Visp als Procurator und Consul vor<sup>26</sup>.

<sup>18</sup> *Fidelis Schnyder*, Chronik der Gemeinde Gampel, Brig 1948, S. 14 ff.

<sup>19</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 14 ff. - *Paul Heldner*, 1450 Jahre Leuk, Glis/Brig 1965, S. 29. - *Leo Meyer*, Das Turtmantal, Jahrbuch des SAC, Band 58 (1923), S. 316. - Zum Nachweis von Gemeinden im Wallis, vgl. *Gremaud*, V, S. LXXXVIII ff.

<sup>20</sup> *L. Carlen*, Zur Geschichte von Brig, Brig 1965, S. 20.

<sup>21</sup> *Robert Hoppeler*, a.a.O., S. 259 ff. - *R. Metry*, Bewässerungsrecht, S. 25. - *Josef Bieler*, Die Bauernzünfte als Dorfrecht, BWG IX (1944), S. 519. - *Rudolf Metry*, Rechtsgeschichtliche Entwicklung der Gemeinde Albinen bis zum Erlass der Bauernstatuten vom Jahre 1552. Manuskript 1911, S. 13. - Vgl. *W. Kämpfen*, a.a.O., S. 13 und daselbst aufgeführte Angaben.

<sup>22</sup> *P.-E. Burgener*, Burgerschaft Visp, S. 1. - *Ders.*, Zur Gemeindebildung in Visp, S. 27.

<sup>23</sup> *L. Carlen*, Gericht und Gemeinden, S. 182 f. - *Ders.*, Das Meiertum von Binn, WJB XXV (1956), S. 79.

<sup>24</sup> *L. Carlen*, Zur Geschichte von Brig, S. 20.

<sup>25</sup> *J. Bieler*, a.a.O., S. 534. - *W. Kämpfen*, a.a.O., S. 12 ff. - *P.-E. Burgener*, Burgerschaft Visp, S. 24 ff.

<sup>26</sup> *P.-E. Burgener*, a.a.O., S. 58. - *Ders.*, Zur Gemeindebildung in Visp, S. 29. - *Andreas Weissen*, Die Burgerschaft Visp, Schriften des Stockalperarchivs in Brig, Heft 24, Visp 1973, S. 15.

Das Wallis blieb dank seiner Bedeutung als Passland von den geistigen Strömungen der Zeit nicht unberührt. Ein reger Handelsverkehr mit den norditalienischen Städten und Gemeinden wickelte sich über den Theodul, den Monte Moro, den Antrona, den Simplon, den Albrun, den Nufenen und den Griesspass ab.

Die Entwicklung der Gemeindebildung der Innerschweiz stand wesentlich unter norditalienischem Einfluss. Diese Feststellung von Hans Fehr hat für das Oberwallis ebenfalls Bedeutung, denn «die italienischen Bürger- und Bauerngemeinden standen damals in einem heissen Kampf um ihre Freiheit. Im 12. und 13. Jahrhundert errangen viele dieser Genossenschaften in Oberitalien weitgehende Siege gegenüber der herrschaftlichen Gewalt. Sie schüttelten wirtschaftliche und persönliche Unfreiheit ab. Sie durchbrachen die Fesseln der Grundherrschaft und der Leibeigenschaft. Sie machten sich politisch selbständig. Neben dem Willen zu wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit ist das Streben nach politischer Selbstbestimmung und föderativem Zusammenschluss durch die italienischen Verhältnisse mit bestimmt worden»<sup>27</sup>.

Die benachbarten Gemeinden im oberen Tessin, die Stadtrepublik Como, die Täler südlich des Simplons und des Monte Rosa, die übrigens teils von ausgewanderten Wallisern, sogenannten Walsern besiedelt waren, haben mit ihren freiheitlichen Errungenschaften vermutlich unmittelbar auf das Wallis eingewirkt.

Die Frage, ob zuerst in der Innerschweiz oder im Wallis selbständige Gemeinden entstanden, bleibt unseres Erachtens offen. P.-E. Burgener schreibt hiezu: «So setzt denn die Entwicklung hin zur autonomen Gemeinde bei uns im Wallis viel früher ein als in den Waldstätten. Andererseits hat der erfolgreiche Freiheitskampf der drei Länder den Walliser Gemeinden in ihrem wechselnden Kampf gegen Bischof und Adel kräftigen Auftrieb verliehen und somit mittelbar zur Autonomie der Gemeinden beigetragen»<sup>28</sup>.

In den Kriegen gegen Savoyen und in den Fehden gegen den einheimischen Adel sah sich der Bischof, der zugleich Landesherr von Wallis war, auf die Waffenhilfe und die Unterstützung der Oberwalliser angewiesen. Diese verlangten als Entgelt für ihre Tapferkeit und Treue mehr Freiheit und Selbständigkeit für ihre Gemeinden und Zenden, denn «sie hätten sich von den fremden Fürsten... mit ihrer Macht und Tapferkeit,

<sup>27</sup> Hans Fehr, Deutsche Rechtsgeschichte, X, 5. Auflage, Berlin 1952, S. 123. - Für den Einfluss der norditalienischen Freiheitsbewegungen auf das Wallis sei verwiesen auf: J. Bieler, a.a.O., S. 528. - P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 26 ff. - L. Carlen, a.a.O., S. 200 ff.

<sup>28</sup> P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 25 f.

Schweiss und Blut befreit»<sup>29</sup>. Seit jener Zeit, als Bischof Witschard Tavelli (1342—1375) sich den Titel «comes et praefectus Vallesii» beilegte und damit seinen Machtanspruch gegenüber Savoyen und dem einheimischen Adel demonstrierte, nahmen Vertreter der Zenden und der Gemeinden am Landrat teil<sup>30</sup>.

Manch eine Gemeinde hat wohl mit Waffengewalt von den Grundherren die Freiheit ertrotzt. Andere Gemeinden benützten, als der Adel verarmte und die Grundherren der Bauernschaft Boden zu Lehen übertrugen, den Zeitpunkt, sich selbständig zu machen<sup>31</sup>. Teilweise hatten im Laufe der Zeit die Gemeinden ihre Freiheit, die ganze Herrschaft, die hohe, niedere und gemischte Gerichtsbarkeit, die Ausübung der Gerechtigkeit, die Lehensgüter, Mannschaften, Steuern, Gilten, Bodenzinsen, alle Privilegien, Rechte und Zubehör für sich und ihre Erben erkauft<sup>32</sup>. Zweifelsohne bestand vor der politischen die wirtschaftliche Gemeinde. Es stellt sich sogleich die Frage, ob es im Wallis Markgenossenschaften gab. In der modernen Genossenschaftslehre versuchten Gierke und seine Anhänger den Ursprung der Geteilschaften<sup>33</sup> mit Hilfe der Rückschlusstheorie in die Zeit zwischen das 6. und das 13. Jahrhundert, die dunkle und urkundenarme Epoche zu verlegen. Nach dieser Theorie besaßen alle freien Volksgenossen zu Beginn der germanischen Besiedlung einen ungefähr gleich grossen Anteil an Haus, Hof und Feld. Die ausgedehnten Wälder und Weiden verblieben im Gemeineigentum und in gemeinschaftlicher Nutzung aller Genossen, die über die Bewirtschaftung der-

<sup>29</sup> A. Heusler, RQ, S. 22 f. - J. Eggs, a.a.O., S. 51 ff.

<sup>30</sup> A. Heusler, RQ, S. 18.

<sup>31</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 181. - P. Heldner, Glis, S. 56. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 33.

<sup>32</sup> Die drei Loskäufe der Leute von Zermatt in den Jahren 1538, (B.-A. Zermatt, BB1), 1562 (SA AV 70 bis/2), 1618 (SA AV 70 bis/3). - Vgl. Leo Meyer, Zermatt in alten Zeiten, Jahrbuch des SAC, Band 57 (1922), S. 253 ff. - Josef Ruden, Familien-Statistik der löblichen Pfarrei von Zermatt, Ingenbohl 1870, S. 114 ff. - Stanislaus Kronig, Familienstatistik und Geschichtliches über Zermatt, Ingenbohl 1927, S. 207 ff. - Peter Arnold, Der Simplon, Brig 1948, S. 235 ff. - Louis Carlen, Das Meiertum von Binn, S. 77. - Leo Garbely, Freigericht Benken, Gemeinde und Pfarrei Steg (1434-1934), BWG VIII (1935), S. 5 ff. - Ludwig Weissen, Denkwürdigkeiten von Unterbach, Privatausgabe 1959, S. 28 f. - D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 89 ff. - L. Bortler, Aus der Geschichte von Mund, in: Kirchweihe Mund, 1964, S. 3 f.

<sup>33</sup> Der Ausdruck «Geteilschaft» entspricht der gemein gebräuchlichen Bezeichnung Genossenschaft. Die Mitglieder der Geteilschaft heissen Geteilen. Im Wallis ist dieser Ausdruck für alle geschichtlich überkommenen Personenvereinigungen mit korporativem Charakter gebräuchlich. - Vgl. R. Metry, Bewässerungsrecht, S. 20. - J. Bieler, Zur Rechtsnatur der Geteilschaften, Schweiz. Volkskunde LIII (1963), S. 98.



selben befinden konnten; es bestand jedoch Flurzwang. Die Dorfgemeinden sollen sich von diesen älteren und grösseren Markgenossenschaften abgespalten haben<sup>34</sup>.

Gegen diese Theorie hat sich bereits der Walliser Dichter Adolf Fux, wenn auch nicht so sehr aus rechtlichen als vielmehr aus siedlungsgeschichtlichen und geographischen Gründen ausgesprochen, denn «kein gesetzlicher, sondern ein natürlicher Zwang hat dieses korporative Gemeinschaftswesen im Wallis gefördert. Im harten Ringen um das tägliche Brot, unter der steten Bedrohung durch die Naturgewalten und in den langwierigen Kämpfen um die Unabhängigkeit wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit das Wirtschaftswesen gefestigt. Diese ersten Gemeinschaften mit korporativem Charakter, woraus sich später die Burschaften bildeten, waren Notgemeinschaften und Realverbände»<sup>35</sup>.

R. Metry stützt sich teils auf die Genossenschaftstheorie, betont jedoch andererseits die Einflüsse der Topographie, der Natur und der Umwelt auf die Bildung der Geteilschaften<sup>36</sup>. W. Kämpfen<sup>37</sup> und L. Carlen können keine Belege zur Untermauerung der Genossenschaftstheorie beibringen und schliessen sich ihr nicht an<sup>38</sup>.

In der Feudalzeit finden sich die Nutzung und das Verfügungsrecht in den Feudalrechten geregelt. Die Feudalherren billigten anfangs die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Bauern in Geteilschaften. Zufferey nimmt sogar an, die Feudalherren hätten die Genossenschaften ins Leben gerufen<sup>39</sup>.

Die Walliser hatten sich also aus siedlungsgeschichtlichen, geographischen, durch die Natur und die Naturgewalten bedingten Gründen zu wirtschaftlichen Personenverbänden mit korporativem Charakter zusammengeschlossen, deren Ziel in der Ausführung, der Aufsicht und im Unterhalt gemeinsamer Werke lag. So gab es Alpgeteilschaften, Wald- und Bewässerungsgeteilschaften u.a.

Die wirtschaftliche Gemeinde bildete eine rechtliche Einheit, die dem Inhalt und der Form nach privatrechtliche Funktionen ausübte. Im Gegen-

<sup>34</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 21. - L. Carlen, a.a.O., S. 175. - Vgl. Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bände, 2. Auflage, Graz 1954.

<sup>35</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 23 f.

<sup>36</sup> R. Metry, Albinen, S. 11 ff.

<sup>37</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 22.

<sup>38</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 175. - Ferdinand Elsener hat die verschiedenen Markgenossenschaftstheorien und die entsprechende Literatur kurz zusammengefasst. An dieser Stelle begnügen wir uns mit einem Hinweis: vgl. F. Elsener, Neue Literatur zur Verfassungsgeschichte der Dorfgemeinde, Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, Band 13, 1955, S. 202 ff.

<sup>39</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 531 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 29.

satz zur politischen Gemeinde kamen ihr keine selbständige hoheitsrechtliche Funktionen zu<sup>40</sup>.

Das erste uns erhaltene Geteilschaftsstatut ist jenes der Aeginenalpe im Goms vom Jahre 1240. Die Leute verschiedener Dörfer — Reckingen und Ulrichen — verbanden sich zu einer Alpgeteilschaft, nannten sich *comparticipes*, Geteilen, Genossen und regelten die Veräusserung, die Verpfändung und die Abtretung von Alpanteilen<sup>41</sup>.

Diese genossenschaftlichen Gebilde und ihre Satzungen werden oftmals «Bauernzünfte» oder «geburzünfte» genannt, eine Bezeichnung, die uns erstmals im Jahre 1304 in einem Schiedsgericht von Visperterminen begegnet<sup>42</sup>.

Aus diesen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen erwuchs später die Gemeinde mit einem viel ausgedehnteren und umfassenderen Aufgaben- und Wirkungsbereich, mit politischen und polizeilichen (um einen Ausdruck der modernen Rechtsterminologie zu gebrauchen) Bestimmungen<sup>43</sup>.

Viele Geteilschaften gingen in der Gemeinde auf, während andere parallel zur Gemeinde während Jahrhunderten bis auf unsere Tage fortbestehen. Die von einer Geteilschaft erfassten Liegenschaften brauchten nicht auf dem Gebiet einer einzigen Gemeinde zu liegen, noch mussten die Geteilen aus ein und derselben Gemeinde stammen. So gab es vielerorts neben den Alpen der Burgerschaft auch Alpen der Geteilschaften<sup>44</sup>. Die Erstellung von Wasserfuhren und die Regelung der Wassernutzung verblieb in der Regel den Bewässerungsgeteilschaften und wurde nicht von der Gemeinde übernommen<sup>45</sup>.

Vielfältig sind die Ursachen und Einflüsse, die im 13. und 14. Jahrhundert zur Gemeindebildung geführt haben. Dass es sich bei diesen «*communitas*-Gebilden» um Gemeinden handelt, anerkennen nicht nur Rechtshistoriker, Geschichtsschreiber und Verfasser der Dorfmonogra-

<sup>40</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 157. 175

<sup>41</sup> Gremaud, V, Nr. 2170. - L. Carlen, Die Reckinger Aeginenalpe, Schriften des Stockalperarchivs in Brig, Heft 18, 1970, S. 8 ff. - Paul Am-Herd, Denkwürdigkeiten von Ulrichen, Bern 1879, S. 87 ff. - J. Bielander, a.a.O., S. 519. - A. Briw, Reckingen, S. 39. - L. Carlen, a.a.O., S. 179.

<sup>42</sup> Archiv Valeria, Minuten V. p.105, Nr. 1, Abschrift J. Bielander. - Vgl. J. Bielander, a.a.O., S. 519. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 25.

<sup>43</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 532. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 26, 33 ff.

<sup>44</sup> L. Meyer, Das Turtmantal, S. 296 ff. - D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 30 ff. - Peter Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel im Zenden Leuk, St. Maurice 1970, S. 90 ff. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 213.

<sup>45</sup> R. Metry, Bewässerungsrecht, S. 28 ff. - Alois Lary Schnidrig, Grächen, Schweiz. Heimatbücher, SH 49/50, 1952, S. 29. - P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 37. - D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 27 ff.



phien, sondern geht auch daraus hervor, dass die Gemeinde ein bestimmtes Gebiet umfasst, wie viele Grenzstreite und Grenzbereinigungsverträge beweisen<sup>46</sup>. Die Gemeinde selber erwarb oder verkaufte Grund und Boden, sie führte Prozesse und schloss für alle Bürger verpflichtende Verträge ab, wobei ihre Partei- und Prozessfähigkeit von allen Gerichten anerkannt wurde<sup>47</sup>. Nach aussen wurde sie durch die von der Gemeindeversammlung gewählten Organe vertreten, die auch die Gemeindeverwaltung innehatten und Gewaltshaber, Prokuratoren, Consuln, Sindici oder Custodes genannt wurden. Die Gemeinde selber besass Kapitalien und lieh diese an Darlehensnehmer aus<sup>48</sup>.

Es drängt sich die Frage auf, ob diese politischen Gemeinden Bürgergemeinden waren. Diese Frage zu beantworten ist nicht leicht, da in den Urkunden häufig nur von «*communitas*» die Rede ist, ohne zu sagen, wer dazu gehört. Und doch glauben wir behaupten zu dürfen, dass aus der wirtschaftlichen Gemeinde, der Geteilschaft, die Bürgergemeinde erwachsen ist, mit anderen Worten, dass die politische Gemeinde und die Bürgergemeinde identisch waren.

Paul-Eugen Burgener ist der Entstehung der Burgerschaft Visp nachgegangen. Ein einzelnes Pergament enthält die Abschrift von fünf Urkunden aus den Jahren 1279—1289. Fünf freie Bauern mit eigenem Gut traten der «*communitas de Uespia*» zum Preis von 10 Pfund Wiesen ab, die sie von der *communitas* zu einem jährlichen Zins von zwanzig Schilling als Lehen zurückerhielten.

Die Tatsache, dass in den erwähnten Urkunden der *communitas* jeweils Grundstücke im Werte von 10 Pfund abgegeben wurden, lässt Burgener vermuten, dass es sich dabei um eine Art Eintrittsgeld handelte. Diese Vermutung wird untermauert dadurch, dass laut «Verzeichnis der Bürger der Burgerschaft Vispach» noch in den Jahren 1489, 1490, 1491, 1512 und 1514 alle aufgenommenen Bürger 10 Pfund entrichten mussten. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass eine alte Bürgerliste vom Jahre

<sup>46</sup> Zu den Grenzen und Grenzstreitigkeiten, vgl. *St. Kronig*, a.a.O., S. 339. - *P. Jossen*, a.a.O., S. 196. - *F. Schnyder*, a.a.O., S. 21 ff. - *A. Briw*, Reckingen, S. 45. - *L. Borter*, Ried-Brig, S. 22. - *D. Imesch/W. Perrig*, a.a.O., S. 79, 93. - *J. Bielander*, Grenzen und Grenzzeichen im Wallis, Vallesia IX (1954), S. 271-288.

<sup>47</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 14 ff. - *P.-E. Burgener*, Burgerschaft Visp, S. 1 ff. - *Ders.*, Zur Gemeindebildung in Visp, S. 27 ff. - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 132 ff. - *D. Imesch*, Blitzingen, Der Brand und die Wiederaufrichtung des Dorfes, Brig 1937, S. 9. - *L. Carlen*, Die Reckinger Aeginenalpe, S. 13. - *Ders.*, Der Ammann von Fieschertal, WJB XXVII, (1959), S. 83. - *Ders.*, Gericht und Gemeinde, S. 185.

<sup>48</sup> *J. Bielander*, Die Bewässerung des Gebietes von Lax, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXIX (1941), Heft 2, S. 114. - Vide Anmerkung 47.

1317 mit Franz de Platea anfängt<sup>49</sup>. Burgener zieht den wörtlichen Schluss: «Wir gehen kaum fehl, wenn wir in dieser Communitas de Vespia den Beginn unserer Burgerschaft erblicken»<sup>50</sup>.

Während die Geteilschaften das wirtschaftliche Wohl im Auge hatten, stellte die Gemeinde Normen auf, die nicht nur Nutzungsregelungen beinhalteten, sondern es ging «um einen Schutz- und Trutzverband, im Innern zur Ordnung unter den Gemeinden, nach aussen zum Schutz gegen alte und neue Bedränger»<sup>51</sup>.

Kommt diese Schutzfunktion der Gemeinde von Anbeginn zu, so ist die Gemeinde von Anbeginn an eine Bürgergemeinde, denn auch für W. Kämpfen «spielt in dem Begriff der Burgerschaft vor allem der Gedanke des Rechtsschutzes des einzelnen Burgers durch die Gemeinschaft eine wichtige Rolle. Burgerschaft heisst so viel wie kommunaler Rechtsschutzverband... Ein Dorf, das nun durch Kauf oder Kampf seine Freiheit errungen hatte, übernahm in der Folge den Rechtsschutz gegen jeden, der zum Dorfe gehörte. Um diesen Rechtsschutz geniessen zu dürfen, musste einer würdig sein... weshalb zur Aufnahme in den Rechtsschutzverband eine Einkaufssumme verlangt wird. Natürlich soll die Einkaufssumme auch das Entgelt für das Mitbenutzungsrecht an Allmeinde, Alpen und Wäldern sein. Die Burgerschaft beschützt den Bürger.»

W. Kämpfen führt dann weiter aus: «Die Burgerschaft verdankt also ihr Entstehen der Freiheitskampfszeit. Diese fällt aber in die Zeit vor dem 13. Jahrhundert,...so gesehen, wäre sie bloss die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Verbandes zur Gemeinde mit politischem Einschlag»<sup>52</sup>. Viele Bürgerreglemente aus dem 15. Jahrhundert, die uns erhalten sind, verweisen auf seit altem geübte Gewohnheitsrechte und frühere Bürgerreglemente. Im Archiv von Visp finden sich *nova statuta* von 1469, woraus ersichtlich ist, dass die Burgerschaft bereits früher Statuten besessen hatte<sup>53</sup>.

Die Bürgerreglemente werden meistens als Bürgerrechte einer Dorfschaft oder als Bauernzünfte bezeichnet. Manchmal heisst es in den Urkunden «iura civilia vulgariter burgrecht facientes»<sup>54</sup>, «pactaque et con-

<sup>49</sup> P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 1 ff. - Ders., Zur Gemeindebildung in Visp, S. 27 ff.

<sup>50</sup> P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 8.

<sup>51</sup> J. Bieler, Bauerzünfte, S. 535.

<sup>52</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 32 ff. - Vgl. F. Schnyder, a.a.O., S. 17.

<sup>53</sup> P.-E. Burgener, Zur Gemeindebildung in Visp, S. 29.

<sup>54</sup> G.-A. Ernen, B I (1466).

ventiones ac iura civilia fecerunt»<sup>55</sup>, «ein burzunfft zu setzen un zu machen»<sup>56</sup>, «concluserunt ius burgense, statuta et conventiones»<sup>57</sup>.

Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, wurden häufig die Geteilschaften oder deren Statuten als Bauernzünfte bezeichnet. Besteht damit nicht die Gefahr der Verwechslung der Bauernzunfft als Burgerschaft und der Bauernzunfft als Geteilschaft? Wesentlich für die mittelalterlichen Urkunden und Verfassungserscheinungen ist, dass wir uns auf den rechtlichen Gehalt, und nicht auf die blosse Bezeichnung stützen müssen, da Wortbedeutungen in der mittelalterlichen Rechtssprache verschiedenartig sein können<sup>58</sup>.

Aus dem Inhalt einer Bauernzunfft ist im allgemeinen leicht ersichtlich, ob es sich um eine privatrechtlich dringlich fundierte Geteilschaft oder um eine öffentlich-rechtliche Burgerschaft handelt. Die Statuten der Geteilschaft regeln lediglich die Nutzung eines bestimmten Gebietes oder Gutes, etwa eine Alpgeteilschaft eine Alpe oder eine Bewässerungsgeteilschaft das Wasser.

Anders bei den Burgerreglementen, welche sich Bauernzünfte nennen. Sie regeln meistens bereits in den ersten Artikeln den Erwerb und den Verlust des Burgerrechtes, befassen sich mit den politischen Rechten und Pflichten der Burger, enthalten Bestimmungen über Alpen, Wälder, Allmenden, Wege und in späterer Zeit auch Polizeiornungen. Der Inhalt dieser Bauernzünfte ist viel umfangreicher<sup>59</sup>.

Und doch ist die Bauernzunfft als Dorfschaft und als Dorfstatut etwas ganz anderes», schreibt Josef Bielander, «als etwa eine Alp-, Wald-, Allmend- oder Wassergeteilschaft... Das tut nicht nur der viel wichtigere Inhalt und weitreichende Umfang dar, sondern wir stossen auf Normen, die deutlich angeben, dass noch etwas anderes als blosse Gemeinschaftsausserung und Nutzregelung mitspielt und dass wir hier vor einem Ausdruck weitentwickelten Selbständigkeitsbewusstseins stehen, ...es geht um einen Schutz- und Trutzverband»<sup>60</sup>.

<sup>55</sup> G.A. Ernen, B 2 (1475).

<sup>56</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1547.

<sup>57</sup> G.-A. Staldenried, B 1 (1548).

<sup>58</sup> Zur verschiedenen Bedeutung von Gemeinde und Genossenschaft, vgl. L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 184. - K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 20.

<sup>59</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 374 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - B.-A. Visp, B 3 (1531). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Ausserberg, B 3 (1487), Abschrift J. Bielander. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1636). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Oberwald, B 2 (1636). - G.-A. Ernen, B 1 (1466), B 2 (1475). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1547, 1558, 1578. - u.a.

<sup>60</sup> J. Bielander, Bauernzünfte, S. 533.

Auch aus dem Ingress vieler Bauernzünfte ist deutlich ersichtlich, dass es sich um Burgerschaften handelt.

Wenn wir in den kommenden Kapiteln von Bauernzünften sprechen, meinen wir jeweils die Burgerschaften und verwenden die Ausdrücke Bürgerrecht, Bauernzunft, ius civile, ius burgense, Dorf- und Ortsrecht gleichbedeutend.

Bereits J. Bielander stellte klärend fest: «Hätten auch irgendwelche Nuancen bestanden zwischen Bauernzunft der späteren Zeit (etwa ab zweitem Viertel des 15. Jahrhunderts) und der Burgerschaft, so ging es praktisch doch in eines über»<sup>61</sup>.

---

<sup>61</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 540.

## 2. KAPITEL

# ERWERB DES BURGERRECHTES

Viele der uns erhaltenen Bauernzunftstatuten enthalten allgemeine Bestimmungen über den Erwerb des *ius civile vel burgense*, des Bürgerrechtes, das einen umfangreichen Komplex von Rechten und Pflichten umfasst.

Das Bürgerrecht war für den Oberwalliser zu jener Zeit, als sein ganzer Erwerb und Lebensunterhalt von der Land-, Alp- und Viehwirtschaft abhängig war, von ausschlaggebender Bedeutung, denn erst das Bürgerrecht gewährte ihm eine bleibende Heimat und einen gesicherten Lebensstandard. Ein Hintersäss besass keine Alp- und Waldrechte und konnte jederzeit aus dem Dorfe gewiesen werden.

### I. Durch Abstammung

#### 1. VON EINEM STAMMBURGER

Ein Grundtatbestand für den Erwerb des Bürgerrechtes liegt in der Beteiligung beim Entstehen der Gemeinde durch Loskauf von einer fremden Herrschaft<sup>1</sup>. Die Stammburger — in Mühlebach finden wir die Bezeichnung «burgensibus innatis incolis»<sup>2</sup> — übernahmen die Herrschaftsrechte und gaben sich Statuten. Mancherorts übernahmen sie ebenfalls die Gerichtsbarkeit, die sonst von den Zenden und nicht von den einzelnen Dörfern ausgeübt wurde. Sie gaben sich Meiertumssatzungen. Einen Sonderfall bildete diesbezüglich beispielsweise Zermatt.

Jene Zermatter, die sich im Jahre 1538 von den Erben des Johann Werra losgekauft hatten, beschlossen zwei Jahre später «unter Eid und Ver-

---

<sup>1</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 218. - J. Bieler, Bauernzünfte, S. 551. - Das Wallis kennt nur den Ausdruck «Bürger». Der Bürger besitzt nicht das Bürgerrecht der Gemeinde, sondern ist ein Einwohner.

<sup>2</sup> G.-A. Mühlebach, B I (1530).

setzung aller gemeinen Güter beweglicher und unbeweglicher Art; be-seelt vom Wunsch ihren Nutzen zu fördern, das Gericht ihrer Herrschaft und den Gebrauch ihrer Freiheit und Privilegien zu mehren» die ersten Meiertumsstatuten<sup>3</sup>.

Ebenso nahmen die übrigen Zermatter, nach den Loskäufen von Johannes Perrini und Franz de Platea, in den Jahren 1576 und 1621 die Organisation der Gerichtsbarkeit in die Hand<sup>4</sup>.

Diese Loskäufe umfassten nicht nur die hohe und die niedere Gerichtsbarkeit, sondern auch die Lehensgüter, Steuern, Grundzinsen, Gilten, Mürmeltiere und Tellen, kurz sämtliche Rechte der ehemaligen Herrscher<sup>5</sup>, oder wie es im Verkaufsakt vom Jahre 1538 heisst: «Totum dominium altum bassum merum et mixtum ac veram iurisdictionem iusticie exercicium devolutiones personales et impersonales et supplicium dicto quondam nobili Johanni Werra spectantibus et pertinentibus tanquam condomino dicte vallis Pratoborni<sup>6</sup> super dimidietate dicte vallis Pratoborni...»<sup>7</sup>.

Es waren anstelle der drei Herrschaften drei selbständige Majorate entstanden, deren gemeinsame Merkmale die Organisation der Gerichtsbarkeit sowie die Wahl des Meiers waren.

Wirtschaftlich hatten sich die vier Viertel der Talschaft Zermatt — nämlich Hofferro, Muttero, Wichelmattero und Aroleyt — teils schon vor den Loskäufen organisiert und sich Satzungen betreffend die Alpen, Allmenden und die Jagd gegeben. Im Jahre 1555 beschlossen sie, dass Bauernzünfte nur im Einverständnis aller Viertel gemacht werden dürfen<sup>8</sup>, und haben 1579 «bedacht und betrachtet, jrn gmeynen nutz und denselben begerdt zuo fürdern und allen schaden so wyt möglich zuo wenden, handt ein andern hiegmelte artickel und beredungen jrer Purenzunft gemacht und beschlossen»<sup>9</sup>.

<sup>3</sup> SA AV 70bis/1 (1540). - Vgl. J. Ruden, a.a.O., S. 119 ff. - St. Kronig, a.a.O., S. 210 ff. - L. Meyer, Zermatt in alten Zeiten, S. 255 ff. - Karl Lehner, Kleine Zermatter Chronik, Zermatt 1942, S. 9.

<sup>4</sup> B.-A. Zermatt, BB 2 (1576). - SA AV 70bis/4 (1621). - Vide Anmerkung 3.

<sup>5</sup> Vide Anmerkungen 3 & 4.

<sup>6</sup> Zur Bezeichnung «Pratoborni» - Vgl. A. Julen, Die Namen von Zermatt und seinen Bergen im Lichte der Geschichte, S. 1 ff.

<sup>7</sup> B.-A. Zermatt, BB 1 (1538).

<sup>8</sup> B.-A. Zermatt, BB 2 (1555). - J. Ruden, a.a.O., S. 126 ff. - St. Kronig, a.a.O., S. 216 ff. - L. Meyer, a.a.O., S. 255 ff.

<sup>9</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1579). - J. Ruden, a.a.O., S. 135 ff. - St. Kronig, a.a.O., S. 218 ff. - L. Meyer, a.a.O., S. 255 ff.

Die Stamburger<sup>10</sup> einiger weniger Gemeinden ordneten nach erlangter Freiheit und Unabhängigkeit in ähnlicher Weise ihre gerichtlichen und wirtschaftlichen Belange.

In Mörel und Grengiols amtete seit 1452, als die Hälfte des Meiertums, nämlich die der Familie zen Rossen, käuflich an die Gemeinde fiel, bis 1568 für ein Amtsjahr ein Meier der Gemeinde und das folgende ein Meier der Familie Walker<sup>11</sup>.

Katharina Sigristen von Naters verkaufte zu Beginn des 15. Jahrhunderts ihre Rechte den Bewohnern des späteren Freigerichtes Wald oder Eggen, welche sich zu einer Gemeinde zusammenschlossen und die erworbene Gerichtsbarkeit in Form eines Freigerichtes zur Ausübung brachten<sup>12</sup>. Die Burger von Ganter stellten im Jahre 1443 «zur Ehre Gottes und zum Nutzen der Gemeinde» Statuten des Freigerichtes auf. Eine Bauernzunft ist uns für Ganter nicht bekannt und wurde wohl nicht als notwendig erachtet. Mit dem Entstehen des Meieramtes fällt der Begriff Gemeinde und Freigericht meistens zusammen und ebenso die Verwaltung beider Einrichtungen<sup>13</sup>.

Wir haben Kenntnis von vielen Loskäufen und Freigerichten im Oberwallis, auf die näher einzutreten nicht unsere Aufgabe ist<sup>14</sup>.

## 2. EHELICHE ABSTAMMUNG

Ein Kind erwarb das Bürgerrecht durch Abstammung von einem Stamburger oder von einem Vater, der in einer Gemeinde das Bürgerrecht erworben hatte<sup>15</sup>. Das Vererben des Bürgerrechtes vom Vater auf die Kinder ist der Normalfall und wird, weil selbstverständlich und von jeher geltend, in den Bauernzunftstatuten selten erwähnt. Gemäss der Bauernzunft von Ried-Brig aus dem Jahre 1563 vererbte sich das Bürgerrecht vom Vater auf die Nachkommen, die jedoch von eheli-

---

<sup>10</sup> Es gab auch im Walliser Landrecht Stamburger, vgl. *J. Bieler*, a.a.O., S. 557.

<sup>11</sup> *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 33 ff.

<sup>12</sup> *D. Imesch*, Der Zenden Brig, S. 195 f.

<sup>13</sup> *D. Imesch/P. Perrig*, Ganter S. 80 ff.

<sup>14</sup> *D. Imesch/W. Perrig*, a.a.O. - *D. Imesch*, Der Zenden Brig, S. 197 ff. - *L. Bortler*, Aus der Geschichte von Mund, 1964, S. 3 ff. - *L. Weissen*, Denkwürdigkeiten von Unterbach, S. 28 f. - *H. Bloetzer*, Das Lötschental und sein Prior, Bern 1964, S. 32 f. - *L. Carlen*, Das Meiertum von Binn, S. 77 ff. - *Ders.*, Gericht und Gemeinde. - *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 207 f. u.a.

<sup>15</sup> *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde, S. 219.

cher Geburt sein mussten<sup>16</sup>. Eine ähnliche Ordnung finden wir in Brig, Oberems, Niedergesteln, Erschmatt, Albinen und andernorts<sup>17</sup>.

Interessant ist der Wechsel der Satzungen der Gemeinde Guttet. Das Bürgerrecht wurde 1520 weder gekauft noch gezogen, sondern durch Erbschaft erlangt<sup>18</sup>; 1669 konnte es von Vater und Mutter<sup>19</sup>, hundert Jahre später, nämlich 1772 nur mehr vom Vater, nicht aber von der Mutter oder den Grosseltern ererbt werden<sup>20</sup>.

Eine ähnliche Regelung finden wir in Varen und Feschel, wo das Bürgerrecht ebenfalls von beiden Eltern ererbt werden konnte<sup>21</sup>, oder in Leuk «quod nullus possit succedere in burgesium nisi ex legitima et legali hereditate a patre vel a matre»<sup>22</sup>.

Das Bürgerrecht konnte unter Umständen von den Grosseltern — im Fall Kaspar Jodok von Stockalper sogar vom Urgrossvater Peter Stockalper von Zwischbergen — ererbt werden<sup>23</sup>.

Eine Eigentümlichkeit in Zwischbergen bildete das Weiberbürgerrecht. Gemäss uralter Gewohnheit wurde das Bürgerrecht nur im männlichen Stamme weitervererbt, nicht aber im weiblichen, es sei denn ein Bürger hinterlasse keine ehelichen Söhne. «In diesem Fall wird der Mannsteil ein Weiberteil und kommt einer der Töchtern zu, welche, wenn mehrere sind, mit den übrigen sich angefinden hat. Ein Weiberteil kann nur ein einziger der Söhne antreten.» Das Bürgerrecht vererbte sich nur in gerader, nicht in der Seitenlinie<sup>24</sup>.

Im Jahre 1525 machten mehr als 20 Personen ihren «Wyberteil» mit Erfolg geltend, so u.a. Gasser Johannes, Weibel, Brig, von seiten seiner Mutter Katharina Zumstadel, und Christina, Tochter des Peter Pent<sup>25</sup>. Hieronymus Welschen, alt Zendenhauptmann und Landvogt von Monthey, wurde das Weiberbürgerrecht auf Furggen geschenkt, was eine Seltenheit darstellte<sup>26</sup>. Gemäss den Satzungen von 1525 der Talschaft hatte das Weiberbürgerrecht die gleichen Rechte wie das väterliche Bürgerrecht. An keiner anderen Stelle in den Walliser Rechtsquellen noch in

<sup>16</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>17</sup> L. Carlen, Zur Geschichte von Brig, S. 23. - G.-A. Niedergesteln, B 1 (1564). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - P. Jossen, a.a.O., S. 16.

<sup>18</sup> G.-A. Guttet, B 1 (1520). - Ebenso Oberems: G.-A. B 3 (1548).

<sup>19</sup> G.-A. Guttet, B 5 (1669).

<sup>20</sup> G.-A. Guttet, B 9 (1772).

<sup>21</sup> P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser, Aus Varens Vergangenheit, Naters 1969, S. 26.

<sup>22</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

<sup>23</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen an der Landesgrenze am Simplonpass, Gondo-Zwischbergen 1968, S. 70.

<sup>24</sup> P. Arnold, a.a.O., S. 68.

<sup>25</sup> P. Arnold, Der Simplon, S. 211 ff.

<sup>26</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 69 f.



den Dorfmonographien ist die Rede von einem Weiberburgerrecht. Ob in Zwischbergen ein Einfluss von Norditalien zu verzeichnen ist oder ob andere Faktoren ausschlaggebend waren, ist uns unbekannt. Wir finden keine Erklärung für diese aussergewöhnliche Bestimmung.

Strengeres Recht galt für die unehelichen Kinder, die das Bürgerrecht nicht erben konnten. Sie waren, wie beispielweise in Leuk, vom Bürgerrecht ausgeschlossen<sup>27</sup> oder mussten sich einkaufen. Am 11. Juni 1764 wurde der uneheliche Peter Michlig auf Lebenszeit als Bürger in Ried-Brig aufgenommen; seine Nachkommen aber sollten das Bürgerrecht nicht erben<sup>28</sup>. Im allgemeinen wurde das Bürgerrecht für sich und die Kinder und ihre Nachkommen erworben und ausdrücklich in einer Urkunde, oder wie man früher sagte, öffentlichen Instrument festgehalten<sup>29</sup>. Somit wirkte sich die Unehelichkeit und der damit verbundene Ausschluss aus der Burgerschaft zweifach aus, nämlich auf den Unehelichen und auf dessen Kinder.

Die Nachkommen von Unfreien, wie sie selbst, konnten vorerst nicht Bürger werden<sup>30</sup>. Diese Bestimmung des frühen Mittelalters wurde später, als die Dörfer an Bedeutung zunahmen, fallengelassen.

Eine Gunst erwies Ober- und Unterems den unehelichen Kindern, die falls sie sich gut aufführten und in der Gemeinde bleiben wollten, die gemeinen Güter benützen durften<sup>31</sup>.

## II. Durch Heirat

Verlobung und Heirat im alten Wallis waren mit Traditionen, Zeremonien, Familien- und Dorffesten verbunden. Die alten Rechtsbräuche bei Verlobung und Hochzeit, der Sinn von Blumen, Kränzen, Ringen, Wein und Käse, die Bedeutung von Eheverträgen und Sippeneinwilligung, die Rolle des Priesters und der Kirche, sowie die kirchliche und weltliche Feier wurden von L. Carlen in «Verlobung und Hochzeit im alten Wallis» ausführlich dargestellt.

Die Quellen, die uns über die rechtlichen Aspekte betreffend das Bürgerrecht Auskunft geben, fliessen nicht sehr zahlreich. Die Landratsabschiede und die Bauernzünfte enthalten einige Bestimmungen über die Heirat mit Fremden.

---

<sup>27</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105

<sup>28</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>29</sup> G.-A. Biel D I.

<sup>30</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 552. - Heusler, RQ, Nr. 231, Nr. 583.

<sup>31</sup> G.-A. Oberems, B I (1503).

Es ist zu unterscheiden:

Heirat mit einer einheimischen oder mit einer fremden Frau.

Die Werbung erfolgte im allgemeinen im eigenen Dorf, seltener im Nachbardorf und ausnahmsweise in anderen Landesgegenden<sup>32</sup>. Enthalten das Walliser Landrecht und die Bauernzünfte viele Verordnungen über die Heirat mit Fremden, so finden wir kaum Bestimmungen über die Heirat mit fremden Frauen. Diese erwarben, wie Walliserinnen, das Bürgerrecht ihres Gatten und verloren ihr eigenes<sup>33</sup>.

In Bern wurde das durch Geburt erworbene oder das erteilte Bürgerrecht und Landrecht nicht ohne weiteres der Ehefrau mitverliehen. So mussten Witwen alter Berner, falls sie es nach dem Tode ihres Gatten weiter geniessen wollten, eigens erwerben<sup>34</sup>.

### III. Durch Naturalisation

Grössere Aufmerksamkeit und Besorgnis schenkte man der Heirat mit fremden Männern, wobei vor allem vermögens- und erbrechtliche, später auch konfessionelle Gründe im Vordergrund standen, sowie das Bedürfnis, das Gleichgewicht im Dorfe zu wahren<sup>35</sup>. Ein Fremder, der eine Walliserin heiratete, erlangte nicht, wie im umgekehrten Fall, eo ipso ihr Bürgerrecht, sondern musste sich darum bewerben und mehrere Voraussetzungen erfüllen.

#### 1. HEIRAT MIT EINEM FREMDEN

Verschiedentlich suchten die Behörden eine Heirat einer Landestochter mit einem Fremden zu vereiteln oder zu verhindern. So verbot der Landrat im Jahre 1583 eine Ehe mit einem Fremden, bevor dieser sein Mannrecht, seine eheliche Geburt, sein eheliches Geschlecht, frommes Wohlverhalten und seinen ledigen Stand nachweisen konnte<sup>36</sup>. In einem späteren Landrats-Abschied wurde einem Fremden, der eine Walliserin ohne Wissen und Willen ihrer nächsten Verwandten heiratete, angedroht, ihn an den Pranger zu stellen und dem Gespött der Dorfleute auszusetzen. Diese schändliche Strafe wurde 2 Jahre später, nämlich 1609 aufgehoben.

<sup>32</sup> L. Carlen, Verlobung und Hochzeit im alten Wallis, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXV (1957), S. 205 ff.

<sup>33</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 553.

<sup>34</sup> H. Rennefahrt, Überblick über die Entwicklung des Schweizerbürgerrechts, Zeitschrift für schweiz. Recht, NF. Bd. 71, (1952), S. 704.

<sup>35</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 205 f.

<sup>36</sup> Heusler, RQ, Nr. 201, S. 73.

ben, da man Gegenrecht befürchtete und durch Confiskation des Drittels des Frauenvermögens zu Gunsten ihrer Verwandten ersetzt<sup>37</sup>.

Einem Fremden, dem auf Grund seiner glaubwürdigen Mannrechtsbriefe und ehrlichen Abscheids die Niederlassung im Wallis gewährt worden war und der als ehefähig befunden wurde, gaben die meisten Bauernzünfte nach der Heirat mit einer Einheimischen die Möglichkeit, das Bürgerrecht zu erwerben.

Hier sei darauf hingewiesen, dass der Begriff «Fremder» in den Ortsstatuten viel enger ist, und oft auf die aus der näheren Umgebung stammenden Walliser ausgedehnt wurde.

Wer in ein Dorf einheiratete, musste für das Bürgerrecht einen Einkaufspreis entrichten und ein Minimum an Grundeigentum vorweisen, da die Gemeinde nicht für sein Wohl aufkommen und er die Familie nicht schädigen sollte.

Ein Nichtbürger in Leuk, der die Tochter eines Burgers heiratete, musste der Burgschaft 3 Pfund bezahlen, bevor er an den Gemeinderechten teilnehmen konnte. Mit dem Tode seiner Frau ging er des Bürgerrechtes verlustig, wenn er keine Kinder von ihr hatte<sup>38</sup>.

Gemäss der Bauernzunft von Niederern von 1530 hatte ein Auswärtiger, der eine Frau aus Niederern ehelichte und sich mit ihr dort niederliess, an die Gemeinde 5 Pfund zu entrichten<sup>39</sup>.

In Gampel wurden 1697 vom Neuburger 50 Walliser Pfund und ein Gemeindetrunck verlangt<sup>40</sup>.

Eine einmalige Vereinbarung trafen im Jahre 1652 die Gemeinden Ober- und Unterems. Jeder Gemeinder von Oberems, der eine Frau von Unterems zur Gattin nahm, «durfte und konnte alle und jede Vorteile und Rechte, welche die Gemeinde von Unterems hatte, benutzen und geniessen». Das entsprechende Recht hatte jeder von Unterems, der in Oberems heiratete<sup>41</sup>. Dies ist eine Ausnahmeregelung, denn wer sich im

<sup>37</sup> Heusler, RQ, Nr. 226, S. 78. - L. Carlen, Verlobung und Hochzeit im Wallis, S. 206. - Ders., Das Fremdenrecht im Wallis vom 15. bis 18. Jahrhundert, Vallesia VII (1953), S. 134. - Zur Strafe des Halseisens: vgl. L. Carlen, Rechtsaltertümer aus dem Wallis, Schriften aus dem Stockalperarchiv, Heft 9, 1967, S. 26. - Ders., Das Halseisen im Wallis, WJB 26 (1957), S. 47-50. - Ders., Der Pranger im Wallis, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte., Weimar 1956, S. 396 ff. - P. Arnold, Simplon, S. 219 f. - Gemäss Landrecht wurden Gotteslästerer, die öffentlich Ärgernis gaben und Flucher, die nicht auf Ermahnung hin niederfielen und das Erdreich küssten, ins Halseisen gesteckt; vgl. L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, Freiburg 1955, S. 88 ff. - Heusler, RQ, Nr. 92, S. 57.

<sup>38</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

<sup>39</sup> L. Carlen, Verlobung und Hochzeit, S. 206.

<sup>40</sup> F. Schnyder, Gampel, S. 61.

<sup>41</sup> G.-A. Oberems, B 7 (1652).

Dorfe seiner Frau einbürgern wollte, musste die üblichen Einkaufsbedingungen erfüllen<sup>42</sup>.

Ein Auswärtiger, der sich in Törbel verheiratete «et vellet super bonis eius uxoris morari et uti frui et gaudere presiis almeniiis vüweidis alpiibus alpeiis», bezahlte weniger als die üblichen Einkaufssummen, nämlich «debet et tenetur dare solvere et recognoscere dicte communitati Derbil et Burgen de quinquaginta libris maur. monete patrie Vallesie unum florenum renensem et de centum libris duos florenos renenses»<sup>43</sup>.

Die Bedeutung anderer Gebühren und Abgaben wird in einem späteren Abschnitt beleuchtet.

Eine bernerische Satzung aus dem Jahre 1549 gab dem Ausländer, der eine Bernerin heiratete, keinen Anspruch auf Niederlassung und Bürgerrecht, selbst wenn die Zustimmung der Verwandten der Frau vorlag. Fehlte die Ehebewilligung von den Behörden, so wurden die Eheleute aus der Stadt verwiesen, dorthin, woher der Ehemann gekommen war<sup>44</sup>. Eine ähnliche Regelung kannte die Stadt Biel<sup>45</sup>.

## 2. ERBSCHAFT

Auf Grund der geringen Beweglichkeit der damaligen Bevölkerung und weil die Familien sehr kinderreich waren, erbten die Güter meistens ortsansässige Kinder; selten kamen aussenstehende Verwandte zum Zuge. Die meisten Bauernzünfte gewährten einem Auswärtigen, der auf dem Gebiete der Gemeinde Liegenschaften erbt, das Recht, daselbst das Bürgerrecht zu erwerben<sup>46</sup>, da die formelle Voraussetzung des Grundbesitzes damit gegeben war. Der Petent hatte den übrigen Voraussetzungen zu genügen, die geforderten Einkaufsgebühren und Abgaben zu entrichten und den Eid zu leisten.

Auf das Erbrecht im Wallis gehen wir nicht näher ein, sondern begnügen uns mit einem Hinweis auf die Darstellung von L. Carlen<sup>47</sup>.

<sup>42</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 533. - K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 67.

<sup>43</sup> G.-A. Törbel, B 4 (1531).

<sup>44</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 704.

<sup>45</sup> L. Carlen, Die Rechtsstellung der Fremden in der Landschaft Wallis, Recueil de la Société Jean Bodin X, Bruxelles 1958., S. 225.

<sup>46</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Zeneggen, B 1 (1586). - G.-A. Grächen, B 1 (1553). - B.A. Zermatt, BB3 (1571). - Ried-Brig und Termen cf. L. Bortler, Burgerschaften und Bürgerwälder am Simplonnordhang, S. 621 ff. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 146. - Heusler, RQ, Nr. 415, S. 112. - G.-A. Mund, B 3 (1596). - Pfarrarchiv Saas-Grund, B 2 (1596). - Kinneggen-Stalden, B 1 (1589). - u.a.m.

<sup>47</sup> L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 128 ff.

### 3. KAUF

Der Erwerb von Grundstücken durch Schenkung war ein Ausnahmefall, gelegentlich wurden Immobilien getauscht<sup>48</sup>, doch recht häufig durch Kauf erstanden. Der Kauf von Gütern wurde durch das Zugrecht beschränkt, dessen Zweck in der Aufrechterhaltung des alten Familien- und Genossenschaftssystems lag, und durch Erhaltung des Familienbesitzes und Verhinderung der Veräusserung von Grundeigentum ausserhalb gewisser Kreise einer Zersplitterung desselben entgegenzutreten sollte<sup>49</sup>.

Wohlhabende Fremde suchten manchmal durch eine Überschätzung das Zugrecht zu umgehen. Der Zugsberechtigte jedoch konnte die Güter schätzen lassen und um diesen Preis erwerben; der Mehrpreis blieb dem Verkäufer<sup>50</sup>.

Den Verkauf von Grundstücken suchte man ebenfalls durch den Abschoss oder das *ius detractus* zu erschweren, indem ein Drittel, später 5 % des Kaufpreises dem Richter des Ortes der gelegenen Sache abgegeben werden musste. Diese Tendenz, Fremden den Erwerb von Gütern zu erschweren, treffen wir vielerorts an und bildete nach Heusler «eine der wichtigsten Beschränkungen der rechtlichen Stellung der Fremden»<sup>51</sup>.

### 4. ERSTRECKUNG

Infolge der mittelalterlichen Familienordnung, wo der *pater familias* weitgehend das Familienleben bestimmte, erstaunt uns nicht, dass sich das Bürgerrecht des Vaters auf Frau und Kinder erstreckte. Letztere erhielten auf Grund der ehelichen Abstammung das väterliche Bürgerrecht.

Die einzelnen Burgschaften behielten sich das Recht vor, die Erstreckung des Bürgerrechtes zu beschränken. So lesen wir in den Statuten von Visp aus dem Jahre 1531: «Ist ouch von alter her bruch und iebung gesin und ietz ganzlich gemacht und beschlossen das wen ein fremder durch die burger zu einem burger wirdt angenommen und er vormalis knaben hett in ehelicher stadt gewunnen, mag er nit mer den ein Knaben zu im in die burgschafft bringen und derselbige sines suns namen den burgeren anzeigen und derselb knab ist den mit sinem vatter burger. — nachdem aber

<sup>48</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 120.

<sup>49</sup> A. Steinhäuser, Das Zugrecht nach den bündnerischen Statutarrechten, Diss. Bern 1896, S. 48 ff.

<sup>50</sup> Heusler, RQ, Nr. 454, S. 121.

<sup>51</sup> L. Carlen, Zum Fremdenrecht im Wallis, S. 136.

so ein solcher fremdling zu einem burger wurd angenommen als vill als er knaben dafürthin in selichem stand gewindt, megendt allsamen von ir vatter die burgschaft erben»<sup>52</sup>. Die Beschränkung trifft weder die Frau noch die Töchter, sondern nur die Knaben, die vor dem Bürgerrechtserwerb, nicht aber nachher geboren wurden, denn letztere folgen dem allgemeinen Grundsatz des Erwerbes des Bürgerrechtes durch eheliche Abstammung.

Diese Ordnung von 1531 blieb kaum hundert Jahre in Kraft, denn im Jahre 1631 wird Anton In der Gassen mit seinen Söhnen Johann und Jodoc eingebürgert<sup>53</sup>.

Seit Beginn des 17. Jahrhunderts liess man jede ungerechte Beschränkung fallen. Fortan erstreckte sich das Bürgerrecht auf die Kinder und deren Nachkommen und die Einzugsgebühr wurde von Fall zu Fall festgesetzt<sup>54</sup>.

## 5. SCHENKUNG

Das Bürgerrecht wurde öfters, ohne Einzugsgebühren zu verlangen, als Ehrenbürgerrecht oder aus einem anderen Grund einer würdigen Person geschenkt.

Das Ehrenbürgerrecht war bereits im alten Wallis bekannt und wurde meistens vornehmen und mächtigen Persönlichkeiten aus Dankbarkeit für erwiesene Gunst und Dienste oder auf Grund ihres hohen Ansehens gewährt, denn vielfach machten die kleinen Dörfer sich eine grosse Ehre daraus, die Vornehmen des Landes zu Ehrenburgern zu erküren. Ihnen wurden die Einkaufsgebühren und anderen Abgaben erlassen, sie selber waren es aber ihrer Ehre und ihrem Ansehen schuldig, der Gemeinde einen Einbürgerungstrunk zu kredenzen. Die wirtschaftlich und politisch einflussreichen und berühmten Männer besaßen in der Regel reichverstreuten Grundbesitz, der es ihnen ermöglichte, in den Dörfern ihren Machteinfluss zur Geltung zu bringen. Es ist nicht nur anzunehmen, sondern teils aus Urkunden ersichtlich, dass sie sich oftmals einbürgern liessen, wobei sie selber oder durch Drittpersonen ein entsprechendes Begehren einreichten, die Gemeinden es jedoch nicht wagten, von ihnen Gebühren zu verlangen und mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes besser dastanden.

<sup>52</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).

<sup>53</sup> B.-A. Visp, BB 17a.

<sup>54</sup> B.-A. Visp, BB 17a. - Bürgerbuch Binn, B 6 (1600-1865). - G.-A. Biel, D 1 (1643-1780). - G.-A. Münster, B 11 (1645), Johannes Werlen Geschinen: «qui pro se suisque haeredibus et eorum successoribus recognovit Jus Burgesia pagi seu loci prafati de Monasteri mediantibus, viginte quinque lib. Maur.»

Die Urkunden begnügen sich häufig mit der Angabe, dass diesem oder jenem das Ehrenburgerrecht geschenkt wurde, ohne den Grund näher zu nennen. Wir müssen uns oft mit Annahmen begnügen. So wurde im Jahre 1668 Christian Schnider, vermutlich als «Drittelfender des löblichen Drittels vor Zuben auf», in Erschmatt das Ehrenburgerrecht erteilt<sup>55</sup>.

Aus sehr verschiedenen Gründen haben die Gemeinden wohlverdienten Personen das Bürgerrecht geschenkt. Häufig war die berufliche Tüchtigkeit oder der Mangel an bestimmten Berufsleuten massgebend, manchmal spielten erwiesene Dienste eine ausschlaggebende Rolle. Wie beim Ehrenburgerrecht wurden die Gebühren und Abgaben erlassen, der Beschenkte liess es sich aber nicht nehmen, der Gemeinde einen «Burgertruch» zu kredenzen.

In den Visper Statuten von 1543 lesen wir «dass vor einigen Jahren die Burger von Visp dem Balthassar Kamber, Schmid, damit er um so fleissiger sein Handwerk in der Burgschaft zum Nutzen und Frommen der Burger ausübe und dafür belohnt werde, das Bürgerrecht schenkten» und sie gaben ihm ein Los in der abgegrenzten Eie, das er verlieren sollte, wenn er den Burgern von Visp durch sein Schmiedehandwerk nicht dienstbar wäre<sup>56</sup>. In Ried-Brig wurde Glaysen Johann Joseph mit dem Bürgerrecht belohnt, weil er freiwillig an einem Feldzug für die Gemeinde teilgenommen hatte<sup>57</sup>.

Die Landeshauptmänner vom Wallis erstrebten wohl aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Bürgerrecht der Stadt Sitten, das Perinus de Cabanis<sup>58</sup>, Simon In Albon<sup>59</sup>, Michael Mageran<sup>60</sup> u.a. ehrenhalber und aus Dankbarkeit geschenkt, manchmal gegen eine Einkaufssumme verliehen wurde. Auch in grösseren Orten und kleineren Dörfern schmückten die Namen vieler Landeshauptmänner die Bürgerbücher. Georg Majoris<sup>61</sup> und Sebastian Zuber<sup>62</sup> waren Burger in Visp; Gilg Jossen und Matthäus Schiner, ein Neffe des Kardinals<sup>63</sup>, in Brigerberg. Der mächtige Kaspar Jodok von Stockalper besass überall im Wallis Grundstücke<sup>64</sup>. Viele Gemeinden, so Turtmann und Salgesch, nahmen ihn aus

<sup>55</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 22.

<sup>56</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1543).

<sup>57</sup> J. Guntern, Einbürgerungsgebühren in Ried-Brig bis 1839, WJB (1961), S. 30 ff.

<sup>58</sup> H.A. von Roten, Die Landeshauptmänner von Wallis, BWG X (1948), S. 126.

<sup>59</sup> H.A. von Roten, a.a.O., S. 208.

<sup>60</sup> H.A. von Roten, Landeshauptmänner, BWG XV (1969), S. 63.

<sup>61</sup> H.A. von Roten, Landeshauptmänner, BWG X (1948), S. 146.

<sup>62</sup> H.A. von Roten, Landeshauptmänner, BWG XV (1969), S. 21.

<sup>63</sup> H.A. von Roten, Landeshauptmänner, BWG XII (1956), S. 212.

<sup>64</sup> P. Arnold, Kaspar Jodok Stockalper vom Thurm, I. Band, Mörel 1972, S. 128.



Dankbarkeit zum Ehrenburger in ihre Reihen auf, andere verlangten eine Abgabe, wieder andere, wie Brämis, ersuchte er durch Drittpersonen um Aufnahme in die Burgschaft. König Karl II. von Spanien und Sizilien schenkte ihm 1679 in Anerkennung der geleisteten Dienste das Ehrenburgerrecht von Mailand<sup>65</sup>.

## IV. Voraussetzungen zur Naturalisation

Der Erwerb des Bürgerrechtes durch Naturalisation setzte persönliche Freiheit, freie Geburt, einen guten Leumund, sowie Besitz an Grundeigentum voraus und war mit Einkaufsgebühren und Auflagen verbunden, die je nach Burgerschaft verschieden waren. Neben dem Ortsrecht befasste sich auch das Landesrecht mit dem Erwerb des Bürgerrechtes.

### 1. GRUNDEIGENTUM

#### 1.1. Zum Erwerb des Bürgerrechtes

Ein Minimum an Grundeigentum, erworben durch Kauf, Tausch, Erbschaft oder anderswie, bildete eine wichtige Stufe zum Bürgerrechtserwerb. So sollte in den meisten Gemeinden des Oberwallis ein Auswärtiger, der durch Kauf, Heirat oder Erbschaft liegende Güter in einer Gemeinde erwarb, das Bürgerrecht erkennen und den Erkenntnispreis bezahlen. Erwarb er später noch mehr Güter, so zahlte er nichts weiter<sup>66</sup>.

Diesen typischen Inhalt einer Bauernzunft finden wir vielerorts, u.a. in Feschel, Eischoll, Törbel, Zeneggen, Grächen, Zermatt, Ausserberg, Baltschieder, Naters, Mund, Ried-Brig, Mörel, Fiesch, Niederwald, in der Talschaft Saas und in Kinneggen, wo die Bürger im Jahre 1589 beschlossen, «quod quicumque forensis sive extraneus prius bona immobilia infra limites ipsorum communitalis et territorii non habens, bona immobilia ibidem acquireret per successionem, emptionem, concambis uxorando seu quavis alio modo quod talis debeat recognoscere ius burgense seu commune...»<sup>67</sup>.

Dieser Ordnung lag ein doppelter Sinn zu Grunde: der Neubürger hatte genügend Besitz für seinen Lebensunterhalt und konnte im Verhältnis

<sup>65</sup> Archiv Fernanda von Stockalper, Brig.

<sup>66</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 112.

<sup>67</sup> Vide Anmerkung 46.



zum Besitz die Alpen und Allmend nutzen, anderseits hatten die Gemeinden oder Bruderschaften ihm keine Armenunterstützung zu gewähren. Dieses Minimum an Grundeigentum wurde von Gemeinde zu Gemeinde und im Laufe der Jahre unterschiedlich hoch angesetzt.

Grundeigentum wird hier im Sinne der heutigen Terminologie gebraucht, denn früher zählte man Häuser und Gebäude nicht überall zum Grundeigentum, bestimmten doch manche Bauernzünfte: *aedificia vel bona immobilia emeret etc.*<sup>68</sup>.

Im Unterschied zu vielen anderen Burgerschaften wurden in Ried-Brig Häuser zu Immobilien gerechnet. Wer Güter im Werte von 50 Pfund besass, konnte das Bürgerrecht erwerben<sup>69</sup>. Laut Urteil vom 13. Februar 1604 im Handel zwischen den Gemeinden Gesteln und Steg gegen das Drittel Gestelberg durfte das Grunddrittel keine neue Bürger aufnehmen, die nicht für 50 Pfund Liegenschaften besaßen<sup>70</sup>.

In Gampel blieb, gemäss den Statuten von 1697 Gemeinder, wer von seinen Eltern nicht mehr als für 10 Pfund liegendes Gut — Häuser und Hausrechte nicht gerechnet — als Erbe erhalten hatte; für Kinder wohlhabender Eltern betrug der Minimalwert 30 Pfund. Dies galt ebenso in Jeizinen<sup>71</sup>.

Visp verlangte bereits im Jahre 1531 wesentlich mehr, denn «es soll auch kein fremder zu einem burger angenommen werden er hab den vordin in der burgschaft Visp für sechzig Pfund eigen guott»<sup>72</sup>; doch 200 Jahre später, 1727 musste wer Bürger sein und bleiben wollte «400 eigen guot undt eigen dachscheitten han.» Hier widerspiegelt sich die Teuerung des Bodens einerseits und der Schwund der Kaufkraft des Geldes anderseits.

## 1.2. Zum Beibehalten des Bürgerrechtes

In vielen Bauernzünften finden wir keine Angaben über den Minimalbesitz zum Erwerb, wohl aber zum Beibehalten des Bürgerrechtes. Wer den Wohnsitz ändern oder die Landschaft verlassen und trotzdem Bürger bleiben wollte, durfte unter Androhung des Verlustes des Bürgerrechtes, nicht alle liegenden Güter veräussern. Dies galt auch für jeden Bürger, der sich dauernd an seinem Bürgerort aufhielt.

<sup>68</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 560.

<sup>69</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18. - J. Bielander, a.a.O., S. 560.

<sup>70</sup> J. Siegen, Gemeinde und Priorat Niedergesteln, BWG XII./4. (1958), S. 460 ff.

<sup>71</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 60. - J. Bielander, a.a.O., S. 560.

<sup>72</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Vgl. P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 70. - A. Weissen, a.a.O., S. 16.

So bestimmten die Bürger von Kinneggen im Jahre 1589 «quicumque non habuerit bona immobilia... ad valore triginta librarum is et talis excluditur ex dicta communitate et perdit ius burgense»<sup>73</sup>. In Brig musste einer, um «sein bürgerrecht zu erhalten... für hundert pfundt werth an liegendem guet in der bürgermarckh Eigen han Undt besitzen... Undt welcher im ausz Verkauffen minder den hundert pfundt im namen desz bürgerrechts Vorbehielte... soll damit sich Undt sein nachkhomenden desz bürgerrechtessz, dasz ist theils- Undt gemeindt in allen güetren Undt saachen beraubt haben»<sup>74</sup>.

In Zeneggen betrug dieses Minimum 30 Wallispfund<sup>75</sup>, in Zermatt 50 Pfund<sup>76</sup>, in Visp und der Talschaft Saas 60 Pfund<sup>77</sup>, wobei der Visper, der nicht ortsansässig war, gemäss den Satzungen vom Jahre 1543, die Gemeinwerke dennoch verrichten musste; in Ersch, Guttet und Filet 10 Pfund<sup>78</sup>, in Geren 20 Pfund<sup>79</sup>, in Ulrichen, Gluringen und Obergesteln 30 Pfund<sup>80</sup> und in Reckingen soll der «Dorfmann für das Bürgerrecht lassen stan undt verblieben fünfzig Wallispfund und wo er das nitt thut, soll er und seine Nachkommenden das Burgrecht verfohl haben»<sup>81</sup>.

In der Praxis gab es Möglichkeiten, diese Vorschriften zu umgehen, indem man sich auf dem veräusserten Grundstück in einer Art dinglichen Belastung das Bürgerrecht vorbehielt. So verkaufte im Jahre 1615 Peter Schiner von Fiesch sein Vaterhaus in Uberegg und einen Speicher für 340 Pfund an Christian Schwick und behielt sich auf diesem Speicher das Bürgerrecht von Fiesch vor<sup>82</sup>.

Wer seine Güter veräussert und das Bürgerrecht verloren hatte, jedoch später in sein Dorf zurückkehrte und daselbst durch Kauf, Tausch oder Erbschaft Güter erwarb, musste sich erneut einkaufen<sup>83</sup>.

<sup>73</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).

<sup>74</sup> J. Bieler, Eine Rechtsordnung der alten Burgschaft Brig, BWG IX (1943), S. 390. - Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 67.

<sup>75</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>76</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1635).

<sup>77</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1543). - G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2. - A. Weissen, Die Burgerschaft Visp, S. 16.

<sup>78</sup> G.-A. Guttet, B 5 (1669). - G.-A. Filet G 1. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 28 f.

<sup>79</sup> G.-A. Oberwald, C 2 f.

<sup>80</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651). - G.-A. Gluringen, B 4 (1657), B 7 (1751). - Obergesteln, B 7 (1647).

<sup>81</sup> AGVO, S 32-35, Reckingen, (1644). - Vgl. L. Carlen, a.a.O., S. 219. - A. Briw, Reckingen, S. 49.

<sup>82</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 220. - J. Bieler, a.a.O., S. 563.

<sup>83</sup> G.-A. Mörel, B 1 (1515). - G.-A. Ausserberg, B 3 (1487). - G.-A. Mund, B 3 (1591). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - D. Imesch, Naters, S. 62. - L. Borter, Ried-Brig, S. 17. - J. Bieler, a.a.O., S. 563. - u.a.

### 1.3. Zugrecht

Der Erwerb von Grundeigentum im Wallis war oftmals schwierig, teils wegen der Verbundenheit der Leute mit der Scholle, teils von Gesetzes wegen. Volk und Behörden trachteten einem Ausverkauf der Heimat entgegenzutreten und die Geschlossenheit des Gutes zu bewahren. Eine Handänderung von Liegenschaften durch Erbschaft, Schenkung oder Tausch war meistens problemlos<sup>84</sup>, nicht aber durch Kauf, denn jeder Fremde, der im Wallis Immobilien kaufte, musste stets die Geltendmachung des Zugrechtes befürchten.

Das Zugrecht ist das Recht, einen bestimmten Gegenstand, der an einen Minderberechtigten verkauft wurde, gegen Bezahlung des vom ersten Erwerber entrichteten Kaufpreises und anderer Nebenkosten innert einer gewissen Frist an sich zu ziehen<sup>85</sup>.

In der Zeitspanne von 1525—1761 befasste sich der Landrat 28 Mal mit dieser Materie<sup>86</sup>. Das Zugrecht konnte zuerst von den nächsten Verwandten und Freunden des Verkäufers, dann von den Nachbarn und zuletzt von jedem Landsmann geltend gemacht werden, wobei die einzuhaltende Frist im Laufe der Jahre unterschiedlich, meistens aber auf 10 Jahre festgesetzt wurde<sup>87</sup>. Neben dem Landrecht befassten sich die Bauernzünfte mit dem Zugrecht, das in Glurigen der Sippe des Verkäufers, in Münster den Dorfleuten, in Binn 1429 jedem Talmann und ab 1447 sogar der Gemeinde zustand, die das Recht ausüben musste, wenn sonst niemand es geltend machen wollte<sup>88</sup>.

## 2. FREIHEIT, NIEDERLASSUNG, LANDESBURGERRECHT

Grundbesitz allein genügte nicht zur Aufnahme ins Bürgerrecht, sondern man bedurfte eines guten Leumunds, der persönlichen Freiheit, der Niederlassungsbewilligung und oftmals des Landesbürgerrechtes. Letzteres ist erst ab Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts<sup>89</sup> eine notwen-

---

<sup>84</sup> Seltene Regelung des Zugrechtes bei Schenkung und Tausch, vor allem bei betrügerischen Geschäften, *Heusler*, RQ, Nr. 55, Nr. 59, S. 53.

<sup>85</sup> Das Zugrecht behandeln wir später in einem eigenen Abschnitt und begnügen uns hier mit einigen Hinweisen. Zum Zugrecht vgl. *R. Hoppeler*, Das Zugrecht nach den Walliser Rechtsquellen des Mittelalters, BWG III (1906), S. 452-456. - *P. Kugler*, Das Zugrecht und seine Entwicklung, Diss. Basel 1948, Maschinenschrift.

<sup>86</sup> *L. Carlen*, Zum Fremdenrecht im Wallis, S. 136 f.

<sup>87</sup> *Heusler*, RQ, S. 50 ff.

<sup>88</sup> *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde, S. 220. - *F. Schmid*, Wandlungen einer Gemeinde-Bauernzunft, BWG I (1890), S. 178.

<sup>89</sup> *Heusler*, RQ, S. 459.

dige Voraussetzung, denn bis dahin fand eine Einbürgerung direkt, ohne Landesburger zu sein, in der betreffenden Gemeinde statt.

Der Weihnachtslandrat verlangte seit dem Jahre 1545 von Fremden, die sich im Wallis niederlassen wollten, dass sie glaubwürdige Mannrechtsbriefe (freier Stand), Siegel ihres Herkommens und ehrlichen Abscheid (Tatsache, dass sie in Ehren aus der Heimat entlassen wurden) vorwiesen<sup>90</sup>. Eine ähnliche Satzung kannte 1534 die Stadt Bern, wo sich jedermann niederlassen durfte, der mittels Urkunden nachwies, woher er gebürtig, dass er ehelich geboren und frei sei und aus ehrlichen Gründen seine Heimat verlassen hatte<sup>91</sup>. Man trachtete zu verhindern, dass «durch tahlberige oder leibeigene Personen das Vaterland beschwert und gute Geschlechter und Häuser durch sie betrogen werden»<sup>92</sup>.

Wollte ein Niedergelassener das Landrecht erwerben, musste er ein Aufnahmegesuch an den Landrat stellen, der die Einkaufsgebühr festsetzte, das Gesuch überprüfte und ad referendum an die Gemeinden leitete, um dann im Landrat abschliessend genehmigt zu werden<sup>93</sup>.

Nicht der Landrat, noch die Zenden, waren im 16./17. Jahrhundert «oberste Gewalt» im Wallis, sondern die Gesamtheit der Gemeinden, welche die Souveränitätsrechte ausübten und ihre Vertreter in den Landrat sandten. Diese Ratsboten konnten nicht ihre Meinung vertreten, sondern mussten den Instruktionen der Gemeinde gemäss stimmen. Daher konnte der Landrat nur das beschliessen, worüber die Abgeordneten Vollmacht hatten und wenn etwas zur Verhandlung gelangte, was noch nicht vor die Gemeinden gekommen war, musste er das Placet der Gemeinden vorbehalten oder den Beschluss verschieben, bis diese dazu Stellung genommen und ihre Boten instruiert hatten<sup>94</sup>.

So wurden beispielsweise 1641 Johann Michael Heiss als freier Patriot des Oberwallis<sup>95</sup> und 1644 Hans Luggen<sup>96</sup> als Landsmann von Wallis vom Landrat anerkannt. Der Landrat verlangte im Jahre 1750 als Einkaufssumme «zwei Dublen desentim für Sportulen, und in die lobl. Zenden 50 Ducatuner, 1 Centner Pulver und so viel Blei in das Landesmagazin»<sup>97</sup>.

<sup>90</sup> Heusler, RQ, Nr. 116, S. 59. - L. Carlen, Zum Fremdenrecht im Wallis, S. 138 f.

<sup>91</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 705.

<sup>92</sup> Heusler, RQ, Nr. 231, S. 79.

<sup>93</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 558.

<sup>94</sup> W. Liebeskind, Das Referendum der Landschaft Wallis, Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, 1928, S. 12 ff. - Auf das Referendum kommen wir später ausführlich zu sprechen.

<sup>95</sup> BWG X (1949), S. 320.

<sup>96</sup> BWG III (1904), S. 226.

<sup>97</sup> Heusler, RQ, Nr. 295, S. 93. - Sporteln waren Gebühren, die unmittelbar den an einer Verwaltungshandlung beteiligten Beamten zuflossen.

Der Erwerb des Landrechtes war von immenser Bedeutung. So bestimmte die Revision der alten Abschiede der Landschaft von 1597—1773 in Art. 46, «dass in dem oberen Wallis keine Gemeinde solle einen Ausländer noch Unterthan zu einem Bürger oder Gemeinder annehmen, bevor ein solcher für einen Patrioten oder Landsmann erkennt und angenommen worden»<sup>98</sup>. Als Ausländer galt zu jener Zeit jeder Nichtwalliser; Untertanen waren u.a. die Unterwalliser.

Wer Landsmann war, konnte in den einzelnen Gemeinden des Wallis das Bürgerrecht erlangen unter den gleichen Voraussetzungen, wie zum Erwerb des Landesbürgerrechtes. Zusätzlich wurde, wie bereits erörtert, ein Minimum an liegendem Gut gefordert und an den Erwerb Bedingungen und Auflagen geknüpft.

### 3. EINBURGERUNGSGESUCH

#### 3.1. Recht

Wer in einer Gemeinde eingebürgert zu werden begehrte, hatte ein entsprechendes Gesuch zu stellen, über welches die Burgerversammlung entschied. Dieses Recht der Bürger, über Neuaufnahmen zu befinden, hatte wohl in allen Gemeinden Geltung, auch wenn es nicht in allen Bauernzunftstatuten ausdrücklich festgehalten war<sup>99</sup>. In Gampel sollte kein neuer Gemeinder angenommen werden, «er sei den zweimal vor der ganzen löblichen Gemeinde erschienen und angetragen worden, mit Aufweisung seines und seiner Haushaltung, Herkommen, Handels und Wandels, ehrlichen Seins, durch Brief und Insiegel seiner Obrigkeit»<sup>100</sup>. In Münster konnten zwei oder drei Bürger die Annahme neuer Bürger wehren<sup>101</sup>; an andern Orten fand sie nur statt, wenn die Bürger den Bewerber annehmen wollten, oder wie es bei Heusler heisst: «si saltem burgenses illum accipere voluerint»<sup>102</sup>. So nahm im Jahre 1735 die ins Gemeindehaus von Filet berufene Urversammlung, Magister Johann Schalbetter von Grengiols um 20 Pfund und einen Silberbecher als Bürger an<sup>103</sup>.

<sup>98</sup> Heusler, RQ, S. 459.

<sup>99</sup> G.-A. Mund, B3 (1591). - G.-A. Oberwald, B 2 (1545), B 3 (1636). - G.-A. Ernen, B 4 (1577). - G.-A. Oberems, B 6. - G.-A. Saas-Bälen, B 2 (1575). - L. Carlen, Zur Geschichte von Brig, S. 23 f. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 201. - P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40.

<sup>100</sup> G.-A. Gampel, B 1 (1697). - Vgl. F. Schnyder, Gampel, S. 60.

<sup>101</sup> Heusler, RQ, Nr. 454, S. 121.

<sup>102</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 112.

<sup>103</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 153.

### 3.2. Pflicht

Lag ein Aufnahmegesuch im Interesse des einzelnen, denn erst als Bürger durfte er die gemeinen Alpen, Allmenden und Wälder nutzen, so stellten anderseits manche Gemeinden Sanktionen in Aussicht für jene, welche die Voraussetzungen erfüllten, jedoch kein Gesuch einreichten. So statuierte Gluringen im Jahre 1559: «Et quaecumque persona esset et pariter bona immobilia ibidem possideret et pro eodem jure burgensi vt acciperetur non oraret et recognoscere renueret... tali personae et homini debent alpes alpeya, almeina pascua et lignorum incisiones, omniaque caetera jura inhiberi, defendi ac interdictum iri propter eius inoboedientiam»<sup>104</sup>.

## 4. EINBURGERUNGSGEBÜHREN

Die versammelte Gemeinde behandelte nicht nur das Einbürgerungsgesuch des Petenten, sondern legte, auf Vorschlag der Gewalthaber, die Höhe der Einkaufssumme und die zu entrichtenden Abgaben fest. Eine Art Entschädigung für die mit dem Bürgerrecht verknüpften Nutzungsrechte hatte der Bewerber auch in anderen Landschaften, in Obwalden<sup>105</sup>, Graubünden<sup>106</sup>, Zürich<sup>107</sup> und Bern<sup>108</sup> zu bezahlen. Wir gehen kaum fehl in der Behauptung, dass das Einzugsgeld im ausgehenden Mittelalter überall im Wallis, in der Eidgenossenschaft und in Mitteleuropa<sup>109</sup> verlangt wurde.

Wie Rennefahrt für Bern<sup>110</sup> und Stahel für die Stadt und Landschaft Zürich<sup>111</sup> nimmt Carlen für das Wallis<sup>112</sup> eine vorgeschriebene oder von Fall zu Fall festgesetzte Einkaufsgebühr an, die im Laufe der Jahrzehnte suk-

<sup>104</sup> G.-A. Gluringen, B 3 (1559). - G.-A. Grächen, B 2 (1585). - G.-A. Mörel, B 1 (1515). - J. Bielander, a.a.O., S. 555. - AGVO, S 32-35, Fiesch, B 2 (1532).

<sup>105</sup> J. Rüttimann, Über die Geschichte des schweizerischen Gemeindebürgerrechtes, Zürich 1862.

<sup>106</sup> A. Steinhauser, Die Bündner Gemeinde, in: Das Zugrecht nach den bündnerischen Statutarrechten, Diss. Bern 1898, S. 158 ff.

<sup>107</sup> W. Frick, Das Bürgerrecht des Zürcher Stadtstaates, S. 198.

<sup>108</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 705 ff.

<sup>109</sup> Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, I, S. 547.

<sup>110</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 705 ff.

<sup>111</sup> A. Stahel, Gemeindebürgerrecht und Landrecht im Kanton Zürich, Diss. Zürich 1941, S. 56, 115 f.

<sup>112</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 221 f.

zessive erhöht wurde. Für Bieler<sup>113</sup>, Heusler<sup>114</sup> und Imesch<sup>115</sup> ist es eine, nach einem bestimmten Schätzungswert der Grundstücke berechnete Grundtaxe, die pro rata valoris eine Höher-taxierung einschloss. Es stellt sich die Frage nach der Art der Einbürgerungsgebühr und deren Festsetzung. Die Bauernzünfte und Ortsrechte, sowie Einbürgerungsurkunden und Bürgerbücher geben uns manche Antwort, stiften aber gleichzeitig auch Verwirrung, indem manchmal Abschoss, Gemeinde-, Niederlassungs- und Einbürgerungsgebühren wenig auseinandergehalten, oder in einer Urkunde sowohl eine Grundtaxe als auch ein festgelegtes Einzugs-geld erwähnt oder verschiedene Terminologien gebraucht werden.

Unseres Erachtens kannte das Wallis die Grundtaxe, sowie die feste und die von Fall zu Fall bestimmte Einkaufsgebühr. Wie die Gemeinde auf demokratische Weise ihre Ortsrechte aufstellte, bestimmte sie in aller Freiheit das System der Einbürgerung.

#### 4.1. Grundtaxe

Unter Grundtaxe im hier gebrauchten Sinn verstehen wir die Einkaufsgebühr, berechnet nach einem bestimmten Schätzungswert der Grundstücke, die in jener Gemeinde gelegen waren, in welcher der Bewerber das Bürgerrecht erlangen wollte. Entsprechend dem Wert der Güter war eine Höher-taxierung um einen gewissen Prozentsatz vorgesehen<sup>116</sup>.

Naters verordnete im Jahre 1453: «Wenn ein Auswärtiger in der Gemeinde liegendes Gut kauft oder durch Verheiratung mit einer Bürgerin erlangt oder solches erbt, so soll er das Bürgerrecht in der Gemeinde erkennen und die Erkenntnisgebühren zahlen, wenn übrigens die Bürger ihn annehmen wollen. Er hat zu entrichten von Liegenschaften im Werte bis auf 100 Pfund 2 rhein. Gulden, bei Mehrwert von den ersten 100 Pfund 4 Gulden und von jedem folgenden 100 einen Gulden. Erwirbt er später noch mehr Güter, so zahlt er nichts weiter, wohl aber, wenn er alle zuerst erworbenen wieder veräussert, damit aus dem Bürgerrecht ausscheidet und später wieder neue erwirbt»<sup>117</sup>.

---

<sup>113</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 553.

<sup>114</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113.

<sup>115</sup> D. Imesch, Naters, S. 62.

<sup>116</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 553.

<sup>117</sup> D. Imesch, a.a.O., S. 62.



Diese Bestimmung wird in vollem Wortlaut wiedergegeben, da sie für das Verständnis des Einzugs wichtig und für viele Bauernzünfte, wie u.a. Ausserberg<sup>118</sup>, Mund<sup>119</sup>, Baltschieder<sup>120</sup> und Ganter<sup>121</sup>, um nur einige zu nennen, typisch war.

Der Bewerber war also ein Auswärtiger, ein «homo forensis»<sup>122</sup>, eine «persona extranea cuiuscumque gradus aut conditiones»<sup>123</sup>, einer der, «zuovor nit ein inerbórner oder gmeinder wer»<sup>124</sup> und am Orte vorher keine Güter besessen hatte<sup>125</sup>. Als Auswärtiger galt nicht nur der Ausländer, — die Eidgenossenschaft galt zu jener Zeit als Ausland — sondern auch ein Walliser aus dem Nachbardorf. Der Landsmann hatte mancherorts, wie in Niederwald<sup>126</sup> und Gampel<sup>127</sup> eine bevorzugte Stellung, indem er zu geringeren Einkaufsgebühren verpflichtet wurde. Eine besondere Regelung trafen 1494 Ried-Brig, Termen und Ganter, die für die gegenseitige Erkennung des Bürgerrechtes ein um die Hälfte niedrigeren Einzugspreis festlegten<sup>128</sup>.

Der Bittsteller, der durch Erbschaft, Heirat oder Kauf Grundstücke erworben hatte, sollte in der Gemeinde das «Burgrecht erkennen»<sup>129</sup> oder, wie mancherorts steht: «debeat recognoscere ius burgense seu commune»<sup>130</sup> und die Recognitionsgebühr bezahlen, «si saltem burgenses illum accipere voluerint»<sup>131</sup>.

Was bedeutet: «das Bürgerrecht erkennen», «die Gemeinde erkennen», «den Inkauf und Ingang erkennen» oder wie es in den lateinischen Schriften heisst: «ius civile seu burgense recognoscere», «se recognoscere dictae communitati»?

Nach unserer Meinung ist darunter das Einbürgerungsgesuch und die Einbürgerung zu verstehen.

---

<sup>118</sup> G.-A. Ausserberg, B 3 (1487), Abschrift J. Bielander.

<sup>119</sup> L. Borter, Mund, S. 7.

<sup>120</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40.

<sup>121</sup> D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 81.

<sup>122</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>123</sup> G.-A. Grächen, B 2 (1558).

<sup>124</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff.

<sup>125</sup> AGVO, S 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>126</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>127</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

<sup>128</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 81. - L. Borter, Ried-Brig, S. 17. - Ders., Bürger-schaften und Bürgerwälder, S. 621 f.

<sup>129</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>130</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).

<sup>131</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113.



4.1.1. Die Gemeinde hatte kein Interesse an Einwohnern, die insgeheim oder öffentlich die Bürgergüter nutzten, aber sich an keinen Gemeinwerken beteiligten. Dass Missbräuche vorkamen, weiss Bieler zu berichten<sup>132</sup>. Daher wurde vom Gutsbesitzer ein Einbürgerungsgesuch verlangt, in Glüringen sogar unter Strafe gefordert<sup>133</sup>. Dass es sich beim «Erkennen des Bürgerrechts» um ein Gesuch handeln muss, beweisen die Ortsrechte von Zeneggen und Naters, wo jemand Bürger wird, «dummodo communitati gratus fuerit»<sup>134</sup>, wenn man ihn annehmen wollte<sup>135</sup>. Die Bürger besaßen das Recht, sich zu einem Einbürgerungsbegehren positiv oder negativ zu äussern. Eine Annahme konnte nur erfolgen, wo ein Gesuch vorlag.

4.1.2. Dass es sich hier um das Einbürgerungsgesuch und die Einbürgerung handelt, geht unseres Erachtens auch daraus hervor, dass nach der Bezahlung der Einbürgerungsgebühr der Bewerber die gemeinsamen Güter benutzen konnte, wie es in den Bauernzünften von Zeneggen und Grächen ausdrücklich heisst: «debeat ... solvere a prima centena librarum inferius duas libras maur. de prima centena tres libras et a prima superius de qualibet centena unam libram, quo facto utetur rebus communibus ut reliqui comunarii»<sup>136</sup>, oder: «facta autem recognitione et soluta devolutione seu actione potest is uti frui et gaudere pro rata suorum bonorum omnibus rebus communibus sicut cognitus montanus»<sup>137</sup>. Er durfte die gemeinsamen Güter genauso gebrauchen, wie ein eingessessener Bürger, und «wird teilhaftig nach Marchzahl der Gütern, welche er an sich brachte in allen gemeinen Gütern und Rechten wie ihren einer, es sig in Allmeinen, Holz, und Holzmeiss, Kris, Alpen auch übrigen gemeinen Gütern und Rechten wie die mechten genambset werden»<sup>138</sup>. Diese Bestimmung aus den Statuten der Talschaft Saas zeigt deutlich, dass das erworbene Recht alle Rechte eines Burgers umschloss und mit Sicherheit nichts mit dem Abschoss (*ius detractus*, auch Abzug) zu tun hatte. Wollte man unter «*ius burgense recognoscere et solvere a prima centena liberarum...*» ein «*ius detractus* oder Abschoss» annehmen, könnte der Betreffende keinen Anspruch auf den Gebrauch sämtlicher politischen und genossenschaftlichen Rechte eines Burgers erheben, da der Abzug, als Weiterentwicklung eines Rückbehaltungsrechtes am ganzen Nachlass

<sup>132</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 564.

<sup>133</sup> G.-A. Glüringen, B 3 (1559).

<sup>134</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>135</sup> D. Imesch, Naters, S. 62. - Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113.

<sup>136</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>137</sup> G.-A. Grächen, B 2 (1585).

<sup>138</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596).

eines Verstorbenen, zu einer Art Vermögenssteuer an in fremde Hände fallenden Gütern sich ausbildete<sup>139</sup> und keinen Rechtsanspruch auf die gemeinsamen Güter gab. Zudem würde hier die Bürgerannahme durch die versammelte Gemeinde fehlen, da beim Abschoss von einem Einbürgerungsgesuch keine Rede ist.

4.1.3. Dass es sich hier um die Einbürgerung handelt, geht auch daraus hervor, dass, wer einmal das Bürgerrecht erkannt hatte, zu keiner weiteren Zahlung verpflichtet war, selbst wenn er später zusätzliche Güter erwarb<sup>140</sup>. Der Bürgerrechtserwerb war mit einer einmaligen Zahlung verbunden.

Ein Abschoss oder Abzug fällt hier ebenfalls ausser Betracht, da ihm, als Vermögenssteuer wesenseigen ist, dass er jedesmal, wenn Güter in fremde Hände gelangen, geschuldet ist.

4.1.4. Manche Bauernzünfte sagen ausdrücklich, dass es hier um das Bürgerrecht geht, denn «erwirbt er später noch mehr Güter, so zahlt er nicht weiter, wohl aber, wenn er alle zuerst erworbenen wieder veräussert, damit aus dem Bürgerrecht ausscheidet und später wieder neue erwirbt»<sup>141</sup>. Wäre mit dem Gütererwerb zusammenhängenden «ius burgense recognoscere» nicht das Bürgerrecht sondern vielleicht ein Abschoss gemeint, könnte obige Bestimmung nicht von «aus dem Bürgerrecht ausscheiden» sprechen.

4.1.5. Nach diesen Ausführungen bleibt uns noch zu erwähnen, dass die Dorfrechte unterschiedlich hohe Prozentsätze als Grundtaxe für die ersten hundert Pfund aufstellten, die Höherentaxierung aber für jede weiteren 100 Pfund ein Pfund betrug<sup>142</sup>. Wurde der Wert der liegenden Güter auf weniger als 100 Pfund geschätzt «alsdann soll es auch stan an Gnad der Procurieren und Gemeinden ... was er solle geben und zahlen»<sup>143</sup>. Die Grundtaxe betrug in Ausserberg<sup>144</sup> und Baltschieder<sup>145</sup> 4 rheinische

<sup>139</sup> N. Friedmann, Die öffentlich-rechtliche Stellung der Fremden in Zürich, vom 14. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. Zürich 1934, S. 50 ff.

<sup>140</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113. - P. Heldner/A. Carlen, a.a.O., S. 40. - L. Bortler, Mund, S. 7. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 146. - D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 81. - L. Bortler, Ried-Brig, S. 17.

<sup>141</sup> D. Imesch, Naters, S. 62. - Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113.

<sup>142</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3(1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596).

<sup>143</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596).

<sup>144</sup> G.-A. Ausserberg, B 3 (1487), Abschrift J. Bielander.

<sup>145</sup> P. Heldner/A. Carlen, a.a.O., S. 40.

Gulden, in Staldenried<sup>146</sup> 1 Pfund, in Eischoll<sup>147</sup> und Fiesch<sup>148</sup> 2 Pfund, in der Talschaft Saas<sup>149</sup> und in Niederwald<sup>150</sup> für Landsmänner 2 Pfund und Ausländer 4 Pfund und in Törbel 5 Pfund<sup>151</sup>. Ried-Brig, Termen und Ganter beschlossen, an der bisherigen Tradition gegenseitiger Erkennung des Bürgerrechtes festzuhalten und für das Bürgerrecht in einer der drei Gemeinden, wo einer Güter erworben hatte, 2 Pfund, und für die Summe über 100 Pfund 4 Pfund zu verlangen. Bezüglich der Aufnahme von Auswärtigen wurde beschlossen, dass diese, gleich wie in Brig, von jedem Gute unter 100 Pfund 4 Pfund und von jedem Gute über 100 Pfund 8 Pfund als Einkaufspreis zu entrichten hatten<sup>152</sup>.

#### 4.2. Feste Einkaufsgebühren

Unter einer festen Einkaufsgebühr verstehen wir eine einmalige, meistens in den Bürgerreglementen genau bestimmte, an die Gemeinde für den Erwerb des Bürgerrechtes zu entrichtende Abgabe. Das System des festgesetzten Einzugs garantierte eine rechtsgleiche Behandlung aller Bürgerrechtsbewerber, indem, unabhängig vom Wert der Grundstücke, eine einheitliche Gebühr geschuldet war. Manchmal behielten sich die Bauernzünfte, so z.B. Niederwald, ein Gebührenherab- oder -heraufsetzungsrecht vor, je nach der finanziellen Lage und den Bedürfnissen<sup>153</sup>. Dieser Vorbehalt war bereits ein erster Schritt in Richtung Festsetzung der Einbürgerungsgebühren von Fall zu Fall, ein Trend, der sich je länger je mehr durchsetzte.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, nach welchen Massstäben die Einkaufsgebühren festgelegt wurden; vermutlich spielte die finanzielle Lage der Gemeinde, sowie die Menge und Ausdehnung der allgemeinen Güter, die der Bürger nutzen durfte, eine wesentliche Rolle. Das Einzugs geld war eine Art Entgelt für die durch die Aufnahme erworbenen Rechte<sup>154</sup>.

Daher bildet die Höhe des Einzugs ein buntes Spektrum. Reckingen verlangte 1541 einen Einzug von 5 Pfund<sup>155</sup>, Münster einige Jahre später

<sup>146</sup> G.-A. Staldenried, B 1 (1548).

<sup>147</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>148</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532).

<sup>149</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596).

<sup>150</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>151</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531).

<sup>152</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 81. - L. Borter, Ried-Brig, S. 17. - Ders., Simplon-nordhang, S. 621 f.

<sup>153</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>154</sup> A. Steinhäuser, a.a.O., S. 162.

<sup>155</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen (1541).

das Doppelte<sup>156</sup>. Das Bürgerrecht kostete in Ulrichen 1548 noch 5 Pfund<sup>157</sup>, hundert Jahre später 50 Pfund<sup>158</sup>, ebenso in Obergesteln<sup>159</sup>. Wie in Ulrichen, wurden in Visp die Einbürgerungsgebühren einerseits wegen dem Schwund der Kaufkraft des Geldes und anderseits, einem allgemeinen Trend des 16./17. Jahrhunderts folgend, um häufigen Einbürgerungen entgegenzuwirken<sup>160</sup>, massiv erhöht, nämlich von 10 Pfund im Jahre 1531<sup>161</sup> auf 200 Pfund hundert Jahre später<sup>162</sup>.

Ähnliche Bestrebungen finden wir in Zürich<sup>163</sup> und Bern<sup>164</sup>, wo die Einkaufsgebühr in Stadt und Land im Laufe der Zeit sukzessive angehoben, und, wie in Schwarzenburg, von einem Ausländer, «Walliser, Savoyer, Schwaben und ander Nation usserthalb der Eidgenossenschaft», von Eidgenossen und Hintersässen ein unterschiedlich hoher Betrag gefordert wurde<sup>165</sup>.

#### 4.3. Von Fall zu Fall festgesetzte Einkaufsgebühr

Die Geldentwertung und das Bestreben vieler Dorfgemeinschaften im 16./17. Jahrhundert, sich gegen häufige Einbürgerungen zu wehren, damit die gemeinsamen Güter nicht knapp würden, haben eine Abkehr von Grundtaxen und gesetzlich festgelegten Einbürgerungsgebühren begünstigt. Zudem erliess der Landrat im Jahre 1616 ein Verbot der Grundtaxen. Einige Gemeinden hatten sich nämlich beschwert, dass an Orten, wo 10, 20 oder nur 5 oder 6 Häuser waren, Gemeinden mit eigenen Satzungen entstanden waren, und wer daselbst durch Kauf, Erbschaft oder Heirat Güter erwarb ohne Bürger zu sein, die Erkenntnis bezahlen musste<sup>166</sup>.

<sup>156</sup> Heusler, RQ, Nr. 454, S. 121.

<sup>157</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

<sup>158</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651).

<sup>159</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 222. - Vgl. weitere Einbürgerungsgebühren im Goms, daselbst.

<sup>160</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 30.

<sup>161</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).

<sup>162</sup> P.-E. Burgener, a.a.O., S. 72.

<sup>163</sup> A. Stahel, Gemeindebürgerrecht und Landrecht im Kanton Zürich, S. 56 ff., 113 ff. - N. Friedmann, Die öffentlich-rechtliche Stellung der Fremden in Zürich vom 14. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, S. 74 ff. - W. Frick, a.a.O., S. 198. - Im 16. Jh. bezahlte der zürcherische Untertane 5, der Fremde 10 Gulden, im 17. Jh. der Zürcher 10-15 Gulden, der Eidgenosse das Doppelte, der Ausländer eine beliebig hohe Taxe, im 18. Jh. kostete den Zürcher die Einbürgerung 100 Gulden. (A. Stahel, S. 113).

<sup>164</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 705 ff.

<sup>165</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 710.

<sup>166</sup> Heusler, RQ, Nr. 236, S. 80.

omni omni antri admodum trinitatis patris filii

...fuit. Item ante adventum nostrum homin. ...  
**Quoniam** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...

...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...

...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...

...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...  
**Quia** ...

*Vereinbarung der vier Viertel von Zermatt vom Jahre 1555, Burger-Archiv Zermatt, BB 2, Pergamenturkunde 66x48 cm.*

Um ihre Interessen gebührend zu wahren, setzten die Gemeinden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, seit dem 17. Jahrhundert die Einkaufsgebühren von Fall zu Fall fest. Damit war die Einbürgerungsgebühr teilweise der Willkür ausgesetzt, anderseits liessen sich die Gemeindefinanzen leichter auf gutem Stand halten, indem die Reichen — meistens — eine höhere Einzugssumme zu leisten hatten als andere. Wie unterschiedlich hoch der Einzug war, zeigen einige Beispiele aus Binn: 1607 wurden einmal 7, einmal 14, einmal 6 und einmal 22 Pfund verlangt; 1611 einmal 5 Pfund und einmal 80 Pfund; 1613 3 Pfund; 1615 15 Pfund; 1618 10 Pfund; 1724 100 Pfund und 1728 30 Pfund<sup>167</sup>. Ähnliche Beispiele liessen sich aus anderen Gemeinden anführen. Mancherorts, wie in Biel, trachtete man die Einkaufsgebühr während längerer Zeit ausgeglichen hoch anzusetzen<sup>168</sup>.

Im Falle der Verleihung des Ehrenbürgerrechts wurde von der Einzugsgebühr abgesehen.

## 5. ABGABEN

Neben den Einkaufsgebühren finden wir eine bunte Anzahl kurioser und nützlicher Abgaben, die teils aus gesellschaftlichen Bräuchen, teils aus einem echten Bedürfnis hervorgingen. Viele Gemeinden verlangten lederne Feuereimer, die meistens im Gemeindehaus aufbewahrt wurden. Dies erstaunt uns nicht, wenn wir bedenken, dass die Walliserdörfer alle auf engem Raum und aus Holz gebaut waren und Feuersbrünste leicht zu grossen Katastrophen ausarteten<sup>169</sup>. Daher verboten manche Bauernzünfte, in der Küche oder unter dem Feuerherd Holz zu lagern, mit offenem Feuer, ohne Laterne in Stall oder Scheune zu gehen und mussten die Kamine jährlich inspiziert werden.

In Visp hatten 1588 Peter Imboden und 1600 Andreas Summermatter 2 Feuereimer abgegeben<sup>170</sup>, während in Ried-Brig ein Neuburger «ein halben Lüdrinen fü eimmer» bringen musste<sup>171</sup>. Ähnliche Ordnungen finden wir vielerorts im Wallis, u.a. in Mund<sup>172</sup>, Münster<sup>173</sup>, Ernen, wo «unam

---

<sup>167</sup> Bürgerbuch Binn, B 6, Abschriften P. Heldner.

<sup>168</sup> G.-A. Biel, D I (1643-1780).

<sup>169</sup> *P. Am-Herd*, Denkwürdigkeiten von Ulrichen, S. 185 ff.

<sup>170</sup> B.-A. Visp, BB 17a.

<sup>171</sup> *J. Guntern*, a.a.O., S. 30 ff. - *L. Borter*, Ried-Brig, S. 18.



urnam igneam» verlangt wurde<sup>174</sup> und in Ulrichen<sup>175</sup>, doch auch in Zürich<sup>176</sup> und Bern<sup>177</sup>.

In den Statuten von Gampel aus dem Jahre 1697 lesen wir, dass der Neueintretende der löblichen Gemeinde eine Muskete und sechs Liter Blei und Pulver erstattete<sup>178</sup>. Auch die Schützen gingen nicht leer aus. Kaspar Lambien von Ried-Brig schenkte im Jahre 1709 eine Blume «unseren Soldaten zur Erinnerung»<sup>179</sup>.

In den Burgerschaften wurden alte Bräuche gepflegt. So versammelten sich die Bürger mehrmals jährlich an weltlichen oder kirchlichen Festtagen, sowie bei der Aufnahme neuer Mitglieder zum «Burgertruch», der in Gemeindebechern aus Zinn, Silber oder Gold kredenzt wurde. Christian Bizi schenkte im Jahre 1749 der Gemeinde Erschmatt anlässlich seiner Einbürgerung einen Becher von 6 Kronen<sup>180</sup>, Anton Derk 1629 Ried-Brig einen «hüpschen högien (hohen) silbrigen Burgerbächer» und Gerig Merisch 1638 einen schönen Tischbecher<sup>181</sup>. In Niederwald verlangte die Bauernzunft von 1565 «zwey kan von fein Zin un ein saum win»<sup>182</sup>. Die *Vespia nobilis* zeigte sich anlässlich des Burgertrunkes von ihrer vornehmen Seite, denn viel Silber- und Goldgeschirr waren Geschenke der Neubürger. Anton In der Gassen und Hans Kalbermatten übergaben 1631 zwei silberne «Tatzen oder Schalen», Johann Burgener 1642 sogar das Doppelte, Peter Zimmermann 1669 sechs Silberbecher, Peter Wolff 1668 einen sechseckigen Becher und Peter Johann Imboden 1758 sogar zwei vergoldete Becher. Damit ebenso vornehm gespiessen werden konnte, schenkten Peter Clemens und andere der Burgerschaft Visp silberne Löffel und Peter Fux 1790 ein Dutzend Zwehlen (Servietten)<sup>183</sup>, Moritz Albrecht der Gemeinde Filet 1777 «ein Tischlakken»<sup>184</sup> und Josef Thenien 1750 Ried-Brig eine Suppenplatte<sup>185</sup>.

Das kleine Bergdorf Binn stand der *Vespia nobilis* in nichts nach, so erhielt es von Josef Karlen im Jahre 1728 «2 silberne Becher in form wie

<sup>172</sup> G.-A. Mund, B 3 (1591). - Vgl. L. Bortler, Mund, S. 6.

<sup>173</sup> Heusler, RQ, Nr. 457, S. 122.

<sup>174</sup> G.-A. Ernen, B 6 (1628).

<sup>175</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651).

<sup>176</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 117.

<sup>177</sup> H. Rennefahrt, Schweizerbürgerrecht, S. 705.

<sup>178</sup> G.-A. Gampel, B 1 (1697). - Vgl. F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

<sup>179</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 31.

<sup>180</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 23.

<sup>181</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 31.

<sup>182</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>183</sup> B.-A. Visp, BB 17a.

<sup>184</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 157.

<sup>185</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 31.



die andren» und von Josef Jost, Johann Troger und Andream Gredig sogar je «einen sibem kronigen Becher»<sup>186</sup>. Ebenfalls im Bürgerbuch von Binn fanden wir die Notiz, dass 1608 für den Erwerb des Bürgerrechtes 22 Pfund «samt einer liffre wachs» verlangt wurden.

Christian Hutter übergab im Jahre 1638 der Gemeinde Ried-Brig zur Ausgestaltung des Burgersaales einen «schönen Sitz von 25 Pfund wert»<sup>187</sup>.

## V. Einbürgerungsakt

### 1. BURGEREID

Wurde dem Einbürgerungsbegehren stattgegeben, so veranstaltete man eine würdige Feier. Man trachtete danach, innere Vorgänge durch sichtbare Handlungen zu versinnbildlichen und der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Der Bewerber musste feierlich und öffentlich seinen Burgereid leisten und, eine Hand auf die Bibel gelegt, geloben, «bey sim lyblichen Eydt auffß heilig Evangelium, Einer burgschafft tryw, Undt holdt zu sein, Ihr nutz zu furdren, Schaden abzuwenden und gebe auch anfangs genuessame Caution, oder bürgschafft nit allein mit wybs, kindt, Undt gesindt sich woll Undt Ehrlich zu verhalten, Undt Niemantzsz anzusetzen, sondernz auch allen kosten Undt schaden, der aus seinem Übel hauszhaltten Ervolgen mocht, oder Mehr Schulden machte, dan sein haab, Undt guet Vor oder nach sein Thod zu bezahlen, Vermeglich, abzutragen»<sup>188</sup>.

Wer alle zum Erwerb des Bürgerrechts geforderten Voraussetzungen erfüllte, wurde durch die Leistung des Einbürgerungseides zum Bürger. Erst mit dieser rechtlich relevanten Handlung wurde das Bürgerrecht erworben; durch den Eid wurden die Rechte und Pflichten des Burgers begründet, nicht bloss verstärkt. Nach W. Ebel gab es einen Zwang zur Leistung des Burgereides, und keinen anderen Weg, Bürger mit vollen Rechten zu werden<sup>189</sup>.

Die Hauptelemente der Eidesformel waren Treue und Gehorsam, «tryw und holdt», wobei oftmals mit Nachdruck auf den Gehorsam verwiesen wurde. Die Treue stellt die schwächere, die Gehorsamspflicht die

---

<sup>186</sup> Bürgerbuch von Albin Kiechler, Binntal, B 6 (1600-1865). Abschriften wurden mir freundlicherweise von Paul Heldner zur Verfügung gestellt.

<sup>187</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 31.

<sup>188</sup> J. Bielander, Rechtsordnung von Brig, S. 389.

<sup>189</sup> W. Ebel, Der Bürgereid, Weimar 1958, S. 55.

schärfere Form der Bindung dar. Dem Gehorsam fehlt der Zug eigener Entscheidungsfreiheit, der der Treue ihren sittlichen Wert verleiht<sup>190</sup>. Beide Elemente waren meist vereint und bildeten, bei der Nutzung der gemeinsamen Güter und Tragung der Lasten, zur friedlichen Harmonie unter den Burgern die unabdingbaren Voraussetzungen. Manchmal wurde eine Bürgerpflicht, obwohl schon im Kern des Eides enthalten, ausdrücklich hervorgehoben. In Gampel musste, wer das Bürgerrecht erwerben wollte, schwören, dem Vaterland und der löblichen Gemeinde treu und hold zu sein und sich in allen Nöten und Gemeinwerken mit Nutz und Beschwerde einzustellen<sup>191</sup>.

Ähnliche Satzungen finden wir in den Bauernzünften von Erschmatt<sup>192</sup>, Mörel<sup>193</sup>, Visp<sup>194</sup>, Niederwald<sup>195</sup>, Reckingen<sup>196</sup>, Oberwald<sup>197</sup> und Ulrichen, wo «welcher mitt gheiss und willen der obgedachten dorffliitten burger wird und das burgerrecht annimmt dasz derselbige ein eyd soll thun und schweren lyplich zu Gott und sinem leiden dasz er in einer Dorffmarch nit welle nüwes oder besonders machen undt mit einer Dorffmarch sich trüwlich, erlich und redlich halten wel»<sup>198</sup>. In Chippis schworen «des bourgeois, à leur tour, levant la droite au ciel, selon l'antique usage s'engageaient, par serment, à tenir leurs engagements envers ces concitoyens»<sup>199</sup>.

## 2. NOTARIELLE URKUNDE

Es wurde eine Einbürgerungsurkunde ausgestellt, dass der Aufgenommene «undt ihr Kinder undt ihr nachkommenden ... megen nutzen, bruchen undt geniessen aller gmeinen sachen und nutzungen .. zu ewgen zeyten, als wan sie daselbig selbstn ererbt hätten und erblichen vo ihr al-tren bekommen»<sup>200</sup>.

<sup>190</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 63.

<sup>191</sup> G.-A. Gampel, B 1 (1697). - Vgl. F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

<sup>192</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 28.

<sup>193</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 146.

<sup>194</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).

<sup>195</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>196</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, (1541).

<sup>197</sup> G.-A. Oberwald, B 2 (1636).

<sup>198</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548), B 15 (1651).

<sup>199</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 562.

<sup>200</sup> G.-A. Biel, B 1 (1643). - G.-A. Glüringen, B 3 (1559).

### 3. BURGERTRUNK

Besiegelt wurde die Einbürgerung mit dem Bürgertrunk, der im 16. Jahrhundert vereinzelt, wie in Niederwald<sup>201</sup>, im 17. und den folgenden Jahrhunderten häufig kredenzt wurde. Öfters wird der «Bürgertruch» in den Bauernzunftstatuten, wie etwa in Gampel<sup>202</sup>, Erschmatt<sup>203</sup> oder Ulrichen<sup>204</sup> eigens erwähnt, häufig finden wir Hinweise in den Bürgerbüchern und Einbürgerungsurkunden. So haben wir Kenntnis vom Einbürgerungstrunk in Binn<sup>205</sup>, Ried-Brig<sup>206</sup>, Naters<sup>207</sup>, Filet<sup>208</sup> und Kinneggen<sup>209</sup>, wo Hauptmann Bartholomäus Kalbermatter, der in der Gemeinde Störung hervorgerufen und daher das Bürgerrecht verloren hatte, um 10 Pfund und einen halben Saum Wein wieder eingebürgert wurde. Wohl der prominenteste und bekannteste Bürger von Niederern war Ritter Kaspar Jodok Stockalper von Thurm, dem 1678 für 80 Pfund und 2 Lagel Wein das Bürgerrecht gewährt wurde<sup>210</sup>.

Der Wein spielte bei Einbürgerungen, beim Vertragsabschluss, bei Verlobung und Heirat, ja in Recht allgemein eine bedeutende Rolle<sup>211</sup>.

In Visp und andernorts<sup>212</sup> kredenzte man einen Trunk und setzte seit dem 17. Jahrhundert häufig ein köstliches Mahl vor, zu welchem gelegentlich auch die Frauen eingeladen wurden. So wurde 1758 Peter Johann Imboden um den Preis von 30 Dublonen, 2 vergoldeten Bechern, 2 Silberlöffeln und einem Mahl den Burgern und ihren Frauen, feierlich das Bürgerrecht verliehen<sup>213</sup>. Manchmal wurde wie 1724 in Binn, «ein anstendiger trunk mit brodt und kess» verabreicht<sup>214</sup>.

Ähnliche Bräuche wie bei der Einbürgerung finden wir bei der Aufnahme in eine Geteilschaft, die ebenfalls eine bestimmte Geldsumme und

<sup>201</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>202</sup> G.-A. Gampel, B 1 (1697).

<sup>203</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 28 ff.

<sup>204</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651).

<sup>205</sup> G.-A. Binn, Bürgerbuch, B 6 (1600).

<sup>206</sup> J. Guntern, a.a.O., S. 31.

<sup>207</sup> D. Imesch, Naters, S. 63.

<sup>208</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 154.

<sup>209</sup> G.-A. Stalden, B 4 (1676).

<sup>210</sup> Einbürgerungsurkunden im Besitz von Frau Fernanda von Stockalper, Brig, sie wurden von den Herren Truffer und Biner inventarisiert und mir freundlicherweise zur Einsichtnahme überlassen.

<sup>211</sup> L. Carlen, Der Wein im Recht, in: Der Wein im Oberwallis, Visp 1972, S. 27-34.

<sup>212</sup> Bürgerbuch Binn, B 6. - P. Jossen, a.a.O., S. 23. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 154. - Vgl. Bürgermahl in: J. Bieler, Brig, S. 382.

<sup>213</sup> B.-A. Visp, BB 17a.

<sup>214</sup> Bürgerbuch Binn, B 6.

<sup>215</sup> L. Meyer, Das Turtmantal, S. 297.

wie in Turtmann die Alpgeteilschaft am Heidellin «ein Sester Wyn, darzu ein guots Morgenbrot: Fleisch und Wyn» verlangte<sup>215</sup>.

In seltenen Fällen wurde dem neu Eingeburgerten ehe er seine politischen und genossenschaftlichen Rechte ausüben durfte eine Bewährungsfrist gesetzt. Er hatte seine Tüchtigkeit anlässlich der Gemeinwerke unter Beweis zu stellen und die Gemeindelasten zu tragen. Gemäss den Statuten von Leuk betrug diese Frist ein Jahr<sup>216</sup>.

#### 4. BÜRGERVERZEICHNIS

Die Eintragung des neuen Bürgers ins Bürgerverzeichnis lag aus Gründen der Rechtssicherheit und der Beweiskraft im Interesse der Gemeinde und des Bürgers.

Das erste uns bekannte Bürgerbuch der heutigen Schweiz, — in Deutschland gab es um 1130 in Köln, im 13. Jahrhundert in Rostock, Lübeck, Bremen, Hamburg und anderorts Bürgerbücher<sup>217</sup> — ein Verzeichnis mit Angaben aller neuen Bürger, ihrer Tätigkeit und Herkunft, wurde im Jahre 1351 in der Stadt Zürich angelegt. Frauen, die durch Heirat das Zürcherbürgerrecht erwarben, sowie Kinder aus rechtmässigen Ehen von Stadtbürgern wurden darin nicht aufgenommen<sup>218</sup>.

Um festzustellen, wer Bürger in der Talschaft Simplon sei und somit Nutzungsrechte an den Bürgergütern habe, liess man im Jahre 1525 in den Kirchen von Glis, Naters, Siders und Sitten an vier Sonntagen nach der Messe verkünden, dass jeder, der Anspruch auf das Bürgerrecht von Simplon erhebe, daselbst am 29. September das Bürgerrecht nachweisen müsse. Wer den Nachweis erbringen konnte, wurde in das Bürgerverzeichnis aufgenommen<sup>219</sup>.

Dieses war an den meisten Orten nicht ein Buch wie in Binn<sup>220</sup>, sondern eine Urkunde, wie in Biel<sup>221</sup>, Glüringen<sup>222</sup>, Ulrichen<sup>223</sup> und Zwischbergen<sup>224</sup>. Im betreffenden Dokument wurde jeweils kurz der Zweck des Verzeichnisses erwähnt, «dass man sonnenklar erkennen und ersehen kenne, welche uralte Geschlechter und Bürger Dorfleuth oder nit Bürger

<sup>216</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

<sup>217</sup> Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, I, S. 553.

<sup>218</sup> N. Friedmann, a.a.O., S. 73. — J. Rüttimann, a.a.O., S. 42.

<sup>219</sup> P. Arnold, Simplon, S. 211 ff.

<sup>220</sup> Bürgerbuch Binn, B 6.

<sup>221</sup> G.-A. Biel, B 1 (1780).

<sup>222</sup> G.-A. Glüringen, B 4 (1657), B 7 (1751).

<sup>223</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651).

<sup>224</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 67 ff.

sind,» und wenn ein Bürger «durch hinlessigkeit ihren Titel oder Ledigschrift des Bürgerrechts solle verlohren gehen, dass er dann im fall der noth Hilf und Zuflucht zu der gemeinen Burgerschaft hat»<sup>225</sup>.

Eine interessante Bestimmung enthält die Bauernzunft von Niederwald: wer als Bürger angenommen wird, soll für den Eintrag ins Bürgerbuch zwei Mass Wein bezahlen<sup>226</sup>.

Wie aus dem erwähnten Bürgerbuch von Binn ersichtlich ist, wurden die Eintragungen nicht regelmässig vorgenommen; wird doch manchmal darauf hingewiesen, dass die Eintragung einige Jahre nach der Einbürgerung erfolgte<sup>227</sup>, was manchmal zu Unsicherheiten und Zwist führte.

Die Bedeutung, die dem Bürgerbuch oder Bürgerverzeichnis zukam, trat oftmals in einem Bürgerrechtsprozess klar zu Tage.

## VI. Doppelbürgerrecht

Der Erwerb von Grundstücken in einer Nachbargemeinde, der Zusammenschluss von kleinen Gemeinden zu einer grösseren und die Aufsplitterung von grösseren in mehrere kleinere, sowie alte Gewohnheitsrechte zwischen Nachbargemeinden begünstigten das Doppelbürgerrecht. Der Erwerb des Bürgerrechts war an die gewöhnlichen Voraussetzungen geknüpft. Die Gemeinden unter sich erliessen Spezialbestimmungen betreffend Grundstückerwerb, Einzugsgebühren und Nutzung der gemeinsamen Güter, was nicht selten Hader und Streit hervorrief.

Ried-Brig, Termen und Ganter vereinbarten im Jahre 1494, den bisherigen Brauch gegenseitiger Erkennung des Bürgerrechts beizubehalten und in einer feierlichen Urkunde zu bekräftigen. Jeder Bürger der drei Gemeinden hatte, beim Grundstückerwerb durch Erbschaft oder Heirat oder sonstwie im Gebiet der anderen Gemeinde, für das Bürgerrecht einmal zwei Mörsiger Pfund und von der Summe über hundert Pfund vier Mörsiger Pfund zu entrichten<sup>228</sup>. Der Bürgerrechtserwerb in Bratsch und Enggers kostete 30 Pfund und eine Ehrengabe; wer nur in Enggers das Bürgerrecht begehrte, 15 Pfund<sup>229</sup>. In Bitsch und Ried galt der Bürger eines Dorfes als Bürger des anderen und umgekehrt, und die gemeinsamen Wälder und Alpen gehörten allen<sup>230</sup>. In Filet und Bister bezahlte der Bittsteller bis 1706 nur in einer Gemeinde die Einkaufsgebühr, war je-

<sup>225</sup> G.-A. Biel, B 1 (1780).

<sup>226</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>227</sup> Bürgerbuch Binn, B 6.

<sup>228</sup> Imesch/Perrig, Ganter, S. 81. - L. Bortler, a.a.O., S. 17.

<sup>229</sup> G.-A. Bratsch, B 2 (1672). - P. Jossen, a.a.O., S. 201.

<sup>230</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 137.

doch auch in der anderen Nutzniesser. Später erwarb er Bürgerrecht und Nutzen nur noch in einer Gemeinde. Gemäss den Statuten von 1760 hatte er den Bürgernutzen, wo er die Beschwerden trug und sich als Bürger stellte<sup>231</sup>.

Eine höchst eigentümliche Verordnung beschlossen 1795 die Gemeinden von Ober- und Unterems. Wer sich in Unterems einbürgern liess, hatte der Gemeinde Oberems 60 Pfund, 2 silberne Becher, jeder im Werte von sechs Kronen, 2 Sester Rotwein, 2 Fisci Roggenbrot und 20 «Lifer fellen Käs» zu entrichten. Wer aber in Oberems das Bürgerrecht erwerben wollte, musste Unterems 30 Pfund, 1 Sester Rotwein, 1 Silberbecher von sechs Kronen, 1 Fisci Roggenbrot und 10 «Lifer fellen Käs» erstatten<sup>232</sup>.

Eine ähnliche Ordnung haben wir nirgends im Oberwallis gefunden. Es fällt auf, dass weder eine Einkaufssumme noch Abgaben zu Gunsten jener Gemeinde, die dem Bewerber das Bürgerrecht verlieh, sondern nur zu Gunsten der Nachbargemeinde erwähnt ist. Wir gehen kaum fehl in der Annahme, dass die einbürgernde Gemeinde die Einzugsgebühr und Abgaben, wie es zu jener Zeit üblich war, von Fall zu Fall festsetzte, die obgenannte Ordnung aber dem Frieden und guten Einvernehmen unter den Nachbargemeinden zuliebe mit genau umschriebenen Beträgen und Abgaben aufgestellt wurde. Die Preis- und Naturalienunterschiede geben wohl einen Hinweis über den Wert und das Ausmass der gemeinsamen Güter, welche der neue Bürger in beiden Gemeinden nutzen konnte. Vermutlich besass Oberems mehr und ausgedehntere Wälder, Alpen und Allmenden.

Fiesch und Wiler beschlossen im Jahre 1735 «dass Keintweder obermelten Örthern insunderheidt sich solle Underfangen den Eynten, oder andren, wer es immer seyn möchte, zum Mitbürger, oder auch Inwohner anzunehmen ohne vorwissen, Willen undt guetheyssen der gesambten Generalität beyder Gemeinden oder Örthern»<sup>233</sup>. Eine ähnliche Regelung treffen wir 1761 in Filet und Bister<sup>234</sup>.

## VII. Bürgerrechtserwerb durch Zwang

Zwangseinbürgerungen im Sinne von Heimatverleihung an Heimatlose sind uns im Wallis bis ins 19. Jahrhundert nicht bekannt, wohl aber andernorts. So wurden in der Brun'schen Umwälzung Massen von Hand-

---

<sup>231</sup> P. Arnold, a.a.O., S. 151.

<sup>232</sup> G.-A. Oberems, B 9 (1795).

<sup>233</sup> G.-A. Fiesch, B 5 (1735).

<sup>234</sup> G.-A. Filet, B 4 (1761).

werkern und im Jahre 1351 alle diejenigen zwangsweise ins Bürgerrecht von Zürich aufgenommen, die am Feste des Johannes des Täufers in der Stadt wohnhaft waren<sup>235</sup>.

## VIII. Umstrittenes und beschränktes Bürgerrecht

Ein Bewerber wurde meistens mit seinen Kindern und deren Nachkommen eingebürgert. In Ausnahmefällen blieb das Bürgerrecht auf den Geschlechter beschränkt. So wurde im Jahre 1749 Christian Bizi in Erschmatt das Bürgerrecht gewährt «für seinen Lebtage lang und nit für seine Nachkommenden»<sup>236</sup>. Christian Minnig von Betten wurde im Jahre 1778 in Filet «nur lebenslänglich» eingebürgert<sup>237</sup>, was gleichbedeutend ist mit dem Ausschluss seiner Nachkommenschaft vom Bürgerrecht.

In einem umstrittenen Fall schenkte Furggen, der zweite Drittel von Zwischbergen, Thomas Perren für ein Jahr das Bürgerrecht, innerhalb welcher Zeit er sein behauptetes Anrecht zu beweisen hatte. Könnte er den Beweis nicht antreten, so fiel die Schenkung dahin<sup>238</sup>. Dieses Vorgehen bildete eine grosse Seltenheit bei Bürgerrechtsstreiten. Es mag eine Vergünstigung gewesen sein, da Thomas Perren Hauptmann der Talschaft war.

Eine Beschränkung in Gebrauch und Nutzung der gemeinsamen Güter finden wir in Ober- und Unterems. Wer nicht über ein Drittel des Jahres auf ihrem Gebiet wohnte und daselbst «Licht und Feuer hatte», galt nur als halber Teilhaber<sup>239</sup>. Mit dieser Regelung suchte man «Grundstückbürger», die im Dorfe wohl Güter, aber keinen dauernden Wohnsitz hatten, vom Genuss und Nutzen der gemeinsamen Güter auszuschliessen, da sie von der Gemeinde Vorzüge erhielten, ohne ihrerseits Leistungen zu erbringen.

Der Wohnsitz und Aufenthalt im Dorfe — versinnbildet durch den Ausdruck «Licht und Feuer» — bildete eine wichtige Voraussetzung für den Genuss der gemeinsamen Güter.

Anlässlich der Aufnahme ins Burgerverzeichnis der Talschaft Simplon im Jahre 1525 musste, wem von den Gemeindevorstehern das Bürgerrecht streitig gemacht wurde, durch vier glaubwürdige Zeugen die eheli-

<sup>235</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 48, 61. - N. Friedmann, a.a.O., S. 73.

<sup>236</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 23.

<sup>237</sup> P. Arnold, a.a.O., S. 154.

<sup>238</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 69.

<sup>239</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

che Abstammung von einem Simpeler beweisen<sup>240</sup>. In einem Bürgerrechtsprozess wurden als Beweismittel Stammbäume, Tesseln und Kaufverträge vorgezeigt. Häufig stützte man sich auf Aussagen alter Leute, die bezeugten, dass die Vorfahren von diesem oder jenem sich am «Burgertrüch und Gmeinwärch» und dem Bürgernutzen beteiligt hätten und folglich Bürger wären. Im Wallis konnten unseres Wissens nur Einzelpersonen das Bürgerrecht erwerben. Anders war es im 13./14. Jahrhundert in den aufstrebenden Städten der Eidgenossenschaft, die viel Volk innerhalb ihrer Mauern zu sammeln suchten. So wurden 1407 «Schultheiss, Rath und Burger des Städtchens Regensberg» ins Bürgerrecht der Stadt Zürich aufgenommen. Die Leute von Merischwand kauften sich von ihren Herren los und übergaben sich, samt ihren Dörfern und Gerichten in die Hand der Herren von Luzern, deren Bürger sie werden wollten<sup>241</sup>.

---

<sup>240</sup> P. Arnold, Simplon, S. 214.

<sup>241</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 36 f.



### 3. KAPITEL

## VERLUST DES BÜRGERRECHTES

Vielfältig und unterschiedlich sind die Gründe für den Verlust des Bürgerrechtes, die auf personen- und familienrechtlichen, strafrechtlichen oder anderen Tatsachen beruhen.

### I. Durch Tod

Der Tod, der unabhängig vom menschlichen Willen und Verhalten eintritt, ist der natürlichste Verlustgrund und daher in den Bürgerrechtsordnungen nirgends erwähnt. Alle Rechte und Pflichten erlöschen für die betreffende Person, es bleiben lediglich einige Auswirkungen — meist erbrechtlicher Natur — auf die Hinterbliebenen.

Nach dem Hinschied des Familienoberhauptes übernahm dessen Nachfolger die entsprechenden Rechte und Pflichten. Ein Sohn, der vorher nicht «eigen Feuer und Licht» hatte, konnte neben den politischen Rechten, die er ab dem festgesetzten Mindestalter besass, nun an Vaters Statt auch die Genossenschaftsrechte ausüben<sup>1</sup>. Blieb eine Witwe allein zurück, so war sie grundsätzlich gemeinwerkpflichtig<sup>2</sup>, stellte jedoch meistens einen Stellvertreter oder bezahlte für ihren Anteil. Sie war damit von den harten Diensten befreit, blieb aber im Genusse der genossenschaftlichen Rechte. Der Tod zeitigte unter Umständen höchst seltsame Folgen für das Familienoberhaupt. Ein Auswärtiger, der in Leuk verheiratet und Bürger geworden war, verlor mit dem Tode seiner Frau das Bürgerrecht wieder, wenn sie ihm keine Kinder geboren hatte<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde S. 219. - P. Jossen, a.a.O., S. 28.

<sup>2</sup> A. Niederer, Gemeinwerk im Wallis, Diss. Zürich, Basel 1956, S. 34.

<sup>3</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

## II. Durch Heirat

Wie andernorts, nahm die Frau im Wallis das Bürgerrecht ihres Gatten an und verlor ihr eigenes. In der Stadt Zürich betraf dieser Verlust lediglich die Rechte, nicht aber die Pflichten, deren die Zürcherin sich durch «Aufkündigen ihres Bürgerrechtes» entledigen konnte<sup>4</sup>. Eine ähnliche Ordnung ist uns für das Wallis nicht bekannt. Im übrigen regelten die Bauernzünfte nur gelegentlich die Heirat mit Auswärtigen. So verlor eine Bürgerin aus Alpien, die einen Lombarden heiratete, Anteil und Nutzniessung an den Bürgergütern. Ihre Kinder konnten nie einen Anspruch auf das Bürgerrecht von Alpien erheben<sup>5</sup>. In gleicher Weise ordnete Zwischbergen im Jahre 1634 die Heirat mit Italienern<sup>6</sup>. Man trachtete zu verhindern, dass die Frauen auswanderten und Güter und Alpenrechte in italienische Hände gelangten. Am Simplon stritten sich während Jahrhunderten Walliser und Italiener um Alpen und Alpenrechte und verbitterten sich durch Raubüberfälle das Leben<sup>7</sup>.

## III. Durch freiwillige Aufgabe

Häufig treffen wir jenen Verlustgrund, der an die freie Willensäusserung, sei es als Erklärung oder als konkludentes Handeln anknüpft. Der Bürger war sich der Folgen seines Handelns bewusst; die Pflichten erloschen, die politischen Rechte, die Nutzungsrechte an Alpen, Allmenden, Wäldern und anderen gemeinsamen Sachen fielen dahin, und er galt im Dorf wie einer, der bloss ansässig, nie aber Bürger war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatteten ein solches Vorgehen unserer Ansicht nach nur jenen, die an mehreren Orten Bürger waren.

### 1. DURCH VERZICHT

Der freiwillige Verzicht auf das Bürgerrecht in Form einer ausdrücklichen Erklärung war jederzeit möglich, kam jedoch selten vor. Wir haben Kenntnis von einem einzigen Fall. Josef Schwery von Guttet wurde

<sup>4</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 63.

<sup>5</sup> Statut der Gemeinde Alpien von 1537, die Lombarden betreffend. Die Abschrift wurde mir freundlicherweise von Dr. J. Bielander zur Verfügung gestellt. - Vgl. P. Arnold, Der Simplon, S. 217. - Heusler, RQ, Nr. 416, S. 113. - Bauernzunft von Alpien von 1546, Abschrift im Besitze von Dr. J. Bielander.

<sup>6</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 68.

<sup>7</sup> P. Arnold, Der Simplon. - Ders., Gondo-Zwischbergen.

1770 für seine Vergehen gegen die Gemeinderechte einen silberner Becher und 58 Batzen als Strafe zu bezahlen auferlegt. Sollte er dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ging er der Gemeinderechte verlustig. Er verzichtete in einer schiedssprüchlichen Übereinkunft lebenslänglich auf das Bürgerrecht. Die Rechte seiner Nachkommen aber sollten nicht geschmälert werden<sup>8</sup>.

Der Wegzug aus dem Dorfe und das Veräussern der liegenden Güter war ein freiwilliger, unerklärter Verzicht, der meistens mit einer finanziellen Abgabe an das Gemeinwesen verbunden war, wie noch darzustellen ist. Einen Abzug musste geben, wer aus Bülach, 10 Pfund wer aus Glarus, eine Mark Silber wer aus Zug wegzog und das Burgrecht aufgab<sup>9</sup>. Als Zürich im 14. Jahrhundert auf Grund von Kriegszügen und Krankheiten an Bürgermangel litt, wurde die Aufgabe des Bürgerrechtes erschwert und der Neubürger verpflichtet, mindestens 10 Jahre in der Stadt zu bleiben. Später, als eine Landflucht einsetzte und man die Bürgerzahl in der Stadt klein zu halten trachtete, wurde auf diese Verordnung und die Bezahlung des Abzuges verzichtet<sup>10</sup>. In den deutschen Städten wurde das Abzugsgeld manchmal als Nachsteuer, Nachgewerf oder Nachbete bezeichnet und war gleichzeitig mit dem Abzugseid zu entrichten. Durch den Abzugseid sollte das, durch den Einbürgerungseid geschlossene Eidesband gelöst werden und verpflichtete sich der Scheidende gleichzeitig, auch fernerhin seinen bisherigen Mitbürgern in der Stadt Recht zu nehmen und zu geben<sup>11</sup>.

## 2. DURCH VERÄUSSERUNG DER LIEGENDEN GÜTER

### 2.1. Minimum an liegenden Gütern

Anders als in Graubünden und der Landschaft Zürich<sup>12</sup>, wo durch den Wegfall des Grundeigentums das Bürgerrecht nicht tangiert wurde, war im Wallis das Bürgerrecht eng mit dem dauernden Besitz liegender Güter verknüpft. Diese bildeten eine Garantie für wirtschaftliche Sicherheit und erübrigten die Unterstützung durch das Gemeinwesen und die Bruderschaften. Von ortsansässigen wie von abwesenden Bürgern wurde ein

<sup>8</sup> G.-A. Guttet, B 8 (1770).

<sup>9</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 19. - Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 277. - Ders., Das Dorf, III, S. 321.

<sup>10</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 63.

<sup>11</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 68 ff. - A. Stahel, a.a.O., S. 64.

<sup>12</sup> A. Steinhauser, a.a.O., S. 158 ff. - A. Stahel, a.a.O., S. 119.

Minimum an Immobilien verlangt. In der Talschaft Saas musste jedermann «liegendes Gut behalten bis um 60 Pfund, sonst mag er durch kein anderes Mittel Talmann bliiben oder Talrechte ihm vorbehalten»<sup>13</sup>. Dieser Mindestwert wurde unterschiedlich hoch angesetzt, in Brig auf 100 Walliserpfund<sup>14</sup>, in Leuk auf 20 Pfund<sup>15</sup>, in Zermatt auf 50 Pfund<sup>16</sup>, in Niederwald und Rotten Briggen<sup>17</sup> auf 10 Pfund<sup>18</sup>. Wer Güter veräußerte und diesen Anforderungen nicht mehr genügte, verlor das Bürgerrecht und alle Nutzungsrechte, selbst wenn er noch einige Grundstücke zurückbehielt. Erwarb er später, sei es durch Erbschaft, Heirat oder Kauf, erneut Güter, musste er sich wieder einkaufen<sup>19</sup>.

## 2.2 Veräußerung sämtlicher liegender Güter

Wer sämtliche Grundstücke, die er in einer Gemeinde besass, veräußerte, ging sehr oft nicht nur des Bürgerrechtes verlustig<sup>20</sup>, sondern musste zusätzlich der Gemeinde ein Ausverkaufspfund entrichten. Die Höhe dieses Betrages schwankte zwischen 20 Schilling<sup>21</sup> und 10 Pfund. Ein Brigerburger, der «Alle seine ligenden güeter alsz hausz, undt hoff, acher Matten, undt gärten in der burgermarck gelegen, cuiuscumque valoris hin, undt ausz Verkauft, ...soll damit sich Undt sein nachkhomenden desz burgerrechtsz, dasz ist theils — Undt gmeindt in allen güetren Undt saachen beraubt haben, welcher aber gahr ausz Verkauft, soll der bürgschafft geben für einst zechen pfundt»<sup>22</sup>.

Dieses Auskaufspfund war meistens der Gemeinde<sup>23</sup>, dem Gemeinde

<sup>13</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfarr-Archiv Saas-Grund, B 2 (1596).

<sup>14</sup> J. Bielander, Brig, S. 390.

<sup>15</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

<sup>16</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1635).

<sup>17</sup> G.-A. Niederwald B 1 (1565).

<sup>18</sup> Weitere Angaben, vgl. Kap. Naturalisation, Behalten des Bürgerrechtes.

<sup>19</sup> Heusler, RQ, Nr. 415, S. 113.

<sup>20</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - Obergesteln, Oberwald und Unterwasser (1717); eine Abschrift dieser Urkunde wurde mir freundlicherweise von H.H. Dr. Hans A. von Roten zur Verfügung gestellt. - Naters, vgl. Heusler, RQ, S. 112. - D. Imesch, Naters, S. 62. - G.-A. Mund, B 3 (1591). - Vgl. L. Bortier, Mund, S. 7. - K.S. Bader, Das Dorf, I., S. 67.

<sup>21</sup> G.-A. Oberems, B 1 (1503). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - P. Heldner, W. Feliser, A. Bacher, Aus Varens Vergangenheit, S. 26.

<sup>22</sup> J. Bielander, Brig, S. 390. - L. Carlen, Zur Geschichte von Brig, S. 23.

<sup>23</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - G.-A. Grächen, B 2 (1585). - G.-A. Staldenried B 1 (1548). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - P. Jossen, a.a.O., S. 30.

Jahrzeit<sup>24</sup>, in Guttet der Totenkerze der Gemeinde<sup>25</sup>, in Törbel<sup>26</sup> der Theodulsspende und in Varen<sup>27</sup> der St. Barbarakapelle geschuldet.

In Unterems musste der Verkäufer 2 Mörsiger-Pfund an die Jahrzeit bezahlen. Gleichzeitig war der Käufer verpflichtet, den Kauf dem Vogt der Jahrzeiten anzuzeigen, ansonsten er für 2 Pfund haftbar war<sup>28</sup>. In Ried-Brig mussten für jede 50 Pfund verkauften Gutes ein Pfund abgegeben werden<sup>29</sup>. In Grächen verlangte man noch mehr, wie aus einer Urkunde des Thomas Platter vom Jahre 1579 hervorgeht, denn «*quaecumque persona ... evendidit ex territorio dicti montis Grenchen omnia sua bona immobilia ita ut nulla retineret, quod eiusmodi venditor teneatur solvere communitati montis Grenchon de prima centena librarum quinque libras et abinde de qualibet centena unam libram.*»<sup>30</sup>.

Wer alle liegenden Güter veräussert und später neue erworben hatte, musste sich wieder einkaufen, bevor er die gemeinsamen Güter nutzen konnte. Wie Ruppen in der Saaser-Chronik zu berichten weiss, wurde vom Gericht einem das Alprecht verweigert, weil er sich nicht wieder eingebürgert hatte<sup>31</sup>.

Der Zusammenhang zwischen dem Verkauf der liegenden Güter und dem Verlust des Bürgerrechtes lässt sich nach unserer Auffassung auf die enge Verknüpfung des Bodens mit der Wirtschaft des Landes zurückführen. Im Verhältnis zur Fläche der eigenen Wiesen und Matten und dem Heuertrag konnten Kühe gewintert werden, deren Zahl massgebend war für die Belegung der Alpen und der Allmenden. Mit dem Verkauf der liegenden Güter fiel auch die Selbstversorgung dahin. Keine Gemeinde hatte ein Interesse an armen und unterstützungsbedürftigen Burgern. Andererseits fiel mit dem Verkauf aller Grundstücke oft die Möglichkeit einer Pfändung für begangene Straftaten und Übertretungen dahin.

Etwas anders mag die Lage in grösseren Orten, wie Brig und Visp gewesen sein, wo auf Grund von Handel und Verkehr und der allgemeinen

<sup>24</sup> G.-A. Ergisch, B 1 (1497). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538): «*commune anniversarium fidelium animarum ipsius montis.*» - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - B.-A. Visp BB 3 (1531). - G.-A. Ergisch, B 2 (1519), Abschrift Sammlung Dr. H.A. von Roten. - L. Meyer, Das Turtmantal, S. 319. - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. J. Ruden, a.a.O., S. 135 ff. - St. Kronig, a.a.O., S. 218 ff.

<sup>25</sup> G.-A. Guttet, B 1 (1520).

<sup>26</sup> AGVO. S 32-35 Törbel, B 4 (1531).

<sup>27</sup> G.-A. Varen, B 1 (1543). - Vgl. Heldner, Feliser, Bacher, a.a.O., S. 26., - P. Jossen, a.a.O., S. 213, Niedergampel (1548).

<sup>28</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

<sup>29</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 17 f.

<sup>30</sup> AGVO. S 32-35, Grächen.

<sup>31</sup> P.J. Ruppen, Die Chronik des Thales Saas, Visp 1945, S. 33.

Wirtschaftslage ein Berufsmann oder etwa ein Wirt ohne viel Grundbesitz seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte. In kleineren Dörfern wurde dem Wirt gestattet, ein Klafter Heu mehr als die anderen Bürger zu kaufen<sup>32</sup>.

Ähnliche Satzungen wie die Bauernzünfte kannten die Alp-, Wald- und Eyengeteilschaften. Wer etwas von seinem Alprecht an der Niwenalpe bei Erschmatt einem Nichtgeteile veräusserte, verlor sein Alprecht an die Alpgeteilen<sup>33</sup>. In Alpien wurde mit einem einjährigen Entzug des Alprechtes gebüsst, wer sich weigerte den «Kryzkäs» zu geben oder die aufgelegten Alpkosten zu tragen<sup>34</sup>. Kein Eyengeteile in Brigerbad durfte, was er an den Eyeninseln geerbt hatte an Auswärtige veräussern, unter Verlust des ihm gehörenden Teiles<sup>35</sup>. Dem Fremden war ein Erwerb durch das Zugrecht erschwert und der veräusserte Teil fiel an die Eyengeteilschaft.

Wir vermuten, dass diese Abgaben im 18. Jahrhundert nicht mehr so streng gehandhabt wurden, da wir in den Satzungen jener Zeit, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine Erwähnung mehr antrafen und die angeführten Beispiele grösstenteils aus dem 16. Jahrhundert stammen. Die Zeiten hatten sich geändert, der Lebensstandard war in der Aera Stockalper gestiegen und der Handel und damit die Mobilität der Leute hatte sich ausgedehnt.

#### IV. Durch Ausschluss

Vereinzelte bewirkten in den Bauernzünften und im Landrecht gesetzlich umschriebene Tatbestände den Bürgerrechtsentzug als Strafe. In der Praxis kam dies oft einer Ausweisung aus dem Dorfe gleich; wer nicht Bürger im Dorfe war, hatte auch keinen Anspruch auf Duldung daselbst und keinen Nutzen an den gemeinsamen Gütern. Aus den Landratsabschieden geht hervor, dass gelegentlich Delinquenten des Landes verwiesen wurden<sup>36</sup>.

Die Burgersatzungen sprechen bei Straftatbeständen vom «burgrecht abkünden»<sup>37</sup>, «vom Burgrecht und allen gemein sachen gestossen und aus-

<sup>32</sup> G.-A. Obergesteln, B 1 (1415).

<sup>33</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 106. - Vgl. AGVOS 32-35, Bitsch u. Ried 1619. - G.-A. Stalden, C 32 (1561).

<sup>34</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 65.

<sup>35</sup> P. Jossen, Brigerbad, Brig 1972, S. 83.

<sup>36</sup> Heusler, RQ, S. 73, 81.

<sup>37</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

beschlossen»<sup>38</sup>, von «Verliehrung dess burgerrechtss»<sup>39</sup> oder «exclusus et expulsus ab omnibus bonis communariis, et exclusus ex communitate»<sup>40</sup> und meinen den gänzlichen Bürgerrechtsverlust, den Verlust der politischen und der genossenschaftlichen Rechte. In einigen Fällen wurden diese, nicht aber jene Rechte entzogen; wir sprechen statt von Verlust des Bürgerrechtes von Verlust des Bürgernutzens an gemeinsamen Gütern und Rechten<sup>41</sup>. Wer in Visp die Ortsrechte missachtete «soll ausgeschlossen sein von allem burgerlichen Nutzen»<sup>42</sup>. Albinen bestimmte im Jahre 1552 «quod ille talis repertus sit confiscatus omnibus rebus communibus donis, pascuis, privilegiis, confratiis et aliis communibus»<sup>43</sup>. Auch Bielander nimmt an, es sei hier der Verlust des Bürgernutzens gemeint<sup>44</sup>.

Das Bürgerrecht konnte entzogen werden:

## 1. WEGEN UNTREUE UND UNGEHORSAM

Bei der Aufnahme ins Bürgerrecht musste der Bewerber den Treueid leisten und geloben «lob und nutz zu fürdern und schaden zu wenden»<sup>45</sup> und sich gut aufzuführen<sup>46</sup>. Auch bei der Konstituierung und Erneuerung der Bauernzunftstatuten und Gemeindeordnungen hatten die anwesenden Bürger und die Gewaltshaber zu schwören, diese «als genehm, fest, gültig und rechtskräftig zu halten und nicht dagegen zu tun, zu reden, zu unternehmen oder zu unterfangen, weder selbst noch durch einen andern in aller Zukunft, noch einem andern, der dagegen vorgehen wollte, in irgendetwas beizustimmen»<sup>47</sup>. Einige Bauernzünfte drohten demjenigen mit dem Entzug des Bürgerrechtes, der sich den Satzungen nicht unterordnen wollte, sich gegen diese verfehlte<sup>48</sup> oder sich «nicht

<sup>38</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>39</sup> J. Bielander, Brig, S. 404.

<sup>40</sup> AGVO. S 32-35, Törbel 1644.

<sup>41</sup> Ausserberg B 3 (1487), Sammlung Dr. J. Bielander.

<sup>42</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>43</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - Vgl. J. Bielander, a.a.O., S. 546.

<sup>44</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 546.

<sup>45</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).

<sup>46</sup> Zum Einbürgerungseid, vgl. Kap. Einbürgerungsakt.

<sup>47</sup> G.-A. Oberems, B 2 (1558), B 4 (1569). - AGVO. S 32-35. Fiesch, B 1 (1470). - G.-A. Törbel, B 2 (1483). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Bister, B 2 (1549). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - u.a. Vgl. P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 156. - Ders., Gondo, S. 84. - A. Briw, Fiesch, S. 22 ff.

<sup>48</sup> G.-A. Filet, G 1 (1760). - G.-A. Mühlebach, B 1 (1530). - G.-A. Ernen, B 5. - G.-A. Grächen, B 2 (1585). - Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.



bürgerlich halten würde»<sup>49</sup>. In Ried-Brig wurde das Bürgerrecht nach zweimaliger Warnung und Ermahnung entzogen<sup>50</sup>.

Auch anderenorts gab es ähnliche Ordnungen, so etwa in Zürich, wo mit dem Verlust des Bürgerrechts und mit lebenslänglicher Verbannung bestraft wurde, wer etwas gegen die Statuten unternahm<sup>51</sup>. Wer in Engelberg wegen Ungehorsams oder schlechten Benehmens des Bürgerrechtes verlustig ging, erhielt die Einkaufssumme zurückerstattet. Anders in Tobel (Kanton Thurgau), wo «die oberkeit der gemaïnd sol beholfen sin die wider harus zu triben und sol man Ihnen das gegebenen und bezalten Inzugs halb nichts schuldig sin ettwas harus zu geben»<sup>52</sup>.

In Münster konnten zwei oder drei eingeborene Bürger einem neuen Bürger, der sich nicht gut aufführte, das Bürgerrecht gegen Rückerstattung der Einkaufsgebühr kündigen<sup>53</sup>. Ähnlich war es in Ulrichen, wo der Bewerber sich eidlich verpflichtete, nichts Neues und Besonderes in der Dormarch einzuführen oder zu verlangen, ansonsten «mag ein dorffmarch jm das burgrecht abkünden und jm sin gelt wyder gen und soll den virthin sin als ein frömder»<sup>54</sup>. Wie ernst diese Drohung gemeint war, zeigt folgender Fall: Johann Stecken von Visp, der im Blaswald Güter besass, wurde vor Gericht geladen, weil er sich mehr Rechte aneignen wollte. Auf sein feierliches Versprechen hin, inskünftig sich nicht mehr Gemeinderechte anmassen zu wollen, wurde ihm das Bürgerrecht nicht entzogen<sup>55</sup>.

## 2. WEGEN NICHTERFÜLLEN DER GEMEINWERKSPFLICHT

Die Bauernzünfte waren Träger der organisierten Gemeinschaftsarbeit an Alpen, Allmenden, Wegen, Wasserfuhren und anderen gemeinsamen Gütern. Zu dieser gemeinsamen Pflicht wurden, je nach Art und Grösse des auszuführenden Werkes, die Hausvorstände oder ein Vertreter pro Familie oder der ganze «Mannstand», d.h. alle arbeitsfähigen Männer zwischen 14 und 16 Jahren berufen. Es bestand ein enger Zusammenhang zwischen Gemeinwerk und Nutzen an den gemeinsamen Gütern; nur wer seinen Pflichten nachkam oder einen Stellvertreter beauftragte,

<sup>49</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>50</sup> L. Bortor, Burgerschaften am Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>51</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 67.

<sup>52</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 67.

<sup>53</sup> Heusler, RQ, Nr. 454, S. 121. - L. Carlen, Gericht und Gemeinden, S. 224.

<sup>54</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548), B 15 (1651).

<sup>55</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 91.



durfte seinen Vorteil geniessen<sup>56</sup>. Die Gemeinden kannten die Pfändung der Viehhabe oder andere Sanktionen für das Versäumen der Gemeinwerke. Gelegentlich wurde als Strafe der Verlust des Bürgerrechtes ausgesprochen, wie etwa in Niedergampel<sup>57</sup> oder in Obergesteln, Oberwald und Unterwasser, wo 1717 anschliessend an den Bergsturz im Längis, eine Gemeinwerk angeordnet wurde<sup>58</sup>.

Wir gehen kaum fehl in der Annahme, dass diese harte Strafe nur nach jahrelangem Versäumen der Pflicht ausgesprochen wurde, in Jeitzinen beispielsweise nach 10 Jahren<sup>59</sup>, und mit der Zeit, als die Pflicht durch eine Geldsumme abgegolten werden konnte, dahinfiel oder in eine Geldstrafe umgewandelt wurde. Durch ein Glockenzeigen wurden die Bürger zu Gemeinwerken, Hilfeleistungen oder Kriegsdiensten gerufen<sup>60</sup>. In bitteren Notlagen, wie Überschwemmungen, Lawinenniedergängen, Feuersbrünsten oder Krieg war man auf die tatkräftige Hilfe aller Einwohner angewiesen. Ein pflichtvergessenes Fernbleiben hatte oft verheerende Auswirkungen und wurde daher mit empfindlichen Sanktionen, wie u.a. dem Verlust des Bürgerrechtes geahndet. In Simplon hatten alle Talbewohner, die bei drohender Kriegsgefahr vom Talhauptmann aufgeboten wurden unter Strafe des Entzuges des Bürgerrechtes zu erscheinen. Wer in der Talschaft Güter besass, nicht aber hier wohnsässig war, hatte einzurücken, ansonsten er die Güter verlor<sup>61</sup>.

### 3. WEGEN HAUSVERKAUF UND AUFNAHME FREMDER

#### 3.1. Aufnahme Fremder

Die rechtliche Stellung des Fremden in der Landschaft Wallis war, sofern er nicht bestimmten Klassen (Bettler, Hausierer, Landstreicher) oder Bekenntnissen (Juden, Freimaurer) angehörte, nicht schlecht<sup>62</sup>. Diese Klassen hatten die Bauernzünfte und die Abschiede des Landrates im Auge, wenn man sich den Fremden gegenüber skeptisch und abweisend

<sup>56</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 34.

<sup>57</sup> Niedergampel 1548, Abschrift P. Heldner, Glis.

<sup>58</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 211.

<sup>59</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 51.

<sup>60</sup> Vgl. E. Lippert, Glockenläuten als Rechtsbrauch, Freiburg im Breisgau 1939.

<sup>61</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 84. - Ders., Simplon, S. 215.

<sup>62</sup> Zur Rechtsstellung des Fremden im Wallis: Vgl. L. Carlen, Fremdenrecht im Wallis, - Ders., Die Rechtsstellung der Fremden in der Landschaft Wallis.

verhielt, diese auswies oder dem Ortsrichter übergab<sup>63</sup>. Man trachtete die Dorfbewohner vor Krämern, die «von Haus zu Haus ziehen und mit böser wärschaft die Einfältigen und die Frauen betrügen»<sup>64</sup> und Zigeunern, die «im Lande herumziehen und der welt schaden mit stelen und anderlei buoberi, so sie bruchend»<sup>65</sup> zu beschützen. Das Hausierverbot richtete sich nicht gegen fremde Kaufleute, die sich sogar mit einer kleinen Einschränkung, der Handels- und Gewerbefreiheit erfreuten, sondern gegen die Bettler und Landstreicher, die von Norditalien aus das Land überfluteten<sup>66</sup>.

Eine nicht weniger harte Verordnung erliess Bern im Jahre 1571: «Die ausländischen Bettler und Landstreicher sollen ausgewiesen und nicht ins Land gelassen, die Hartnäckigen auf die Folter gesetzt, mit Ruthen gestrichen, ins Halseisen gestellt und auf der Stirne gebrandmarkt werden»<sup>67</sup>.

Gemäss einem Beschluss des Landrates war es unter Strafe verboten, Fremde und Lombarden, — ausgenommen Kaufleute, Arbeiter und Durchreisende — zu beherbergen. Die Fehlbaren wurden mit einer Strafe von 3 Pfund belegt<sup>68</sup>. Ein unterschiedlich mildes oder hartes Strafmass kannten die verschiedenen Ortsrechte. In einer Verordnung von Brig lesen wir: «Welche aber ohne Vorfragen Undt Erlaubnis der seckelmeistren... Unnitze heimlich Ingeschlichne Undt Unbegüezt der seckelmeistren Ingesessene weib Undt Mannss personen ... Ingesetzt, Undt Angenohmen hatten, Undt in ihren heisren wohnen liessen sollen Ihr Ehr, Undt dass burgerrecht mit sampt allen Rechtinen benutzungen, Immuniteten ohne gnadt Verwürckt, Undt Verlohren haben, darzu auch zechen lib. buess bezahlen, dry dem Richter, sibem der Burgschaft»<sup>69</sup>. Eine ähnliche Bestimmung finden wir im Jahre 1517 in Termen, wo die Fremden «Welsche» genannt wurden<sup>70</sup>.

Das Wallis war immer ein religiöses Land, dem katholischen Glauben treu und jedem anderen Bekenntnis gegenüber abweisend und intolerant, sofern man vom Hinneigen führender Kreise nach der Reformation zum

<sup>63</sup> B. Truffer, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, Band 3, 1973, S. 8, 19, 44, 60 u.a.

<sup>64</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 284.

<sup>65</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 72.

<sup>66</sup> L. Carlen, Die Fremden in der Landschaft Wallis, S. 222 ff.

<sup>67</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 25. - Wie der Kampf gegen das Bettler- und Vagantenwesen in der Eidgenossenschaft geführt wurde, zeigt L. Carlen, Die Galeerenstrafe in der Schweiz, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 26 (Berlin 1976), S. 557 ff und die dort aufgeführte Literatur.

<sup>68</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 19, 316.

<sup>69</sup> J. Bielander, Brig, S. 403.

<sup>70</sup> L. Bortier, Simplonnordhang, S. 611 ff.

neuen Glauben absieht. Ebenso verschlossen und feindlich gegenüber anderen Bekenntnissen waren andere Kantone, wie die Religionskriege beweisen. Der Übergang von einer christlichen Religion zur anderen zog in mehreren Kantonen bis zum Konkordat vom Jahre 1810 den Verlust des Bürgerrechts nach sich<sup>71</sup>. In Zürich war, gemäss dem «Mandat wegen Abfall zur Römisch-Catholischen Religion» von 1755, ein Bürger, der eine Katholikin heiratete, bis zu deren Tod oder Religionsänderung, in sämtlichen bürgerlichen Rechten eingestellt und durfte sich für so lange nicht auf zürcherischem Gebiet aufhalten<sup>72</sup>.

Das Walliser Landrecht von 1571 stellte ein Judenverbot auf. Meier, Richter und Behörden wurden angewiesen, Juden vom Lande fern zu halten oder aus dem Lande zu weisen und bei hartnäckigem Widerstand einzukerkern. Wer trotz des Freimaurerverbotes von 1745 dieser Vereinigung beitrug, verlor alle bürgerlichen Rechte sowie Hab und Gut<sup>74</sup>.

Unter Verlust von Leib und Gut war es untersagt, einem verrufenen, verurteilten oder des Landes verwiesenen Übeltäter Obdach zu gewähren<sup>75</sup>.

### 3.2. Hausverkauf

Der Verkauf von Häusern an Fremde wurde einerseits durch das Zugrecht und den Abschoss erschwert, andererseits unter Strafe gestellt. Wie mancherorts im Wallis, wurde in der Landschaft Zürich dem Verkäufer das Bürgerrecht entzogen. Arnold Stahel vertritt die Meinung, dass nicht der Hausverkauf als solcher Verlustgrund ist, sondern eine unerlaubte oder von der Gemeinde nicht erwünschte Handlung des Burgers, die den Tatbestand für den Bürgerrechtsentzug bildete. Der Grundbesitzer sollte abgehalten werden, unwillkommenen Fremden den Einzug in die Gemeinde zu ermöglichen<sup>76</sup>. Wir können uns dieser Meinung teilweise anschliessen, denn auch im Wallis trachtete man durch die Niederlassungs- und Einbürgerungsbestimmungen<sup>77</sup> zweifelhafte und unwillkommene

---

<sup>71</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 723. Zum Wallis, vgl. Mario Possa, Die Reformation im Wallis bis zum Tode Bischof Johann Jordans, BWG IX (1940), S. 1-216.

<sup>72</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 70.

<sup>73</sup> Zur Rechtsfähigkeit der Juden, vgl. A. Heusler, Institutionen des Deutschen Privatrechts, I, Leipzig 1885, S. 147 ff.

<sup>74</sup> L. Carlen, Zum Fremdenrecht im Wallis, S. 142 f. - Heusler, RQ, Nr. 292, S. 93, Nr. 180, S. 339.

<sup>75</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 328.

<sup>76</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 121.

<sup>77</sup> Vgl. Kap. Erwerb des Bürgerrechtes.

Fremde vom Lande fern zu halten. Zu präzisieren gilt es, dass mit dem Verkauf des Hauses, das mancherorts, wie u.a. in Ried-Brig<sup>78</sup> zu den Grundstücken gerechnet wurde, der verlangte Mindestwert an Grundstücken nicht mehr vorhanden war und so eo ipso das Bürgerrecht verloren ging. Im Unterschied zu Zürich konnte der Hausverkauf an Fremde im Wallis einen Bürgerrechtsverlustgrund als solchen bilden.

In manchen Ortsrechten wurde der Verkauf von Häusern an Auswärtige ausdrücklich mit dem Verlust des Bürgerrechtes geahndet, so etwa in Oberwald, Obergesteln und Unterwasser<sup>79</sup> oder in Brig<sup>80</sup>, wo das «Verlehen» in gleichem Masse bestraft wurde.

Betreffend Grundstücke erliessen die Gemeinden unterschiedliche Bestimmungen. In Ulrichen und Zum Loch wurde 1669 untersagt, Liegenschaften einem Auswärtigen zu verkaufen, wenn sie nicht vorher den Verwandten und der Gemeinde angeboten wurden. Der widerrechtliche Verkauf wurde mit der Aberkennung des Bürgerrechtes geahndet<sup>81</sup>. Eine strenge Bestimmung zum Schutze der Bodeneigentümer und im Sinne der Rechtssicherheit erliess 1563 Ried-Brig. Ein Gutsbesitzer, der hier während 10 Jahren ungestört Güter besass, konnte sie weiterhin behalten. Wer diese, ohne auf dem rechtlichen Weg seinen Anspruch geltend zu machen als eigene ansprach oder verkaufte, war der Burgerschaft für den Schätzungswert verfallen und verlor das Bürgerrecht<sup>82</sup>.

Abschliessend wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass die Tendenz, Auswärtige vom Erwerb von Gütern auszuschalten, in der Schweiz und darüber hinaus allgemein beobachtet werden kann und das Wallis nicht fremdenfeindlicher eingestellt war, als andere Kantone und Länder<sup>83</sup>.

<sup>78</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>79</sup> Verordnung von 1717, Abschrift H.A. von Roten.

<sup>80</sup> J. Bieler, Brig, S. 404. - L. Carlen, Brig, S. 25.

<sup>81</sup> G.-A. Ulrichen, B 7 (1669).

<sup>82</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18. - Ders., Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>83</sup> L. Carlen, Die Fremden in der Landschaft Wallis, S. 226. - Vgl. H. von Frisch, Das Fremdenrecht, Berlin 1910, S. 24 ff. - P. Liver, Zur Recht- und Wirtschaftsgeschichte des Heizenbergs im 15., 16. und 17. Jahrhundert, mit besonderer Berücksichtigung der Alpen, Maiensässe und Allmenden, in: Abhandlungen zur Rechtsgeschichte, Chur 1970, S. 679. - A. von Miaskowski, Die schweizerische Allmend, Leipzig 1879, S. 96. - A. Heusler, a.a.O., S. 144 ff. - K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 51. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 212. - L. Borter, Burgerschaften am Simplonnordhang, S. 611 ff. - Ludwig S. von Tscharn, Das Statutarrecht des Simmenthals, 1. Halbband 1912, Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, S. 76, 98. - Ders., Das Statutarrecht des Simmenthals, 2. Halbband 1915, Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, S. 96 ff. - Hermann Rennefahrt, Das Statutarrecht der Landschaft Saanen (bis 1798), 1942, Sammlung schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, S. 421 ff, 427.

#### 4. WEGEN LANDESVERWEISUNG

Als Sanktion für Verbrechen wurde manchmal die Verbannung ausser Landes ausgesprochen, die den Verlust des Bürgerrechtes nach sich zog, falls dies nicht bereits auf Grund der Gesetze oder des Strafurteils erfolgte. Das Strafrecht war zum grösseren Teil im Landrecht<sup>84</sup> und nur vereinzelt in den Ortsrechten geregelt. Das Landrecht des Kardinals Schiner kannte Todes-, Körper-, Ehren-, Geld- und Verbannungsstrafen. Letztere wurde in den «Artikeln von Naters» vom Jahre 1446<sup>85</sup> und im Landrecht des Kardinals<sup>86</sup> über jene verhängt, die Folter- und Hinrichtungsgegenstände wegnahmen oder zerstörten.

Wer zum Tode verurteilt, später jedoch begnadigt wurde, musste meistens in die Verbannung. Im Falle der Landesverweisung auf 101 Jahre sprach man von «Bürgerlichem Tod»<sup>87</sup>. Ein verbannter oder verurteilter Verbrecher durfte nicht beherbergt, sondern musste dem Richter angezeigt werden. Im Jahre 1545 beschloss der Landrat, wer Jakob Eicher, einen verrufenen Übeltäter, tot oder lebendig dem Richter übergebe, solle 10 Kronen aus der Landeskasse sowie eine Entschädigung für alle Ausgaben erhalten<sup>88</sup>.

Auch in Zürich und Bern wurde das Bürgerrecht wegen Verurteilung zu schwerer Strafe oder Verbannung entzogen<sup>89</sup>.

Gemäss dem Statut von 1571 und der Revision von 1780 sollte der Verschwender, der wegen übler Haushaltung — vorbehalten Unglück und höhere Gewalt — zahlungsunfähig war, ehrlos und auf sechs Jahre des Landes verwiesen sein. Weigerten sich seine Kinder die Schulden zu übernehmen, so verloren sie das Bürgerrecht<sup>90</sup>.

---

<sup>84</sup> Zu den verschiedenen Landrechten des Wallis: Vgl. *Heusler*, RQ, S. 169 ff. - *L. Carlen*, Das Walliser Landrecht, BWG XII (1959), S. 401 ff. - *Ders.*, Das Landrecht des Kardinals Schiner. - *W. Liebeskind*, Bischof Walthers II. Auf der Flüe, Landrecht der Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, nebst einem Auszug aus seinen Synodalstatuten, Leipzig 1930.

<sup>85</sup> *Heusler*, RQ, S. 169 ff.

<sup>86</sup> *L. Carlen*, Landrecht des Kardinals, S. 83 ff.

<sup>87</sup> *Heusler*, RQ, Nr. 242, S. 81. - Zum Begriff des bürgerlichen Todes spricht sich ein ungedrucktes Handbuch, das zur Ausbildung der Walliser Notare gebraucht wurde, näher aus (StAV Sitten, L 220).

<sup>88</sup> *B. Truffer*, a.a.O., S. 328.

<sup>89</sup> *H. Rennefahrt*, a.a.O., S. 723. - *A. Stahel*, a.a.O., S. 67.

<sup>90</sup> *Heusler*, RQ, Nr. 204, S. 73.

## 5. WEGEN AUSSCHWATZEN

Vermutlich hatte der Walliser von jeher eine lockere Zunge und manchmal mag der Wein noch nachgeholfen haben. Jedenfalls sahen sich viele Bauernzünfte gezwungen, wohl dem Dorffrieden, der Ruhe und Sicherheit zuliebe ein Ausschwatzverbot zu erlassen. Niemand durfte weiter erzählen, was in der Ratsversammlung behandelt, abgelehnt oder beschlossen wurde.

Der Schwätzer wurde in Albinen<sup>91</sup> und Ems<sup>92</sup> mit dem Verlust des Bürgernutzens, in Ergisch<sup>93</sup> mit 10 Pfund Busse und dem Verlust des Bürgernutzens während eines Jahres bestraft. Andernorts, wie in Törbel<sup>94</sup> und Brig<sup>95</sup> verlor er das Bürgerrecht, in Reckingen galt «wer etwas oder das minste von denselbigen Sachen oder Gescheften, so alle Bürger miteinander heimlich oder öffentlich geratten und abgehandelt haben, welches sie unfälbarlich verschwigen sollent, uspreittete, vertriege oder anzeigte, derselbige soll ohne gnad alle gemein Ding verlieren und das Bürgerrecht verfoht haben»<sup>96</sup>.

Weshalb dieses scheinbar leichte Vergehen so empfindlich geahndet wurde, ist uns nicht überliefert. Vermutlich trachtete man einerseits ein Dorfgeschwätz und Zwistigkeiten zu verhindern, anderseits unliebsame Auswärtige von bedeutenden Informationen auszuschliessen.

Die Fremden wurden auf Geheiss des Landrates vom Zuhören bei Gemeindeberatungen ausgeschlossen, «um der arglistiger Läufer willen»<sup>97</sup>.

## 6. WEGEN HOLZFREVEL

Welche ungeheure Bedeutung dem Wald zu allen Zeiten beigemessen wurde ist aus den Bauernzünften und Ortsrechten ersichtlich, die ausnahmslos unter anderem die Nutzung und die Erhaltung der Wälder im Auge hatten. Man erkannte schon sehr früh, dass der Wald einen natürlichen Schutzwall gegen Lawinen, Erdbeben und Wildwasser bildete, und legte die Wälder oberhalb der Dörfer in den Bann. Es war strikte untersagt, Holz, sei es stehendes oder liegendes, Stock, Äste oder Streue,

---

<sup>91</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>92</sup> G.-A. Oberems, 1642.

<sup>93</sup> StAS Inventar, Gemeinden, Ergisch, 1555.

<sup>94</sup> AGVO. S 32-35, Törbel 1644.

<sup>95</sup> J. Bieler, Brig, S. 401 f. - L. Carlen, Brig, S. 23.

<sup>96</sup> A. Briw, Reckingen, S. 48 f.

<sup>97</sup> Heusler, RQ, Nr. 119, S. 60.

aus dem Bannwald wegzuführen<sup>98</sup>. Holz war ein wirtschaftlich bedeutender Bestandteil der damaligen Lebensweise; es diente zum Bau von Häusern, Scheunen und Ställen; es wurden Truhen, Webstühle und Fässer hergestellt, überhaupt bestand der Grossteil der häuslichen und landwirtschaftlichen Geräteschaft aus Holz<sup>99</sup>.

Wir befassen uns hier mit dem Wald und Holz nur so weit, als es für den Bürgerrechtsverlust eine Rolle spielte. Die Bannwälder schützten Haus und Gut, Menschen und Vieh vor unheilvollen Katastrophen. Zur Erhaltung des Waldes wurden Holz- und Streuenutzungsverbote erlassen<sup>100</sup>.

Vielerorts wurde der Holzfrevel und «Schaben und Lauben» mit Bussen und der Konfiskation des Holzes<sup>101</sup>, anderenorts mit dem Verlust des Bürgerrechtes<sup>102</sup> bestraft. In Saas-Balen wurde 1606 beschlossen, «dass die selbigen ganzts keinerley gathung Chryss nit ab dem selben Vierthiill söllend verkauffen noch abfergen und das by verliering der Vierthiill Rächten durch welchen es uberthreten würd. Danarthin ist auch uffgesetztts, verordnett und beschlossen, das nunfürthin keiner derselbigen so ein Viertil man ist ganzts keinerley Holltzts uss dem Vierthiill nit verkauffen noch abfertigen soll, und das glicher gestalt by verliering der Vierthiill Rächten, durch wölchen es überthräten würd»<sup>103</sup>. Diese Satzungen waren nicht leere Drohungen wie der Entzug des Bürgerrechtes des Johann Werlen, der die Bannvorschriften missachtete, bezeugt<sup>104</sup>.

## 7. WEGEN ÜBERGEHEN DES VERMITTLUNGSVERSUCHES

Ein buntes Bild bot im ausgehenden Mittelalter die Gerichtsordnung des Wallis. Der Bischof von Sitten war oberster Gerichtsherr. Im 13. Jahrhundert entstanden verschiedene Viztümer, die im Hochmittelalter ihre Macht an die bischöflichen Meier verloren, die später den von den Zenden und Gemeinden bestellten Meiern weichen mussten. Neben den Zen-

---

<sup>98</sup> G.-A. Glüringen, B 2 b (1569).

<sup>99</sup> Zur Bedeutung von Wald und Holz im Oberwallis: vgl. *L. Carlen*, Das Holz im Oberwallis, Visp, 1975.

<sup>100</sup> G.-A. Oberwald, B 2 (1636).

<sup>101</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch 1470. - Vgl. *A. Briw*, Aus Geschichte und Brauchtum der Pfarrei Fiesch, Visp 1961, S. 21 ff. - G.-A. Glüringen B 2 b (1569). - G.-A. Oberwald, B 2 (1636).

<sup>102</sup> *D. Imesch*, Naters, S. 63. - *L. Borter*, Ried-Brig, S. 18.

<sup>103</sup> G.-A. Saas-Balen, B 4 (1606).

<sup>104</sup> G.-A. Geschinen, 1727.



dengerichten gab es mancherorts sog. «Freigerichte» wie in Geren, Gantter und Wald, und lokale Gerichte, die aber nicht als Dorfgerichte anzusehen sind<sup>105</sup>.

In den Bauernzunftstatuten finden sich spärliche Angaben über die Dorfgerichte; öfters jedoch ist die Rede von Versöhnungsrichtern, so in Visp, Visperterminen, Staldenried, Zeneggen, Törbel und Grächen<sup>106</sup> um nur einige Beispiele aus dem Zenden Visp anzuführen.

Diesen oblag es, zwischen den streitenden Parteien eine Vermittlung zu versuchen. Ein Übergehen des Vermittlungsversuches, der vielerorts obligatorisch war, zog Bussen oder empfindliche Strafen nach sich<sup>107</sup>. In Ried-Brig musste ein Streitfall vier Burgern des Geschnitts (den «Viermendren») angezeigt und vorgelegt werden. Diese waren beauftragt, zu versuchen, den Handel zu schlichten, ohne dass er an die Gerichte weitergezogen werden musste. Konnte keine Einigung erzielt werden, «mag nicht destominder geschehen, was recht ist.» Wer aber hierin das «Widerspill» täte, verlor das Bürgerrecht<sup>108</sup>.

## 8. EINZELFÄLLE

Einen Beweis der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit der einzelnen Dörfer erbringen die unterschiedlichen und eigenständigen Ortsrechte. Die Bürger hatten das Recht, oftmals die Pflicht<sup>109</sup>, an den gemeinsamen Versammlungen zur Besprechung der Gemeindeangelegenheiten oder zum Erlass neuer Bauernzunftstatuten teilzunehmen. Dank dieser weiten gesetzgeberischen und demokratischen Freiheit, entstanden mancherorts Statuten, die nirgends ihresgleichen fanden. Diese Freiheit findet sich auch in den Bestimmungen über den Bürgerrechtsverlust.

Im Mörel wurde gemäss der Gemeindeverordnung vom Jahre 1515 demjenigen das Bürgerrecht aberkannt, der einem anderen Schaden zufügte<sup>110</sup>. Diese strenge Bestimmung mag wohl ein Zeichen der unruhigen und kriegerischen Zeit der Auseinandersetzung zwischen Schiner und Supersaxo sein, und sollte Ordnung in die zerstrittenen Lager bringen.

---

<sup>105</sup> L. Carlen, Dorfgerichte im Wallis. - Ders., Freigerichte im Oberwallis, Festschrift Karl Siegfried Bader, Zürich 1965, S. 69 ff.

<sup>106</sup> B.-A. Visp, BB 3. - AGVO. S 32-35, Visperterminen B 1 (1519). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Grächen, B 1 (1553).

<sup>107</sup> L. Carlen, Dorfgerichte im Wallis.

<sup>108</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>109</sup> D. Imesch, Naters, S. 63.

<sup>110</sup> G.-A. Mörel, B 1 (1515).



In Brig war Fehde und Fehdeansage sowie Gewalttaten unter Verlust des Bürgerrechtes untersagt<sup>111</sup>. Eine strenge Gesetzgebung sollte Frieden, Ruhe und Sicherheit gewährleisten.

In Kinneggen beschloss man «quod si quis se inordinate indecenter et incongrue gesserit in ipsa communitate... eumque a rebus communibus repellere et communia prohibere»<sup>112</sup>. Was unter inordinate, indecenter und incongrue subsumiert werden konnte, ersehen wir aus folgendem Fall. Bartholomäus Kalbermatten wurde, weil er in der Gemeinde Störung hervorgerufen hatte, das Bürgerrecht gekündigt, wie aus dem Wiedereinburgerungsakt von 1676 hervorgeht<sup>113</sup>.

Zum Schutze von Haus und Stall, Menschen und Vieh stellte man äusserst strenge feuerpolizeiliche Satzungen auf, deren Missachtung unterschiedlich hart geahndet wurde. In Gampel «soll niemand gestattet sein, ohne Kämmi zu feuern, noch auf Trechen, noch im Ofen, und dies soll alle Jahre im Herbst besichtigt werden, bei Verlierung der Gemeinde»<sup>114</sup>. In Zwischbergen bestimmten seit dem Jahre 1495 die Bürger jährlich am Samstag von St. Martin in freier Wahl einen Richter und einen Kastlan, die das Amt anzunehmen gezwungen waren. Wer das Amt ablehnte, galt als ehrlos und meineidig und wurde von der Gemeinschaft ausgestossen<sup>115</sup>. In Lax galt das Nichtbezahlen der Strafe für das Übertreten des Wasserverbotes als Bürgerrechtsverlustgrund<sup>116</sup>. In Mund war bei Verlust des Bürgerrechtes untersagt, fremdes Vieh zur Winterung auf den Berg zu nehmen<sup>117</sup>.

Die Strafe des Bürgerrechtsentzuges mag in manchen Fällen als unmenschlich und hart angesehen werden. Ihr gegenüber standen wichtige persönliche und wirtschaftliche Interessen, die es zu wahren und schützen galt, was durch abschreckende Strafen sehr oft erreicht wurde. Zudem waren es die Bürger selber, die in demokratischer Weise die Satzungen und die Strafen aufstellten, weshalb wir so viele Ortsrechte finden, als es Dörfer oder Gemeinden gab, die wohl Pfänder aber keine Polizeien im heutigen Sinn hatten.

---

<sup>111</sup> L. Carlen, Brig, S. 23 ff.

<sup>112</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).

<sup>113</sup> G.-A. Stalden, B 4 (1676).

<sup>114</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 62.

<sup>115</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 51.

<sup>116</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 217.

<sup>117</sup> L. Borter, Mund, S. 8.

## 4. KAPITEL

# POLITISCHE RECHTE DER BURGER

Die Fähigkeit des Menschen, sich als «zoon politikon», wie der griechische Philosoph Aristoteles sagt, am Staatswerden zu beteiligen und Teil des Staats- und Gemeindewesens zu sein, bezeichnen wir als die politischen Rechte. Diese werden unterteilt in die Aktivrechte einerseits, das Recht des Einzelnen auf Mitsprache und Mitentscheidung bei Wahlen und Abstimmungen, und das passive Wahlrecht anderseits.

Wie wir gesehen haben, entstand durch den genossenschaftlichen Zusammenschluss die wirtschaftliche Gemeinde, die politische Gemeinde entwickelte sich etwas später. Der Bischof von Sitten übte seine weltliche Herrschaft über das Oberwallis nicht unangefochten und uneingeschränkt aus; gegenüber fremden Fürsten und Herzogen musste er seine Stellung auf dem Schlachtfeld verteidigen und den einheimischen Adel — jederzeit bereit mehr Macht und Territorium an sich zu reißen —, galt es mit wachem Auge in Schach zu halten. Das freiheitsliebende Volk, das immer auf der Seite des Bischofs stand, forderte für seine tapferen Kriegsdienste mehr Freiheit und Unabhängigkeit und konnte mit der Zeit seine eigenen Richter, Gemeinden- und Zendenbehörden wählen. Ein politisches Bewusstsein und Tätigwerden bildete sich heran, das vorerst hauptsächlich auf die wirtschaftliche Nutzung der gemeinsamen Güter ausgerichtet blieb.

## I. Voraussetzungen zur Ausübung der politischen Rechte

### 1. BURGERRECHT

Nicht jeder Einwohner eines Dorfes besass die vollen politischen Rechte in Gemeinde- und Zendenangelegenheiten. Der Nichtburger hatte in der Regel an der Alp-, Weid- und Waldnutzung keinen Anteil<sup>1</sup> und blieb

<sup>1</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

von gemeinen Dingen und Rechten ausgeschlossen<sup>2</sup>. Der Fremde war, gemäss Landratsabschied vom Jahre 1546, nicht allein von der Teilnahme sondern sogar vom Zuhören bei Gemeindeberatungen ausgeschlossen<sup>3</sup>. Gleiches Recht galt auch in Aeschi, wo kein Fremder an den Versammlungen der Landsleute teilnehmen und stimmen durfte<sup>4</sup>.

Nur der Bürger kam in den Genuss der genossenschaftlichen und politischen Rechte, wie dies aus unzähligen Bauernzunftstatuten eindeutig hervorgeht. In Leuk musste sich der neu aufgenommene Bürger während eines Jahres bewähren und die Gemeindelasten tragen, bevor er in den Genuss der Gemeinderechte gelangte. Das Bürgerrecht war unabdingbare Voraussetzung zur Ausübung der politischen Rechte<sup>5</sup>.

## 2. MÄNNLICHE GESCHLECHT

In der Regel war Politik und Heerwesen im Mittelalter ausschliesslich Männersache. Wackernagel glaubt, eine «Art von politischer Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne» im 16. Jahrhundert im Wallis nachweisen zu können<sup>6</sup>. Wir bestreiten nicht eine Anwesenheit der Frau bei manchen politischen Handlungen, erachten es aber als übertrieben, von Gleichberechtigung zu sprechen. Es ist uns kein Fall bekannt, da Frauen ein öffentliches Amt in den Gemeinden oder in den Zenden bekleidet hätten; sie waren vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Unseres Erachtens nahmen sie auch am aktiven Stimm- und Wahlrecht nicht teil, wie aus vielen Bauernzünften zu schliessen ist, da im Ingress oder im Schlussverbal die anwesenden Männer namentlich aufgeführt werden<sup>7</sup>, oder «die rechtschaffenen und ehrsamten Männer der gesamten Gemeinde» gegenwärtig waren<sup>8</sup>; Frauen jedoch werden nirgends erwähnt. In der Bauernzunft von Visperterminen wird das politische Recht der Männer ausdrücklich erwähnt denn: «quod quumcumque sibi

<sup>2</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen B 1 (1541). - G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

<sup>3</sup> Heusler, RQ, Nr. 119, S. 60.

<sup>4</sup> H. Rennefahrt, a.a.O., S. 708.

<sup>5</sup> Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105. - L. Carlen, Beiträge zur Rechtsgeschichte, S. 60.

<sup>6</sup> H.G. Wackernagel, Frauenrecht im Wallis, in: Altes Volkstum der Schweiz, Schriften der Schweizer Gesellschaft für Volkskunde 38, Basel 1956, S. 109. - K. Schönenberger, Politische Gleichberechtigung der Frau im Wallis vor 400 Jahren, Die Ostschweiz 1957, Nr. 142.

<sup>7</sup> Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bielander. - AGVO. S32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - G.-A. Grächen, B 1 (1553). - B.-A. Zermatt, BB 6 (1635).

<sup>8</sup> G.-A. Oberems, B 4 (1569), B 2 (1668).

communitati publice pro aliquo communi negotio pertractando convocatum fuerit et quecumque persona masculini sexus in loco residens...»<sup>9</sup>. Auch die Zendenversammlung war Angelegenheit der Männer<sup>10</sup>.

### 3. ALTERSGRENZE

Das aktive und das passive Stimm- und Wahlrecht erwarb der junge Bürger mit dem Erreichen des Volljährigkeitsalters. Die öffentlichrechtliche Handlungsfähigkeit trat mit 14 Jahren, die privatrechtliche erst mit 25 ein<sup>11</sup>. An den Zendenversammlungen von Brig und Goms hatten alle Bürger über 14 Jahren mit dem Schwert an der Seite zu erscheinen<sup>12</sup>. In Ausserberg wurde das Stimmrecht ab erfülltem 15. Lebensjahr gewährt<sup>13</sup>. Das Pendant zu den Rechten bildeten die Pflichten und Lasten, die dem Bürger oblagen. In sämtlichen Zenden bestand für die Männer ab 14 Jahren eine allgemeine Militärpflicht<sup>14</sup>. Zum Gemeinwerk waren die arbeitsfähigen Männer ab 15, 16 oder 18 Jahren verpflichtet<sup>15</sup>. Die Stimmfähigkeit trat in Uri, Unterwalden und Zug mit erfülltem 16. Altersjahr ein<sup>16</sup>. In der Stadt Zürich war seit dem Jahre 1713 in den Grossen Rat wählbar, wer das 29., in den Kleinen Rat, wer das 35. Lebensjahr zurückgelegt hatte<sup>17</sup>.

### 4. WOHSITZ

Die Anwesenheit am Ort galt als selbstverständliche Voraussetzung für die Beteiligung an der Beratung und Beschlussfassung in Gemeindeangelegenheiten und für die Ausübung des aktiven und des passiven Wahlrechtes. Das Geschick des Dorfes sollte nicht in die Hände von Ortsabwesenden gelegt werden. Für eine Beteiligung an der Zendenversammlung war Wohnsitz in einer Gemeinde des Zenden erforderlich.

<sup>9</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen, B I (1519).

<sup>10</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde von Goms, BWG XV (1973), S. 18.

<sup>11</sup> L. Carlen, Landsgemeinde von Goms, S. 18. - Meiertumsstatuten von Zermatt, SA AV 70 bis/1 (1540).

<sup>12</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 181. - St. Notti, Zur Geschichte der Grafschaft Selkingen, Biel, Ritzingen, Gluringen, Vallesia XXX (1975), S. 7.

<sup>13</sup> Heusler, RQ, Nr. 386, S. 108.

<sup>14</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 56.

<sup>15</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 34, 38, 78.

<sup>16</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde in der Schweiz, Sigmaringen 1976, S. 13.

<sup>17</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 75.



*Burgerhaus von Mühlebach. Die Photo wurde mir von Prof. Dr. Walter Ruppen, Brig, zur Verfügung gestellt.*

## II. Gemeindeversammlung

Wer die Voraussetzungen zur Ausübung der politischen Rechte erfüllte, durfte an der Gemeindeversammlung teilnehmen. Dies war ein bedeutendes Recht des Burgers, denn die Gemeindeversammlung war das Haupt- und Beschlussorgan der Dorfgemeinde. Da in den Quellen die Gemeindeversammlung vielfach «gmeind» genannt wird, fällt es manchmal schwer zu beurteilen, ob es sich um die Gemeinde oder die Versammlung handelt<sup>18</sup>.

### 1. JÄHRLICHE VERSAMMLUNG

Die zur Dorfgemeinde gehörenden Bürger wurden ein- oder mehrmals jährlich zu Beratungen, Wahlen und Abstimmungen zusammengerufen. In Reckingen versammelten sich die Dorfleute im Frühling, nachdem die «fier gwaltshaber den selben tag bestimmten und darvor öffentlich in der Kilchen verkünden lassen, damitt sich ein jeder danach wisse ze halten»<sup>19</sup>. In Zeneggen galt der Tag vor dem Feste der Beschneidung des Herrn<sup>20</sup> als Wahltag. In Brig fanden sich die Bürger zur Weihnachtszeit<sup>21</sup>, in Termen am Osterdienstag<sup>22</sup> und in Ried-Brig am Pfingstmontag<sup>23</sup> zu der von den Statuten vorgeschriebenen Versammlung ein. Daneben konnten in Fällen der Dringlichkeit und Not oder zur Behandlung wichtiger Sachlagen<sup>24</sup> sowie zum Erlass neuer Satzungen<sup>25</sup> die Bürger an den gewöhnlichen Versammlungsort berufen werden. Manchmal war die Jahreszeit ausschlaggebend, wenn es galt, gemeinsam über die Heu- und Getreideernten, die Alpbelegung, die Bannzeiten oder die Gemeinwerke zu befinden<sup>26</sup>.

### 2. EINBERUFUNG

Es oblag den Gemeindevorstehern die jährlichen und ausserordentlichen Versammlungen anzusetzen und einzuberufen, wobei von Dorf zu Dorf

---

<sup>18</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 291 f.

<sup>19</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen (1558).

<sup>20</sup> G.-A., Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>21</sup> J. Bieler, Brig, S. 381.

<sup>22</sup> L. Bortier, Simplon nordhang, S. 611 ff.

<sup>23</sup> L. Bortier, Ried-Brig, S. 19.

<sup>24</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>25</sup> P. Am-Herd, Ulrichen, S. 179. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 57.

<sup>26</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 293. - F. Schnyder, a.a.O., S. 62.

ein verschiedener Modus beachtet wurde. Der Kastlan der Talschaft Simplon liess im Jahre 1525, nach altem Brauch, in den Kirchen von Glis, Naters, Siders und Sitten, an vier Sonntagen nach dem Gottesdienst eine Burgerversammlung ankünden<sup>27</sup>. In Reckingen erfolgte die Einberufung ebenfalls in der Kirche, womit ein allgemeines Bekanntwerden erzielt wurde, da jedermann sonntags zum Gottesdienst ging<sup>28</sup>. Die Gemeinden Ober- und Unterems liessen den Tag der Gemeindeversammlung in der Pfarrkirche von Leuk bekannt machen<sup>29</sup>.

Wie in deutschen und österreichischen Landschaften<sup>30</sup> wurden bei uns mancherorts die Bürger durch das Läuten der Kirchen- oder Rathausglocken zusammengerufen, wie aus den Statuten von Visp<sup>31</sup> und Erschmatt<sup>32</sup> ersichtlich ist.

### 3. TAGUNGsort

Versammlungsort war in alter Zeit der Platz unter der Linde<sup>33</sup>, wie von Naters<sup>34</sup> und Raron<sup>35</sup> bekannt ist. Für die Linde von Naters vermutet Carlen «dass hier das Gericht des Kastlan, des Richters des Zenden Brig sass»<sup>36</sup>. Häufig trat man in der Kirche<sup>37</sup>, auf dem Kirchplatz<sup>38</sup> oder dem Friedhof<sup>39</sup> zusammen, eine Tatsache, die die enge Beziehung von Gemeinde und Pfarrei widerspiegelt. Wie 1537 die Bürger von Alpien<sup>40</sup>, hatten sich die Dorfleute von Obergesteln, Oberwald und Unterwas-

<sup>27</sup> P. Arnold, Simplon, S. 211.

<sup>28</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen (1558).

<sup>29</sup> G.-A. Oberems, B 2 (1558).

<sup>30</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 292. - Vgl. E. Lippert, Glockenläuten als Rechtsbrauch, S. 18 ff.

<sup>31</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).

<sup>32</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S.29.

<sup>33</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 292. - Vgl. K.S. Kramer, Dorfllinde, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, I, Berlin, 1971, Sp. 774-775.

<sup>34</sup> L. Carlen, Rechtsaltertümer, S. 8. - Ders., Naters-Belalp-Blatten, Schweizer Heimatbücher, SH 168, Bern 1973, S. 11. - P. Heldner, Glis, S. 75 f.

<sup>35</sup> P. Heldner, Glis, S. 76.

<sup>36</sup> L. Carlen, Rechtsaltertümer, S. 8. - Ders., Naters, Belalp, S. 11.

<sup>37</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1650). - SA AV 70 bis I (1540).

<sup>38</sup> L. Borter, Mund, S. 5.

<sup>39</sup> D. Imesch, Der Zenden Visp, Schriften des Stockalper-Archivs, Brig, Heft 8, Brig 1967, S. 6. - J. Bieler, a.a.O., S. 58. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde. - L. Borter, Mund, S. 5. - P. Arnold, Oestlich-Raron, Grengiols (1393), S. 136. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 52. - Zum Friedhof, vgl. K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 126 f., Das Dorf, III, S. 266 ff.

<sup>40</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 57.



ser 1515 «im dorff zuo obergestilen in offener strass und gassen vor und by dem huss Jennen Halaparters» versammelt<sup>41</sup>. Unter freiem Himmel tagte man auch in Baltschieder<sup>42</sup>, Simplon<sup>43</sup>, Fiesch<sup>44</sup> und Geren<sup>45</sup>; in Mühlebach «apud aquaductum ubi burgenses erant congregati»<sup>46</sup>. Nicht selten traf man sich im Hause eines Gemeindevorstehers<sup>47</sup> oder Meiers wie 1571 in Zermatt «in der Stuben zhaus des fürneman und wysen Steffen Riedtgins meyers»<sup>48</sup>. In Visp diente den Burgern die Wirtsstube des Thomas Scholaris als Versammlungslokal<sup>49</sup>.

Mancherorts wurden im 17. Jahrhundert Gemeindehäuser gebaut oder gekauft, so in Baltschieder<sup>50</sup>, Grund, Ganter<sup>51</sup>, Zwischbergen, Brig, Rischenen, Naters<sup>52</sup> und Ernen<sup>53</sup>, wo man seit 1560 im Zendenrathaus tagte<sup>54</sup>.

#### 4. VERSAMMLUNG

«Wenn sich die Männer der Purenzunft versammelten, begannen sie ihre Verhandlungen mit Gebet»<sup>55</sup>, schreibt P. Am-Herd. Zu erscheinen wa-

<sup>41</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 574. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 179.

<sup>42</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 28.

<sup>43</sup> P. Arnold, Simplon, S. 216.

<sup>44</sup> A. Briw, Fiesch, S. 21.

<sup>45</sup> Geren, 1497, Abschrift Dr. J. Bielander. - Vgl. andere Dörfer: P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 32.

<sup>46</sup> G.-A. Mühlebach, B 1 (1530). - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 188.

<sup>47</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596). - Ausserbinn 1568, Abschrift Dr. J. Bielander. - AGVO, S. 32-35, Reckingen 1547, 1558, 1578. - G.-A. Oberems, B 2 (1558), B 4 (1569).

<sup>48</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - W. Kämpfen, Bürgerrechtsstreit, S. 273 ff.

<sup>49</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1543).

<sup>50</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 28.

<sup>51</sup> L. Borter, Simplon nordhang, S. 611 ff.

<sup>52</sup> L. Borter, Simplon nordhang, S. 611 ff. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 53. - L. Carlen, Brig, S. 20. - D. Imesch, Naters, S. 60.

<sup>53</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 566.

<sup>54</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 188.

<sup>55</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 146. Ob diese Feststellung auch für andere Gemeinden Gültigkeit hat, entzieht sich unseren Kenntnissen, wir fanden jedenfalls keine diesbezüglichen Hinweise. Auch für Ulrichen kann dieses Zitat quellenmässig nicht belegt werden, so dass diese Formulierung mit Vorbehalt zu gebrauchen ist. Unserer Ansicht nach hat P. Am-Herd — er war Kapuziner — oftmals weltliche Ereignisse in einen unpassenden religiösen Mantel gehüllt.

ren alle stimmfähigen Männer verpflichtet, sofern sie nicht durch Krankheit oder eine «juste et rationabilis causa»<sup>56</sup> verhindert waren. Es war untersagt, sich vertreten zu lassen, am allerwenigsten durch Weib oder Kind<sup>57</sup>. Mancherorts jedoch war eine Vertretung, «quicumque ..., poneret loco eius procuratorem» gestattet<sup>58</sup>. Das unentschuldigte Fernbleiben wurde mit Geldbussen geahndet. Termen räumte dem Säumigen eine Frist ein, um «entschuldigung kome darthuon»<sup>59</sup>. Die Teilnahme an der Gemeindeversammlung war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Burgers.

Den Gewaltshabern oblag es, die Versammlung einzuberufen; es war ihre Pflicht, diese vorzubereiten, zu eröffnen, zu leiten und zu einem guten Abschluss zu bringen. Der einzelne Bürger durfte die Versammlung nicht vorzeitig verlassen, sondern musste bis zu deren Schluss anwesend bleiben<sup>60</sup>. Ein unbotmässiges, unschickliches oder widersetzliches Verhalten während den Beratungen oder Abstimmungen wurde bestraft<sup>61</sup>.

Hatte die Versammlung einen Beschluss gefasst, erhoben die Bürger ihre Hände und schworen bei Gott, alles als genehm, fest, gültig und rechtskräftig zu halten und nichts dagegen zu tun, zu reden, zu unternehmen oder zu unterfangen, weder selbst, noch durch einen anderen<sup>62</sup>. Angenommene Ordnungen und Statuten liessen die Bürger von Ulrichen während sechs Wochen drei Mal in der Pfarrkirche von Münster vom Weibel vorlesen, worauf sie nach Landesbrauch Gesetzeskraft erhielten<sup>63</sup>. Ähnliche Traditionen pflegte man an auch in Reckingen, Bitsch, Fiesch und anderenorts<sup>64</sup>.

---

<sup>56</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Die Satzungen der Gemeinde Törbel aus dem Jahre 1531, Kalender für Freiburg und Wallis, 1919, S. 29. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 217.

<sup>57</sup> *K.S. Bader*, Das Dorf, II, S. 293.

<sup>58</sup> AGVO. S 32-35, Törbel B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Törbel, S. 29.

<sup>59</sup> *L. Borter*, Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>60</sup> AGVO., S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Törbel, S. 29. - *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 52.

<sup>61</sup> *K.S. Bader*, Dorfgenossenschaft, S. 294. - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 154. - *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 29.

<sup>62</sup> G.-A. Ritzingen, B 1 (1539). - G.-A. Oberems, B 2 (1558). - G.-A. Münster, B 2 (1540). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - u.a.m.

<sup>63</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 146.

<sup>64</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, (1558). - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, Bitsch (1610), S. 156. - *A. Briw*, Fiesch, S. 26 f.

## 5. KOMPETENZEN

Die Gemeindeversammlung war das höchste Organ in Gemeindeangelegenheiten. Ihre Zuständigkeit war nicht überall eigens geregelt; sie trat immer zusammen, «wenn wichtige Beschlüsse zu fassen, Rechtsordnungen aufzustellen oder zu ergänzen oder abzuändern waren»<sup>65</sup>. Die Materien, die der Entscheidung der Bürger unterlagen, sowie die Angelegenheiten, die in den Kompetenzbereich der Gewaltshaber oder in jenen der Gesamtheit der Dorfgenossen fielen, waren nicht genau festgelegt.

In der Urversammlung konnte sich der einzelne Bürger zu allen Sachfragen äussern, sich an der Meinungsbildung beteiligen und schliesslich durch Ausübung seines Stimmrechtes einen an- oder ablehnenden Entscheid herbeiführen. Er besass ebenfalls das aktive und passive Wahlrecht.

Diese Rechte konnten jedoch nicht ganz selbständig und losgelöst, sondern nur zusammen mit der Gesamtheit aller Bürger und in dem von der Versammlung gesetzten Rahmen ausgeübt werden.

### 5.1. Aufnahme neuer Bürger

Wie wir gesehen haben, konnten die Bürger die Aufnahme eines Bewerbers in die Bürgerschaft befürworten oder ablehnen. Es lag in ihrer Macht, den Kreis des Dorfes zu erweitern oder zu begrenzen. Dieses allgemeine Recht der Bürger ist uns auch für Graubünden überliefert<sup>66</sup>.

### 5.2. Erlassen von Dorfstatuten

Lange bevor die ersten Bauernzünfte schriftlich festgehalten wurden, prägten mündlich überlieferte Satzungen und Gewohnheitsrecht das Leben in den Walliserdörfern. Wohl aus Gründen der Rechtsunsicherheit, der zunehmenden Zahl an Bestimmungen der zu regelnden gemeinsamen Angelegenheiten, sowie der menschlichen Vergesslichkeit begann man gegen Ende des 15. Jahrhunderts die Ortsrechte niederzuschreiben.

Nicht bei der Aufzeichnung der bestehenden Rechte, wohl aber beim Erlass neuen, anderen Rechtes, stellt sich die Frage der Rechtsetzungsbeugnis. In den Bauernzünften traten die Bürger frei, eigenständig und rechtssetzend auf, wie aus unzähligen Präambeln hervorgeht. Es handelt

<sup>65</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 565.

<sup>66</sup> A. Steinhäuser, a.a.O., S. 162.

sich jedoch um «Satzungsrecht in einem beschränkten kommunalen Wirkungskreis, und hier legten Gewohnheit, Herkommen und nachbarliche Bindungen der Gemeinde allerlei Beschränkungen auf»<sup>67</sup>.

Nach Bader kann keine allgemein gültige Antwort auf die Frage gegeben werden, ob die Herrschaft oder die Gemeinde die Rechtssetzungsbefugnisse besass. Im Normalfall behielt sich die Herrschaft, wenn sie nicht mitwirkte, das Recht der Bestätigung vor. So wurden die Satzungen von Lötschen 1497 Bischof Matthäus Schiner zur Bestätigung vorgelegt<sup>68</sup>. Gemäss einem Landratsbeschluss von 1616 mussten alle Bauernzünfte dem Landrat vorgelegt werden, und sollten «so dem Landrecht zuwider, abgethan werden»<sup>69</sup>.

Oftmals hatte die Herrschaft wenig Interesse und war teils nicht in der Lage, sich um das Satzungsrecht der Dorfgemeinden zu kümmern, das sich am stärksten dort auswirkte, wo es um die Angelegenheiten der dörflichen Einung, um «Gebot und Verbot» in Feld und Wald ging.

In diesem Rahmen besass die Gemeindeversammlung Rechtssetzungsbefugnisse und behielt sich vor, die «aufgestellten Statuten, Verordnungen und Verteidigungen beizubehalten und die bereits aufgestellten auszuweiten, zu kürzen, zu verbessern und zu erneuern, nach und gemäss dem Willen und der guten Rücksicht auf die Leute besagten Gemeinde»<sup>70</sup>, wie dies nach den Statuten des Landes Wallis geschehen konnte<sup>71</sup>.

Wie aus den Präambeln und den Schlussverbalen der Bauernzünfte ersichtlich ist, wurden die Ortsrechte einmütig, einträchtig und mit gegenseitigem Einverständnis, für sich und die Nachkommen, zum Nutzen der ganzen Gemeinde aufgestellt, beschlossen und «mit auf gehebten henden an eydts stat gelobt, geschworn und verglütigt»<sup>72</sup>.

### 5.3. Referendums-Recht

Der Landrat der Landschaft Wallis konnte nur das beschliessen, worüber die von den Gemeinden und Zenden gesandten, an ihren Befehl gebundenen Ratsboten instruiert waren. Wenn etwas zur Verhandlung ge-

<sup>67</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 335.

<sup>68</sup> G.-A. Kippel, B 2 (1497).

<sup>69</sup> Heusler, RQ, Nr. 236, S. 80.

<sup>70</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 18. - H. Bloetzer, Das Lötschental und sein Prior, S. 40. - L. Bortler, Mund, S. 8. - AGVO, S 32-35, Reckingen (1558). - P. Jossen, Niedergampel (1599), a.a.O., S. 216. - G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>71</sup> G.-A. Oberems, B 7 (1652). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Heusler, RQ, S. 377. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 277.

<sup>72</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - G.-A. Grächen, B 2 (1585). - G.-A. Münster, B 2 (1540). - u.a.

langte, was noch nicht vor die Gemeinde gekommen war, musste das Placet der Gemeinden vorbehalten werden und die Ratsboten hatten die betreffende Angelegenheit «hintersich zu nehmen», d.h. ihren Gemeinden zu «referieren» und deren «Befehl» einzuholen<sup>73</sup>.

Diese recht kompliziert erscheinende Einrichtung ermöglichte dem Volk bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts eine Kontrolle über die Tätigkeit des Landrates und eine Mitbeteiligung an den Staatsgeschäften. So treffen wir häufig die Formulierungen: «Der Handel soll noch einmal an die Gemeinden gebracht werden» oder: «Jede Gemeinde soll 'ir meinung und willen sich entschliessen und am nächsten Ratstag sollen die Boten ihren Willen U.G.Hn. und dem Landeshauptmann mitteilen»<sup>74</sup>.

Den Ratsboten oder den Gemeindevorstehern oblag es, die Angelegenheiten, gleich ob es sich um Gesetze, Bündnisse, Strassen oder Nahrungsmittel handelte, der Gemeindeversammlung darzulegen, worauf den Burgern die Möglichkeit gegeben war, Stellung zu nehmen. Im Anschluss an die Beratungen wurde ein Beschluss gefasst, den der Ratsbote im Landrat zu unterbreiten hatte.

Einen Hinweis auf das Recht des einzelnen freien Mannes, seine Meinung zu vertreten, findet sich in den Landrats-Abschieden: «Zudem haben ihm (dem Kastlan von Brig, welcher die Meinung der Burgschaft im Landrat vertritt) 15 Mann von Naters anzusagen befohlen, dass sie sich vom Mehrteil der Landschaft nit scheiden wollen» — Naters hatte nämlich einen entgegengesetzten Beschluss gefasst<sup>75</sup>. Ein anderer, von Liebeskind erwähnter Fall beweist, dass der einzelne Landsmann Stimmrecht hatte, denn ein Landeshauptmann beklagte sich über das Gerede, «dass er zu Stalden einem des Rapier an das Herz gesetzt und gesprochen habe, wo er die Vereinung nit annehme, wollte er ihn totstechen»<sup>76</sup>.

Das Hauptgewicht bei der Besprechung der Abschiede und die höchste Gewalt im Lande<sup>77</sup> lag daher bis ins 17. Jahrhundert bei den Gemeinden, eine Tatsache, die sich auch aus dem Landrats-Abschied vom Jahre 1539 ergibt; es werden nämlich nicht die Antworten des Zenden Visp, sondern der verschiedenen Viertel angeführt, wobei noch erwähnt wird, dass der Viertel von Gasen und Zermatt keinen Boten gesandt hatte<sup>78</sup>.

<sup>73</sup> W. Liebeskind, Das Referendum der Landschaft Wallis, S. 54, 94.

<sup>74</sup> D. Imesch, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, 2. Band (1520-1529), Brig, 1949, S. 193, 252, 269. - B. Truffer, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, 3. Band (1529-1547), Brig 1973, S. 32, 149.

<sup>75</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 30.

<sup>76</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 30.

<sup>77</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 23.

<sup>78</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 197 f.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts trat eine Wende ein. Im Jahre 1563 war zum ersten Mal die Rede von «Hintersichbringen an die Räte und Gemeinden», und seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts waren die Beratungen des Zendenrates massgebend, dem die Gemeinden die Führerrolle abtreten mussten, ohne jedoch auf eine Einflussnahme und auf Versammlungen gänzlich zu verzichten<sup>79</sup>. Die Gemeinden übten, so Liebeskind, weiterhin die Souveränitätsrechte aus, nur geschah es zu jener Zeit mehr auf mittelbare Weise<sup>80</sup>.

#### 5.4. Recht auf Rechnungsabnahme

K.S. Bader bezeichnet die Rechnungsabhör das wichtigste und häufigste Geschäft der Gemeindeversammlung<sup>81</sup>. Die Bürger hatten das Recht, dass ihnen von den scheidenden Gewaltshabern, den Seckelmeistern, den Procuriuren, den Bannwarten<sup>82</sup> und den Mattpfändern<sup>83</sup>, am Wahltag die Gemeinderechnung der verflossenen Amtsperiode vorgelegt wurde<sup>84</sup>. Die «Buchführungspflicht» der Gemeindevorsteher bestand im ordnungsgemässen Eintragen von Gemeindeausgaben und Einnahmen. Zu den Einnahmequellen gehörten u.a. der Verkauf von im Wege der Selbstverpfändung beschlagnahmten Sachen, insbesondere bei Überschreitung von Weide-, Alp- und anderen Vorschriften; der Verkauf von Holz aus den Gemeindewäldern, — verwiesen wird auf die Holzverkäufe an die Metallbergwerke<sup>85</sup> — das Versetzen von Futtermitteln aus Gemeindeland und Einnahmen aus Einburgerungen und Bussen.

Betreffend die Ausgaben sind wir leider weniger gut unterrichtet, da was immer möglich, im unentgeltlich zu verrichtenden Gemeinwerk erledigt wurde. In den Gemeinden oberhalb Visp musste der Wein, der anlässlich des Bürgertrunkes und der Gemeinwerke ausgeschenkt wurde, aus der Gemeindekasse berappt werden. Oftmals können nur von den Gemeindeaufgaben auf die Ausgaben Rückschlüsse gezogen werden.

<sup>79</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 32 ff.

<sup>80</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 17.

<sup>81</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 295.

<sup>82</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 19.

<sup>83</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1588.

<sup>84</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 80. - F. Schnyder, Gampel, S. 59. - P. Am-Herd, Ulrichen, S. 93, 217. - J. Bielander, Brig, S. 384.

<sup>85</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 128 ff. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff. - H. Dorsaz, Der Wald im Oberwallis, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, Visp, 1975, S. 11. - H. Gerlach, Die Bergwerke des Kantons Wallis, Sitten 1873. - H. Rossi, Zur Geschichte der Walliser Bergwerke, BWG X. (1949), S. 362 ff.

In Brig hatte der Seckelmeister jährlich «vom burgerlichen Haab, silberstück, zünngeschyr, geschytz, Undt was drtzu gehört, Kriegsrystung, tittel, kleyn odien, spillkleider feyr Eymer... burgerlichen hauptgüetss Undt Jahrlichen Inkommentzss» ein Inventar aufzunehmen<sup>86</sup>. Laut Verzeichnis befanden sich im Jahre 1777 im Burgerhaus von Mörel 13 vergoldete und 11 silberne Becher<sup>87</sup>.

## 5.5. Mitbestimmungs- und Stimmrecht

Der Burger besass zu allen, an der Urversammlung vorgelegten Gesetzesvorschlägen und allgemeinen Anliegen ein Mitspracherecht. Er machte von diesem Recht ausgiebig Gebrauch, da meistens über Wälder, Alpen, Allmenden, Wasserleitungen oder andere im Gemeingebruch liegende Sachen beraten wurde. Wie beim Referendum, konnte er zu den Verordnungen des Zendenrates Stellung nehmen<sup>88</sup>.

Erst das Stimmrecht machte den Burger zum Souverän und die Burgerversammlung zum höchsten Organ der Gemeinde. Über alle den zusammengerufenen Burgern vorgelegten Angelegenheiten konnte abgestimmt werden. Abgestimmt wurde durch Erheben der Hände; das Händemehr war ausschlaggebend<sup>89</sup>.

### 5.5.1. Einstimmigkeit

Obwohl die Bauernzünfte das Stimmrecht als solches nicht erwähnen und sich nur um das Mehrheitsprinzip kümmern, scheint in wichtigen Angelegenheiten, Einstimmigkeit gegolten zu haben. Die Annahme der Ortsrechte erfolgte, wie aus den Präambeln hervorgeht, in Ritzingen<sup>90</sup> und Reckingen<sup>91</sup> «einmütiglich und einhelliglich», in Biel<sup>92</sup> «mit einhelliger stimm», in Glurigen<sup>93</sup> «laude, consensu, voluntate omnium prae-missi pagi», in Grächen<sup>94</sup> «concorditer ac unanimiter» und in Unterems<sup>95</sup> «einstimmig und freiwillig».

<sup>86</sup> J. Bielander, Brig, S. 385.

<sup>87</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 167.

<sup>88</sup> P. Arnold, Simplon, S. 217.

<sup>89</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 93. - P. Arnold, Simplon, S. 219.

<sup>90</sup> G.-A. Ritzingen, B 1 (1539).

<sup>91</sup> AGVO, S 32-35, Reckingen 1578.

<sup>92</sup> G.-A. Biel, D 1 (1643).

<sup>93</sup> G.-A. Glurigen, B 3 (1559).

<sup>94</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553).

<sup>95</sup> G.-A. Oberems, B 4 (1569).



Es ist kaum anzunehmen, dass bei den unterschiedlichen wirtschaftlichen und persönlichen Interessen die Gemeindeversammlung den vorgelegten Bestimmungen auf Anhieb geschlossen und einstimmig zustimmte. Offenbar wurde bei Differenzen in langwierigen Verhandlungen und gegenseitigem Nachgeben eine Kompromissformel gefunden, wobei die wirtschaftlich Schwächeren und Abhängigen wohl zu einigen Zugeständnissen gezwungen wurden<sup>96</sup>.

### 5.5.2. Prinzip der Mehrheit

Im Unterschied zum Landrat, wo der Mehrheitsgrundsatz auf ernste Gegnerschaft stiess und noch gegen Ende des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert nicht unumstössbar gefestigt war<sup>97</sup>, scheinen ihn die Gemeinden schon sehr früh, nämlich im 15. Jahrhundert anerkannt zu haben. Die Bauernzunft von Ausserberg bestimmte im Jahre 1487: «due partes erunt concordēs et unanimes ceteri sub poena juramenti eandem ordinationem ipsarum duarum parcium frangere non possint nec debent contradicere sed ratum tenere»<sup>98</sup>.

Dieses qualifizierte Mehr wird vielerorts, so in Gifris und Bedle (Filet und Bister)<sup>99</sup>, Kinneggen<sup>100</sup> und Münster<sup>101</sup> verlangt, während andere Bauernzünfte, so Geren<sup>102</sup>, Mühlebach<sup>103</sup>, und Grächen<sup>104</sup> sich mit dem einfachen Mehr begnügten. Visp kannte 1531 das einfache, wechselte aber 1727 zum qualifizierten Mehr, denn «wan ein sach zu nutzen der Burgerschaft durch zwei Drithel beschlossen wird, sol der andere Drithel by sinem Eid verobligiert sein mit den zwei Dritheln by zu stimmen»<sup>105</sup>. Im 16. Jahrhundert konnte der Landrat die Minderheit nicht zwingen, den Beschlüssen der Mehrheit nachzukommen<sup>106</sup>. Viel strenger waren die Ortsstatuten, denn «was so der Mertheyll von einer lobl. burgsaafft

<sup>96</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 214.

<sup>97</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 76 ff.

<sup>98</sup> G.-A. Ausserberg, B 3 (1487). - Vgl. J. Bieler, Bauerzünfte, S. 576.

<sup>99</sup> AGVO. S 32-35, Gifris 1442.

<sup>100</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).

<sup>101</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - Vgl. AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1619). - G.-A. Oberwald, 1717. - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Ritzingen, B 2 (1543). - G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - P. Heldner, Baltschieder, S. 40. - L. Meyer, Töbel, S. 29.

<sup>102</sup> Geren, 1497, Abschrift J. Bieler.

<sup>103</sup> G.-A. Mühlebach, B 6 (1701).

<sup>104</sup> G.-A. Grächen, B 2 (1585).

<sup>105</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531 u. 1727).

<sup>106</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 76.



einredig werin oder werden in allen zimlichen und rechten Sachen, die soll der mindertheyll der burgeren zu Visp vest und stedt halten und soll beschlossen sin»<sup>107</sup>. In Fiesch wurden der unfolgsamen Minderheit Strafen angedroht<sup>108</sup>, während in Oberwald und Unterwasser, «wann aber dieser dritte Theil also halsstarrig sich erzeigt, werden die andern zwei Drittel nach Schwere des Handels denselben bezichtigen können ohne weitere Obrigkeit anzurufen»<sup>109</sup>.

Auch im Landrat setzte sich der Mehrheitsgrundsatz<sup>110</sup> mit der Zeit durch, da es als ungerecht empfunden wurde, wenn nur einige Zenden sich an ein vom Landrat beschlossenen Erlass hielten und die andern sich frei darüber hinwegsetzten.

### III. Wahlrecht

Der Begriff Wahlrecht ist ein doppelter; er umfasst das aktive Wahlrecht, das Recht zu wählen, und das passive Wahlrecht, die Wählbarkeit, die Fähigkeit gewählt zu werden.

Über das eigentliche Wahlverfahren geben uns die Quellen kaum Auskunft. In der Gemeinde- und Zendenversammlung wurden die verschiedenen Behörden vermutlich durch einfaches Händemehr bestimmt. Obwohl wir weder Belege für ein einfaches, noch für ein qualifiziertes Mehr besitzen, neigen wir zu dieser Annahme, da es oftmals schwierig war, die Ämter zu besetzen, weshalb vielerorts, wie in Zwischbergen<sup>111</sup>, Ried-Brig<sup>112</sup>, Ganter<sup>113</sup> und für das Zendengericht Brig<sup>114</sup>, um nur einige Beispiele zu nennen, der Amtszwang eingeführt wurde.

<sup>107</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Vgl. *J. Bieler*, a.a.O., S. 576.

<sup>108</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532).

<sup>109</sup> Oberwald, Obergesteln, Unterwasser 1717, Abschrift H.A. von Roten.

<sup>110</sup> Das Wesentliche und die Literatur zum Majoritätsprinzip bei *F. Elsener*, Zur Geschichte des Majoritätsprinzips, insbesondere nach schweizerischen Quellen, ZRG kan. Abt. 73(1956), S. 73 ff.

<sup>111</sup> *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 51.

<sup>112</sup> *L. Borter*, Ried-Brig, S. 19.

<sup>113</sup> *D. Imesch/W. Perrig*, Ganter, S. 90.

<sup>114</sup> *F. Joller*, Die Fryheiten des löblichen Zenden Brygs, BWG I (1892), S. 303. - Amtszwang auch in: G.-A. Ulrichen, B I (1545). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Staldenried, B I (1548). - G.-A. Zeneggen, B I (1586), B 2 (1604). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1580. - G.-A. Ausserberg, B 3 (1454), B 5 (1533). - Statuten der 3 Majorate von Zermatt, SA AV 70 bis/1 (1540). - B.-A. Zermatt (1576), SA AV 70 bis/3 (1621). - Vgl. *L. Meyer*, Zermatt, S. 264. - *Heusler*, RQ, Nr. 385, S. 345 ff. - *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 51. - *D. Imesch/W. Perrig*, Ganter, S. 90. - *J. Bieler*, a.a.O., S. 568 ff.

Die meisten Bauernzünfte sahen das Wahlrecht ausdrücklich vor, denn die Bürger «*ipsius montis... habeant auctoritatem eligendi quattuor probes homines*»<sup>115</sup>, oder es sollen «zur beschützung des gemeinen wesen von zwey jahren zwey ehrbare Männer zu Gwaltshabern ernambset werden»<sup>116</sup>.

Die vom Volk zu wählenden Gemeindevorsteher wurden meistens Gewaltshaber genannt<sup>117</sup>; häufig finden sich andere Bezeichnungen wie Procurjuren<sup>118</sup>, Prokuratoren<sup>119</sup>, Costodes<sup>120</sup>, Gubernatores<sup>121</sup>, Castellanus<sup>122</sup>, Sindici<sup>123</sup> und Consuli<sup>124</sup>. In Ausserberg haben die Bürger das Recht «in duobus annis sibi eligere duos idoneos procuratores rectores syndicos et nuntios ad regendum eius rem publicam»<sup>125</sup>. Die Seckelmeister und Sechser leiteten die Geschicke der Burgerschaft Brig<sup>126</sup>. Von der Bauernzunft von Reckingen wissen wir, dass je ein Waldpfänder, ein Mattenpfänder, ein Spendvogt und ein Backhausvogt zu wählen waren<sup>127</sup>.

Ähnliche Bezeichnungen der Gemeindevorsteher finden sich in Italien, wo die «*sindici*»<sup>128</sup> oder im bündnerischen Misox, wo «*sechelmaystri et cancelleri*»<sup>129</sup> erwähnt werden.

Wo neben der Gemeinde ein Freigericht<sup>130</sup> oder ein Meiertum<sup>131</sup> bestand, hatten die Bürger das Recht, den Meier, Kastlan oder Richter zu wählen und ihm, wie in Ganter, Beisitzer zur Seite zu stellen<sup>132</sup>. Die Gemeinde-

<sup>115</sup> G.-A. Ausserberg B 1 (1454), Abschrift J. Bielander.

<sup>116</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>117</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - P. Jossen, a.a.O., S. 28. - P. Am-Herd, Ulrichen, S. 93. - P. Heldner, Baltschieder, S. 28, 39.

<sup>118</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - L. Bortier, Ried-Brig, S. 19.

<sup>119</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532), B 1 (1470). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). G.-A. Ausserberg, B 3 (1487). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>120</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>121</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 186.

<sup>122</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 186. - Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 306.

<sup>123</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Ausserberg, B 3 (1487). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1606).

<sup>124</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Vgl. P.E. Burgener, Burgerschaft Visp.

<sup>125</sup> Ausserberg 1533, Abschrift J. Bielander.

<sup>126</sup> J. Bielander, Brig, S. 381 ff. - L. Carlen, Brig, S. 23.

<sup>127</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1580.

<sup>128</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 203.

<sup>129</sup> P. Jörmann, Die Statuten des Tales Misox von 1452 und 1531, Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 7 (1927), S. 361.

<sup>130</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 90. - P. Arnold, Simplon, S. 237. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 195 ff., Wald, Ganter, Finnen. - P. Arnold, Simplon, S. 237: Geren, Holz und Steg. - L. Meyer, Zermatt, S. 264 ff. - L. Garbely, Freigericht Benken, S. 3 ff.

<sup>131</sup> L. Carlen, Das Meiertum von Binn, S. 81. - L. Carlen, Der Ammann von Fiescherthal, S. 89. - St. Noti, a.a.O., S. 7 ff.

<sup>132</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 90. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 195 ff.

versammlung der Talschaft Simplon wählte nicht nur den Kastlan und die Beisitzer, die zugleich die Vertreter der Gemeinde im Zendenrat und im Gericht die Geschworenen waren, sondern auch den Talhauptmann und Fähnrich auf Lebenszeit<sup>133</sup>. In Ulrichen wurde der Hauptmann und der Fähnrich jeweils für ein Jahr bestellt<sup>134</sup>.

Allgemein galt: wer wählen konnte, konnte auch gewählt werden. Der Ausdruck «passives Wahlrecht» ist nicht präzise, denn der Bürger hat bloss die Fähigkeit, nicht aber das Recht, gewählt zu werden. Ihm steht höchstens aber das Recht zu, eine Wahl anzunehmen oder abzulehnen, wobei das Wallis sehr oft auch dieses Recht beschränkte und den Amtszwang vorsah<sup>135</sup>.

In Zürich wurde 1503 das passive Wahlrecht für ausserhalb des Gebietes geborene Bürger stark eingeschränkt und 1639 gänzlich aufgehoben<sup>136</sup>, während in Burgdorf denjenigen Bürgern, die auswärtige Frauen geheiratet hatten, das Wahlrecht versagt blieb<sup>137</sup>.

In der Praxis verstanden es einige mächtige Familien, so die Schiner, die von Riedmatten, die Jost und die von Stockalper, die wichtigsten Ämter in Gemeinde, Zenden und in der Landschaft Wallis in Händen der Familie zu behalten.

In einzelnen Dörfern bildete sich eine Art dörfliches Patriziat, das sich vor allem auf einen guten wirtschaftlichen Hintergrund und planmässige Heiraten stützte. Dies ist eine allgemeine Entwicklung im bäuerlichen Bereich, wie beispielsweise auch F. Elsener für das Gaster gezeigt hat<sup>138</sup>.

#### IV. Zendenversammlung

Der einzelne Landsmann konnte seinen Einfluss über die Urversammlung hinaus auf den Landrat geltend machen. Es stellt sich die Frage nach den Beziehungen und Rechten zu den Zenden.

Es wird als bekannt vorausgesetzt, dass das Oberwallis 7 Zenden umfasste, die ihrerseits in Viertel, Drittel oder Gumper aufgeteilt waren. Jeder Zenden war ein Staat im Kleinen mit eigenen Gerichts- und Verwaltungsgewalten, und dessen oberstes Organ bildete die Zendenversammlung<sup>139</sup>.

<sup>133</sup> P. Arnold, Simplon, S. 216.

<sup>134</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 151.

<sup>135</sup> G.-A. Ulrichen, B I (1545). - Vgl. Anmerkungen 111-114.

<sup>136</sup> W. Frick, a.a.O., S. 198. - N. Friedmann, a.a.O., S. 5 f.

<sup>137</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 28.

<sup>138</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 193 ff. - Vgl. Ferdinand Elsener, Das bäuerliche Patriziat im Gaster, Geschichtsfreund der 5 Orte, Band 104 (1952), S. 71 ff.

<sup>139</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde von Goms, S. 17.

Die Zendenversammlung als Nachfolgerin des Dings war eine Art Landsgemeinde, an welcher die volljährigen Bürger der verschiedenen Gemeinden des Zenden teilnahmen. Die Voraussetzungen zur Teilnahme und Ausübung der Beratungs-, Stimm- und Wahlrechte waren dieselben wie bei der Gemeindeversammlung. Im Unterschied zur Gemeindeversammlung erfolgte der Aufzug unter einem gewissen Pomp, die Männer erschienen mit dem Schwert an der Seite<sup>140</sup>.

Die Zendenversammlung wurde vom Kastlan oder vom Zendenrat angeordnet und einberufen und stand unter einem besonderen Frieden (Dingfrieden), der durch den Weibel geboten wurde. Die Leitung der Versammlung oblag dem Kastlan<sup>141</sup>.

## 1. TAGUNGSORT UND TAGUNGSZEIT

Wenigstens einmal jährlich — besonders dringende und wichtige Geschäfte rechtfertigten eine ausserordentliche Versammlung — hatte das Volk im «Ring» zu erscheinen<sup>142</sup>. Im Goms war jeweils der 1. Mai<sup>143</sup>, in Brig der Sonntag vor St. Katharina (25. November) vorgesehen<sup>144</sup>. Als Tagungsort galt im Goms das Kastelbiel bei Blitzingen, im 18. Jahrhundert gelegentlich Münster<sup>145</sup>, in Brig die Platzmatte<sup>146</sup> und in Visp der Zendingplatz zum «hären Stein»<sup>147</sup>.

## 5.7,1,11,122. KOMPETENZEN

Die zur Zendenversammlung berufenen Bürger wählten den neuen Kastlan oder Meier und seinen Statthalter, sowie den Zendenhauptmann, den militärischen Führer des Zenden und den Bannerherrn<sup>148</sup>. Das Amt des Bannerherren galt als höchste, lebenslängliche Ehrenstelle im Zenden Visp. Der Bannerträger hatte den Fahneneid zu leisten<sup>149</sup>. Um Streit

<sup>140</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 181 - St. Noti, a.a.O., S. 7.

<sup>141</sup> L. Carlen, Landsgemeinde vom Goms, S. 24.

<sup>142</sup> St. Noti, a.a.O., S. 7. - L. Carlen, Landsgemeinde von Goms, S. 24. - Zum Ring bei den Landsgemeinden der Eidgenossenschaft, vgl. L. Carlen, Die Landsgemeinde in der Schweiz, S. 13 ff.

<sup>143</sup> Heusler, RQ, S. 115. - L. Carlen, a.a.O., S. 19.

<sup>144</sup> L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 32.

<sup>145</sup> St. Noti, a.a.O., S. 7. - L. Carlen, Landsgemeinde von Goms, S. 23. - Ders., Der Wein im Oberwallis, S. 32. - D. Imesch, Blitzingen, S. 10.

<sup>146</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 183.

<sup>147</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 28.

<sup>148</sup> F. Joller, a.a.O., S. 303. - D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 182.

<sup>149</sup> D. Imesch, Der Zenden Visp, S. 8.

und Hader wegen der Zendenfender-Wahl zwischen den Dritteln des Zenden Leuk zu beenden, erliess man im Jahre 1729 ein ausführliches Reglement<sup>150</sup>. Der Zendenrat konnte auf der Zendenversammlung gewählt werden. In den Zenden Leuk, Raron, Brig, Mörel und Goms hatten die gewählten Meier dem Volk ein Mahl vorzusetzen. Dieser Brauch wurde im Goms im Jahre 1561 abgeschafft<sup>151</sup>.

Bei der Aufstellung allgemeiner Verordnungen und Satzungen, der Beschlussfassung über Verträge und Bündnisse und anderen wichtigen Angelegenheiten besass der einzelne Landsmann ein Mitsprache- und Stimmrecht. Daher ist es nicht falsch, das in der Zendenversammlung vereinigte Volk als die höchste Gewalt des Zenden zu bezeichnen. Der einzelne Bürger war unmittelbar an den Staatsgeschäften beteiligt. Die Beschlüsse wurden nach dem Mehrheitsprinzip gefasst, die Minderheit musste sich fügen<sup>152</sup>.

Beim Regierungsantritt begab sich der Bischof und der Landeshauptmann vor die Zendenversammlung, um dem Volk den Treueid abzunehmen. Nach dem endgültigen Verzicht auf die Carolina durch Bischof Hildebrand Jost im Jahre 1634 fiel der Treueid weg<sup>153</sup>.

Ähnlich wie beim Landrat, erfolgte im Zenden im 17. Jahrhundert eine Wende. Der Zendenrat erwarb auf Kosten der Gemeinden eine Vorrangstellung; er riss die Entscheidungsgewalt an sich, so dass nur noch in seltenen Fällen — beispielsweise bei Aufruhr — Zendenversammlungen abgehalten wurden<sup>154</sup>.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die politischen Rechte des Volkes im ausgehenden Mittelalter gut ausgebildet waren, teils sogar weiter gingen als heute. Die Gemeinden, die die Macht und Rechte des Bischofs seit dem 14. Jahrhundert Schritt für Schritt zurückdrängten, stiegen zum Souverän der Landschaft auf. Es entstand eine Verfassung, die Lieberkind «demokratischen Föderalismus» nennt. Die grossen Strömungen der Zeit hatten in den kleinen Bergdörfern nur langsam und in beschränkter Masse Niederschlag gefunden, gingen aber nicht ohne Einfluss vorbei. Anfangs des 17. Jahrhunderts beginnen sich die Spuren des Absolutismus im Wallis abzuzeichnen; die Rechte des Volkes werden eingeschränkt und gehen teils an die Räte, Ratsherren und Vertreter mächtiger und einflussreicher Familien über.

<sup>150</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 65 f.

<sup>151</sup> L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 32. - Heusler, RQ, S. 115.

<sup>152</sup> L. Carlen, Landgemeinde von Goms, S. 21. - F. Joller, a.a.O., S. 303.

<sup>153</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 182. - S. Furrer, Geschichte, III, S. 401. - L. Carlen, Landgemeinde von Goms, S. 21. - Zum Gefolgschaftseid und Huldigung, vgl. W. Ebel, Der Bürgereid.

<sup>154</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 181. - Ders., Der Zenden Visp, S. 6.

## 5. KAPITEL

# NUTZUNGSRECHTE AN GEMEINSAMEN GÜTERN

### I. Einteilung

Die gemeinsamen Güter bildeten im ausgehenden Mittelalter und in der Neuzeit<sup>1</sup> die Existenzgrundlage der Walliser Bauern, die vom Ertrag und vom Nutzen der auf Viehzucht und Ackerbau abgestellten Landwirtschaft lebten. Die rechtlichen und traditionellen, in den Bauernzünften statuierten und niedergelegten Gegebenheiten, sowie das Agrarsystem und Umfang und Ausnützung der Grundstücke verstärkten diese Abhängigkeit. Bevor wir uns der Allmend in ihrer bunten Vielfalt zuwenden, gilt es, die rechtliche Aufteilung des Landes, die verschiedenen Nutzungs- und Güterkreise näher ins Auge zu fassen.

#### 1. DORF

Die rechtshistorische Lehre vom Dorf und der Agrarverfassung kennt eine doppelte Erscheinungsform von Dorf. Das Dorf im engeren Sinn ist die Siedlungsstätte, der Wohnbezirk, der in einer Gemeinschaft verbundenen mit- und nebeneinander wirtschaftenden Bauern, die Dorfsiedlung. Vielfach steht in den Urkunden und in der Literatur «Dorf» für die gesamte bewirtschaftete und unbewirtschaftete, bewaldete und öde Fläche innerhalb der Dorfgrenzen, das Dorfgebiet oder die Dorfmark<sup>2</sup>. Auf die siedlungsgeschichtlichen Entwicklungsstufen und die unter-

---

<sup>1</sup> Das Mittelalter dauerte im Dorf über die «mittlere Zeit» hinaus und die rechtlichen, nicht aber die sozialen Formen blieben bis zum 19. Jahrhundert erhalten. Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 12 f.

<sup>2</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 20 ff.

schiedlichen Theorien gehen wir nicht näher ein und begnügen uns mit einem Hinweis auf die allgemeine Literatur<sup>3</sup>.

Die bedeutendste dorf- und agrargeschichtliche Literatur teilt die Dorfmark<sup>4</sup> in drei grosse, nicht immer klar abgegrenzte, sich oft überschneidende Kreise ein: das Dorf, i.e.S., die Feldflur und die Allmend<sup>5</sup>.

Diese Aufteilung war nicht allein von wirtschaftlicher, sondern auch von rechtserheblicher Bedeutung. Die einzelnen Teile sind nicht wirtschaftlich unabhängig und selbständig, sondern dienen einer dem anderen, sind dem Ganzen untergeordnet, durchkreuzen und ergänzen sich gegenseitig. Der Umfang der Sondergüter war für die Nutzung der Allmend massgebend, während die Felder in der Brachzeit als Allmend dem gemeinsamen Weidgang und anderen Zwecken dienlich waren<sup>6</sup>. Unterschiedlich war das Eigentum und die Nutzung an den Gütern geregelt, wobei der Frage nach der Nutzung Priorität beigemessen wurde.

Man unterschied zwischen Sondereigen des einzelnen Bauern und dem gemeinsamen Eigentum aller Dorfgenossen, dem genossenschaftlichen Gesamteigentum. Der Eigentumsbegriff, als Recht auf die unbeschränkte und allseitige Beherrschung eines Gegenstandes, war dem deutschen Recht geläufig, obwohl die entsprechende Terminologie mangelte. Das im Eigentum stehende Gut hiess das Eigen (eigen, eigan, oder aigan). Erst seit dem 14. Jahrhundert kamen die Ausdrücke Eigenschaft und Eigentum in Gebrauch<sup>7</sup>.

Das Eigen oder Eigentum durfte, abgesehen von Eigentumsbeschränkungen frei genutzt werden. Auf die Nutzung der im Gesamteigentum stehenden Güter werden wir später näher eingehen.

---

<sup>3</sup> O. v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bände. - G.L. v. Maurer, Geschichte der Dorfverfassung in Deutschland I/II, Erlangen 1865/66. - K.S. Bader, Entstehung und Bedeutung der oberdeutschen Dorfmeinde, Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, I, 1937, S. 265-295. - A. Heusler, Institutionen des Deutschen Privatrechts, I. - K.S. Bader, Das Dorf 3 Bände. - K. Kroeschell, Das Dorf, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Sp. 764-774 und dort angeführte Literatur.

<sup>4</sup> Im Wallis findet sich meistens die Bezeichnung «Dorfmark» oder «dorffmark», vgl. G.-A. Ulrichen, B 2 (1548). - AGVO S 32-35, Reckingen B 1 (1541).

<sup>5</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 38 ff. - Ders., Das Dorf, II, S. 4 ff. - A. Heusler, Institutionen, I, S. 263 ff. - O. v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, II, S. 77 ff. - K. Kroeschell, a.a.O., Sp. 764 ff. - G. Grosch, Markgenossenschaft und Grossgrundherrschaft im frühen Mittelalter, Berlin 1911, S. 34 ff. - P. Leumann, Das Haus als Träger von markgenossenschaftlichen Rechten und Lasten, Diss. Zürich 1939, S. 4 ff.

<sup>6</sup> O. v. Gierke, a.a.O., II, S. 210 ff. - A. Heusler, Institutionen, I, S. 263 ff. - P. Am-Herd, Ulrichen, S. 211 f.

<sup>7</sup> A. Heusler, Institutionen, II, S. 47 ff. - H.R. Hagemann, Das Eigentum, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte I, Sp. 882-886. Zu den Begriffen Eigen und Nutzung, vgl. R. Weiss, a.a.O., S. 193.



Je nach Lage der Güter im Dorf, in der Feldflur und in der Allmend war die Rechtslage und die Nutzung verschieden.

### 1.1. Dorf i.e.S.

Den Mittelpunkt und zugleich den innersten der drei konzentrischen Kreise bildeten die um die Kirche, den Dorf- und Marktplatz, den Dorfbrunnen und das Gemeindehaus gruppierten, durch enge Gassen und Strässchen getrennten bäuerlichen Wohnhäuser, Ställe, Scheunen, Speicher und übrigen Wirtschaftsgebräuchlichkeiten. Zum inneren Dorfraum gehörten ferner der mit lebenden Hecken oder Zäunen eingefriedete, zu Sondereigen ausgeschiedene und innerhalb des Etters gelegene Hofraum, der Baum- und Gemüsegarten, sowie die Dungstätte, der Misthof<sup>8</sup>.

Die Sondereigen, die Gebäulichkeiten, Hof und Garten durften vom Berechtigten unumschränkt gebraucht und bewirtschaftet werden, sofern dadurch die nachbarlichen Rechte und der, Haus und Hof umgebene besondere Friede, nicht verletzt wurden.

Die schmalen Dorfstrassen und Gassen, die Wege und Stege, die die ländlichen Höfe miteinander und mit der Ackerflur verbanden, der Dorf- und Marktplatz, die Bäche und Wuhren, das Gemeindehaus, das Backhaus, die Mühle, die Säge, der Dorfbrunnen und das Waschhaus — das «Gemeindehaus» der Frauen —, bildeten Teil der inneren Allmend und unterlagen besonderen Bestimmungen, auf die später eingegangen wird.

### 1.2. Feldflur

In engster Beziehung zum Wohnbereich, dem Dorf, steht der darum liegende, als Wiesen- und Ackerland genutzte Gürtel, die Feldflur. Wie die Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des Dorfes ein buntes, vielfältige Unterschiede und Gegensätze aufweisendes und von der betreffenden Gegend oder Region und Zeit geprägtes Bild ergibt, lassen sich die rechtlichen und ökonomischen Gegebenheiten sowohl der Feldflur, wie der Allmende auf keinen gemeinsamen Nenner bringen, weshalb wir uns begnügen müssen, die allgemeinen Linien aufzuzeigen. Zur Begriffsbestimmung der Feldflur ist festzuhalten, dass es sich um einen reichlich unbestimmten Begriff handelt. Auch der oftmals erwähn-

<sup>8</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 52 ff.



te Flurzwang ist kein Rechts-, sondern ein von der Agrargeschichte geschaffener Kunstbegriff<sup>9</sup>.

Der Flur- und Wirtschaftsplan der Feldflur war gekennzeichnet durch das Prinzip der Dreifelderwirtschaft. Dieses komplizierte und verzweigte System gegenseitiger Beschränkungen teilte das Ackerland in drei Zelgen ein, von denen die erste im Herbst mit Winterfrucht (meist Roggen und Weizen) und die zweite im Frühjahr mit Sommerfrucht (meist Hafer oder Gerste) bepflanzt wurde, während die dritte das ganze Jahr «in der Brache» lag. Die Zelgen ihrerseits wurden in Gwanne, Stücke mit gleicher oder ähnlicher Bodenbeschaffenheit eingeteilt, um keine Nutzungsberechtigte zu übervorteilen<sup>10</sup>.

Innerhalb der Feldflur befanden sich genau begrenzte, zur Sondernutzung ausgeschiedene Flächen, die um deren Sonderstatus gegen aussen zu kennzeichnen und um allfälligen Schaden zu verhindern eingezäunt wurden. Auch sprachlich findet sich ein Hinweis auf diese Sonderflächen, die man «Einfänge» und «Bifänge» nannte. Vielerorts wurden sie Bündten und Angern genannt, während andernorts von Egerten und Weitreiden die Rede ist. Letztere bildeten meistens den Übergang von der Feldflur zur Allmend und stellten ungepflügte, teils mit Sträuchern bewachsenes Land dar.

In den Ein- und Bifängen, den Bündten und Angern wurde Getreide, Gemüse und Früchte angepflanzt oder sie dienten als Weingärten. Selten treten sie uns als eingezäunte Grasplätze entgegen, da sich die Dorfgenossen im allgemeinen gegen die Ausscheidung von Sondernutzungsflächen und gegen die Begrenzung des Acker- und Weidelandes wehrten<sup>11</sup>.

### 1.3. Die Allmend

Den dritten grossen Kreis bildete das zu Nutzungsreserven ausgeschiedene, von den Dorfgenossen gleichmässig oder nach bestimmten Gesichtspunkten genutzte, meist ausserhalb der Feldflur gelegene Land, die Allmend.

Dorf, Feldflur und Allmend, die drei Rechts- und Wirtschaftsbereiche, standen nicht selbständig nebeneinander, sondern überschritten und kreuzten sich gegenseitig. So dehnten sich zu Sondereigentum ausge-

<sup>9</sup> K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 93. - G. Gudian, Der Flurzwang, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, I, Sp. 784 f.

<sup>10</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 46 ff. - Ders., Das Dorf, III, S. 92 ff. - P. Leumann, a.a.O., S. 5 ff. - E. Kaufmann, Die Dreifelderwirtschaft, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte I, Sp. 784 f.

<sup>11</sup> K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 97 ff.

schiedene Gärten über den Etter hinaus in die Feldflur aus, während im Dorfinnern grössere, allen Dorfgenossen offenstehende Teile zur Allmend gehörten. Der Übergang zwischen Feldflur und Allmend war vielerorts fliegend und nicht oder nur schwer bestimmbar.

## II. Rechte an der Allmend

### 1. BEGRIFF

Im Laufe der Jahrhunderte hatte sich der Begriff der Allmend zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Gegenden unterschiedlich entwickelt. Nach A. Miaskowski wird im älteren schweizerischen Sprachgebrauch unter Allmend, Allmein, Allmeind, Allment, Allmet, Allmy, Allmig, Gmeind<sup>1</sup>, im Gegensatz zum Sondereigen, eigen, aigen, aigenthumb, der nicht aufgeteilte Rest der Gemeinmark verstanden<sup>2</sup>.

Das schweizerische Idiotikon bezeichnet den ungeteilten Grundbesitz einer Gemeinde an Weideland, an Wald und Wasser als Allmend<sup>3</sup>. Die Rechtsgeschichte und die herrschende Literatur zählten auch die gemeinsamen Gebäude, Strassen und Plätze innerhalb des Dorfes i.w.S. sowie die Brachzelgen zur Allmend.

### 2. ARTEN DER ALLMEND

Entsprechend der Mehrheit der Begriffe lässt sich unterscheiden zwischen:

#### 2.1. Innerer Allmend

Sie umfasste sämtliche, innerhalb des Etters gelegenen gemeinsamen Strassen, Gassen, Wege, Stege, Plätze, Wasserfuhren, Bäche, Brunnen und Gebäulichkeiten. Zu den bedeutendsten gemeinsam genutzten, und

---

<sup>1</sup> Zum Wort Allmend und den verschiedenen Lautverschiebungen vgl. *G. Grosch*, a.a.O., S. 40. - *E. Sachers*, Die Allmend, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, I, Sp. 110 ff.

<sup>2</sup> *A. Miaskowski*, Die schweizerische Allmend in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom XIII. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Leipzig 1879, S. 1.

<sup>3</sup> Schweizerisches Idiotikon, Wörterbuch zur schweizerdeutschen Sprache, I, Frauenfeld 1885, Sp. 190 ff.

meist im Gemeinwerk erstellten Gebäuden zählten das Back-, das Wasch-, das Gemeinde- und das Schulhaus, die Mühle und die Säge.

## 2.2. Äusserer Allmend

Sie umfasste alles nicht zu Sondereigen ausgeschiedene fruchtbare und unfruchtbare, genutzte und brachliegende Land von Grund bis Grat. Neben den Wiesen, Weiden, Wäldern, Alpen und Bergen gehörte zur Allmend die brachliegende Zelge und, nach eingebrachter Ernte, die Sommer- und die Winterzelge der Feldflur. Die Einfänge, Bifänge, Bündten und Angern, die den Bauern zur Sondernutzung zugeteilt waren, konnten zu bestimmten Zeiten der Allmend zugeführt werden.

Als Allmend galten auch die stehenden und die fliessenden Gewässer, die Moore und Eyen, die Wege, Strassen und Brücken, die Berge, Geröllhalden und Steinbrüche.

Neben dieser Einteilung in innere und äussere Allmend<sup>4</sup>, finden sich weniger häufig die Unterscheidungen in grössere und kleinere Allmend, je nach der Nutzung in Allmend mit aufgeteilter und nicht aufgeteilter Nutzung oder Unterscheidungen nach der Art des Grundeigentums<sup>5</sup>.

Wie in den verschiedenen Gegenden der Schweiz<sup>6</sup> wurde in den Bauerndörfern des Wallis der Begriff Allmend manchmal für das gesamte gemeinsame Land, manchmal nur für die Weide und oftmals nur für die Voralpen gebraucht. Massgeblich war nicht der, im Einzelfall gewählte Ausdruck — gemeine Matten<sup>7</sup>, gemeine Feld<sup>8</sup>, campis<sup>9</sup>, alpinus, pascuis sive almenis<sup>10</sup>, almenis pascuis aut veweidis<sup>11</sup> —, sondern das Rechts-

<sup>4</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 42, 49 ff., 236 ff. - Ders., Das Dorf, II, S. 124, 177. - Ders., Das Dorf, III, S. 37 ff., 187 ff. - A. Miaskowski, a.a.O., S. 14 ff. - E. Sachers, a.a.O., Sp. 108-120. - O. v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, I, S. 615 ff. - P. Leumann, a.a.O., S. 52 ff. - A. Heusler, Institutionen, I, S. 263 ff. - P. Am-Herd, Ulrichen, 210 ff. - Vgl. H. Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I, Karlsruhe 1962. - N. Grass, Beiträge zur Rechtsgeschichte der Alpwirtschaft, Innsbruck 1948. - F. Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jh., Stuttgart 1963. - W. Ryser, Die Allmende in der Schweiz und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft, Agrarpolit. Revue, 3, 1947. - L. Carlen, Allmende, in: Lexikon des Mittelalters, I, München 1978.

<sup>5</sup> E. Sachers, a.a.O., Sp. 112 ff.

<sup>6</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 112 ff.

<sup>7</sup> AGVO, S. 32-35, Obergesteln, Oberwald und Unterwasser 1415. - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 179 f.

<sup>8</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 318.

<sup>9</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>10</sup> G.-A. Staldenried, B 1 (1548).

<sup>11</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553). - Vgl. J. Bieler, Bauernzünfte, S. 573.

bewusstsein, dass es sich beim betreffenden Land oder Grundstück um Allmend handelte.

### 3. NUTZUNGSRECHTE AN WEIDEN UND ALPEN

Die Wiesen, Weiden und Alpen spielten in allen Berggegenden eine hervorragende Rolle und ermöglichten erst eine auf Viehzucht abgestellte Landwirtschaft. Wir sehen daher von der inneren Allmend und der Waldnutzung, die wir in einem späteren Kapitel behandeln werden ab und wenden uns der Vieh- und Alpwirtschaft zu.

#### 3.1. Rechtssubjekte

Bis ins 12., 13. und 14. Jahrhundert standen die Felder, Allmenden und Alpen im Eigentum von Adeligen und Feudalherren, die den Gemeinden oder den einzelnen Bauern ein Lehnrecht einräumten. Mit der Zeit kauften sich die selbstbewussten und freiheitsliebenden Bauern los oder erkämpften sich die Freiheit oder forderten, als Gegenleistung für geleistete Kriegsdienste, mehr Selbständigkeit. Es bildeten sich kleine Genossenschaften, die über Allmenden und Alpen verfügten<sup>12</sup>. Anfänglich, als die Gemeinden noch klein waren und solange im Verhältnis zu Acker und Wiese ausreichend Wald und Weide zu Gebote standen, lag kein Bedürfnis vor, den Kreis der Nutzungsberechtigten und die Nutzung der Allmend zu beschränken. Jeder Bauer durfte Wald, Weiden und Alpen frei, entsprechend seinen Bedürfnissen nutzen. Erst mit dem Anwachsen der Bevölkerung und der Verknappung der Allmenden, drängte sich eine juristische Fixierung derjenigen Personen, denen eine Nutzung zustand und der Intensität der Nutzung auf<sup>13</sup>.

Für die juristische Betrachtung und das rechtliche Wesen der Allmend ist massgebend, wem das Recht an der Allmend in ihrer Gesamtheit und Einheit zusteht, wer Träger der Rechte ist und Rechtshandlungen vornehmen darf, wie sich die Rechtsverhältnisse nach aussen kundtun und wie sie sich nach innen gestalten. Es stellt sich die Frage nach dem Eigentum und nach den Nutzungsberechtigten.

Der Eigentümer einer Sache hat das Recht, innerhalb der Schranken der Rechtsordnung, frei über die Sache zu verfügen und sie von jedem Min-

---

<sup>12</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 226.

<sup>13</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 86 ff. - A. Heusler, Institutionen, I, S. 266.

derberechtigten herauszuverlangen. Er kann die Sache veräussern oder einem anderen ein Nutzungsrecht an ihr einräumen.

Die rechtshistorische Literatur zweifelt, soweit sie sich mit der Eigentumsfrage an der Allmend befasst, nicht am Eigentumsrecht der Gemeinde. Diese — in den Quellen häufig als *communitas*, *universitas*, *gmeind*, *gmeine* *dorffmarch*, *Burgerschaft*, *res publica* oder als die Versammlung der Bürger, der *dorffliit*, der *conburgenses*, der gemeinen Marker oder der Dorfgenossen bezeichnet<sup>14</sup> — tritt meist als Eigentümerin auf.

Die Frage, wie die Allmenden und die Alpen ins Eigentum der Gemeinden übergingen, ist wenig abgeklärt. Vermutlich ist die allgemeine Entwicklung anzunehmen, dass die Gemeinden die Allmenden zu Lehen hatten, durch Ablösung an die Stelle der Feudalherren traten oder das Eigentumsrecht durch Loskauf, in einigen Fällen wohl durch Gewalt, an sie übergab.

Die Bedeutung von Eigentum und Nutzniessung an der Allmend hat K.S. Bader treffend umschrieben: «Kein älterer Nutzverband, keine Dorf- oder Allmendgenossenschaft hat sich je mit der Frage abgemüht, ob sie 'Eigentümer' der Allmende sei, sondern immer nur um mehr oder minder ausschliessliche Nutzung gerungen»<sup>15</sup>.

Die Gemeinde überliess den Bauern die Nutzung der Allmend, stellte aber gleichzeitig die nötigen Bestimmungen auf, die anlässlich der Gemeindeversammlung beschlossen wurden<sup>16</sup>. Die jährliche Besetzung der Allmend und der Alpen, die Zeiten der Saat und der Ernte wurden von allen Genossen vereinbart; nicht, dass der einzelne bestimmen konnte, denn die Beschlüsse wurden nach dem Majoritätsprinzip gefasst.

War die Gemeinde Eigentümerin der Allmend, so waren die Dorfgenossen, wenn auch nicht alle, die Nutzniesser; denn nicht jeder, der im Dorfe lebte oder sich dort aufhielt, brauchte ein «Dorfmann» zu sein. Im Dorf wohnten auch Hintersässen, Tagelöhner und Gäste, sie waren nicht Bürger, nicht Gemeinder.

### 3.1.1. Bürger

Dorfmann, Dorfgenosse, Gemeinder oder Bürger eines Dorfes war, wer daselbst das Bürgerrecht besass, sei es durch Abstammung oder durch

<sup>14</sup> G.-A. Ernen, B 6 (1628). - G.-A. Ausserberg, B 5 (1533), Abschrift Bielander. - AGVO. S 32-35, Reckingen, B 1 (1541). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - Vgl. L. Carlen, a.a.O., S. 191 ff, 208 ff.

<sup>15</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S.12.

<sup>16</sup> A. Heusler, Institutionen, I, S. 269 ff.

Naturalisation. Nur der Bürger war berechtigt, die gemeinsamen Güter, Wälder, Weiden, Allmenden und Alpen zu nutzen<sup>17</sup> oder, wie sich die Bauernzunft von Albinen ausdrückt: «quod nullus eiusdem communitalis possit, valeat, debeat nec sibi liceat, uti, frui nec gaudere de bonis nec rebus communibusque nec privilegiis communibus eiusdem communitalis quomodolibet uti et gaudere potentibus qui non prius sit vel fuerit de communitate»<sup>18</sup>.

Der einzelne Bürger besass ein Recht auf Nutzung nur kraft seiner Zugehörigkeit zur Gemeinde und nur im Rahmen und nach Massgabe der Statuten oder des Gewohnheitsrechtes.

Einzelne Ortsrechte hoben die Nutzungsrechte der Bürger speziell hervor. In Zermatt durfte nur ein Talmann Pferde auf die Allmein treiben<sup>19</sup>, in Turtmann stand dieses Recht jedem Gemeinder zu<sup>20</sup>, im Saastal konnte lediglich der Viertelsmann sein Vieh auf der Allmend weiden<sup>21</sup> und in Töbel nur der «montanus aut incola»<sup>22</sup>. In Visp galt: «Dem Rindvieh soll erlaubt sein im frieling wan man auslat 14 tag in die obren niedigen Eyen zu gehn undt sonst das ganze jahr an kein andere Eyen by pfand von einem kopf ein gross doch vorbehalten im summer seinem jeden Bürger ein melch kuo»<sup>23</sup>.

Auch in Gemeinden und Städten anderer Kantone, in Zürich<sup>24</sup>, Graubünden<sup>25</sup>, Aarau, Appenzell A.-Rh., Zug, Unterwalden, Glarus<sup>26</sup> und in Teilen des Berner Oberlandes<sup>27</sup> genügte das Landrecht allein nicht mehr zur Begründung des Nutzungsrechtes an der Allmend, sondern es musste zum Landrecht auch das Gemeinde- oder Bürgerrecht hinzukommen.

---

<sup>17</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - G.-A. Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bieler. - G.-A. Oberems, B 7 (1652). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Saas-Balen, B 2 (1575). - G.-A. Mühlebach, B 6 (1701). - G.-A. Ernen, B 1 (1466). - G.-A. Biel, B 1 (1643-1780). - Fiesch und Wyler 1753, Abschrift J. Bieler. - Vgl. L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 225.

<sup>18</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>19</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1650).

<sup>20</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 320.

<sup>21</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763).

<sup>22</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>23</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>24</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 236 f. - A. Stahel, a.a.O., S. 80 ff.

<sup>25</sup> A. Steinhäuser, a.a.O., S. 159 ff. - R. Weiss, Das Alpwesen Graubündens, Erlenbach-Zürich 1941, S. 197.

<sup>26</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 93 ff.

<sup>27</sup> L.S. Tschärner von, Das Statutarrecht des Simmenthals, in: Sammlung schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, 2. Halbband, Aarau 1915, S. 141, 191.

### 3.1.2. Frauen

Die Rechtsquellen und die herrschende Literatur sprechen im Zusammenhang mit der Nutzung der Allmend meistens nur von Gemeinder, Burger, Genosse, Dorfmann oder «burgenses» und erwähnen in den seltensten Fällen ein Recht der Frau. War die Frau von jeder Nutzung der gemeinsamen Güter ausgeschlossen?

A. Miaskowski hat sicher nicht unrecht, wenn er schreibt: «Wie die wirtschaftlich Unselbständigen, die zu Tisch und Kost eines anderen Gehörigen und die Unverheirateten, so waren die Frauen lange Zeit von der Ausübung der Nutzungsberechtigung ausgeschlossen»<sup>28</sup>. In späterer Zeit — A. Miaskowski schreibt «für lange Zeit waren sie ausgeschlossen», ohne nähere Angaben zu machen — wurde ihnen zweifelsohne ein Nutzungsrecht eingeräumt.

Doch gilt es nach Ort und Zeit zu unterscheiden, da einige Gemeinden schon frühzeitig den Frauen teils die gleichen Rechte einräumten wie den Männern.

Wir erhalten bereits im Jahre 1525 Kenntnis von einem Frauenburgerrecht und den daraus sich ergebenden Berechtigungen in der Talschaft Simplon<sup>29</sup>. Die Bauernzunft vom Jahre 1575 der Talschaft Saas erwähnte ausdrücklich die Nutzungsrechte der Tochter, denn «nachdem ein Vater oder die Mutter eins inden hus würde absterben so sollen die *töchtern* ihren erblichen Theil in den Vierthil Recht man als wohl erpen als die siin (Söhne) und in glichen fahl in nutz und schaden zufallen und instan»<sup>30</sup>.

In Nidwalden konnten unverheiratete Töchter eines Genossen, die das 25. Lebensjahr erreicht hatten und einen eigenen Haushalt führten, gemäss einem Gesetz vom Jahre 1688 Anspruch auf das Nutzungsrecht erheben<sup>31</sup>.

Es war allgemeiner Rechtsbrauch, dass einer Witwe, deren Mann das Bürgerrecht und somit auch die Nutzungsrechte an den gemeinsamen Gütern besessen hatte, falls sie den Haushalt für sich allein oder mit ihren Kindern weiterführte, die Nutzung unverändert zugestanden wurde. Im Falle der Wiederverheiratung verlor sie ihre Nutzungsrechte, wogegen die minderjährigen Kinder sie behalten durften. Auch Vollwaisen standen die Nutzungsrechte ungekürzt zu<sup>32</sup>.

<sup>28</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 101.

<sup>29</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 211 ff.

<sup>30</sup> G.-A. Saas-Balen, B 2 (1575). - Vgl.: G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763).

<sup>31</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 101.

<sup>32</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 101.



Eine Ausnahme machte Bern. Die Witwen der alten Berner mussten, wenn sie nach dem Tode ihres Ehemannes weiterhin im Genuss der Nutzungsrechte bleiben wollten, das Bürgerrecht eigens erwerben<sup>33</sup>.

Wie L. Borter für Termen und Ried-Brig<sup>34</sup>, kann S. Stahel für Zürich ein Holznutzungsrecht der Witwen und alleinstehenden Frauen, die einen eigenen Haushalt führten nachweisen<sup>35</sup>.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die verheiratete, mit ihrem Mann einen eigenen Haushalt führende Frau kein eigenes Nutzungsrecht besass, wohl aber zusammen mit ihrem Ehegatten von dessen Nutzungsrecht lebte. Die Witwe sollte den Tod ihres Mannes nicht entgelten und blieb, wie eine ledige, alleinstehende Frau, ungeschmälert nutzungsberechtigt.

### 3.1.2.1. Die Rechtsstellung der Frau im Wallis

Die Rechtsquellen und die herrschende Literatur sprechen im Zusammenhang mit den politischen Rechten und den Nutzungsrechten an den gemeinsamen Gütern in der Regel von den Burgern, ohne die Stellung der Frauen näher zu erörtern. Im vorangegangenen Kapitel über die politischen Rechte haben wir einige Hinweise angebracht.

Die Rechtsstellung der Frau im Wallis ist von der Wissenschaft bisher stiefmütterlich behandelt worden. Auch in den Rechtsquellen finden sich spärlich Hinweise. Wir wollen daher einige Worte über die Stellung der Frau im Recht des Wallis verlieren.

Hans Georg Wackernagel räumt der Walliserin eine «Art politische Gleichberechtigung» mit dem Manne im 16. Jahrhundert ein<sup>36</sup>. Er stützt sich dabei auf zwei, von D. Imesch edierte Landrats-Abschiede.

Im ersten Abschied vom Jahre 1511<sup>37</sup> — es ist die Zeit der jahrelangen, feindlichen und kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen dem Franzosenanhänger Jörg auf der Flüe und dem Landesherrn, dem päpstlich gesinnten Bischof und späteren Kardinal Matthäus Schiner — geht es um eine Eidesleistung der Gemeinden von Brig. «Wir die gemeind be-

<sup>33</sup> H. Rennefahrt, Überblick über die Entwicklung des Schweizerbürgerrechts, S. 704.

<sup>34</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 21. - Ders., Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>35</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 81.

<sup>36</sup> H.G. Wackernagel, a.a.O., S. 108 ff. - K. Schönenberger, Politische Gleichberechtigung der Frau im Wallis vor 400 Jahren, Die Ostschweiz 1957, Nr. 142. - Vgl. G. Ghika, Sur le statut juridique de la femme dans l'ancien droit valaisan, in: Joie et Travail XVI (1952), S. 137-140.

<sup>37</sup> D. Imesch, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, I. Bd., (1500-1519), Brig 1916, S. 180 ff.



*der geschlecht wib und man* von Brig, Glis, Gamsona, unter dem Wald, Terman, in der Schlucht, am Ried, am Brey, und alle die so disent dem Rotten an diser siten wonend (like Rhoneufer)... bekennen uns, wellen und sölle endertanen sin und underworfen» dem hochwürdigen Bischof und Landesherrn Matthäus Schiner, dem sie «mit ufgeregten henden gegen den himel» Treu und Gefolgschaft schwören.

Der andere Abschied aus dem Jahre 1528 fällt in die Zeit der reformatorischen Bewegung, als im Wallis starke, von auswärts unterstützte Bestrebungen zur Annahme des protestantischen Glaubens bemerkbar waren. In seinen Gegenmassnahmen verlangte der Weihnachtslandrat von 1528, es solle «ein jede gmeind der landschaft Wallis ob und nits der Mors, *frow* und mann, geistlich, weltlich, öffentlich in der kirchen durch ermanung des richters uf dem tag, so diser abschied gelesen wurd, schweren zu gott und den helgen eine jede person die andre zu veroffenbaren und dem richter angeben, wie oben im nechsten artikel gemeldet ist.» Es war nämlich jedermann, ob geistlichen oder weltlichen Standes, ob Frau oder Mann eidlich verpflichtet, diejenigen, welche dem neuen Glauben anhängen und ihn im Wallis verbreiten oder einführen wollten, dem Richter anzuzeigen<sup>38</sup>.

Auf Grund dieser zwei Eidesleistungen auf eine politische Gleichberechtigung zu schliessen, scheint uns die juristischen und gesellschaftlichen Tatsachen übersehen. Wir sind der Meinung, dass die Frau nicht ganz abseits der politischen Bühne stand, jedoch ohne direkt politisch handelnd aufzutreten.

Zweifelsohne war die Frau über die politischen und rechtlichen Belange informiert, wurden Beschlüsse und Satzungen doch des öfteren in der Kirche öffentlich, während des Gottesdienstes verkündet<sup>39</sup>. Es ist uns kein Fall und keine Bestimmung bekannt, die der Frau verboten hätte, den Verhandlungen der Gemeinde oder des Zenden, die meistens im Freien stattfanden zuzuhören<sup>40</sup>. Die anwesenden Frauen besaßen weder ein Mitbestimmungs- noch ein Stimmrecht. Sie waren gezwungen, ihren Einfluss auf einer anderen Ebene, zu Hause, zur Geltung zu bringen und ihre Männer zu einem bestimmten Beschluss zu bewegen.

<sup>38</sup> D. Imesch, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, 2. Bd. (1520-1529), Brig 1949, S. 310 f.

<sup>39</sup> G.-A. Münster, B 10 (1601). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - AGVO, S 32-35, Reckingen 1558. - G.-A. Oberems, B 2 (1558). - P. Arnold, Der Simplon, S. 211.

<sup>40</sup> Vgl. Kapitel: Die politischen Rechte. Zur Teilnahme der Frauen an der Landsgemeinde, vgl. L. Carlen, Die Landsgemeinde der Schweiz, S. 12 f. - R. Benz, Der Landammann in den schweizerischen Demokratien Uri, Schwyz und Unterwalden, Diss. Zürich 1917.

Im übrigen richteten sich viele Bestimmungen, meist Verbote, sowohl an die Männer, als an die Frauen, Kinder und alle im Dorf ansässigen Personen. Häufig finden sich in den Quellen die Wendungen: «Es soll niemand, weder frow noch man», «es soll keiner», «niemand, wer auch immer», «nemo, utriusque sexus», «si quis incola utriusque sexus» oder «quod quaecumque persona»<sup>41</sup>.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt<sup>42</sup>, ist uns kein Fall bekannt, da Frauen irgendein politisches Amt in der Gemeinde oder im Zenden bekleidet, noch dass sie sich an Wahlen und Abstimmungen beteiligt hätten<sup>43</sup>. Die politische Gleichberechtigung hätte der Frau jedoch das aktive und das passive Stimm- und Wahlrecht einräumen müssen.

Was ist von den beiden, von H.G. Wackernagel angeführten Fällen zu halten? Wie sind sie zu deuten?

Eine Erklärung ist nicht einfach zu geben, umso mehr, als sich die Literatur kaum mit diesem Thema befasste. Wir sind der Meinung, dass in besonderen Fällen auch die Frauen zum Treueid, sei es gegenüber dem Bischof und dem Landesherrn, sei es gegenüber dem katholischen Glauben verpflichtet wurden. In jener Epoche konnten politische und religiöse Lebensbereiche nicht getrennt werden, beide waren miteinander eng verbunden.

Obwohl im allgemeinen die Erteilung von Rechten von unten nach oben erfolgte, d.h. die Rechte zuerst in unbedeutenden, alltäglichen und erst später in wichtigen, ausschlaggebenden Angelegenheiten ausgeübt werden konnten, glauben wir, dass die Frauen gerade wegen der immensen Bedeutung und Tragweite zum Eid beigezogen wurden.

Wir müssen uns in jene unruhige, feindliche, kriegerische und hasserfüllte Zeit zurückversetzen. Niemals in der Geschichte des Wallis, wie zur Zeit der Kämpfe zwischen Schiner und Jörg auf der Flüe, war das Volk so zerstritten und uneinig, standen sich im hintersten Bergdorf die Bürger hasserfüllter, misstrauischer und feindseliger, in zwei Lager und Parteien gespalten gegenüber<sup>44</sup>. Da war es doch sinnvoll, zur Sicherung von Frieden und Ordnung und um weiteren Streit und tiefgreifendere

---

<sup>41</sup> AGVO. S 32-35, Filet 1442. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558. - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Grächen, B 1 (1553). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>42</sup> Vide Kapitel: Die politischen Rechte.

<sup>43</sup> Vgl. L. Carlen, Die Landsgemeinde von Goms. - D. Imesch, Der Zenden Visp. - Ders., Der Zenden Brig. - St. Noti, a.a.O., - H.A. von Roten, Landeshauptmänner.

<sup>44</sup> J. Eggs, a.a.O. - S. Furrer, a.a.O. - L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner. - Matthäus Schiner und seine Zeit, Festschrift zum 500. Geburtstag, BWG XIV/2 (1967/68).

Uneinigkeiten zu vermeiden, alle erwachsenen Dorfbewohner, ob Mann oder Frau, ob weltlichen oder geistlichen Standes, Treue schwören zu lassen.

Als einige Jahre später das Gespenst der Glaubensspaltung über den Dörfern schwebt, war die Lage nicht viel anders; blutige und kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb der Landschaft waren zu befürchten. Die eidliche Verpflichtung, Glaubensstörer und protestantisch gesinnte Personen anzuzeigen, ist unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Im übrigen war eine Anzeigepflicht nichts Neues, sie bestand ganz allgemein gegenüber Rechtsbrechern. Ausdrücklich ist sie erwähnt gegenüber Holzfrevlern und jenen, die Weiderechte verletzten<sup>45</sup>.

Abschliessend noch ein Wort zur privatrechtlichen Stellung der Frau im Wallis.

Gottfried Partsch sagt zum Walliser Rechtsgeschäft im Mittelalter: «Es wird dadurch gekennzeichnet, dass neben dem eigentlichen Verfügenden seine Verwandtschaft an der Verfügung beteiligt ist»<sup>46</sup>. Bereits im 12. und 13. Jahrhundert konnte über keine Sache ohne die Zustimmung (laudatio) der Laudatoren verfügt werden. Ein Mann konnte eine Sache veräussern, «de consensu et voluntate Agnetis uxoris sue et domini Burcardi patris ipsius Agnetis et Mauricii fratris eiusdem et sororis eius que dicitur Blanca». Zum Kreise der Laudatoren gehörten also die Ehefrau, (bzw. Ehemann), die Eltern und die Geschwister, die Kinder und andere Verwandte, aber auch die Verwandten des Verfügenden<sup>47</sup>.

Die Frau war nicht nur berechtigt, sich die ausdrückliche Einwilligung zum Rechtsgeschäft vorzubehalten, ihr standen auch zwei Rechtsmittel zur Verfügung, wenn ihre laudatio nicht eingeholt wurde. Sie konnte die *contradictio possessionis*<sup>48</sup> oder die *contradictio cartae*<sup>49</sup> geltend machen<sup>50</sup>.

Gleich war die Rechtsstellung der handlungsfähigen, volljährigen, nicht abgeschichteten, d.h. nicht durch güterrechtliche Abtrennung aus der Familie ausgeschiedenen Kinder, Knaben und Mädchen.

<sup>45</sup> G.-A. Münster, B 10 (1601). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Törbel, S. 29 ff. - L. Bortler, Ried-Brig, S. 18. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - D. Imesch, Naters, S. 64.

<sup>46</sup> G. Partsch, Das Mitwirkungsrecht der Familiengemeinschaft im älteren Walliser Recht, Genf 1955, S. 19.

<sup>47</sup> G. Partsch, a.a.O., S. 20. - H.G. Wackernagel, a.a.O., S. 110. - K. Schönenberger, a.a.O., Nr. 142.

<sup>48</sup> Das Verbot der Besitzergreifung der verkauften Sache bis zur gerichtlichen Abklärung der Rechtmässigkeit der Verfügung.

<sup>49</sup> Die Klage, mit der das Verfügungsgeschäft und die Verfügungsurkunde angefochten werden.

<sup>50</sup> G. Partsch, a.a.O., S. 105.

Während im 12./13. Jahrhundert die Volljährigkeit noch unbestimmt war, wurde sie im 14./15. Jahrhundert für Jünglinge auf 14 Jahre und für Mädchen auf 12 Jahre festgesetzt<sup>51</sup>. Später galt das Schwabenalter von 25 Jahren. Nach dem Landrecht des Kardinals war handlungsfähig, wer das 24. Lebensjahr erfüllt hatte<sup>52</sup>.

Die Frau konnte, vorbehalten die Laudatio der berechtigten Personen, selber frei verfügen, wie aus vielen Urkunden<sup>53</sup> und der Bauernzunft von Gifris und Bedle (Filet und Bister) hervorgeht: «Si quis incola utriusque sexus dictarum communitatum de Gyfris aut de Bedle vendat bona immobilia...»<sup>54</sup>. Nach diesen abschliessenden Worten über das Recht der Frau wollen wir uns den anderen an der Allmend Nutzungsberechtigten zuwenden.

### 3.1.3. Nichtburger

Gibt es noch in unserer Zeit, wo die Bundesverfassung die freie Niederlassung garantiert<sup>55</sup>, im Oberwallis zahlreiche Gemeinden mit 95 %—100 % ortsansässigen Burgern<sup>56</sup>, so war das in früheren, fremdenfeindlichen Jahrhunderten noch viel ausgeprägter der Fall.

Die kleinen, weltabgeschnittenen Dörfer waren allem Fremden und jedem Fremden gegenüber skeptisch und misstrauisch und trachteten, besorgt um die Weiden, Wälder und Allmenden, den Dorfkreis eng und klein zu halten. Ankömmlinge und Hintersässen nahm man nicht gerne ins Bürgerrecht auf. Den Fremden — zu denen häufig sogar die Bewohner des Nachbardorfes gerechnet wurden — war es verboten, ein Haus zu vermieten oder zu verkaufen. Wurde trotzdem ein Kauf getätigt, musste der Käufer es sich gefallen lassen, dass irgendein Dorfbewohner das Zugrecht geltend machte und die Hube an sich zog. Auf diese Weise suchte man zu verhindern, dass Fremde sich im Dorfe einnisten könnten, ja man ging so weit und verbot ihnen sogar vorübergehend Herberge zu gewähren<sup>57</sup>.

<sup>51</sup> G. Partsch, a.a.O., S. 25 ff.

<sup>52</sup> L. Carlen, Landrecht des Kardinals, S. 112. - Ders., Landsgemeinde von Goms, S. 18. - Vgl. Raphael von Werra, Die Vormundschaft über Unmündige nach dem Rechte der alten Landschaft Wallis, BWG XI (1953), S. 307 ff. - Zur Volljährigkeit im deutschsprachigen Raum, vgl. A. Heusler, Institutionen, II, S. 489 ff.

<sup>53</sup> H.G. Wackernagel, a.a.O., S. 110. - G. Partsch, a.a.O., S. 20 ff. - Gremaud, Nr. 2883, 2985. - Vgl. G. Ghika, a.a.O., S. 137 ff.

<sup>54</sup> AGVO. S 32-35, Filet 1442.

<sup>55</sup> Bundesverfassung Art. 45.

<sup>56</sup> A. Niederer, Gemeinwerk im Wallis, S. 79.

<sup>57</sup> J. Bieler, Brig, S. 404. - Vgl. Kapitel, Zugrecht.

Die ortsansässigen Nichtburger, die Halbbauern, Tagelöhner und Hintersässen waren zur Deckung ihrer täglichen Bedürfnisse und ihres Lebensunterhaltes nicht weniger auf die Allmend angewiesen als die Gemeinder.

Wörtlich übereinstimmend setzten die Bauernzünfte von Reckingen (1541) und Ulrichen (1548) fest, dass «ob es sich begeben das ein fremder zu Reckingen Insess welt syn und aber nit welti burger werden, oder einer dorffmarch nit gfeilig wer, der selbig sol beroupt syn aller gmeinen nutz, als des gmeinen gutz, eyen und andrer gmeiner dingen.»

Ferner «welcher zu Reckingen (Ulrichen) nit burger ist, der selbig sol uff Reckinger (Ulricher) Hubett niit uff tryben, den das er da uff synder efrowen oder synen erblichen gutt wintrett»<sup>58</sup>.

Einige Jahre später erlaubten die Reckinger jedem, der in ihrem Geschnitt Güter besass, für vier klafter Heu eine Kuh auf die Alpen und Allmenden zu treiben<sup>59</sup>.

Dieser Wechsel der Einstellung vollzog sich mit einigen Zeitunterschieden in den meisten Gemeinden<sup>60</sup>. Gemäss einem allgemeinen Trend mussten die Einwohner<sup>61</sup>, im Gegensatz zu den Burgern, neben Abgaben und Steuern<sup>62</sup>, sofern diese nicht eine Nutzung der gemeinen Gütern einschlossen, für die Nutzung der Allmend eine Abgabe entrichten<sup>63</sup>. Oftmals wurden alle im Dorfe ansässigen Bürger wie Einwohner zur Mithilfe an Gemeinwerken beigezogen<sup>64</sup>.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Stellung der Einwohner mit der Zeit verbesserte und ihnen gegen eine kleine Entschädigung gewisse Nutzungsrechte eingeräumt wurden. Die Entwicklung verlief im Alpengebiet also nicht wie im Flachland, wo zwischen den Allmendgenossen und der Wohn-, nicht aber zur Nutzungsgemeinde gehörenden Hintersässen, Tagelöhner und «Gästen» erbitterte Auseinandersetzungen und Kämpfe ausbrachen, die meistens mit dem Sieg der Tagelöhner und der Auflösung der Allmend endeten<sup>65</sup>.

<sup>58</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, B I (1541). - G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

<sup>59</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558/1578. - Vgl. A. Briw, Reckingen, S. 50. - L. Carlen, Die Reckinger Aeginenalpe, S. 18.

<sup>60</sup> G.-A. Saas-Balen, B 2 (1575). - G.-A. Oberems, B 3 (1548), B 9 (1795). - F. Schnyder, Gampel, S. 61.

<sup>61</sup> In verschiedenen Urkunden werden die ortsansässigen Nichtburger Einwohner genannt. Andere Urkunden bezeichnen die Nichtburger als Hintersässen, Fremde oder Tagelöhner, und die Bürger als Gmeinder, Inwohner, Dorfliit oder Genossen.

<sup>62</sup> J. Bielander, Brig, S. 390 ff.

<sup>63</sup> G.-A. Oberems, B 9 (1795).

<sup>64</sup> J. Bielander, Brig, S. 393.

<sup>65</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 179, 283.

### 3.1.4. Andere Berechtigte

Vielerorts wurde die Nutzungsberechtigung, unabhängig von der Zugehörigkeit zur Gemeinde und vom Besitz von Grundstücken, Personen gewährt, die ein besonderes Amt innehatten oder einen bestimmten Beruf ausübten. Zu erwähnen gilt es vor allem die Müller, die Bäcker, die Schmiede und die Wagner, sowie die Schullehrer und die Pfarrherren<sup>66</sup>. Anlässlich besonderer Ereignisse und Begebenheiten wie Geburten, Verlobungen, Hochzeiten oder Sterbefälle wurde dem Nutzungsberechtigten oder dessen Angehörigen eine intensivere Nutzung gestattet. Wer sich in Filet verheiratete, durfte während des folgenden Sommers eine Kuh mehr auf die Alpen treiben, als ihm nach gewöhnlichem Rechtsbrauch zustand<sup>67</sup>.

### 3.2. Rechtsobjekte

Entsprechend den Interessen der Bauern bildeten die Feldflur, Wiesen, Weiden, Wälder und Allmenden die Objekte der Nutzung.

#### 3.2.1. Feldflur

Die das Dorf umgebende Feldflur bestand aus mehreren, unterschiedlich bebauten und bewirtschafteten Zelgen, in welchen meistens Getreide oder Gemüse angepflanzt wurde. In seltenen Fällen dienten sie der Graswirtschaft. Neben den zu Sondereigen ausgeschiedenen Flächen, über die der Eigentümer nach eigenem Gutdünken verfügen konnte, gab es die in der Dreifelderwirtschaft genutzten Äcker und die zur Sondernutzung abgetretenen, mit Zäunen umgebenen Einfänge und Bifänge. Diese standen, da sie nicht Sondereigen bildeten, der Allgemeinheit zeitweise zur Nutzung und Durchfahrt offen.

#### 3.2.2. Allmend

Zur Allmend im weiteren Sinne zählten alle, dauernd oder zeitweise den Dorfgenossen zur Nutzung zugänglichen Wiesen, Weiden, Voralpen

---

<sup>66</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 199. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 147. - A. Miaskowski, a.a.O., S. 99.

<sup>67</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 156. - A. Miaskowski, a.a.O., S. 99.

und Alpen. Wiesen sind im Gegensatz zu Weiden, Grasflächen, die nicht nur abgeweidet, sondern während des Sommers, als das Vieh auf den Alpen weilte, gemäht wurden. Sie standen meist im Sondereigen, waren aber zu bestimmten Zeiten der Gemeinatzung unterworfen, sofern sie nicht ausdrücklich davon befreit waren.

Daneben wurde das Vieh in den Wäldern und auf der öffentlichen, unterhalb der Alpzone gelegenen Voralpe, der Allmend i.e.S. geweidet<sup>68</sup>. Die Talallmend oder Heimweide — in Zermatt<sup>69</sup> findet sich die Bezeichnung Grundallmend, während in gewissen Gegenden im Goms<sup>70</sup> von gemeinen Matten die Rede ist — diente während der Alpzeit den Heimkühen, die wie die Heimziegen für den täglichen Milchbedarf während des Sommers im Dorfe behalten wurden, als Futterplatz. Die Heimziegen wurden frühmorgens in die Wälder und in die für das Grossvieh unzugänglichen steilen Abhänge und abends wieder ins Dorf zurück getrieben.

Die Bedeutung und Nutzung der Wälder wird später ausführlich behandelt.

### 3.2.3. Alpen

Der 1863 gegründete Schweizerische Alpwirtschaftliche Verein setzte sich die umfassende Förderung der Alpwirtschaft zum Ziele und liess Alpstatistiken erstellen, die Aufschluss über die alpwirtschaftlichen Verhältnisse gaben und Verbesserungsvorschläge enthielten. Im Jahre 1900 erschien der Band über das Oberwallis<sup>71</sup>. Der 1972 veröffentlichte Band «Die Land- und Alpwirtschaft im Oberwallis»<sup>72</sup> trägt dem Wechsel der Zeit Rechnung und gibt einen genauen Einblick in die heutigen Verhältnisse.

Wir wollen kurz die verschiedenen Alptypen aufzeigen und später ausschliesslich den Burgeralpen unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Im allgemeinen bezeichnet man als Alpe oder Alm eine in den Gebirgsgegenden an der oberen Grenze der produktiven Zone gelegene, mit den nötigen Hütten und anderen Wirtschaftsgebäulichkeiten ausgestattete Weidefläche, die während der Sommermonate dem, vom Alppersonal betreuten Vieh als ausschliesslicher Aufenthaltsort und Futterplatz dient.

<sup>68</sup> R. Weiss, Das Alpwesen Graubündens, S. 25 ff.

<sup>69</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1650).

<sup>70</sup> AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, 1515.

<sup>71</sup> A. Strüby/C. Clausen, Schweizerische Alpstatistik, Die Alpwirtschaft im Ober-Wallis, Solothurn 1900.

<sup>72</sup> A. Imboden, Die Land- und Alpwirtschaft im Oberwallis, Bern 1972.



Alpen mit milchgebendem Vieh, namentlich Kuhalpen, zeichnen sich durch einen Sennereibetrieb mit Personal, Gebäuden und Einrichtungen für die Verarbeitung von Milch zu Butter und Käse aus<sup>73</sup>.

Den Alpen wurde schon in früheren Zeiten grosse Bedeutung beigemessen. In der Schenkungsurkunde des Königs Sigismund von Burgund für die Abtei St. Maurice im Jahre 1515, werden neben den Ländereien auch die Alpen genannt, «et omnes Alpes a capite Lacus usque Martigniacum»<sup>74</sup>.

Die Alpwirtschaft in ihrer Mannigfaltigkeit war in ähnlichen Formen auch in den Karpaten, im Kaukasus, in Island und Norwegen bekannt<sup>75</sup>. Nach den Eigentumsverhältnissen und der Nutzungsart unterscheiden wir Gemeinde- oder Burgeralpen, Privat-, Genossenschafts- und Güteralpen<sup>76</sup>.

Privatalpen gab es nur in seltenen Fällen. Sie befanden sich in den Händen reicher und einflussreicher Familien oder einzelner wohlhabender Personen.

Auf den Güteralpen durften jene ihr Vieh sommern, die in der betreffenden Gemeinde Güter besaßen, ohne daselbst Bürger sein zu müssen. In Binn besaßen mehrere Familien aus Ernen und Grengiols ausgedehnte Grundstücke und Nutzungsrechte an Alpen, Allmenden und Wäldern, die ihnen durch die Bauernzünfte von 1429 und 1447 aberkannt wurden. Über mehrere Jahrzehnte erstreckte sich der Handel und der Streit zwischen den Parteien<sup>77</sup>.

Bei den Genossenschafts- oder Geteilschaftsalpen ist zu unterscheiden zwischen Alpgenossen, welche Kuhrechte als Anteile an der Nutzungsberechtigung besaßen und in ihrer Gesamtheit als juristische Person Eigentümer der Alpe waren, und solchen, welche auf Grund eines Pachtvertrages ihr Vieh während des Sommers auf die Alpe trieben. Die beiden Genossenschaften deckten sich an den meisten Orten, indem jene

---

<sup>73</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 53. - N. Grass, Almrecht (Alprecht) in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Sp. 123-129. - Zum Alpwesen allgemein, vgl. J. Frödin, Zentraleuropas Alpwirtschaft, 2 Bände, Oslo 1940/41. - G. Elhardt, Rechte der Alpwirtschaft, Diss. Jena 1934. - N. Grass, Beiträge zur Rechtsgeschichte der Alpwirtschaft, Innsbruck 1948. - Ders. Alp- und Landstände in Tirol, Album E. Lousse III, Brüssel 1964, 138-139. - Ders., Alpwirtschaft in Geschichte, Volkstum und Recht, Festschrift für Hugelmann, 1959.

<sup>74</sup> Gremaud, I, Nr. 7, S. 4. - S. Furrer, Geschichte, Statistik und Urkundensammlung, III, S. 24.

<sup>75</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 52. - N. Grass, Das Almrecht, Sp. 123 ff. - L. Carlen, Almrecht, in: Lexikon des Mittelalters, I. Lief., München 1978.

<sup>76</sup> J. Bielander, Die Laxeralpe, S. 90. - R. Weiss, a.a.O., S. 195 ff.

<sup>77</sup> F. Schmid, Wandlungen einer Gemeinde - Bauernzunft, BWG I (1890), S. 175 ff.





*Griebjien-Alpe oberhalb Oberems, Photo: Jean-Marc Biner, Staatsarchiv, Sitten.*

Geteile oder Genossen, die Kuhrechte besaßen, ihr eigenes Vieh auf den Alpen zu weiden pflegten.

Die Bestossung der Geteilschaftsalpen war durch Alpanteile geregelt. Als Stoss, Kuhrecht oder Kuhesset wurde jene Alpfläche bezeichnet, die zur Sommerung einer Kuh oder eines ausgewachsenen Rindes nötig war. Der Anteil am Alpnutzen hing von der Anzahl Kuhrechte ab, die einer durch Erbschaft, Heirat, Kauf oder Tausch erworben hatte. Die Kuhrechte konnten frei verkauft, verpachtet oder verpfändet werden, was deren Erwerb durch Auswärtige, die nicht in der Gemeinde wohnten noch daselbst Grundstücke besaßen, ermöglichte.

Die Kuhrechte wurden besonders bei Erbgang, in Bruchteile von 1/4, 1/8, 1/16 ja sogar 1/48 Kuhrecht aufgespalten, wobei ein Fuss 1/4 Kuhrecht und eine Klaue 1/8 Kuhrecht oder ein halber Fuss war.

Die Alpgenossenschaften erliessen für den Besatz der Alpe ausführliche Reglemente und Taxationslisten, die für eine bestimmte Tierart eine genaue Zahl Alprechte festsetzten. Allgemein rechnete man für ein Pferd, je nach Alter 1—3 Stösse, für eine Kuh 1 Stoss, für ein Schwein 1/2 Stoss und für ein Schaf oder eine Ziege 1/4 Stoss<sup>78</sup>.

Ein Teil der Alpen im Wallis gehörte, wie die Chronisten zu berichten wissen, den Genossenschaften und Geteilschaften<sup>79</sup>.

### 3.3. Umfang der Nutzung

Die Hauptsorge der Bevölkerung galt der Viehzucht und der Milchwirtschaft, weshalb uns nicht erstaunt, dass die mit ihr zusammenhängenden Belange in den Bauernzünften oft bis ins kleinste Detail geregelt sind. Bevor wir uns den Wiesen, Weiden und Alpen zuwenden, kurz ein Wort zum Viehbestand. Sebastian Münster hält in seiner Beschreibung des Wallis fest: «Des viechs halb ist auch kein mangel in diesem Land / sunder man hat darin küw / ochsen / ross / esel / maulesel / schaff / schwein / geissen / genss / enten / hünere / künghin / pfawen / tauben / allerley jagdhund / gross und klein... es seind auch etlich thäler deren ein jedes über summer erhalt drey tausend küw / on schaff / geiss unnd ander viech»<sup>80</sup>.

<sup>78</sup> L. Meyer, Das Turtmantal, S. 297 ff. - J. Bieler, Die Laxeralpe, S. 88 ff. - R. Weiss, a.a.O., S. 206.

<sup>79</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 51 ff. - G.-A. Stalden, C 32 (1561). - J. Bieler, Die Simplon-Bergalp, WJB XVIII (1949). - D. Imesch, Naters, S. 125. - Heusler, RQ, Nr. 461, S. 122 f.

<sup>80</sup> A. Gattlen, Die Beschreibung des Landes Wallis in der Kosmographie Sebastian Münsters, Vallesia X (1955), S. 124. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 148.

Die Viehwirtschaft in ihrer Mannigfaltigkeit war nicht bloss auf den Eigenbedarf, sondern auch auf den Export, eine bedeutende Einnahmequelle der Bergbauern angelegt. So bildete der Handel mit Schafen und Wolle, die hauptsächlich nach Italien verkauft wurden, eine der Hauptverdienstmöglichkeiten der Zermatter und der Saaser. Ansehnliche Rinderherden wurden übrigens auch vom Engadin und dem Urserental über die südlichen Alpenpässe gehandelt<sup>81</sup>.

Die Überschüsse an Vieh und Fleisch im Wallis waren zeitweise so ausserordentlich, dass der Landrat im 16. Jahrhundert deren Ausfuhr nie einschränkte, während viele andere Landesprodukte mit temporären Ausfuhrverboten belegt wurden<sup>82</sup>.

### 3.3.1. Feldflur

Die Privatgüter, Äcker und Wiesen durften während der sogenannten «offenen Zeit» dem Gemeindegebrauch nicht verschlossen werden. Das im Herbst von den Alpen und Allmenden heimkehrende Vieh wurde meistens vorerst auf den eigenen, später auf den zur Sondernutzung, aber zeitweise allen zugänglichen Gütern geweidet.

Eine bedeutende Rolle spielten die Brachzelgen und die jeweils brachliegenden Sommer- und Winterzelgen. Diese standen nach der Herbstatzung und in der ersten Frühlingszeit dem Kleinvieh zum Weidgang offen. Überreste dieser Wirtschaftsordnung haben sich, wie Marcel Oriani darlegt, in den Gemeinden des Bezirkes Leuk bis in unsere Tage erhalten<sup>83</sup>. Wie stark diese Wirtschaftsordnung und die Dreifelderwirtschaft in den übrigen Zenden verbreitet war ist nur mehr schwer feststellbar, doch ist anzunehmen, dass die meisten Gegenden ähnlich wie der Zenden Leuk organisiert waren.

---

<sup>81</sup> A. Gattlen, a.a.O., S. 124. - A. Dubois, a.a.O., S. 17 ff. - R. Weiss, a.a.O., S. 59.

<sup>82</sup> Ausfuhrverbote für Korn, Salz, Wein und andere Lebensmittel, vgl. D. Imesch, Landrats-Abschiede, I, S. 32 ff. - Ders., Landrats-Abschiede, II, S. 236 d, 247 b, 195 b, 311 e, 312 f. - B. Truffer, Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, Band III (1529-1547), Brig 1973, S. 5 f, 55 f, 172 i, 187 a, 187 d, 192 h. - Ders., Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500, Band IV (1548-1565), Brig 1977. - A. Dubois, a.a.O., S. 17 ff.

<sup>83</sup> M. Oriani, Die Alpkorporationen des Bezirkes Leuk, Diss. Manuskript. - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 211. - L. Carlen, Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, Montfort 3/4, 1969.

Auf den Flurzwang weist eine Satzung von Jeizinen hin. Es musste nämlich die untere Zelge bis zum Feste der hl. Verena, und die obere Zelge bis zum Feste des St. Bartholomäus<sup>84</sup> bestellt werden<sup>85</sup>.

Neben den Nutzungsrechten der Allgemeinheit galt es, die Privatgüter gebührend vor unbefugten Übergriffen Dritter zu schützen. Die Bauernzünfte enthielten diesbezüglich eine zahllose Menge Bestimmungen und Verbote. Es fällt auf, dass betreffend die Viehwirtschaft und die Nutzung der Allmenden und Alpen, die Satzungen zum grössten Teil in die Form von Verboten gekleidet sind und man *e contrario* auf die Rechte schliessen muss. Dies erstaunt nicht, da es der menschlichen Natur entspricht, dass man die eigenen Rechte, wenn auch nicht deren Grenzen, genau kennt. Umsomehr war es zu jener Zeit der Fall, als die Bauern von den gemeinsamen Gütern, deren Nutzung vielerorts teils auf Gewohnheitsrecht beruhte, abhängig waren.

Die örtlichen Gegebenheiten, die Lage und die Ausdehnung der gemeinsamen Güter, die Grösse des Dorfes und dessen Lage — denken wir an den Gegensatz von Gemeinden im flachen Rhonetal und solchen in gebirgigen Seitentälern — beeinflussten die einzelnen Ortsrechte.

Auffallend ist im 16. und 17. Jahrhundert der Trend zum Sondereigen und zum Entzug der eigenen Güter von der zeitweisen gemeinsamen Nutzung.

Während in Gampel<sup>86</sup> und Turtmann<sup>87</sup> kein Vieh auf fremden Äckern — gleich «galt oder geseet»<sup>88</sup> — geweidet werden durfte, war es in Erschmatt verboten, vom Fest des hl. Theodul bis zur Kreuzerhöhung Vieh über die Äcker zu treiben<sup>89</sup>.

Zum Schutze der privaten Güter wurde dem Eigentümer ein Selbsthilferecht zugestanden. Wer fremde Schafe, Ziegen, Schweine, Esel oder Böcke in seinen Gütern, namentlich in seinen Gärten, Baumgärten oder Reben und bebauten Äckern fand, war berechtigt, die Tiere umzubringen und ausserdem vom Eigentümer Schadenersatz zu verlangen. Der

---

<sup>84</sup> Der Bauernkalender bestand weniger aus Daten als aus Heiligenfesten, die jeweils eine Phase im bäuerlichen Leben einleiteten oder abschlossen, wie das obige Beispiel zeigt. Zu den wichtigsten und rechtlich relevanten Daten verweisen wir auf die Anmerkungen am Ende des Buches.

<sup>85</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 50.

<sup>86</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 61.

<sup>87</sup> *L. Meyer*, Turtmann, S. 320.

<sup>88</sup> «Galt», bedeutet ungebraucht, brach, wenn von Äckern die Rede ist; keine Milch gebend, wenn von Kühen und Ziegen; vertrocknet, nicht fliessend, wenn von Quellen oder Brunnen gesprochen wird. Vgl. Schweizer Idiotikon, Sp. 236 ff. - *J. Grimm*, Deutsches Wörterbuch, Sp. 1206 ff.

<sup>89</sup> *P. Jossen*, a.a.O., S. 16.

Fehlbare wurde zusätzlich vom Richter und vom Ortshüter um 3 Pfund gebüsst<sup>90</sup>.

Verschiedene Ortsrechte kannten ähnliche Regelungen für die Hühner, die in Niedergampel und Turtmann vom Feste Maria Magdalena bis St. Michael in Ställen gehalten werden sollten, «damit sie nieman noch in den Bergollen (Rebenständer oder Weinlaube) noch anderswo schaden kennen»<sup>91</sup>.

Häufig ist in den Bauernzünften die Rede von Eigengütern, fremden Gütern, Gütern anderer, oder von «bona et possessiones aliorum», womit neben den Äckern die privaten Wiesen und Matten gemeint sind.

Es war untersagt, das Vieh auf den Gütern anderer zu weiden, zu hüten oder die Güter gar zu «etzen», gleich ob sie vorher «geetzt» wären oder nicht<sup>92</sup>. Auch in Zermatt war «verbotten, das keyner dem andren syn saydt und Matten verätze»<sup>93</sup>. Die Statuten von Kinneggien hielten ausdrücklich fest: «Quod nullus... animalia et pecora magna sive parva sua depascere debeat super bonis propriis alterius nullo tempore»<sup>94</sup>. In Turtmann durfte im Herbst niemand sein Pferd auf fremden Matten weiden<sup>95</sup>. Mancherorts findet sich ein Gebot, das Vieh auf die eigenen Güter zu treiben<sup>96</sup>.

Wer sein Vieh auf fremden Gütern hielt, oder wessen Pferde oder Rinder in anderer Leute Äcker und Felder eindrangen, wurde bestraft. Neben der Busse an die Gemeinde musste der Vieheigentümer dem Geschädigten eine Schadenersatzsumme bezahlen, die in Törbel<sup>97</sup>, Niedergampel<sup>98</sup>, Erschmatt<sup>99</sup> und Ried-Brig<sup>100</sup> auf fünf Schilling festgesetzt war.

<sup>90</sup> Heusler, RQ, Nr. 247, S. 82. - Dazu allgemein: H. Planitz, Die Vermögensvollstreckung im deutschen mittelalterlichen Recht, I, Leipzig 1912, S. 349 ff. - A. Nägeli, Das germanische Selbstpfändungsrecht in seiner historischen Entwicklung mit besonderer Rücksicht auf die Schweiz, Zürich 1876. - F. Elsener, Das Selbstpfändungsrecht bei Tierschaden («Forstrecht») im Gaster, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXVIII (1952), S. 83 ff.

<sup>91</sup> D. Imesch, Naters, S. 64, 104. - P. Jossen, Brigerbad, S. 128. - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - L. Meyer, Turtmann, S. 321. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 216 ff. - Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 63 f. - E. von Künssberg, Hühnerrecht und Hühnerzauber, Jahrbuch für historische Volkskunde, Band I, 1925, S. 126 ff.

<sup>92</sup> L. Bortler, Ried-Brig, S. 20.

<sup>93</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff.

<sup>94</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).

<sup>95</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 318. - Weideverbote, vgl. AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - B.-A. Visp, BB 3 (1727). - G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>96</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 51. - G.-A. Guttet, B 1 (1520).

<sup>97</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531).

<sup>98</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 215.

<sup>99</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 17.

<sup>100</sup> L. Bortler, Ried-Brig, S. 20.

Die meisten Bauernzünfte sahen eine Schätzung des eingetretenen Schadens durch die Viehpfänder, die Gemeindevorsteher oder einige ehrenhafte, angesehene Männer vor<sup>101</sup>. Dieses System hatte den Vorteil, dass der Schaden annähernd und gebührend ersetzt wurde und der Geschädigte nicht schlechter dastand, als wenn der Schaden nicht eingetreten wäre. Die Statuten von Reckingen räumten dem Geschädigten ein Wahlrecht ein, denn «dessen das guott ist und dem der schaden beschieht und das (schädigende) ross selb finde, der mag obgemelte buoss für sich selbst inzüchen oder den schaden schetzen lassen, weders er will»<sup>102</sup>.

Rechtlich irrelevant für die Höhe des Schadenersatzes, nicht aber für die von der Gemeinde eingezogene Busse war, der Zeitpunkt des Schadeneintritts. Hatte ein Pferd, ein Maulesel, eine Kuh oder ein Rind tagsüber jemanden geschädigt, betrug die Busse 1 Gross, während die verursachten Schäden nachts mit 6 Gross geahndet wurden. Ferner sollten die Pfänder «von ein jetlichen mindren Rinderli oder schmall vee nemen des tags zwen plart und der nacht ein gross, doch von den schwynen tags ein gross und nachts zwen»<sup>103</sup>.

Während in Mühlebach und Turtmann<sup>104</sup> alles Vieh, ob gross oder klein, nachts in den Ställen gehalten werden musste, galt das Verbot des nächtlichen frei Herumlaufens in Albinen<sup>105</sup>, Zinal<sup>106</sup>, Baltschieder<sup>107</sup>, Münster<sup>108</sup> und Reckingen<sup>109</sup> scheinbar nur für Pferde und Ochsen.

In der Bauernzunft von Oberwald, Obergesteln und Unterwasser<sup>110</sup> steht: «es sol keiner nach betten zyt, so man ave Marien gelüttet am abend uss hefften sin zug noch ross.» Als Zugtiere dienten zu jener Zeit, mancherorts noch in unserem Jahrhundert, Pferde und Ochsen<sup>111</sup>.

Wie vielerorts im ländlich bäuerlichen Leben haben wir es mit einem alten Rechtsbrauch, dem Läuten der Abendglocken zu tun. Vermutlich

---

<sup>101</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - Vgl. Heusler, RQ, S. 117. - J. Bieler, Brig, S. 410. - F. Schnyder, a.a.O., S. 60. - L. Meyer, Turtmann, S. 318. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470).

<sup>102</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558.

<sup>103</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592).

<sup>104</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 318.

<sup>105</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>106</sup> G. Ghika, a.a.O., S. 234.

<sup>107</sup> P. Heldner, Baltschieder, S. 40.

<sup>108</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540).

<sup>109</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558.

<sup>110</sup> AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - Vgl. P. Amherd, a.a.O., S. 180.

<sup>111</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 63. - F.G. Stebler, Die Vispertaler Sonnenberge, Jahrbuch des Schweizer Alpenclubs, Jahrgang 56 (1921), S. 60.

gab es auch bei uns mehrere Geläute, deren erstes, das Ave- oder Vesperläuten um 18 Uhr erschallte, während andere im Sommer um 20/21 Uhr und Winter um 19/20 Uhr ertönten<sup>112</sup>.

Die Abendglocke diente, wie dies Elsbeth Lippert für den deutschsprachigen Raum nachwies, zum Anzeigen der Beendigung des Arbeitstages, des Beginns der Nacht und der Nachtwache. Beim Ertönen der Abendglocke sollte alle Arbeit ruhen, sollte niemand mehr aus dem Dorfe fahren oder sich auf Strassen und Plätzen aufhalten. Geschäfte und Rechtshandlungen mussten getätigt sein, ansonsten ihnen die Rechtskraft und die Gültigkeit aberkannt wurde<sup>113</sup>.

Der Klang der Nachtglocke sollte die Leute auf die Feuergefahr hinweisen und an die Pflicht erinnern, sich nur mit Laternen auf die Gassen zu begeben. In Erschmatt durfte nach Sonnenuntergang im Backofen nicht mehr gefeuert werden<sup>114</sup>.

Die Nacht legte ihren Mantel der Stille und des Friedens über die Dörfer und Städte; der Verkehr mit der Aussenwelt ruhte und im Innern der Dörfer herrschte nächtliche Ruhe und Frieden, die unter Androhung verschärfter Strafen nicht gestört werden durften.

### 3.3.2. Allmend

Die äussere Allmend i.w.S. umfasst alle gemeinsamen Wiesen, Weiden, Wälder, Alpen und Berge, die gesamte, nicht zu Sondereigen ausgeschiedene, bebaute und unbebaute Fläche von Grund bis Grat.

Wir brauchen hier den Ausdruck Allmend in diesem weiteren Sinn und werden auf deren besondere Teile am gegebenen Ort verweisen. Auch die benützten Quellen machen oft keinen Unterschied und sprechen ganz allgemein von gemeinsamen Gütern, von gemeinen Matten, von Allmend, von Allmend und Alpe, von almeniis pascuis aut vieweidis oder von alpiibus, pascuis sive almeniis<sup>115</sup>.

---

<sup>112</sup> Zum Glockenläuten als Rechtsbrauch, vgl. E. Lippert, a.a.O.

<sup>113</sup> E. Lippert, Glockenläuten, S. 8 ff.

<sup>114</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 31.

<sup>115</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - B.-A. Visp, BB 3 (1543). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - AGVO. S 32-35, Oberwald, Unterwasser, Obergesteln, B 1 (1515).



### 3.3.2.1. Abstufung der Allmend

Je nach Lage und Ausdehnung der gemeinsamen Güter und des Dorfes unterscheidet man verschiedene Stufen der Allmend und des viehwirtschaftlichen Betriebes.

Die erste und unterste Stufe bildete die Talallmend, die Grundallmend oder die Allmein in der Ebene<sup>116</sup>. Diese Heimweide wurde im Herbst und Frühling als gemeinsame Weide benutzt, sofern das Vieh nicht auf den eigenen Gütern oder auf den zur Gemeinatzung geschlagenen Gütern gehalten wurde. Sie diente während der Alpzeit zur Sömmerung der Heimkühe, die für den täglichen Milchbedarf im Dorf blieben und nicht auf die Alpen getrieben wurden.

Jeder durfte nur so viele Heimkühe halten, als er zur Deckung des eigenen Milchbedarfs benötigte; das übrige Vieh musste er auf die Alpen treiben<sup>117</sup>. In Ausserberg mussten das «Heim vee», Ziegen, Schafe, Kühe und Pferde auf den eigenen Gütern geweidet werden<sup>118</sup>.

In Ried und Bitsch durften bis zum Feste des St. Theodul nur die Heimziegen die, unterhalb Eggen gelegene, für alles andere Vieh in Bann gelegte Allmend abgrasen<sup>119</sup>. Den «Heimgeissen» wurden eigene, meist in steilem Gelände gelegene Weideflächen zugewiesen.

Dieses Prinzip des Alpwzanges bezweckte eine gerechte und geordnete Verteilung des Viehs zwischen Heimweide und Allmend während der Sömmerungszeit. Auch in anderen Alpenländern und in Norwegen finden sich ähnliche Satzungen<sup>120</sup>.

Die zweite Stufe bildete die vom Dorfe weiter entfernt und höher gelegene Allmend, die sog. Voralpe. Hier verbrachte das Vieh einige Wochen vor und einige Wochen nach der Alpung.

Die eigentliche Alpwirtschaft, die dritte Stufe der Allmend, war zeitlich auf den Hochsommer und räumlich auf das höchste und ausgedehnteste Gemeindegebiet, die Alpweiden beschränkt. Je nach Bodenbeschaffenheit, Pflanzenwuchs, Wasservorkommen, Sonnenlage und anderen, durch die Natur gegebenen Vor- und Nachteilen, wurden gewisse Teile

---

<sup>116</sup> B.-A. Zermatt, BB 6 (1650). - L. Meyer, Turtmann, S. 318. - Vgl. R. Weiss, a.a.O., S. 34 f.

<sup>117</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - Vgl. A. Briw, Reckingen, S. 50. - R. Weiss, a.a.O., S. 34 f. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 213. - B.-A. Zermatt, BB 6 (1650). - Vgl. N. Grass, Almwang, Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Sp. 129 f.

<sup>118</sup> G.-A. Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander.

<sup>119</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>120</sup> N. Grass, Der Almwang, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, Sp. 129 f. und daselbst aufgeführte Literatur.

der Alpen dem Rindvieh, den Pferden, den Schafen oder Ziegen zugewiesen; man sprach von kieweydt, kieberg, kalberweydt, rossweydt oder schafberg<sup>121</sup>.

### 3.3.2.1.1. Kuh-, Rinder- und Kälberalpen

Im Zusammenhang mit der Vieh- und Alpwirtschaft ist vorerst darauf hinzuweisen, dass die Quellen sich recht unterschiedlich ausdrücken. Sehr oft ist die Rede ganz allgemein vom Vieh, das auf die Alpen und die Allmenden getrieben wird, ohne genau die Gattung näher anzugeben. In den lateinischen Urkunden finden sich die Ausdrücke «pecus — oris», «pecus — udis», «animalia» für das Vieh im allgemeinen oder Kombinationen der verschiedenen Bezeichnungen und Hendiadioids wie «animalia seu pecora», «pecora et animalia», «armenta er pecora» oder «cetera animalia cuiuscumque generis». Manchmal folgt anschliessend eine Spezifikation: «bestia parva, caprae vel oves», «boves, oves, caprae nisi animalia lactantia» oder werden, wie in der Bauernzunft von Reckingen, die verschiedenen Vieharten — ross, ochsenn, stier, geiss — namentlich aufgeführt<sup>122</sup>.

Vom Gesichtspunkt der Milchnutzung aus wurde das Rindvieh in «galte und mälche» Tiere geschieden, die mancherorts gemeinsam, anderenorts getrennt geweidet wurden, entsprechend der Einteilung in Kuh- und Galtviehalpen<sup>123</sup>. Die Kuhalpe war gewöhnlich das ausgedehnteste, saftigste und schönste Weidegebiet, während die Rinder in höheren und rauheren, die Kälber in den untersten, durch Wald und Bodengestaltung geschützten Teilen der Alpen gehalten wurden.

Während die Geteilschaftsalpen entsprechend den Anteilsrechten bestossen wurden, galt für die Burgeralpen das Winterungsprinzip.

<sup>121</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571), BB 6 (1650). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 256 f. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - F. Schnyder, a.a.O., S. 51 ff. - Ausserbinn, 1568, Abschrift J. Bieler. - Vgl. R. Weiss, a.a.O., S. 60 ff.

<sup>122</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1585). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bieler. - AGVO. S 32-35, Obergesteln, Oberwald, Unterwasser 1515. - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 180 ff. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - F. Schnyder, a.a.O., S. 61. - L. Meyer, Turtmann, S. 318.

<sup>123</sup> «Mälch» bedeutet Milch gebend, eine Kuh die man melken kann. Zur Bedeutung von «galt», vgl. Anmerkung Nr. 88. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - G.-A. Münster, B 10 (1601). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - P. Am-Herd, a.a.O., S. 213. - R. Weiss, a.a.O., S. 60. - P. Heldner ist der Meinung, dass bereits die Kelten getrennte Weideplätze kannten (P. Heldner, Glis, S. 54).

Die meisten Bauernzünfte erliessen besondere Bestimmungen für das Halten von Stieren. Vor allem Zuchtstiere wurden gleichzeitig mit den Kühen gesömmert. In Reckingen<sup>124</sup>, Fiesch<sup>125</sup> und Ausserbinn<sup>126</sup> waren die einzelnen Drittel oder Viertel des Dorfes verpflichtet, während des Sommers und des Winters einen tüchtigen Stier zu halten. In Geschinen<sup>127</sup>, Ulrichen<sup>128</sup> und Mühlebach<sup>129</sup> oblag diese Pflicht abwechselnd den einzelnen Burgern, gemäss Aufzeichnung auf den Tesseln<sup>130</sup>. Es musste ein «hübscher und wohlgestalten» Stier sein, und «welcher nitt ein hübschen stier hette, so sollent und mögent die pfander einen kouffen nach jrem gefallen in des kosten, so ein ungestalten stier hette».

Das Halten des Stieres wurde häufig durch das Recht, eine zusätzliche Kuh auf die Alpen zu treiben, entschädigt<sup>131</sup>. Ähnliche Bestimmungen kann R. Weiss in Graubünden nachweisen<sup>132</sup>.

In Zermatt<sup>133</sup> und auf den Törbialpen im Haslital<sup>134</sup> schien man für Stiere eigene Weideplätze gehabt zu haben, denn es war «verbotten, das in sumer zyt in den alpen sölle man keine urner by den kien nit han.» In Jeizinen durfte jeder Bauer ein einziges Kalb auf der Kalberweide sömmern. Wollte er mehr Kälber auftreiben, musste er ein entsprechendes Begehren stellen und bestimmte Gebühren entrichten, wie aus den Statuten hervorgeht<sup>135</sup>.

<sup>124</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558.

<sup>125</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22.

<sup>126</sup> Ausserbinn 1581, Abschrift J. Bieler.

<sup>127</sup> G.-A. Geschinen, B 3 (1646).

<sup>128</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 214.

<sup>129</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 117.

<sup>130</sup> «Tesseln», seltener «Schiter» nannte man mit Zeichen versehene Kerbhölzer, welche im bäuerlichen Rechtsleben eine bedeutende Rolle spielten. Auf diesen kleinen zylindrischen oder brettchenartigen Hölzchen wurden mittels Hauszeichen den betreffenden Familien oder einzelnen Burgern Rechte und Pflichten überbunden. Bekannt waren neben den Wasser- und Alprechtstesseln auch die Milchmass-, die Gemeinwerks- und die Viehhuttesseln; in Ulrichen gab es eine Bärenjagdtessel.

Zu den Arten und der rechtlichen Bedeutung der Tesseln, vgl. M. Gmür, Schweizerische Bauernmarken und Holzkunden, Bern 1917. - F.G. Stebler, Die Hauszeichen und Tesseln der Schweiz, Schweiz. Archiv für Volkskunde, II (1907), S. 165-205. - Ders., Die Tesseln im Oberwallis oder hölzerne Namensverzeichnisse, in: Die Schweiz I (1897), S. 461. - L. Carlen, Tesselrecht in Saas, Schweizer Volkskunde XXXVII (1957), S. 50-52. - Ders., Holzkunden, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, II, Sp. 223 ff. - Ders., Rechtsaltertümer, S. 30 ff. - B. Schmid, Die Hauszeichen und Wassertesseln von Ausserberg, BWG XVI/4 (1973), S. 95 ff.

<sup>131</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558. - G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.).

<sup>132</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 62.

<sup>133</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff.

<sup>134</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Törbel, S. 29 ff.

<sup>135</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 51.

### 3.3.2.1.2. Pferdeweiden

Das Pferd als Zug- und Lasttier, das namentlich in Visp und Turtmann<sup>136</sup> gezüchtet wurde, spielte im Wirtschaftsleben der Bauern eine nicht unbedeutende Rolle. Wie in Zermatt<sup>137</sup>, waren die Burger in Selkingen<sup>138</sup>, Ritzingen<sup>139</sup>, Turtmann<sup>140</sup> und in der Talschaft Saas<sup>141</sup> berechtigt, ihre Pferde auf eigens bestimmten Allmenden und Alpen zu weiden. In Saas war das Alprecht lediglich auf «Saumrosse» beschränkt.

Der Auftrieb von Pferden in die Kuhalpen war gänzlich untersagt oder sehr eingeschränkt. Die Pferde zerstörten nämlich mit ihren Hufen den Weideboden und verscheuchten die Kühe. Die Pferde durften anlässlich der Alpfahrt oder anderer Arbeiten auf den Alpen, für wenige Tage auf den Kuhweiden grasen<sup>142</sup>.

Mancherorts findet sich eine Vorschrift, die die Burger verpflichtet, ihren Pferden und Eseln Maulkörbe anzuziehen, wenn diese durch die gemeinen Gassen und Felder getrieben wurden<sup>143</sup>.

### 3.3.2.1.3. Kleinviehhaltung

Zum Kleinvieh oder Schmalvieh — in den lateinischen Urkunden finden sich die Bezeichnungen «animalia parva», «pecora parva» und «bestiae parvae» — zählt man Schafe und Ziegen, manchmal auch die Schweine. Dem Kleinvieh, das von den Kuhweiden ausgeschlossen war, wurden eigene Weideplätze zugewiesen. Da das Schaf lange Zeit ohne Wasser ausharren kann und das rauhe Gebirgsklima leicht erträgt, wurde es in die höchstgelegenen, an die Berge und Gletscher grenzenden, rauhesten und magersten Weidegebiete getrieben. Jeder Burger der Talschaft Saas musste seine Schafe in die Berge jenes Viertels treiben, wo er seine Tessen hatte<sup>144</sup>.

<sup>136</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 19. - A. Gattlen, a.a.O., S. 124.

<sup>137</sup> Vide Anmerkung Nr. 118.

<sup>138</sup> G.-A. Selkingen, B 2 (1679).

<sup>139</sup> G.-A. Ritzingen, B 6 (1679).

<sup>140</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 320.

<sup>141</sup> G.-A. Saas-Balen, B 6 (1763).

<sup>142</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). P. Arnold, Simplon, S. 243.

<sup>143</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 31.

<sup>144</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - Schafberge und Schafalpen, vgl. AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 23. - AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - G.-A. Grächen, B 2 (1585).

Häufig wurde den Bauern gestattet, zur Sömmerung eine bestimmte Anzahl Schafe zu kaufen und gegen Abgabe einer geringen Gebühr auf die Alpen zu treiben<sup>145</sup>.

Wegen der Verarbeitung der Ziegenmilch auf den Kuhalpen wurden die Ziegen in der Nähe, aber in dem für Kühe unwegsamen Gelände oder in den Wäldern gehalten. Mancherorts kam dem Wald als Weideland für Ziegen und Schweine eine, über die Holznutzung übergeordnete Bedeutung zu<sup>146</sup>. Diese Feststellung K.S. Baders mag für andere Kantone und für Deutschland zutreffen, weniger jedoch für das Wallis, denn vor allem die Schweine pflegte man in Laub- und Eichenwäldern zu halten, die bei uns wenigstens in höheren Regionen gänzlich fehlen.

Das Schmalvieh fügte dem Wald, besonders den jungen Bäumen erheblichen Schaden zu, weshalb die Bauernzünfte ihm den Wald als Weidegebiet vielerorts versagten<sup>147</sup>. Dies galt auch für die entlang der Flussläufe wachsenden Busch- und Erlenwälder, die sogenannten Eyen<sup>148</sup>.

In den Alpen, wo man Milch verarbeitete, pflegte man Schweine zu halten, die mit den Abgangsprodukten der Käserei, namentlich mit Schotte gemästet wurden. Den Bauern war es untersagt, ein unverschnittenes oder nicht mit einem Nasenring versehenes Schwein auf die Alpen zu treiben<sup>149</sup>. Oftmals verlangten die Bauernzünfte, dass die Schweine in Ställen gehalten würden (*qui porcos habet super ipsorum alpes, stabulare debet*)<sup>150</sup>.

Aus den verschiedenen Ortschaften und Randungstabellen ist zu schliessen, dass vielerorts das Vieh nicht getrennt, sondern gemeinsam geweidet wurde. Um die Alpen nicht übermässig zu bestossen und abzuweiden, galt folgende, von Dorf zu Dorf leicht abweichende Berechnung: man durfte 1 Ross für 2 Kühe, 1 Füllen für 1 Kuh, 1 Zeitrind für 1 Kuh, 2 Galtrinder für 1 Kuh, 5 Kälber für 1 Kuh, 8 Schafe oder 8 Ziegen für 1 Kuh auf die Alpen treiben<sup>151</sup>.

---

<sup>145</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 256 ff.

<sup>146</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 49. - II, S. 171.

<sup>147</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - L.S. von Tschanner, Das Simmenthal, I, S. 205. - Vide Anmerkung Nr. 145.

<sup>148</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727). - L. Meyer, Turtmann, S. 321. - Niedergampel 1548, in: P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 213 f. - F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

<sup>149</sup> G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.). - G.-A. Ritzingen, B 6 (1679). - G.-A. Selkingen, B 2 (1679). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - G.-A. Münster, B 2 (1540).

<sup>150</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470).

<sup>151</sup> G.-A. Selkingen, B 2 (1679). - G.-A. Ritzingen, B 6 (1679). - Vide Anmerkung Nr. 149. - L. Meyer, Turtmann, S. 318. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 225. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 62. Ähnliche Berechnungen galten für die Geteilschaftsalpen, vgl. Heusler, RQ, S. 123.

### 3.3.2.1.4. Wildheuberge

Wildheuberge sind in den Voralpen oder Alpen, meist an steilen und unwegsamen Hängen gelegene magere Grasflächen, deren Düngung nicht möglich ist oder sich nicht lohnt. Das spärliche, jedoch äusserst kräftige Wildheu — in Zermatt «Faxxen» genannt<sup>152</sup> — das in harter und mühseliger Arbeit gewonnen wurde, wusste man zu schätzen. Es erstaunt nicht, dass das Mähen von Wildgras, speziell an jenen, dem Vieh noch zugänglichen Stellen verboten wurde<sup>153</sup>. Wer dieser Bestimmung zuwider handelte, ging des Heus verlustig und wurde gebüsst. Eine Busse wurde über den Mitwisser verhängt, der es unterliess, den Behörden Anzeige zu erstatten (*qui talem personam sciret et procuratoribus eiusdem montis non notumfaceret*)<sup>154</sup>.

### 3.3.2.2. Das Winterungsprinzip

Unabdingbare und überall im Wallis geforderte Voraussetzung zur Nutzung der Gemeinde- oder Burgeralpen war das Bürgerrecht. Von anderen Voraussetzungen wie Besitz, ehelicher Geburt oder Unbescholtenheit ist — im Gegensatz zu anderen Kantonen<sup>155</sup> — nicht die Rede, da diese ohnehin zum Erwerb des Bürgerrechts gegeben sein mussten, wie im Kapitel über den Erwerb des Bürgerrechtes dargestellt worden ist. Zudem galt bei uns die allgemeine Regel, dass, wer nicht ein bestimmtes Minimum an liegenden Gütern besass, des Bürgerrechtes und damit auch des Bürgernutzens verlustig ging<sup>156</sup>. Während die Genossenschaftsalpen, auf die hier nicht mehr eingetreten wird, entsprechend den Genossenschaftsanteilen bestossen wurden, galt für die Burgeralpen der sprichwörtliche Grundsatz: «Was einer winteren kann, das mag er auch sommern», oder wie in einigen Bauernzünften zu lesen ist: «*Quantum quis ipsorum comparticipum de pecoribus in ipsorum confinis hyemare potest, quod tantum habere potest in ipsorum communibus almeniiis*»,

<sup>152</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 256. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff.

<sup>153</sup> AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 180. - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - P. Jossen, a.a.O., S. 30 ff. - Geren 1548, Abschrift H.A. von Roten. Leuk 1563, in: Heusler, RQ, S. 105. - Vide Anmerkung Nr. 152.

<sup>154</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531).

<sup>155</sup> A. Miaskowski, a.a.O., S. 99 ff. - A. Stahel, a.a.O., S. 124.

<sup>156</sup> Vide Kapitel über den Erwerb und den Verlust des Bürgerrechtes.



oder «ne quis plura pecora super almenias emittat, quam super ipso monte et suis bonis hyemare possit»<sup>157</sup>.

Das Winterungsprinzip fand ebenfalls in anderen Kantonen und in anderen Alpenländern Anwendung<sup>158</sup>.

Im Zusammenhang mit der Nutzung wurde auf den Umfang des Grundbesitzes abgestellt und zwar «pro rata parte et portione suorum bonorum, quae in eodem territorio haberet et possideret»<sup>159</sup>. Entsprechend der Ausdehnung, der Fläche und der Qualität der eigenen Wiesen und Matten, die für die winterliche Stallfütterung gemäht wurden, war der Ertrag an Heu. Nach dem Heu- und Futtermittelvorrat richtete sich die Zahl der gewinterten Tiere, die wiederum für die Alpbetreibung massgeblich war. Es galt also auch im Wallis die von P. Leumann für die Ost- und Inner-schweiz aufgestellte Gleichung: «Der Umfang des Sondereigens bildete den Massstab für die Grösse der Nutzung»<sup>160</sup>.

Trachtete man mit dem Winterungsprinzip eine gerechte Verteilung der Alpnutzung zu erreichen, so gab es dennoch grosse soziale Unterschiede, denn die Reichen und Wohlhabenden, die viel Land besaßen, konnten einen entsprechenden Futtermittelvorrat anlegen, der die Winterung von einer grösseren Herde ermöglichte. Andererseits bedurften sie im Sommer einer grösseren Weidefläche, als wer nur wenig Vieh gewintert hatte. Die Winterung konnte durch Heukäufe erstreckt oder ausgedehnt werden. Um aber eine Gleichberechtigung aller Bürger zu gewährleisten und die Reichen nicht zu übervorteilen, erlaubten die Bauernzünfte, unabhängig vom Eigengut, jedermann den Kauf eines festgesetzten Quantum Heu. Dadurch sollte verhindert werden, dass durch umfangreiche Heukäufe die Alpen im Sommer überbesetzt würden.

In der Regel wurde der Kauf von 2 oder 3 oder 4 Klaftern Heu gestattet, den Wirten meistens das Doppelte<sup>161</sup>. Wer in Ober- oder Unterems ei-

<sup>157</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bielander. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - P. Am-Herd, a.a.O., S. 210. - Heusler, RQ, S. 121. - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - B.-A. Visp, BB 3 (1543). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - G.-A. Ergisch, B 1 (1497). - J. Bielander, Bauernzünfte, S. 572, 582. - G. Ghika, Les status de la «commune» de Zinal en 1571, S. 234. - Lax 1573, Abschrift J. Bielander.

<sup>158</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, II, III. - R. Weiss, a.a.O., S. 198. - A. Miaskowski, a.a.O., S. 153 ff. - P. Leumann, a.a.O., S. 240 ff. - H. Rennfahrt, Frutigen, S. 294. - L.S. von Tschärner, Simmenthal, II, S. 141. - E. Sachser, a.a.O., Sp. 108 ff.

<sup>159</sup> G.-A. Glüringen, B 3 (1559).

<sup>160</sup> P. Leumann, a.a.O., S. 244.

<sup>161</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - G.-A. Oberems, B 2 (1558), B 4 (1569). - J. Bielander, a.a.O., S. 572. - P. Leumann, a.a.O., S. 243. - R. Weiss, a.a.O., S. 198 f.

nem Auswärtigen mehr als 4 Klafter Heu verkaufte, wurde bestraft; gleichfalls wer mehr als das erlaubte Mass kaufte. In diesem Fall konnte jeder Gemeinder einem solchen Käufer «den Zug tun», ihm das Geld bieten und ihn entschädigen, wie ein Züger machen soll und muss<sup>162</sup>. In Zermatt war verboten, ungemessenes Heu zu verkaufen, oder es im Winter teurer zu verkaufen, als es im Herbst erworben wurde<sup>163</sup>.

Im Zusammenhang mit der Winterung stellt sich die Frage, nach welchen Grundsätzen während des Winters gekauft oder verkauftes Vieh gehalten werden sollte. Durfte es im Sommer auf die Alpe getrieben werden oder nicht?

Wie oftmals im bauerlichen Leben wurde ein bestimmter Stichtag gewählt, nämlich Weihnachten. Wer vor diesem Festtage Vieh verkaufte oder schlachtete, besass für diese Tiere im kommenden Sommer kein Alprecht. Für später veräussertes oder geschlachtetes Vieh verblieben die entsprechenden Alprechte<sup>164</sup>. Nicht selten hatten die Gewaltshaber ein Wort mitzureden, denn «was einer verkoufft oder jm abgat na wienacht hin da mag er anders an dessen stat kouffen oder lesen nach tunken der fierer und nach billichheit»<sup>165</sup>. In Grächen musste das Vieh, zum Behalten der Alprechte, mindestens während eines Drittels des Winters im eigenen Stall gefüttert werden<sup>166</sup>.

Die ohnehin schlechter gestellten Armen der Gemeinde sollten für ihre Armut nicht büssen. In Mörel durfte jeder Bürger «so sich mit Für und Liecht, das ist mit Nutz und Beschward allda haushälterisch befindet, ob schon er kein Spannen Winterung allda hat», eine Kuh auf die Alpen treiben<sup>167</sup>. Ähnliche Satzungen finden sich in Graubünden<sup>168</sup> und im Berner Oberland<sup>170</sup>.

Wer jedoch die eigenen Güter nicht für die Winterung nützte, konnte keinen Anspruch auf die Sommeralpen geltendmachen, denn «si quis incolarum bona immobilia habuerit in ipso mansu et nulla pecora seu animalia hiemaverit quod is nec aestate aliqua pecora super almenem dicti mansus ducere possit»<sup>170</sup>.

---

<sup>162</sup> G.-A. Oberems, B 2 (1558), B 4 (1569).

<sup>163</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. *Heusler*, RQ, S. 374 ff.

<sup>164</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 214.

<sup>165</sup> Vide Anmerkung 164.

<sup>166</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585).

<sup>167</sup> *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 167.

<sup>168</sup> *R. Weiss*, a.a.O., S. 201.

<sup>169</sup> *L.S. von Tschärner*, a.a.O., S. 141, 191.

<sup>170</sup> G.-A. Stalden, B 1 (1589).



Eine zur Nutzung der Allmenden vom Winterungsprinzip abweichende Ordnung erliessen die Burger von Selkingen und Ritzingen. Es sollte nicht die Winterung, sondern eine Schätzung der Güter als Bestossungsgrundlage dienen, und zwar berechtigten 50 Pfund Gut eine Kuh auf die Alpen zu treiben<sup>171</sup>.

Eine ähnliche Regelung kannte das Engadin, seit der grossen Alpteilung im 16. Jahrhundert, als der Anteil an der Alpnutzung vom Katasterwert oder dem estim des Talgutes, also von der in gewissen Zeitabständen erfolgten Schätzung der eigenen Güter abhängig gemacht wurde<sup>172</sup>.

### 3.3.2.3. Viehpacht

Die Pacht und Sömmerung von fremdem Vieh auf den Burgeralpen — in den Urkunden ist die Rede von «Vieh dingen» oder «animalia seu pecora extranea conducere super almenias communitatis» — stellte eine Übervorteilung der Reichen dar. Diese konnten sich die Pacht grösserer oder kleinerer Herden finanziell gestatten und zogen somit einen grösseren Nutzen aus den Alpen und Alpprodukten, denn wer eine grosse Herde auf den Alpen weidete, besass einen entsprechenden Anspruch auf die Alperzeugnisse.

Solche soziale Ungleichheiten wurden verhindert durch das Verbot, fremdes Vieh zu pachten und auf die Alpen zu treiben<sup>173</sup>. Das Verbot betraf alles Vieh.

Eine abweichende Regelung für Schafe findet sich in den Statuten der Talschaft Saas. Den Burgern war die Pacht einer beschränkten Anzahl Schafe gestattet<sup>174</sup>. Im 18. Jahrhundert durften in Glurigen gegen eine kleine Gebühr gepachtete Rinder und Pferde auf die Alpen getrieben werden<sup>175</sup>.

<sup>171</sup> G.-A. Selkingen, B 2 (1679). - G.-A. Ritzingen, B 6 (1679).

<sup>172</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 199 ff.

<sup>173</sup> AGVO. S 32-35 Reckingen 1558, 1578. - Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bieler. - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Ritzingen, B 6 (1679). - G.-A. Selkingen B 2 (1679). - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 16 ff. - L. Meyer, Turtmann, S. 318. - P. Heldner / A. Carlen, Baltschieder, S. 39 f. - Vgl. L.S. von Tschanner, Simmenthal, I, S. 107.

<sup>174</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763).

<sup>175</sup> G.-A. Glurigen, B 5 (1709).

### 3.3.2.4. Belegen und Entladen der Alpen

Das Belegen und das Entladen der Alpen war jeweils ein bedeutender rechtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Anlass. Rechtlich interessant und relevant war das Festlegen des Zeitpunktes, der nicht willkürlich gewählt, sondern nach bestimmten Gesichtspunkten festgelegt wurde.

Naturgemäss unterlagen die Zeitpunkte der Alpfahrt und der Heimkehr aus den Alpen den Schwankungen des Wetters und der Temperatur. Im Laufe der Zeit fanden bestimmte Heiligenfeste als Termine für das Bestossen und das Entladen der Alpen Eingang in die Bauernstatuten.

Wir wollen uns nicht ausführlich mit den einzelnen Terminen, die je nach Lage und Klima der Alpen variierten befassen, sondern lediglich einige Beispiele anführen. Die Zermatter durften nicht vor St. Johannestag ihre Schafe an Gorneren oder auf Heuwbalmen treiben<sup>176</sup>. Derselbe Tag war in Selkingen<sup>177</sup> und Ritzingen<sup>178</sup> massgebend für das Weiden der Pferde. In Jeizinen war der St. Bartholomäustag für das Abtreiben von den Alpen vorgesehen<sup>179</sup>.

Wesentlich ist, dass die Termine jährlich von den Burgern anlässlich einer Burgerversammlung, auf Vorschlag der Gewaltshaber festgelegt wurden, wobei die betreffenden Heiligenfeste und die Witterungsverhältnisse richtungsweisend waren. Niemand durfte sein Vieh vorher auf die Allmenden, Voralpen oder Alpen treiben<sup>180</sup>.

Gemeinsam wurde das Vieh in die Alpen und zurück geführt. In Ried-Brig befahl eine Satzung, «dass das Vieh mit Ruten auf die Allmenden getrieben werden musste, damit die Gassen nit geetzt werden»<sup>181</sup>; während aus demselben Grunde in Zeneggen, Ausserberg und Erschmatt den Pferden und Eseln Maulkörbe angezogen wurden<sup>182</sup>.

Der Zeitpunkt der Heimkehr wurde häufig wegen frühen Schneefalls oder beissender Kälte vorverlegt. An dieser Stelle sei kurz auf ein beson-

<sup>176</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571).

<sup>177</sup> G.-A. Selkingen, B 2 (1679).

<sup>178</sup> G.-A. Ritzingen, B 6 (1679).

<sup>179</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 51.

<sup>180</sup> G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.). - AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B 1 (1515). - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 180. - G.-A. Ritzingen, B 2 (1543). - Geren 1548, Abschrift H.A. von Roten. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 23. - G.-A. Münster, B 10 (1601). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - F. Schnyder, a.a.O., S. 49. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 65. - L. Meyer, Turtmann, S. 320. - J. Bielander, a.a.O., S. 572.

<sup>181</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 20.

<sup>182</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander, - P. Jossen, a.a.O., S. 31.

deres, in der Alpwirtschaft unter Umständen lebenswichtiges Recht hingewiesen, das Schneefluchtrecht. Es spielte vor allem dort eine grosse Rolle, wo die benachbarten Alpen, Allmenden und Wälder nicht ein- und demselben Eigentümer und Nutzungsberechtigten gehörten.

In früheren Jahrhunderten fanden sich auf den Alpen nur spärlich Stalungen mit Heu- und Futtervorräten, weshalb bei sommerlichem, ausgiebigem Schneefall das Vieh von den Alpen talwärts auf schneefreie, sehr oft in fremdem Eigentum stehende Weideplätze getrieben wurde. Hier durfte es bleiben, bis es auf die Alpen zurückkehren oder auf einen anderen Weideplatz ausweichen konnte.

Schneefluchtberechtigt waren ganze Alpen, Alpgeteilschaften, Burgeralpen und Private. Andererseits standen die dienenden Grundstücke ebenfalls im Eigentum dieser Korporationen oder von Privaten.

Der Ursprung dieses, im ganzen Alpenraum verbreiteten und bis auf unsere Tage erhalten gebliebenen Rechtes ist unbekannt. Es mag sich aus einer längeren Übung heraus — aus einem *usus longus* — zum Gewohnheitsrecht entwickelt haben oder als Notstandsrecht widerspruchlos eingeräumt worden sein. Zweifellos wurde es häufig durch vertragliche Vereinbarung begründet.

Wie im Tirol, Pomat, Graubünden und im Berner Oberland<sup>183</sup> wird in den Statuten von Münster<sup>184</sup>, Reckingen<sup>185</sup> und Eggen<sup>186</sup> das Schneefluchtrecht erwähnt. J. Bielander weist neben Münster und Geschinen auf die diesbezüglichen Rechte in Geren hin<sup>187</sup>.

Der Bauer durfte nicht alles gewinterte Vieh auf die Alpen treiben. Auf Grund von krankheitsvorbeugenden — heute würde man sagen vieh- und seuchenpolizeilichen — Massnahmen, war es nicht gestattet, kranke, «stechende», saugende, schädliche und gefährliche Tiere aufzutreiben.

Vierorts waren die Viehpfänder mit der Aufgabe eines Viehbeschauers betraut. Sie mussten verhindern, dass kranke und gefährliche Tiere zur Herde gestellt wurden<sup>188</sup>. Doch trotz grosser Vorsicht konnten weder sie, noch das Volk, das Fürbittewallfahrten unternahm, verhindern, dass das Wallis von Viehseuchen heimgesucht wurde<sup>189</sup>.

---

<sup>183</sup> N. Grass, Fluchtrechte in den Alpenländern, Juristische Blätter, 73. Jahrgang, Heft 10/1952, S. 227-229. - J. Bielander, Vom Schneefluchtrecht oder von dem «Entwich», WJB XXVI (1957), S. 27 ff. - R. Weiss, a.a.O., S. 182 ff. - L.S. von Tschärner, I, S. 64.

<sup>184</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540).

<sup>185</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558.

<sup>186</sup> P. Arnold, Simplon, S. 244.

<sup>187</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 27.

<sup>188</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 319.

<sup>189</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 186 f.

Verständlich ist es, dass man Strenge gegenüber den Unfolgsamen und Fahrlässigen walten liess. Wer in Törbel krankes Vieh hielt, musste sämtlichen durch dieses verursachten Schaden ersetzen, es sei denn, er könnte «sub perdicione anime et corporis et salutis» schwören, von der Krankheit der Tiere nichts gewusst zu haben<sup>190</sup>. Um ein Verbreiten von Viehseuchen zu verhindern, wurden die kranken Tiere geschlachtet und vergraben<sup>191</sup>.

Alles Vieh, das Zäune übersprang oder niederriss, das Unruhe in die Herde brachte oder fehlerhaft war, namentlich «stechendes und saugendes Vieh, ungeschnittne Schwein und equi non castrati», sollte «zur Vermeidung grössres Argwohns undt Spanss» nicht auf die Alpen getrieben werden<sup>192</sup>.

Zur besseren Ausnützung der Weiden sollten die Bauern nicht von einer Alpe in die andere fahren, sondern auf jener Alpe, die sie zu Beginn des Sommers bestossen hatten, bleiben, es sei denn, es wäre ein Alpwechsel vorgesehen oder sie würden durch Unwetter dazu gezwungen<sup>193</sup>.

Der Alpwechsel ist nicht zu verwechseln mit den Wechselalpen, die von ihren Eigentümern, den Gemeinden oder den Geteilschaften, nicht gleichzeitig, sondern in Gruppen nach einem bestimmten Turnus abwechselnd genutzt wurden<sup>194</sup>.

### 3.4. Viehpfänder

Den Viehpfändern oder Vögten oblag die Pflicht, für die Einhaltung der Satzungen zu sorgen, das widerspenstige, entlaufene und schädliche Vieh zu pfänden und von den Bauern die Bussen einzuziehen.

Die Pfänder — in den Urkunden heissen sie «pignoratores» oder «custodes pro pignorandis armentis et pecoribus aberratis»<sup>195</sup> — wurden jährlich oder alle zwei Jahre gewählt oder von den Gewaltshabern eingesetzt und unter Eid zur Amtstreue und Gewissenhaftigkeit verpflichtet.

---

<sup>190</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Törbel, S. 29 f. - Vgl. *K.S. Bader*, Das Dorf, I, S. 138.

<sup>191</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 187. - *H. Rennefahrt*, Frutigen, S. 271.

<sup>192</sup> Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bielander. - *L. Meyer*, Turtmann, S. 318. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 214. - *P. Arnold*, Simplon, S. 215, 244.

<sup>193</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - *G. Ghika*, a.a.O., S. 233. - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. *A. Briw*, Fiesch, S. 23 ff. - *P. Am-Herd*, S. 214.

<sup>194</sup> *R. Weiss*, a.a.O., S. 202.

<sup>195</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

### 3.5. Sanktionen

Mit Strafe bedroht wurde jede widerrechtliche, die Satzungen verletzen-  
de Handlung. In den Ortsrechten und Alpreglementen finden sich jeweils  
die gleichen oder ähnliche Straftatbestände. Unterschiedlich war bloss  
das Strafmass.

Die häufigsten Straftatbestände bildeten das Laufenlassen von Vieh in  
Strassen und Gassen, auf fremden Äckern, Feldern und Gütern, auf der  
Talallmend oder während der Nacht; das vorzeitige, verspätete, nicht  
gleichzeitig und nicht vorschriftsgemässe Bestossen der Alpen und Ab-  
treiben von den Alpen sowie das übermässige Auftreiben von nicht ge-  
wintertem oder von gepachtetem Vieh.

Die Rechtsfolge bestand in der Aufhebung des unrechtsmässigen Zustan-  
des und der Pfändung von Vieh, das gegen Bezahlung einer Busse ausge-  
löst werden konnte. Die Höhe der Busse schwankte zwischen zwei Pla-  
phart und sechs Pfund. In den Urkunden finden sich häufig folgende  
Wendungen: «unter Busse von 1 Sold», «sol ferfallen syn acht plappart»,  
«sub pena trium solidorum», «sub banno quinque solidorum», «by einer  
pen und buoss»<sup>196</sup>. Oftmals präzisieren die Ortsrechte: «als oft eyner  
dises übersicht, der verfalldt dry pfund buoss dem richter», «alle Male,  
von Tag zu Tag», «totienscumque committit», «totiens quotiens» oder  
«so dick (oft) das beschicht»<sup>197</sup>. Auffallend ist, dass die Busse nicht nur  
jedesmal und bei andauerndem Zustand täglich, sondern häufig pro  
Stück Vièh, pro Kopf, «de quolibet capite» erhoben wurde. Je nach Tier  
— Gross- oder Schmalvieh — fiel die Busse höher oder niedriger aus<sup>198</sup>.

<sup>196</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22. - G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558. - G. Ghika, a.a.O., S. 234.

<sup>197</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Grächen, B 2 (1585). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. L. Meyer, Zermatt, S. 256. - Heusler, RQ, S. 374 ff. - G.-A. Bister, B 1 (1619). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558, 1578. - G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.). - G.-A. Ritzingen, B 2 (1543). - P. Heldner/A. Carlen, a.a.O., S. 40. - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - L. Meyer, Turtmann, S. 318. - Niedergampel 1548, in: P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 214. - Heldner/Bacher/Feliser, Varen, S. 26.

<sup>198</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - Vgl. Heusler, RQ, S. 171. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - B.-A. Visp, BB 3 (1727). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - J. Bieler, Brig, S. 409.

In seltenen Fällen musste die Busse in Form von Naturalien erbracht werden, wie etwa in Ulrichen Wein<sup>199</sup>, in Ried-Brig Wachs<sup>200</sup> und in Erschmatt Korn<sup>201</sup>.

Die Busse kam in Jeizinen<sup>202</sup> der Kapelle, in Ried-Brig der Heilig-Geist-Bruderschaft<sup>203</sup> und in Törbel<sup>204</sup> der St. Theodulsspende zugute. Im allgemeinen wurden die Gelder, wenn sie nicht der Gemeinde zufließen, unter die Gemeinde und die Pfänder oder unter die Richter und die Anzeiger verteilt<sup>205</sup>.

Die Statuten von Erschmatt sahen bereits im Jahre 1535 eine härtere Bestrafung Rückfälliger und Widerspenstiger vor<sup>206</sup>.

Mit dem Verlust der Alprechte wurde in Bitsch und Ried jener bestraft, der fremdes, gepachtetes Vieh auf die Alpen trieb<sup>207</sup>, während derselbe Tatbestand im Saastal mit dem Verlust der Viertelsrechte geahndet wurde<sup>208</sup>.

### 3.6. Steinbrüche und Lehmgruben

Teil der äusseren Allmend bilden ebenfalls die Berge und Felsen, die Steinbrüche, die Sand- und Lehmgruben. Diese wurden häufig, wenn sie nicht von der Gemeinde selber ausgebeutet wurden, an Private verpachtet.

Im Gemeindesteinbruch von Baltschieder durfte jeder Bürger für seinen eigenen Bedarf Dachplatten brechen<sup>209</sup>. Der Eigenbedarf bildete — wie bei der Nutzung von Alpen und Wäldern — eine Grenze, die auch für Sand- und Lehmgruben Geltung hatte. Nach dem Erdbeben von Längenberg war es den Bürgern von Oberwald, Obergesteln und Unterwasser untersagt, Sand oder Land ausserhalb der Gemeinde zu verkaufen<sup>210</sup>.

<sup>199</sup> L. Carlen, Der Wein, S. 30. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 151.

<sup>200</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 20.

<sup>201</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 31.

<sup>202</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 51.

<sup>203</sup> Vide Anmerkung Nr. 200.

<sup>204</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531).

<sup>205</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558, 1578. - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - L. Meyer, Turtmann, S. 318.

<sup>206</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 16.

<sup>207</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>208</sup> G.-A. Saas-Balen, B 4 (1606).

<sup>209</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40.

<sup>210</sup> Oberwald, Obergesteln, Unterwasser 1717, Abschrift H.A. v. Roten.

### III. Wald und Waldnutzung

Mensch —

Ich bin die Wärme deines Heims in kalten Winternächten  
Der schirmende Schatten, wann des Sommers Sonne brennt  
Der Dachstuhl deines Hauses, das Brett deines Tisches  
Ich bin das Bett, in dem du schläfst  
Und das Holz, aus dem du deine Schiffe bauest  
Ich bin der Stiel deiner Haue, die Tür deiner Hütte  
Ich bin das Holz deiner Wiege und das deines Sarges  
Ich bin das Brot der Güte, die Blume der Schönheit

Erhöre mein Gebet: zerstöre mich nicht...

Dieses Gebet des Waldes<sup>1</sup> zeigt die grosse Bedeutung des Waldes für die Menschen als Schutz- und Lebensraum, als Haus und Lagerstätte und als Werkzeug in Haus und Feld. Nicht immer hat der Mensch diese besondere und wichtige Stellung des Waldes zu würdigen gewusst. Während vielen Jahrhunderten betrieb er einen wilden, uneingeschränkten und unverantwortlichen Raubbau; durch Rodungen und Kahlschläge wurden ganze Landstriche entblöst und ganze Gegenden entwaldet.

Wenn wir von Wald sprechen, denken wir meistens lediglich an eine Vielzahl von Bäumen und übersehen das übrige Leben. Der Wald ist eine bunte, vielfältige, dauernd im Wandel begriffene und sich selbst regulierende Lebensgemeinschaft von Bäumen, Sträuchern, Gebüsch, Gräsern, Blumen, Pilzen und Moosen, von Insekten, Vögeln, kleinen und grösseren Tieren, kurz eine grosse Lebensfamilie von Pflanzen und Tieren.

Die Vielfalt des Waldes erscheint uns auch in der Art der Nutzung. Wir wollen absehen von der uns heute geläufigen, im Sinne des Natur- und Umweltschutzes und des Tourismus geprägten Nutzung als Ferien- und Erholungsraum und uns den früheren Jahrhunderten zuwenden. Der Wald war in vielen ländlichen Gegenden in erster Linie Weideland und dann erst Holzlieferant, er war Jagdgebiet, spendete Früchte und Pilze als Nahrungsmittel und als begehrtes Nebenprodukt Harz.

---

<sup>1</sup> W. Kümmerly, Die Wälder der Erde, Stuttgart, Zürich, Wien, 1969, S. 9. - L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, Visp 1975, S. 29.



Das ausgehende Mittelalter und die beginnende Neuzeit wurden nicht zu Unrecht oftmals als das Holzzeitalter bezeichnet. Die wachsenden Städte, der wirtschaftliche Aufschwung, der blühende Handel, das Gewerbe und nicht zuletzt die Bergwerke, die Glas- und Eisenhütten<sup>2</sup> erforderten einen intensiven Holzschlag. Besonders im Simplongebiet, im Ganter-, Taver-  
nen- und Nesseltal wurden in frevlerischem Raubbau ganze Bergrücken und Abhänge abgeholzt. In Grächen und Turtmann wurde der Wald zum Zwecke, Weiden und Alpen auszudehnen abgebrannt<sup>3</sup>.

Um ein weiteres Sinken der oberen Waldgrenze zu verhindern, den Wald vor Rodungen zu schützen und die Dörfer vor Lawinen, Stein-  
schlag und Erdrutschen zu bewahren, erliessen die Bauernzünfte aus-  
führliche Ordnungen und Waldreglemente.

## 1. NUTZUNGSBERECHTIGTE

Die Berechtigung zur Nutzung der gemeinsamen Güter und des Waldes, wurde im allgemeinen vom Erwerb oder Besitz des Bürgerrechtes abhän-  
gig gemacht. Wer das Bürgerrecht einer Gemeinde erworben hatte, be-  
sass einen Anspruch «uti frui et gaudere pro rata suorum bonorum rebus  
communibus sicuti cognitus montanus»<sup>4</sup>.

Die Frage, wie die Wälder ins Eigentum der Gemeinden gelangten, ist  
nicht geklärt. Vermutlich ist die allgemeine Entwicklung anzunehmen,  
wonach die Wälder vom Eigentum des Königs bzw. Landesherrn in das  
Eigentum der Grundherren übergingen und dann auf dem Wege der Ab-  
lösung oder aus anderen Gründen auf die Gemeinden übergingen.

Auch die ortsansässigen Nichtbürger bedurften dringend des Holzes. Ein  
eisig kalter Winter ohne Holz und Feuer ist in den Bergen unvorstellbar.  
In der Regel wurde den Nichtbürgern Holz gegen eine geringe Abgabe  
übergeben oder manchmal ein beschränktes Nutzungsrecht eingeräumt.

---

<sup>2</sup> Zu den Bergwerken im Wallis, vgl. *D. Imesch/W. Perrig*, Ganter, S. 51 ff. - *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 128 ff. - *S. Furrer*, Walliser-Geschichte, II, S. 36 ff. - *L. Bor-  
ter*, Simplonnordhang, S. 611 ff. - *P. Arnold*, Stockalper vom Thurm, I, Mörel 1972. -  
*H. Gerlach*, Die Bergwerke des Kantons Wallis, Sitten 1873.- *H. Rossi*, Zur Geschichte  
der Walliser Bergwerke, BWG X (1949), S. 362 ff. - *H. Dorsaz*, vide Anmerkung 3. - *A.  
Gattlen*, a.a.O., S. 126. - Bergwerke und Glashütten, vgl. *K.S. Bader*, Das Dorf, III, S.  
45 f.

<sup>3</sup> *H. Dorsaz*, Der Wald im Oberwallis, in: *L. Carlen*, Das Holz im Oberwallis, S. 14 ff.

<sup>4</sup> Fiesch und Wyler 1753, Abschrift J. Bielander. - G.-A. Ernen, B 1 (1466). - G.-A.  
Mühlebach, B 6 (1701). - G.-A. Biel, D 1 (1643-1780). - G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2  
(1585). - Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander. - G.-A. Oberems, B 7 (1652). -  
*L. Carlen*, Gericht und Gemeinde, S. 225.



In Visp sollten «die Inwohner sich beholzen von dem abholz wo die Herren Burger sich beholzen doch aber keins noch dirrs noch griens fehlen by obiger straff»<sup>5</sup>. Auch in Ulrichen durften sie kein Holz hauen, doch gestattete man ihnen das Kleinholz<sup>6</sup>. Ob sie gegen die allgemeinen Wald- und Bannverordnungen verstossen hatten, ist uns nicht bekannt, doch enthalten viele Ortsrechte für sie ein ausdrückliches Holzverbot, so ist «gäntzlich Abgeschlagen, Undt Verbotten, dasz kein hinterseesz syg glych wer er well der nit ein burger alhie einiches holtz weder grien noch dür in gemeinen Wäldern noch Eyen, auch nit durch wasser grössinen oder wyegisch zubracht holtz hauwen, samblen, in sein Nutz bruch gewinn Verferigen»<sup>7</sup>. In der Regel kam es gar nicht so weit, denn unbekannte, unerwünschte oder arme Fremde hielt man durch hohe Einkaufsgebühren und Hausverkaufsverbote vom Dorfe fern oder erschwerte ihnen den Hauskauf durch das Zugrecht.

Vermutlich nahmen die meisten Gemeinden den Ortspfarrer, sofern die Gemeinde eine eigene Pfarrei bildete<sup>8</sup>, in den Kreis der Nutzungsberechtigten auf. So wissen wir, dass in Münster und Ernen der Pfarrer Holz- und Weiderechte besass<sup>9</sup> und in Erschmatt der Wald am Thiel der Pfarrei überlassen wurde<sup>10</sup>.

Eine alleinstehende oder verwitwete Frau hatte Anspruch auf Holz aus den gemeinsamen Wäldern. In Ried-Brig<sup>11</sup> und Termen<sup>12</sup> durfte sie, gleich jedem anderen Burger, den ganzen Anteil am Losholz beziehen, war dafür aber gemeinwerkpflichtig. Bezog sie jedoch lediglich zwei Föhren, so war sie von der Gemeinwerkpflicht befreit.

<sup>5</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>6</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548).

<sup>7</sup> J. Bieler, Brig, S. 391. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 147. - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - AGVO, S. 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff. - G.-A. Oberwald, B 2 (1636). - G.-A. Saas-Balen, B 2 (1575).

<sup>8</sup> Laut J. Eggs bestanden um die Mitte des 14. Jahrhunderts im Oberwallis nur die Pfarreien Münster, Ernen, Mörel, Naters, Visp, Simplon, St. Niklaus, Zermatt, Raron, Nidergesteln, Lötschen und Leuk. - Dass es den Gemeinden nicht leicht gemacht wurde, eigene Pfarreien zu gründen, weiss auch S. Furrer zu berichten. So sahen sich Bürgen und Unterbäch im 16. Jahrhundert dreimal gezwungen, Boten nach Rom zu senden, um vom Papst die Erlaubnis zum Kirchenbau und zur Wahl eines Pfarrers zu erhalten. Raron sträubte sich noch bis 1670, zum Konzil von Trient, diese Pfarrei anzuerkennen. (S. Furrer, Walliser Geschichte, II, S. 94 f.). - Zur Gründung und Entwicklung der Pfarreien im Oberwallis, vgl. Iso Müller, Zur Entstehung der Pfarreien im Wallis, Vallesia XXII (1967), S. 57 ff.

<sup>9</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 199.

<sup>10</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 25.

<sup>11</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 21.

<sup>12</sup> L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff.

In Zürich wurde das sogenannte Witfrauholz nur an verbürgerte Frauen — Witwen oder Ledige — sofern sie einen eigenen Haushalt führten ausgeteilt<sup>13</sup>.

Die Nutzungsberechtigung blieb auch in Graubünden<sup>14</sup> und der Stadt und Landschaft Zürich<sup>15</sup> auf die Bürger beschränkt.

## 2. OBJEKTE DER NUTZUNG

Das Objekt der Nutzung bildete, vorbehalten die gesetzlichen Bestimmungen und die Ausscheidung der Bannwälder, der gesamte Wald in seiner Vielfalt und Mannigfaltigkeit, sofern er im Gemeinbesitz war. Neben dem Gemeindewald spielten die Wälder der Privaten und der Geteilschaften, auf die hier nicht eingegangen wird, eine sekundäre Rolle.

### 2.1. Holz

Das Holz wird allgemein als das Hauptprodukt des Waldes angesehen, da die Bäume auf den ersten Blick den Hauptbestandteil des Waldes bilden. Wenn dem nicht überall so war, unterstreichen doch die vielen Satzungen betreffend das Holz, den Holzschlag, den Holztransport und die Sanktionen für Holzfrevel, die Bedeutung des Holzes.

Ohne die einzelnen Laub- und Nadelhölzer näher zu behandeln, wollen wir die in den Urkunden häufig erwähnten kurz aufführen. Neben den Tannen (rote und weisse) spielten Fichten, Arven (Zirbelkiefern), Birken, Erlen, Eichen, Espen (Zitterpappel) und Linden eine bedeutende Rolle<sup>16</sup>. Oftmals findet sich die Unterscheidung zwischen grünem und dürrer Holz, grünen und dürrer Ästen.

---

<sup>13</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 81.

<sup>14</sup> A. Steinhäuser, a.a.O., S. 159 ff.

<sup>15</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 81, 125 f.

<sup>16</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - G.-A. Ernen, B 19 (1714). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - G.-A. Münster, B 2 (1540). - F. Schnyder, a.a.O., S. 62 f. - B. Truffer, Das Waldreglement von Mund vom 7. Mai 1521, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, S. 53 ff. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 66. - L. Meyer, Turtmann, S. 319. - L. Bortler, Simplon-nordhang, S. 611 ff. - A. Gattlen, a.a.O., S. 125.

## 2.2. Sträucher

Neben den Bäumen bildeten die Sträucher und das Gebüsch einen wichtigen Teil der Nutzung. Zugleich finden sich sehr häufig Verbote, Kleinholz und Sträucher, speziell entlang der Flussläufe abzuschneiden. Gelegentlich werden Dornen, Weissdornen und Weiden namentlich erwähnt<sup>17</sup>.

## 2.3. Weidgang

Während die Flur vor allem dem Ackerbau diene, ruhte die Viehwirtschaft um so mehr auf der Nutzung der Allmend, als bei nur einem jährlichen Grasschnitt keine durchgängige Stallfütterung möglich war. «Zum richtigen Verständnis der Allmendnutzung ist vorab von Bedeutung zu bedenken» schreibt K.S. Bader, «dass der hohe Wert des Waldes nicht in der Holznutzung, sondern weit mehr in der Waldweide bestand, vor allem für die Schweinemast»<sup>18</sup>.

Grösseren und empfindlicheren Schaden als die Schweine und die Schafe richteten die Ziegen, von denen es hiess, dass sie täglich für 50 Rappen Milch gaben, dafür jedoch für 20 Franken Wald frassen<sup>19</sup>, an den gemeinsamen Wäldern an. Neben den Menschen sind sie mitschuldig an der Verödung vieler Landschaften von Italien und Griechenland bis in den Hindukusch.

## 2.4. Streunutzung

Das Wegführen von Streu und Laub aus dem Wald zum Gebrauch in den Ställen gehörte zur Waldnutzung. Es war jedoch sehr schädlich für den Waldbestand, denn die allmählich verwesende Laub- und Nadel-schicht bildete neue Nahrung für die Bäume und vermochte kleine Mengen von Regen festzuhalten.

---

<sup>17</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 62. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 215.

<sup>18</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 49. - Diese Bemerkung Baders hat weniger für das gebirgige, mit Nadelhölzern bewaldete Wallis, als vielmehr für das mit Laubbäumen bewaldete Flachland anderer Kantone — und auch in Deutschland — Geltung. Man pflegte Laub den Schweinen zu verfüttern.

<sup>19</sup> H. Dorsaz, a.a.O., S. 11.

## 2.5. Harz

Nicht weniger schädlich als der Weidgang und das Wegführen von Streu war das, im grossen Ausmass und gewerblich betriebene Entziehen vom Harz, im Volksmund genannt «Lertschine oder Letschina bohren».

Im Frühling, zu Eintritt der Saftzirkulation, pflegte der «Lärchenbohrer» mit einer Axt «Klaffen» in die Bäume, namentlich Rottannen und Föhren, zu hauen, aus welchen Einschnitten zwischen Holz und Rinde langsam ein fester, weisser, klebriger Saft floss, der in einem am Baum befestigten Gefäss aufgefangen wurde. Dieses langsame Ausbluten der Bäume dauerte im allgemeinen ein bis zwei Monate<sup>20</sup>.

## 2.6. Früchte

Die Ortsrechte und die Waldreglemente enthalten, soweit uns bekannt ist, keine Bestimmungen über Pilze und Früchte. Es ist anzunehmen, dass bei uns jedermann, ob Bürger oder Einsäss, ob arm oder reich, gestattet wurde, im Wald Nüsse, Früchte, Beeren und Pilze zu sammeln. Mancherorts in Uri, Unterwalden, Zug und Aargau durften frühmorgens die Früchte und Nüsse der Bäume auf der Allmend gepflückt werden<sup>21</sup>.

## 2.7. Jagd

Gejagt werden durften, im Rahmen der Jagdverordnungen und ausserhalb der geschlossenen Jagdzeit<sup>22</sup> alle wilden Tiere, Hirsche, Rehe, Steinböcke, Gamsen, Hasen, Marder, Geier und anderes in der Gegend lebendes Wild; es gab in kleiner Zahl Bären und Wölfe<sup>23</sup>. Viele Gemeinden erliessen spezielle Murmeltierreglemente<sup>24</sup>.

---

<sup>20</sup> H. Dorsaz, a.a.O., S. 22.

<sup>21</sup> P. Leumann, a.a.O., S. 25 ff.

<sup>22</sup> Heusler, RQ, Nr. 98-110, S. 58 f.

<sup>23</sup> B.-A. Zermatt, BB 2 (1555). - Vgl. auch L. Meyer, Zermatt, S. 265. - St. Kronig, a.a.O., S. 224. - A. Gattlen, Die Beschreibung des Landes Wallis in der Kosmographie Sebastian Münsters, Vallesia X (1955), S. 128 ff. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 190 ff. - Heusler, RQ, Nr. 23, S. 46. - Vgl. L. Carlen, Zur Geschichte der Jagd im Wallis, Zeitschrift Schweizer Jäger, Jahrgang 56, 1971, S. 213-218.

<sup>24</sup> Vgl. Saas-Fee 1538, Saas-Balen 1561, Talschaft Saas 1573. Vide Anmerkung 23.

### 3. UMFANG DER NUTZUNG

#### 3.1. Holznutzung

Während ursprünglich jeder Bürger berechtigt war, soviel Bau- und Brennholz als er für den Privatgebrauch benötigte aus den Gemeindewäldern zu beziehen, wurde, mit dem Anwachsen der Dörfer das Bezugsrecht auf dürres Holz beschränkt. Dürres, abgefallenes, auf dem Boden liegendes Holz durfte im allgemeinen — die einzelnen Dörfer erliesen recht unterschiedliche Verordnungen — unbeschränkt gesammelt werden<sup>25</sup>. Dieses Gewohnheitsrecht wurde teils in den Bauernzünften verankert, teils, als unangefochten und selbstverständlich nirgends näher erwähnt.

##### 3.1.1. Holzmeiss, Losholz

Die ausgedehnten Wälder gehörten zum allergrössten Teil den Gemeinden, die jährlich den Dorfgenossen ein bestimmtes Quantum Holz zu fällen erlaubten. Die einzelnen Bäume durften nicht nach eigenem Wunsch und Gutdünken geschlagen werden, sondern wurden von den Bannwärttern oder den Gewaltshabern genau bezeichnet und verteilt<sup>26</sup>.

In Visp durfte jeder Bürger jährlich 12 Stöcke fällen<sup>27</sup>, in Mund 12 Lärchen und 5 Tannen<sup>28</sup> und in Ried und Bitsch jeder Haushalt 3 Stöcke<sup>29</sup>. Jede Haushaltung von Mörel, Filet und Bister war berechtigt, jährlich sechs Bäume zu schlagen, wovon zwei oder drei für Bauzwecke ausgeliehen werden durften. Wer nicht alle Bäume fällte, hatte im folgenden Jahr trotzdem nur Anspruch auf sechs Stöcke<sup>30</sup>.

Den Gemeinde-Pfistern (Bäckern) wurden meistens, unter Berücksichtigung der Aufgaben für die Allgemeinheit und dem vermehrten Holzverbrauch, zusätzlich einige Bäume gestattet.

---

<sup>25</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. auch *A. Briw*, Fiesch, S. 23. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 211. - *D. Imesch*, Naters, S. 129. - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 147. - Vgl. *O. Gierke*, Das deutsche Genossenschaftsrecht, I, S. 618.

<sup>26</sup> *L. Borter*, Ried-Brig, S. 21. - *A. Briw*, Reckingen, S. 50. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 211. - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - *G.-A. Grächen*, B I (1553). - *G.-A. Mühlebach*, B 2 (1592). - Vgl. *O. Gierke*, a.a.O., S. 619.

<sup>27</sup> *B.-A. Visp*, BB 3 (1727).

<sup>28</sup> *B. Truffer*, a.a.O., S. 57.

<sup>29</sup> *G.-A. Bitsch*, B I (1619).

<sup>30</sup> *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 147.

Das zugeteilte Losholz musste innert einer bestimmten Frist, die meistens drei Jahre betrug, abgeführt werden. Wer es länger liegen liess, verlor es an jeden, der es sich aneignen wollte<sup>31</sup>. Während in Mund die Frist auf vier Jahre angesetzt wurde<sup>32</sup>, musste in Turtmann das Holz innert Jahr und Tag weggeführt werden<sup>33</sup>.

### 3.1.2. Bauholz

Jeder Bauer errichtete, meist mit Hilfe der Nachbarn, seine eigenen Häuser und Wirtschaftsgebäulichkeiten wie Speicher, Ställe und Scheunen. In Töbel war jede Haushaltung unter Androhung von Strafen verpflichtet, dem Bauherrn für einen Tag einen tüchtigen Arbeiter zur Herbeischaffung von Steinen und Holz zur Verfügung zu stellen<sup>35</sup>.

Das von der Gemeinde bezogene Holz genügte selten zur Fertigstellung eines Gebäudes. Die Gemeinden pflegten dem Bauherrn, vorausgesetzt, dass er ein entsprechendes Gesuch an die Gewaltshaber gerichtet hatte, das zur Beendigung der Bauarbeiten benötigte Holz unentgeltlich oder gegen eine kleine Entschädigung abzugeben<sup>36</sup>. Ganz deutlich sagt die Bauernzunft von Eischoll: *qui vult edificare, debeat in primis et ante omnia petere licentiam a procuratoribus ipsius communis ad scindendum*

<sup>31</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 21. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 211.

<sup>32</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 60.

<sup>33</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 319. - Zu den unterschiedlichen Fristen, Vgl. G.-A. Oberems, B 3 (1548). - AGVO. S 32-35, Ausserbinn, 1568. - L. Borter, Simplon nordhang, S. 611 ff.

<sup>34</sup> Über die Vielfalt der bäuerlichen Holzgefässe und Holzgeräte, die Schlitten und Wagen, die Webstühle und Spinnräder, die Gestelle, die Kübel und Gebesen, die Fässer, Melkter, Stand-, Rücken- und geflochtenen Gefässe finden sich im «Das Holz im Oberwallis» zwei interessante und wertvolle Arbeiten von Camill Schmid und Ludwig Imesch. Gleichzeitig verweisen wir auf die, im selben Buch erschienen Veröffentlichungen von Walter Ruppen über das Holzhaus, von Peter Bumann über die Holzbrücken und von Albert von Wolff und Walter Trachsler über Truhen und Büffets im Oberwallis. Zum Walliser Wohnhaus, vgl. F.G. Stebler, Die Vispertaler Sonnenberge, S. 24 ff. - Ders., Am Lötschberg, S. 64 ff. - Vgl. Beat Rittler, Festschrift für Prior Siegen, Schweiz. Archiv für Volkskunde, Band 52, 1956. - Zum Haus in den Walsertalgebieten Graubündens, vgl. Chr. Simonett, Bauernhäuser des Kantons Graubünden, Schweiz. Gesellschaft für Volkskunde, II. B. (1965-68).

<sup>35</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>36</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - Fiesch und Wyler, 1753, Abschrift J. Bieler. - G.-A. Ernen, B 19 (1714). - G.-A. Ritzingen, B 1 (1539). - Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bieler. - L. Borter, Simplon nordhang, S. 611 ff. - D. Imesch, Naters, S. 129. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 244. - Heldner/Bacher/Feliser, Varen, S. 26.

et deducendum ligna sufficientia ad construendum et edificandum»<sup>37</sup>. Es sollte genügend Holz, «ligna sufficientia», abgegeben werden, ohne verschwenderisch zu sein.

In Sarnen und Elgg (ZH) konnte nur für die oberen Stockwerke Holz bezogen werden, der untere Teil der Häuser und Ställe musste in Mauerwerk ausgeführt werden. Fremde, die sich in Luzern ansiedelten, sollten ein steinernes Haus errichten, statt ein hölzernes zu kaufen<sup>38</sup>.

Streng wurde darauf geachtet, dass das Holz auch wirklich für einen Bau benötigt und verwendet wurde. Die gehauenen Stöcke wurden mit dem Hauszeichen gebrandmarkt, einer Marke, die als Vermögens- oder Personenzeichen auf den entsprechenden Eigentümer hinwies<sup>39</sup>. Innert nützlicher Frist musste das Holz aus dem Wald weggeschafft werden und jeder musste es «inwendig der zeit dryer jahren ohn aufschub anwenden oder in scheren stellen, wo dies nit geschicht, soll selbes ohn gnadt den Burgern verfallen seyn»<sup>40</sup>.

Die Verpflichtung, das Holz aus dem Wald zu führen, und fristgemäss das Gebäude zu erstellen, war — die Fristen variierten von Dorf zu Dorf — allgemein üblich. Einen Spezialfall regelte die Waldordnung von Mund: Wurde ein Bau durch den plötzlichen Tod des Bauberechtigten vereitelt und waren die Erben, seine Kinder oder deren Vormünder nicht gewillt oder ausser Stande zu bauen, wurde ihnen nach sechs Jahren von den Bannvögten, unter Androhung von Strafen und der Konfiskation des Holzes, eine einjährige Frist eingeräumt, um das Holz abzutransportieren und unter ein Schutzdach zu stellen oder zum Bauen zu verwenden<sup>41</sup>. Sämtliches Holz, sowohl Bau-, wie Zaun- und Brennholz durfte nur zum eigenen Bedarf gebraucht und nicht verkauft oder verschenkt werden<sup>42</sup>.

<sup>37</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>38</sup> P. Leumann, a.a.O., S. 63 f.

<sup>39</sup> Zu den Hauszeichen im allgemeinen und deren Bedeutung im Oberwallis; vgl. M. Gmür, Schweizerische Bauernmarken und Holzurkunden, Bern 1917. - F.G. Stebler, Die Hauszeichen und Tesseln der Schweiz, Schweiz. Archiv für Volkskunde II, (1907), S. 165-205. - L. Carlen, Rechtsaltertümer, S. 30 f. - B. Schmid, Die Hauszeichen und Wassertässeln von Ausserberg, BWG XV/4 (1973), S. 95 ff.

<sup>40</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - G. Ghika, Les statuts de la «commune» de Zinal en 1571, S. 234. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff. - Vide auch Anmerkungen 31-33.

<sup>41</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 60.

<sup>42</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Oberwald, B 2 (1636). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - G.-A. Ernen, B 19 (1714). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Saas-Balen, B 4 (1606), B 5 (1763). - G.-A. Grächen, B 1 (1553). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 147. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 66. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 29. - Heldner/Bacher/Feliser, a.a.O., S. 26. - F. Schnyder, a.a.O., S. 62. - L. Borter, Ried-Brig, S. 20.



Dieses Verbot suchte man zu umgehen, indem ein Haus verkauft und zur Erstellung eines neuen von der Gemeinde Holz angefordert wurde. Mittels strengen Satzungen und unter Androhung schwerer Strafen sollten ähnliche rechtsmissbräuchliche Handlungen unterbunden werden. Wie in Kerns (OW) und Opfikon (ZH) war es jedem der aus Gemeindeholz Häuser, Scheunen, Ställe oder Speicher erstellt hatte, untersagt, diese zu veräussern<sup>43</sup>. Wer in Bürchen ein Haus ausserhalb der Gemeinde verkaufte, verlor das Holz und wurde mit 20 Sold Busse belegt. Ein gerichtlicher Entscheid verbot Johannes Schmid von Feschel, eine geerbte Hube in Guttet abzubrechen und ausserhalb der Gemeinde wieder zu errichten, es sei denn, er könnte den Beweis erbringen, dass sie mit Privatholz gebaut worden war<sup>44</sup>.

Der Verkauf von Häusern war nicht nur aus rein waldpolizeilichen Vorschriften untersagt, sondern es bestand ein allgemeines Verbot, Häuser an Fremde zu verkaufen, die der Gemeinde hätten zur Last fallen können. Als fremd und auswärtig galt sehr oft ebenfalls der Bewohner des Nachbardorfes oder eines anderen Zenden, wofür das Holzverkaufsverbot als ein gutes Beispiel dasteht<sup>45</sup>.

Im tirolischen Planail war es sogar strengstens verboten, aus gemeinem Holz gefertigte Geräte und Gegenstände ausserhalb der Gemeinde zu verkaufen<sup>46</sup>.

Aus feuer- und baupolizeilichen Gründen unterlagen die Häuser, Dächer und Kamine einer strengen Kontrolle der Gewaltshaber. Jeder Dorfgenosse war verpflichtet, seine Gebäude in tadellosem Zustand zu erhalten, nötige Ausbesserungs- und Instandstellungsarbeiten innert nützlicher Frist auszuführen und die entsprechenden Verordnungen und Anweisungen zu befolgen. Wer in Eischoll wohnte, «debet tenetur et astrinctus est sufficienter et honeste tegere omnia et singula sua edificia»<sup>47</sup>.

Das zum Unterhalt und zur Ausbesserung der Gemächer benötigte Holz, konnte, wie zum Neubau von Gebäuden, von der Gemeinde angefordert werden<sup>49</sup>. In Baltschieder<sup>49</sup> und Turtmann<sup>50</sup> durfte jeder Bürger, «mit

<sup>43</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 211. - L. Borter, Ried-Brig, S. 20. - P. Leumann, a.a.O., S. 61.

<sup>44</sup> S. Furrer, Walliser Geschichte, II, S. 92. - G.-A. Guttet, B 2 (1569).

<sup>45</sup> Zum Hausverkaufsverbot, vide Kap. Verlust des Bürgerrechtes. Der Verkauf von Häusern wurde auch durch das Zugrecht erheblich erschwert, vide Kap. Das Zugrecht.

<sup>46</sup> L. Carlen, Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, Montfort 3/4 1969, S. 343.

<sup>47</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander. - G.-A. Oberems, B 9 (1795). - Jeizinen, (1674) in: F. Schnyder, a.a.O., S. 51. - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - J. Bielander, Brig, S. 398. - L. Meyer, Turtmann, S. 321. - G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>48</sup> Vide Anmerkung 36.

<sup>49</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40.

<sup>50</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 319.





*Wald im Turtmantal, Photo: Oswald Ruppen, Sitten.*

Verwilligung der ganzen Gmeind und Gewaltshaberen» im Steinbruch der Gemeinde für den Eigenbedarf Dachplatten brechen. Dem Begehren eines Munders, um Schindeln oder «tachlatten» oder um Holz für eine Decke — im Volksmund «welbi» genannt — sollte stattgegeben werden<sup>51</sup>.

### 3.1.3. Zaunholz

Jene Gemeinder, deren Güter an Strassen, Allmenden, Alpen, Wälder, Eyen und Abgründe grenzten, waren verpflichtet, damit niemandem Schaden entstehen konnte, ihre Güter einzuzäunen, ansonsten sie für den eingetretenen Schaden einstehen mussten<sup>52</sup>. Das Holz durften sie im allgemeinen, nach eingeholter Erlaubnis, im Gemeindewald schlagen. In Reckingen sollte keiner «abhouden gryen latten, weder thannin noch lerchin zum zunen... sunders ein jeder zu haag holtzes mangelbar ist soll grosses thanins holtz houwen und das zu latten spalten»<sup>53</sup>. Niedergampel<sup>54</sup> gestattete seinen Burgern kein Holz und keine Äste, wohl aber die Dornen aus den Gemeindeeyen, während Gampel das Holz im ganzen Gemeindefeld zum Zäunen erlaubte<sup>55</sup>.

### 3.1.4. Brennholz

Der tägliche, monatliche und jährliche Bedarf an Brennholz zum Heizen und zum Kochen wurde durch das Losholz oder das gesammelte dürre und abgefallene Holz zum grössten Teil gedeckt. Dem Bedürftigen wurde ohne weiteres, mit Erlaubnis der Bannvögte gestattet, zusätzliches Brennholz, dürre und ausgehöhlte Bäume und Äste zu schlagen und Wurzelstöcke auszugraben<sup>56</sup>.

<sup>51</sup> B. Truffer, a.a.O., S. 62.

<sup>52</sup> G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - G.-A. Zeneggen, B 1 (1586). - G.-A. Guttet, B 5 (1669). - StAS, Inventar, Ergisch, B 3 (1555).

<sup>53</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - Zum Unterschied und zu den Arten von Hagen und Zäunen und deren Bedeutung als Grenzzeichen, vgl. J. Bielander, Grenzen und Grenzzeichen im Wallis, Vallesia IX (1954), S. 271-288.

<sup>54</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 213 f.

<sup>55</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 62. - Holz zum Zäunen, vgl. auch G.-A. Münster, B 4 (1551), B 10 (1601). - G.-A. Ernen, B 19 (1714). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - L. Meyer, Turtnann, S. 319.

<sup>56</sup> G.-A. Geschinen, B 3 (1646). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558, 1578. - Vgl. A. Briw, Reckingen, S. 50. - G.-A. Ritzingen, B 1 (1539). - P. Jossen, a.a.O., S. 25 ff. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 244. - u.a.

### 3.2. Sträuchernutzung

Es ist vor auszuschicken, dass die Bauernzünfte und die Waldreglemente meistens nur von Holz sprechen, ohne zwischen Bäumen und Sträuchern zu differenzieren, oder es galten die Satzungen sowohl für das grosse, (Bäume) als auch für das kleine (Sträucher, Gebüsch) Holz, für «*aliqua ligna tam parva quam magna*.» Häufig ist die Rede von Kleinholz oder Sträuchern, im Volksmund «gruenholtz» genannt.

Wir können uns daher auf einige wenige Ausführungen beschränken und auf das bei der Holznutzung Gesagte verweisen.

Im Gegensatz zum Holz wurden Sträucher kaum zu Bauzwecken gebraucht, fanden jedoch Verwendung beim Erstellen von Zäunen<sup>57</sup> oder bei der Anfertigung von Geräten und Werkzeugen für Haus und Hof, für die Land- und Viehwirtschaft.

Eine grosse Bedeutung pflegte man den Sträuchern, dem Gebüsch und den Bäumen — meist waren es Erlen oder Birken — entlang der Flussläufe beizumessen. Diesen Buschwald bezeichnete man als Eye oder «Wildi». Die Eyen stellten ein sumpfiges, mit üppigem Gras überwuchertes Gebiet dar und bildeten einen natürlichen Damm und somit Schutz gegen Überschwemmungen. Wegen dieser Schutz- und Sicherungsfunktion wurde in den Eyen nur ein beschränkter Holzschlag an Bäumen und Sträuchern gestattet<sup>58</sup>. Häufig schlossen sich die Eyennutzungsberechtigten zu Geteilschaften zusammen, wie das Beispiel Brigerbad zeigt<sup>59</sup>.

Das Laub der Sträucher wurde dem Vieh verfüttert.

### 3.3. Streunutzung

Als Streu bezeichnet man die abgefallenen, dürren Nadeln der Nadelbäume. Streu und Laub wurden vom Bauer in den Wäldern gesammelt und in «Christüchern» oder Körben auf den Hof getragen, wo sie im Stall zur Trocknung oder im Acker als Dünger Verwendung fanden. Ob es auch im Wallis als Füllung für die Laubsäcke in den Betten diente, wie in Graubünden, ist uns unbekannt<sup>60</sup>.

Rechtserheblich war, ob dürre oder grüne Nadeln, dürres oder saftiges Laub gesammelt wurde, mit anderen Worten, ob das Laub und die Na-

<sup>57</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 62. - P. Jossen, a.a.O., S. 213 f.

<sup>58</sup> L. Meyer, Turttmann, S. 319. - P. Jossen, a.a.O., S. 213 f. - L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 30. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 211. - B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>59</sup> P. Jossen, Brigerbad, Brig 1972.

<sup>60</sup> R. Weiss, a.a.O., S. 31.

deln ab den Bäumen oder vom Boden genommen wurden. Wer ab einem Baum Laub und Nadeln nahm, wurde im allgemeinen schwer bestraft, wohingegen das Sammeln vom Boden meistens gestattet war<sup>61</sup>.

Das Sammeln von Laub und Nadeln wurde im Volksmund «Chrissu oder Krissen» genannt und war, wie dies die Satzungen von Visp ausdrücklich festhielten, den Burgern und keinem anderen gestattet<sup>62</sup>. In Fiesch durfte niemand vor der Messfeier «schaben noch lauben»<sup>63</sup>.

Nicht selten finden wir in den Bauernzünften das Verbot irgendeine Arbeit vor der Messe zu verrichten oder einem Vergnügen nachzugehen. Es sind dies teils rein sittenpolizeiliche Vorschriften, teils zeigt sich der grosse Einfluss, den die Kirche auf das Leben im Dorf hatte.

### 3.4. Harzgewinnung

Das für die Wälder schädliche Anzapfen der Bäume zur Gewinnung von Harz, im Volksmund genannt «Letschina oder Lertschina bohren» stand im Wallis zeitweise hoch in Blüte. Allein im Zenden Visp schlugen im Jahre 1588 mehr als 60 Lärchenbohrer den Bäumen Wunden, um ihnen den begehrten Saft zu entziehen<sup>64</sup>.

Das Lärchenbohren war generell verboten und wurde nur mit Erlaubnis der Gemeinde gestattet<sup>65</sup>. Im Jahre 1587 pachteten Johannes Mageran von Leuk, der Vater des berühmten Michael Mageran (Landeshauptmann von 1631—1638) und der in Leuk ansässige Arzt Zacharias de Girardis für 6 Jahre die Wälder der Gemeinde Ulrichen zum Letschina bohren<sup>66</sup>. In Ganter war im Jahre 1611 der Italiener Anton Gubernor tätig<sup>67</sup>, während Mörel, Filet und Bister 1716 Rabelliert aus Valanzasca für 20 Jahre ihre Wälder verpachteten und 1736 den Vertrag um 20 Jahre verlängerten<sup>68</sup>. Erstmals wurde 1597 den Gebrüdern Pozzo aus Domodossola ein Ausfuhrmonopol für Italien verliehen. Später wurde das Monopol auf die gesamte Ausfuhr und sogar die Harzge-

<sup>61</sup> L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>62</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727). - G.-A. Saas-Balen, B 3 (1575), B 4 (1606), B 5 (1763). - Jeizinen 1674 in: F. Schnyder, a.a.O., S. 51. - StAS. Inventar, Salgesch, B 2 (1575). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22. - L. Borter, Ried-Brig, S. 21. - B. Truffer, a.a.O., S. 57.

<sup>63</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22.

<sup>64</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 29.

<sup>65</sup> Alpen 1546, Abschrift J. Bielerander. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 163.

<sup>66</sup> H.A. von Roten, Die Landeshauptmänner von Wallis, BWG XV/1 (1969/70), S. 49.

<sup>67</sup> D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 83.

<sup>68</sup> P. Arnold, a.a.O., S. 163.

winnung ausgedehnt und in die Hände der Salzpächter (Mageran, Stockalper) gelegt, die oftmals Italiener mit der Harzgewinnung betrauten<sup>69</sup>.

Es erweckt den Anschein, dass die Walliser selber dieses «Gewerbe» selten ausübten, obwohl sie gegenüber jedem Auswärtigen ein Vorrecht hatten. Der Landrat ging im Jahre 1577 sogar so weit, dass er jedem Landsmann gegenüber einem Fremden, der einen Wald zum Bohren gekauft hatte, gegen Erstattung des ausgegebenen Geldes, das Zugrecht einräumte<sup>70</sup>.

Das brutal gewonnene Harz wurde auf gefährliche Weise in den Wäldern auf dem Feuer ausgetrocknet, und fand, für pharmazeutische und andere gewerbliche Zwecke bestimmt, seinen Weg nach Italien und Frankreich.

Das Harz, das sich zu 70 % aus Kolophonium (Geigenharz), 20 % Terpentinöl und 10 % Wasser und anderen Stoffen zusammensetzt, diente den Wallisern als Seife und beleuchtete, als eine Art Talgkerze bis zum Aufkommen der Petroleumlampe ihre Wohnungen. Es fand auch zu Heilzwecken und als Schuhmacherharz Verwendung<sup>71</sup>.

Obwohl Sebastian Münster bereits im Jahre 1544 schrieb, das Holz verliere durch das Lärchenbohren «sein Geschmack und seine Stercke»<sup>72</sup> und der Landrat im Jahre 1577 richtig erkannte, dass «eine Lärch, daraus die Lertschinen gezogen, welche des Boums, glych das Geblüt des Menschen, Nahrung und Uffenthalt ist, villicht und mee dan umb das halb minder lang bestan thut»<sup>73</sup>, hatte ein Bohrverbot kaum eine Wirkung. Wiederholt hatte der Landrat das Letschina bohren verboten, doch erst die Chemie des 18. und 19. Jahrhunderts brachte dem Wald Befreiung und Frieden<sup>74</sup>.

Während heute noch in Südfrankreich und anderen Mittelmeerländern Kiefernbestände zur Harzgewinnung angezapft werden<sup>75</sup>, wissen viele Walliser nicht mehr, was ein Letschinabohrer war.

### 3.5. Weidgang

Der Wald bildete als Allmend einen nicht unbedeutenden Teil der Viehweide, namentlich für Ziegen, Schafe und Schweine. Auf die Allmend-

<sup>69</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 29.

<sup>70</sup> Heusler, RQ, Nr. 191, S. 71.

<sup>71</sup> H. Dorsaz, a.a.O., S. 22 ff. - A. Dubois, a.a.O., S. 29 f.

<sup>72</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 163.

<sup>73</sup> Heusler, RQ, Nr. 191, S. 71.

<sup>74</sup> Heusler, RQ, Nr. 191, 192, 193, S. 71. - H. Dorsaz, a.a.O., S. 24.

<sup>75</sup> W. Kümmerly, a.a.O., S. 196.

und Waldnutzung wird hier nicht eingegangen, sondern auf das Kapitel der Viehwirtschaft und Allmendnutzung verwiesen. Das Schmalvieh wurde zum Abweiden des Grases in die Wälder getrieben. Es machte sich auch an Sträucher, Gebüsch und junge Bäume heran, die es manchmal kahlfrass, junge Zweige und Kronen ebensowenig verschonte und so dem Wald nicht wiedergutmachbare Schäden zufügte.

### 3.6. Jagd

Das Wallis war, wie die Chronisten uns berichten, reich an Wild<sup>76</sup>, dessen Fleisch ebenso begehrt war wie die Felle. Gejagt wurden hauptsächlich Hirsche, Rehe, Gemsen, Steinböcke, Hasen, Marder, Urhähne, Geier, Fasane, Reb-, Stein- und Haselhühner, Murmeltiere und gelegentlich Bären und Wölfe<sup>77</sup>.

Jeder Bürger durfte nicht zu beliebiger Zeit auf Jagd gehen, sondern war verpflichtet, die Jagdzeiten und Verordnungen einzuhalten. Die Jagd, die in den Wäldern, auf den Alpen und im ganzen Gemeindegebiet stattfand, war gemäss Landratsbeschluss vom Jahre 1536 vom St. Jakobstag (25. Juli) bis Fastnachten gestattet<sup>78</sup>. Während der strengen Wintermonate war die Jagd gefährlich und oft unmöglich, so dass der Spätsommer und Herbst zum Jagen übrig blieben.

Steinböcke, Hirsche und der Goldene Helbling wurden wiederholt unter Bann gestellt, «damit solch Edewild nicht verjagt und vertrieben werde.»

Der Wilderer wurde mit einer Busse von 60—100 Pfund bestraft und verlor seine Beute an den Ortsrichter. Im Jahre 1556 beschloss der Landrat, die Hochwildjagd für 3 Jahre zu verbieten<sup>79</sup>.

Die Bauernzünfte und eigentliche Murmeltierstatuten regelten die «Murmendenjagd». Diese Tiere, die im Saaser Statut von 1573 «eine Gabe der göttlichen Freigebigkeit» genannt wurden, durften erst erlegt werden, wenn die Gemeinde die Erlaubnis erteilt hatte<sup>80</sup>. Während in

<sup>76</sup> A. Gattlen, a.a.O., S. 123 ff. - A. Dubois, a.a.O., S. 19.

<sup>77</sup> B.-A. Zermatt, BB 2 (1555). - Vgl. L. Meyer, Zermatt, S. 265. - Heusler, RQ, S. 46, 58. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 190 ff. - A. Gattlen, a.a.O., S. 128.

<sup>78</sup> Heusler, RQ, Nr. 98, S. 58.

<sup>79</sup> Heusler, RQ, Nr. 99 ff, S. 58.

<sup>80</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Törbel, S. 29. - B.-A. Zermatt, BB 2 (1555), BB 3 (1571), G 1 (1790). - Vgl. Heusler, RQ, S. 377. - L. Meyer, Zermatt, S. 257, 265. - P.J. Ruppen, Chronik des Thales Saas, Visp, 1945, S. 37. - Heusler, RQ, Nr. 406, S. 110.

Töbel der Frevler mit 1 rheinischen Gulden gebüsst wurde, verhängte Zermatt die massive Strafe von 12 Pfund<sup>81</sup>. In Frutigen, wo ähnliche Satzungen bestanden, wurde der Rechtsbrecher mit 5 Pfund gebüsst<sup>82</sup>.

## 4. BESCHRÄNKUNGEN

### 4.1. Bannwälder

Schon früh hatten die Bauern die Rolle des Waldes als natürlichen Schutzwall gegen Lawinen, Steinschlag und Erdrutsche erkannt. Sie legten verschiedene Wälder in den Bann und erliessen, wie 1569 in Glurigen, «zur schirmung ihres dorfs und gieteren so dort liegen under ihrem gemeinen Banwald» strenge Wald- und Nutzungsreglemente<sup>83</sup>.

Verschiedentlich wurden nicht nur die, oberhalb der Dörfer gelegenen, sondern sämtliche Wälder einer Gemeinde, unabhängig von Lage und Ausdehnung, in den Bann geschlagen<sup>84</sup>. Zum Unterhalt der Gestler Rotenbrücke legten die Gemeinden Gesteln, Gestelnberg, Steg, Brunnen, Ried und Oberhäusern den ihnen gemeinsam gehörenden Riederwald in Bann<sup>85</sup>.

Bannwälder zum Schutze von Dörfern, Gebäuden, Menschen und Vieh, besaßen die meisten Alpengebiete. Ausführliche Bannwaldreglemente finden sich auch im Simmental<sup>86</sup>, in Frutigen<sup>87</sup> und im Tirol, wo im Guldawald bei Aschau «alles holz im pann ligen soll»<sup>88</sup>. In Graubünden pflegte man die Wälder in der Nähe der Dörfer zu schonen<sup>89</sup>.

<sup>81</sup> Vide Anmerkung 80.

<sup>82</sup> *H. Rennefahrt*, Das Statutarrecht der Landschaft Frutigen, in: Die Rechtsquellen des Kantons Bern, Aarau 1937, S. 260. (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen).

<sup>83</sup> G.-A. Glurigen, B 26 (1569). - Vgl. G.-A. Ritzingen, B 1 (1539). - G.-A. Geschinen, B 4 (1668). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - *D. Imesch*, Naters, S. 130.

<sup>84</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - Vgl. *A. Briw*, Reckingen, S. 50. - *L. Bortler*, Ried-Brig, S. 20.

<sup>85</sup> *J. Siegen*, Gemeinde und Priorat Niedergesteln, S. 462.

<sup>86</sup> *L.S. von Tschanner*, Das Statutarrecht des Simmentales, in: Die Rechtsquellen des Kantons Bern, I, 1. Halbband, Aarau 1912, S. 201; und 2. Halbband, Aarau 1914, S. 63. (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen).

<sup>87</sup> *H. Rennefahrt*, Frutigen, S. 198, 260, 310.

<sup>88</sup> *L. Carlen*, Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, S. 342.

<sup>89</sup> *P. Liver*, Die Wirtschafts- und Rechtsgeschichte des Heinzenbergs im 15., 16. und 17. Jahrhundert, mit besonderer Berücksichtigung der Alpen, Maiensässe und Allmenden, in: Abhandlungen zur Rechtsgeschichte, Chur 1970, S. 63. - Vgl. *K.S. Bader*, Das Dorf, II, S. 126.



Die Grenzen der Bannwälder wurden, wie in Ulrichen<sup>90</sup>, Reckingen<sup>91</sup> und Münster<sup>92</sup> genauestens umschrieben, und damit keiner sich wegen Unkenntnis entschuldigen konnte, in der Kirche verkündet.

Die Bannwälder unterlagen äusserst strengen Reglementen und waren von jeglicher Nutzung ausgeschlossen. Niemand, weder geistlichen noch weltlichen Standes, weder Frau noch Mann, weder jung noch alt, durfte unter Strafe aus den Bannwäldern Holz, weder stehendes noch liegendes, grosses noch kleines, Stöcke noch Äste oder «Chriss», dürres noch grünes abhauen, wegtragen, fortführen oder verkaufen. Mit etwas abgeändertem Wortlaut findet sich dieses allgemeine und umfassende Verbot in sämtlichen Bauernzünften und Waldreglementen.

Dieses Verbot, in den Bannwäldern weder Holz zu hauen, noch zu sammeln, weder zu «schaben» noch zu «lauben» wurde gemildert durch den Zusatz «absque licentia et consensu dicte communitatis», «sine scitu et voluntate eiusdem eorum communitatis nec suorum procuratorum», «absque scitu et licentia procuratorum ipsius communitatis», «on gunst willen und vorwissen der dorflütten und gewaltshaberen» oder ganz allgemein «ohne Wissen und Willen der Gemeinde».

Dieser Zusatz ermöglichte den Vorstehern, mit oder ohne Zustimmung der Dorfgenossen, einem Bittsteller im Falle der Not und Bedürftigkeit, etwa nach Verlust von Haus oder Stall durch ein Unglück, ein bestimmtes Quantum Holz zu gestatten. In Reckingen durften die vier Gewaltshaber niemandem aus den Bannwäldern Holz geben, ohne mit den Dorfleuten die Angelegenheit besprochen zu haben<sup>93</sup>. In Altikon (ZH) hatte jeder Bürger, dessen Haus einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen war, Anspruch auf Zuweisung von Bauholz<sup>94</sup>.

#### 4.2. Übrige Wälder

War in den Bannwäldern jede Aneignung von Holz, Gras, Gebüsch und «Chriss» und jede Nutzung strengstens verboten, bestanden für die anderen Wälder mildere Verordnungen. Jeder Bürger durfte in den gemeinen Wäldern dürres, herrenloses Holz, gross oder klein, Äste oder Stauden aufheben und abgefallene Nadeln und Laub sammeln<sup>95</sup>.

<sup>90</sup> G.-A. Ulrichen, B 1 (1545).

<sup>91</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578.

<sup>92</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540), B 4 (1551), B 10 (1601).

<sup>93</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558.

<sup>94</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 126.

<sup>95</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 23. - D. Imesch, Naters, S. 129. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 211. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 147.

Mit der Zeit wurde das Verbot, wie es für die Bannwälder unumschränkt Geltung hatte, teils auf die übrigen Wälder ausgedehnt. Wer Bau- oder Brennholz benötigte, hatte ein entsprechendes Gesuch an die Behörden zu richten; niemand durfte ohne Einwilligung der Behörden Bäume, Äste oder Sträucher hauen.

Die Waldreglemente der einzelnen Gemeinden enthielten ungewöhnliche und interessante Verbote, die meistens durch den Zusatz «nicht ohne Wissen und Willen der Gewalthaber und der Dorfleute» abgeschwächt wurden.

Reckingen gestattete nicht überall das Hauen von Holz für «Schlittkuchen» (Kufen der Schlitten), sondern sah einen bestimmten Waldabschnitt vor<sup>96</sup>. In Ulrichen war es untersagt, Holz zum Anheizen — in der Volkssprache Anzeihen — des Backofens aus den gemeinen Wäldern zu beziehen. Wer im Kehr den Ofen — man pflegte alle zwei Monate Brot zu backen — anzuheizen verpflichtet war, musste eigenes Brennholz benutzen<sup>97</sup>. Am Vorabend des Fronleichnamfestes durfte in Münster weder Holz gefällt noch Gras gemäht werden<sup>98</sup>.

Stöcke und Stäbe, womit die Jäger ihre Netze befestigten, sowie für Wasserleitungen und Kännel bestimmtes Holz zu entwenden, wurde in Mund unter Busse gestellt<sup>99</sup>. Im ganzen Gebiet von Alpen war nicht erlaubt, ohne Erlaubnis ausgehöhlte Bäume (Rohnen) oder Wurzelstöcke (Tromylygen) auszugraben oder zu schlagen, noch mit der Axt Äste abzuheizen, die vom Erdboden aus unerreichbar waren<sup>100</sup>. Termen, Ried-Brig und Jeizinen untersagten das Sammeln von grünen oder durren Nadeln und Blättern von den Bäumen; nur das «Chriss» auf dem Waldboden durfte mit einem Rechen eingesammelt werden. Ried-Brig betonte das Verbot, Birken «z'lauben» mit Nachdruck<sup>101</sup>.

Das für die Bäume schädliche Entrinden, im Volksmund genannt «usmachen» oder «schwenten» wurde vielerorts unter Strafe gestellt, ebenso das aus den Stämmen Schneiden von Späne, im Volksmund genannt «Lichtholz» (in Mund: holtzliecht?). Dieses harzhaltige Holz war begehrt als Brennholz<sup>102</sup>.

Die Eyen der Flussufer und Flusssämme wurden auf Grund der Bedeutung als natürlicher Schutzwall gegen Hochwasser und Überschwem-

<sup>96</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578.

<sup>97</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 211.

<sup>98</sup> *G.-A. Münster*, B 2 (1540).

<sup>99</sup> *B. Truffer*, a.a.O., S. 55.

<sup>100</sup> *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 66.

<sup>101</sup> *L. Borter*, Ried-Brig, S. 20 ff. - *L. Borter*, Simplonnordhang, S. 611 ff. - *F. Schnyder*, a.a.O., S. 52.

<sup>102</sup> *B. Truffer*, a.a.O., S. 57. - *L. Borter*, Simplonnordhang, S. 611 ff.

mungen, unter besonderen Schutz gestellt. Kein Bürger noch Einwohner durfte in den Eyen von Visp Laub sammeln und Rinder, Kleinvieh oder Schweine weiden<sup>103</sup>. Ähnliche Satzungen finden sich in Münster<sup>104</sup>, Ulrichen<sup>105</sup>, Turtmann<sup>106</sup>, Niedergampel<sup>107</sup> und anderen Orten entlang der Flussläufe. Es scheint, dass, anders als bei den übrigen Wäldern, für die Eyen keine Ausnahmegewilligungen irgendeiner Art gegeben wurden. Besondere Aufmerksamkeit pflegte man den jungen Wäldern zu schenken. Der Waldvogt sollte «sorg hann, das darin niemandt nütt houwe weder klein noch gross, weder dirr noch krum auch nütt dannen thuoge weder gehüwes noch gefalles»<sup>108</sup>.

## 5. WALDVÖGTE

Die Waldvögte — auch Waldhüter, Waldpfader, Bannwarte, custodes oder pignoroires genannt — wurden jährlich oder alle zwei Jahre vom Volk gewählt oder von den Gemeindevorstehern eingesetzt. Sie mussten schwören, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, über die Einhaltung der Verordnungen zu wachen und die Waldfrevler und Schuldigen zu bestrafen, zu pfänden und zu büssen.

## 6. SANKTIONEN

Die Bauernzünfte und die Waldreglemente der verschiedenen Gemeinden führten die gleichen oder ähnliche Straftatbestände auf, setzten jedoch ein unterschiedliches Strafmass, das von Geldbussen bis zum Bürgerrechtsentzug reichte, fest. Die Strafe war nicht allein Vergeltung für ein rechtswidriges Verhalten, ihr kam auch abschreckende Wirkung zu. Mit Strafe bedroht wurde jede widerrechtliche, die Waldreglemente verletzende Handlung, namentlich jegliches Schlagen und Hauen von grünem oder dürrer Holz, Bäumen oder Sträuchern, das Sammeln von herumliegendem Holz, von Laub, Nadeln und Gras und das Weiden von Tieren in den Bannwäldern. In den übrigen Wäldern war der Tatbestand derselbe, abgesehen von dem allgemeinen Sammelrecht von dürrer Holz, Laub und Nadeln.

<sup>103</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>104</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540).

<sup>105</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 211.

<sup>106</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 319.

<sup>107</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 213 f.

<sup>108</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - P. Jossen, a.a.O., S. 29.

Jeder Nutzungsberechtigte war verpflichtet, sein gefälltes Holz mit dem Hauszeichen zu versehen. Wer hierin säumig war und ungezeichnetes Holz aus dem Walde führte, oder wer das Holzzeichen eines anderen wegkratzte und sein eigenes einbrannte, wurde bestraft<sup>109</sup>.

Streng wurde darauf geachtet, dass ein Berechtigter nicht mehr Holz, als ihm erlaubt war schlug. Der Frevler verlor das Holz und wurde von den Waldvögten gebüsst<sup>110</sup>.

Wer Holz zu einem anderen Zwecke gebrauchte, als es ihm gestattet wurde, wer Bauholz oder Zaunholz als Brennholz verwendete oder das Holz sowie mit Gemeinholz errichtete Gebäude verkaufte, verlor das Holz und verfiel einer Busse<sup>111</sup>.

Neben der Konfiskation des Holzes durch die Gemeinde, wurde dem Frevler eine Busse, in der Regel zwischen 4 Plaphart und 4 Pfund pro Stock auferlegt<sup>112</sup>. In Gampel wurden für ein Schlitten Holz 10 Batzen verlangt<sup>113</sup>, in Niedergampel für ein Tuch Laub 5 Schilling<sup>114</sup>. Wer im Walde oberhalb des Dorfes Geschinen Holz schlug, verfiel einer Busse von 30 Pfund<sup>115</sup>, wer Holz aus dem Freigericht Wald ausführte, einer Busse von 25 Pfund<sup>116</sup>. In Ulrichen musste der Frevler, gleichgültig ob er sich Holz oder Sträucher aneignete, zur Busse ein Lagel Wein bezahlen<sup>117</sup>.

Die eingezogene Busse kam der Gemeinde oder wie in Zermatt teils der Gemeinde und teils dem Richter oder teils dem Anzeiger zugute<sup>118</sup>, es bestand nämlich eine allgemeine Anzeigepflicht<sup>119</sup>.

---

<sup>109</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - *B. Truffer*, a.a.O., S. 58.

<sup>110</sup> G.-A. Ritzingen, B 1 (1539). - *B. Truffer*, a.a.O., S. 62.

<sup>111</sup> G.-A. Ernen, B 19 (1714). - *B. Truffer*, a.a.O., S. 62. - Zum Holzverkauf vide Anmerkung 42.

<sup>112</sup> G.-A. Ritzingen, B 1 (1538): 8 Plaphart bis 1 Pfund. - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. *Heusler*, RQ, S. 376: 3 oder 4 Pfund. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470): 4 Ambrosianer für Tannen, 8 Ambrosianer für Lärchen. - G.-A. Grächen, B 1 (1553): 10 Schilling. - AGVO. S 32-35, Reckingen 1547, 1558, 1578: 1 Krone. - G.-A. Glurigen, B 26 (1569): 1 Pfund. - G.-A. Oberwald, B 2 (1636): 1 Pfund. - G.-A. Münster, B 2 (1540): 8 Plaphart, 6 Gross, 1 Gulden, 1 Pfund. - G.-A. Ernen, B 19 (1714): 1 Krone bis 3 Pfund. - G.-A. Stalden, B 1 (1589): 1 Pfund. - G.-A. Albinen, B 6 (1552): 10 Schilling.

<sup>113</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 62.

<sup>114</sup> *P. Jossen*, a.a.O., S. 214.

<sup>115</sup> G.-A. Geschinen, B 4 (1668).

<sup>116</sup> *P. Arnold*, Simplon, S. 244.

<sup>117</sup> *L. Carlen*, Der Wein im Oberwallis, S. 30. - *L. Carlen*, Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, S. 342. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 151.

<sup>118</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. *Heusler*, RQ, S. 376.

<sup>119</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - *L. Borter*, Ried-Brig, S. 19. - Vgl. Kap. Politische Rechte und Kap. Hilfeleistung.

Äusserst streng, nämlich mit dem Verlust des Bürgerrechtes wurde in Naters<sup>120</sup> und Saas Balen<sup>121</sup> der Verkauf von Holz oder «Chriss» ausserhalb der Gemeinde geahndet, was die Bedeutung unterstreicht, die man dem Holz und den Wäldern beizumessen pflegte.

#### IV. Innere Allmend

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, unterscheidet die herrschende Literatur zwischen äusserer und innerer Allmend. Letztere umfasste sämtliche, innerhalb des Etters gelegene gemeinsamen Wege, Stege, Strassen, Gassen, Plätze, Brunnen, Bäche und Wasserfuhren sowie die dem Allgemeinwohl dienenden, von allen Dorfbewohnern benutzten und im Gemeinwerk erstellten Sägen, Mühlen, Gemeinde-, Schul-, Back- und Waschkhäuser.

Es stellen sich in bezug auf die Benützung der Sachen im Gemeinge-  
brauch die Fragen, ob die Einwohner, die ordnungsgemäss niedergelas-  
senen Nichtbürger, den Bürgern gleichgestellt waren, ob den Bürgern ge-  
wisse Privilegien zustanden und ob der Anspruch auf diese Art Nutzung  
typischer Inhalt des Bürgerrechtes war.

Wie wir gesehen haben, erlangten die Nichtbürger gegen Erstattung ge-  
wisser Gebühren ein Recht auf die Benutzung der Allmenden und auf  
den Bezug von Holz aus den Bürgerwäldern.

Die Benutzung der inneren Allmend bildete unseres Erachtens nicht  
einen typischen Inhalt des Bürgerrechtes. Die Ortsrechte richteten sich  
betreffend die Sachen im Gemeingebruch ebenfalls an die Einwohner.  
So finden sich in den Urkunden die Ausdrücke: «Es soll kein burger  
noch andere», «welcher da wäre», «quod nulli» oder einfach «Wer»<sup>1</sup>. Es  
ist auch darauf hinzuweisen, dass die Nichtbürger jährlich zu Steuerab-  
gaben verpflichtet wurden, die, wie L. Carlen für einige Gemeinden des  
Goms nachweisen kann, zwischen ein und vier Pfund betrugen<sup>2</sup>.

Obwohl sich die Bauernzünfte, abgesehen von polizeilichen Ordnungen,  
wenig mit der inneren Allmend befassten, fällt auf, dass den Bürgern  
eine privilegierte Stellung zukam. Während der Metzger der Burgschaft

<sup>120</sup> D. Imesch, Naters, S. 63.

<sup>121</sup> G.-A. Saas-Balen, B 4 (1606).

<sup>1</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - B.-A. Visp, BB 3 (1727). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531).

<sup>2</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 227.

Brig «das fleisch bey kleinem, oder grossem ausgeben, Undt zuvor oder vorerst keim andren alss den burgeren»<sup>3</sup>, genossen die Burger auf der Säge von Visp und von Reckingen ein Vorrecht<sup>4</sup>. In der Reckinger Bauernzunft vom Jahre 1547 lesen wir, dass niemand, unter Verlust seiner Rechte am Backhaus, für einen Nichtburger backen durfte<sup>5</sup>.

## 1. GEWERBEPRIVILEGIEN DER BÜRGER

Verschiedentlich haben wir auf die Fremdenfeindlichkeit des ausgehenden Mittelalters verwiesen, die in der Unruhe der Zeit, den Kriegen und Fehden, dem Misstrauen allem Fremden gegenüber und in dem Bestreben, den Kreis der Dorfbewohner klein und die Güter in eigenen Händen zu halten wurzelte. Den Fremden wurde die Niederlassung im Dorfe durch Vorschriften und durch das auf der Allmendnutzung beruhende Wirtschaftssystem erheblich erschwert. Diese allgemeine Zeiterscheinung gipfelte im Verbot, Fremden auch nur vorübergehend Herberge zu gewähren, es sei denn, die übrigen Dorfbewohner gäben ihr Einverständnis<sup>6</sup>.

Aus diesem Zeitgeist heraus sind die auf das Erwerbsleben gerichteten Privilegien der Bürger und die Gewerbebeschränkungen für Nichtbürger zu verstehen. Besonders in grösseren Ortschaften fanden sich Gewerbebeschränkungen. In der Stadt Brig trachtete man den Wirteberuf den Bürgern vorzubehalten, von denen jedoch ein guter Leumund verlangt wurde<sup>7</sup>. Die Wirte des Zenden Brig mussten im 17. Jahrhundert dem Grosskastlan geloben, die Satzungen betreffend das Gastrecht einzuhalten und Zendenleute wie Fremde (das 17. Jahrhundert war fremdenfreundlicher) gebührend aufzunehmen und zu bewirten<sup>8</sup>.

In Ernen, Brig, Visp und Leuk pflegte man Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auf dem Wochenmarkt feilzubieten. Auf dem Wo-

<sup>3</sup> J. Bieler, Brig, S. 398. - L. Carlen, Brig, S. 24.

<sup>4</sup> StAS. Inventar, Visp BB 2 (1511). - A. Briw, Reckingen, S. 53.

<sup>5</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1547.

<sup>6</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Ernen, B 4 (1577). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - A. Briw, Reckingen, S. 49. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 196, 230. - Ders., Brig, S. 25. - J. Bieler, Brig, S. 404. - L. Bortler, Ried-Brig, S. 20. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 155. - Zur Rechtsstellung der Fremden im Wallis, vgl. L. Carlen, Zum Fremdenrecht im Wallis. - Ders., Die Rechtsstellung der Fremden in der Landschaft Wallis. - Zur Rechtsstellung der Fremden in anderen Kantonen, vgl. die unter Anmerkung Nr. 83 des Kapitels Bürgerrechtsverlust aufgeführte Literatur.

<sup>7</sup> J. Bieler, Brig, S. 392. - L. Carlen, Brig, S. 24.

<sup>8</sup> D. Imesch, Die Wirte des Zenden Brig im Jahre 1652, BWG III/2 (1903), S. 183.

chenmarkt von Brig, der «von ye alter har in einer burgschaft Bryg... ist ghalten worden zu nutz und grosser Wollfart»<sup>9</sup> war vorerst den Burgern ein Stand und dann erst den fremden Händlern und Krämern ein Platz zuzuweisen<sup>10</sup>.

Auch andernorts, besonders in Städten bestanden Gewerbeprivilegien, denken wir nur an die einflussreichen und mächtigen Zünfte. In der Stadt Zürich durften seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts nur noch Bürger sich als Handwerksmeister betätigen. Sogar auf dem Lande bestanden zugunsten der Stadtbürger gewisse Vorrechte, so im Gold-, Silber- und Kupferschmiedehandwerk<sup>11</sup>.

Sah man im Spätmittelalter die Gewerbetreibenden oft mit scheelen Augen an, so vollzog sich mit der Zeit ein Gesinnungswechsel, und es setzte sich die Erkenntnis durch, dass es für die Dorfgemeinde besser sei, Gewerbetreibende im Dorfe zu haben. Vermehrt fanden Nichtburger in Gewerbebetrieben Arbeit. In Visp scheint man im 16. Jahrhundert einen Schmied benötigt zu haben, denn Balthasar Kambler wurde nicht bloss als Einwohner, sondern als Bürger von Visp angenommen, «damit er um so fleissiger sein Handwerk in der Burgerschaft zum Nutzen und Frommen der Burger ausübe»<sup>12</sup>.

Wenden wir uns nun den einzelnen Bereichen der inneren Allmend zu.

## 2. STRASSEN, PLÄTZE, WEGE UND STEGE

Das ländliche Dorf stand in unlösbarer und lebenswichtiger Verbindung mit den ihm zugeteilten Fluren, Feldern, Wäldern und Alpen. Dorf, Feldflur und Allmend bildeten drei Kreise; sie konnten nicht unabhängig voneinander bestehen und waren untereinander durch Wege und Stege verbunden.

Das Wallis war zu allen Zeiten ein klassisches Land der bedeutenden Passverbindungen. Könige und Fürsten suchten hier ihren Einfluss auszudehnen und sich Durchfahrtsrechte zu sichern. Der Fürstbischof von Sitten besass das Regalienrecht über die Landstrassen und zog das Weggeld und den Brückenzoll ein, was oftmals durch die Feudalherren, die dieses Amt gepachtet hatten geschah. Im 15. Jahrhundert trotzten die

<sup>9</sup> D. Imesch, Der Wochenmarkt in Brig, BWG III (1903), S. 179. - L. Carlen, Markt und Marktrecht im Wallis im 16. Jahrhundert, BWG XVII/1 (1974), S. 51-55.

<sup>10</sup> J. Bieler, a.a.O., S. 387. - L. Carlen, Brig, S. 24.

<sup>11</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 87 ff.

<sup>12</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1543). - Vgl. P.-E. Burgener, Burgerschaft Visp, S. 75. - Für Brig, vgl. L. Carlen, Handwerksvereinigungen im alten Brig-Glis, Festschrift Mélanges André Donnet, Sitten 1978.



Gemeinden und die Zenden dieses Recht den Feudalherren ab und übernahmen gleichzeitig die Pflicht zum Unterhalt der Landstrassen. Seither galt der Grundsatz; «dass jeder schuldig ist, in seinem Territorio die Landstrasse zu erhalten». Häufig sah sich die Landschaft gezwungen, den Gemeinden und den Zenden finanziell unter die Arme zu greifen<sup>13</sup>. Neben der Landstrasse — auch Rychsstrasse genannt — dienten unzählige Feld- und Bau-, Fahr- und Fusswege, sowie Strassen und Gassen der Land- und Viehwirtschaft, dem nachbarlichen Verkehr und dem Handel<sup>14</sup>.

Auf den innerhalb des Dorfes angelegten schmalen und engen Strässchen und Gassen wickelte sich ein bedeutender Teil des ländlichen Lebens und der zwischenmenschlichen Beziehungen ab. Mannigfach sind die Polizeiordnungen zur Wahrung von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Selten finden sich in den Ortsrechten, wie in jenen von Visp<sup>15</sup> und Zeneggen<sup>16</sup> Angaben über die Breite und die Linienführung von Strassen und Wegen.

Die dörfliche Ordnung durfte — wohl aus verkehrs-, sicherheits- und feuerpolizeilichen Gründen — durch das Lagern von Holz, Stroh, Heu, Mist, Sand, Schlitten, Wagen und anderen Gebrauchsgegenständen nicht beeinträchtigt werden<sup>17</sup>. Wer in Brig das Holz nicht innerhalb einer Frist von drei Tagen wegräumte, musste mit der Konfiskation desselben rechnen<sup>18</sup>.

Die Statuten von Geschinen<sup>19</sup>, Naters<sup>20</sup>, Niedergesteln<sup>21</sup> und Erschmatt<sup>22</sup> enthalten das Verbot, den Zustand von Strassen, Gassen und Plätzen durch Graben, Zuschütten oder Bauen zu verändern. Wollte jemand in Naters ein an Strassen grenzendes Gebäude errichten,

---

<sup>13</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 116. - B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 81 c, 171 bb-dd, 281 b, 283 f, 287 ee, 291i + 1, 301 c. - Zum Strassenregal, vgl. Georg Robert Wiederkehr, Das freie Geleit, Diss. Zürich 1977, (Wallis S. 139 ff.).

<sup>14</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1558. - Vgl. A. Briw, Reckingen, S. 51. - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - B.-A. Visp, BB 3 (1543). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - J. Bieler, Brig, S. 397-415. - L. Carlen, Brig, S. 24. - D. Imesch, Naters, S. 63. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 212 ff.

<sup>15</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1543).

<sup>16</sup> G.-A. Zeneggen, B 1 (1586). - Ein Pferdeweg sollte ein Klafter, ein Fussweg 1/2 Klafter breit sein.

<sup>17</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727). - J. Bieler, Brig, S. 396. - L. Carlen, Brig, S. 24. - D. Imesch, Naters, S. 63. - K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 116.

<sup>18</sup> J. Bieler, Brig, S. 396 ff. - L. Carlen, Brig, S. 24.

<sup>19</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543).

<sup>20</sup> D. Imesch, a.a.O., S. 63 f.

<sup>21</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 31.

<sup>22</sup> G.-A. Niedergesteln, B 1 (1564).



musste eine unabhängige Kommission bestätigen, dass durch den Bau der Gemeinde kein Schaden entstehe.

Niemandem war es gestattet, das Bord der Wege, die durch das Dorf oder hinaus auf die Felder führten, ohne Erlaubnis mit seinem Vieh abzuweiden, es sei denn, sein Gut grenze an den Weg. Die Statuten von Zeneggen gingen eingehender auf die angrenzenden Güter ein, denn «nulli liceat depascere vias publicas in locis ubi bona cultivata affrontant, nisi is quorum bona dictas vias publicas attingunt; Ita si ab utraque parte aliquis habuerit bona adjucentia, utatur tota via, si tantum ab una parte, medietatem»<sup>23</sup>.

Wie sehr man bemüht war, die Strassen sauber und gepflegt zu halten, geht deutlich aus den Satzungen der Burgerschaft Brig hervor, denn «es soll ein Jeder die gassen Jeder Zeitt sauber, Undt geraumpt Erhalten, domit darin kein Unordnung noch Unkhomlichkeit befunden werde, die gassen aber soll also bescheidenlich fleissig geweschen werden.» In einer anderen Bestimmung lesen wir, «dass in diser Burgschafft Vorthin nyemantss tagss, oder nachtss durch seiness husspfenster aussbrintzle, noch... Unsauberss, noch Ungeschmackss hinaus auff die gassen schitte noch werffe, domit Ehrende Ungeferth Verybergehende.. nit Verunrey-niget, Undt geschendet werden»<sup>24</sup>.

Abschliessend wollen wir noch einen Blick werfen auf die bunte Vielfalt von Wegen innerhalb und ausserhalb des Dorfes.

Eine erstrangige Stellung kam den Bauwegen, die das gesamte System der Zelgenwirtschaft trugen zu. Es waren Wege, die der ordentlichen Bebauung der ländlichen Flur dienten und nicht immer fest angelegt waren, sondern von Jahr zu Jahr eine andere Linienführung aufweisen konnten. Viele Wege tragen selbstredende, den Zweck näher umschreibende Bezeichnungen. So finden wir häufig den Heuweg, der über die Wiesen führt, den Weinbergweg, den Weideweg, den Herdeweg, den Viehtriebweg und den Alpweg erwähnt. Der Dungweg, der über fremde Äcker und Felder führte, durfte in Erschmatt in nassen Zeiten nicht befahren werden<sup>25</sup>. Auf Brunnenwegen und Tränkgassen wurde das Vieh zur Tränke getrieben. Besondere Bedeutung wurde dem Mühleweg beige-messen, sowie dem Kirchweg, der oftmals mehrere Dörfer verband<sup>26</sup> und von jedem Kirchgänger benutzt werden durfte, weshalb hier die starke Bindung an besondere Dorfrechte entfiel. Man pflegte zwischen Fuss-, Fahr- und Karrenweg zu unterscheiden.

<sup>23</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>24</sup> J. Bieler, Brig, S. 415. - Vide Anmerkung Nr. 18.

<sup>25</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 30. - K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 211 ff.

<sup>26</sup> Zu den Pfarreien im Oberwallis, J. Eggs, a.a.O., S. 188 - Iso Müller, a.a.O., S. 57 ff.

Die Strassen und Wege ausserhalb des Dorfes, — abgesehen von der Landstrasse — vor allem die nicht fest angelegten, durften im Gegensatz zu jenen innerhalb des Dorfes nur von Dorfgenossen benutzt werden, die ein wirtschaftliches Interesse daran hatten, d.h. die zur Bebauung ihrer Güter oder zum Besetzen der Allmenden auf ein Wegrecht angewiesen waren. Gewissermassen die Umkehr des eben genannten Interessenprinzips bildete bei der Benutzung der Wege der Grundsatz des geringsten Schadens<sup>27</sup>.

### 3. GEBÄUDE IM GEMEINGEBRAUCH

In den Bauernzunftstatuten finden sich gelegentlich Hinweise auf den Gebrauch und die Nutzung von Sägen, Mühlen und Backhäusern. Diese gehörten im frühen Mittelalter zu den regelmässigen herrschaftlichen Anlagen und wurden bereits in der Karolingerzeit gegen Geldzinse verpachtet. Die gewerbliche Leihe war für die bäuerlich-dörflichen Verhältnisse von grosser Bedeutung, weil diese Gewerbebetriebe mit der bäuerlichen Tagesarbeit in enger Verbindung standen. Vielfach gestatteten die Gesetze dem Grundherren, seine Leute zum Benützen seiner Mühlen und seiner Backöfen zu zwingen. Die Bauern durften nicht zuhause backen<sup>28</sup>.

#### 3.1. Mühlen und Sägen

Als im ausgehenden Mittelalter die Macht der Feudalherren am Schwinden war und die Bürgergemeinde als deren Rechtsnachfolgerin auftrat, gingen viele Sägen, Mühlen, Backöfen und andere Einrichtungen auf sie über. Um den Brotbedarf der Dorfbewohner zu sichern, erliess man Ordnungsvorschriften.

In jedem Dorfe stand eine von der Gemeinde übernommene oder selber erstellte Mühle<sup>29</sup>. Auf die Arten von Mühlen — Papier-, Getreide-, Säge-, Oel- und Pulvermühlen — sowie deren Bauart, Betrieb und Un-

<sup>27</sup> K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 190 ff.

<sup>28</sup> Maria Gross-Cornet, Backöfen, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, I, Sp. 279-280. - K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 35 ff.

<sup>29</sup> E. Stäheli, Bauernmühlen im Wallis, Schweizer Volkskunde XXXXII (1952), S. 59 ff. - A. Roos, Die Gomser Mühlen, in: Kulturzerfall und Zahnverderbnis, Bern/Stuttgart 1962, S. 85 ff. - F.G. Stebler, Am Lötschberg, S. 57. - Ders., Die Vispertäler Sonnenberge, S. 63 f. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 164.

terhalt näher einzutreten, würde den Rahmen unserer Arbeit sprengen, weshalb wir uns mit einem Hinweis auf die Literatur begnügen<sup>30</sup>.

Der Müller wurde entweder für eine bestimmte Amtsdauer gewählt, wobei die Wiederwahl den Normalfall bildete, oder von den Gemeindevorstehern angestellt. Er musste das von den Dorfbewohnern abgelieferte Getreide getreulich mahlen und erhielt den Mahllohn in «Immi»<sup>31</sup> Korn oder Mehl ausbezahlt.

In getreidearmen Gegenden betrieb der Müller oftmals neben der Mühle auch eine Säge und gelegentlich eine Stoffwalke. Wohl die letzte, heute noch benutzte und durch Wasserkraft getriebene Mühle steht in Selkingen und befindet sich in Privatbesitz<sup>32</sup>.

Die Sägereihalter von Visp und Reckingen<sup>33</sup> waren verpflichtet, die Säge gut zu unterhalten, sie nicht an Auswärtige zu veräussern oder zu verpfänden und zuerst das Holz der Bürger und dann jenes der Fremden zu sägen.

### 3.2. Backhäuser

Das Wittgensteiner Landrecht des 17. Jahrhunderts enthält eine Satzung, die aus Gründen des Feuerschutzes nicht jedes Haus einen eigenen Backofen haben lässt, sondern, dass vielmehr mit Rat des Amtsknechtes jede Gemeinde «nach gelegenheit und vielheit der heuser an jedes dorf an eusserlich ortten» je nach Bedürfnis zwei oder drei Backöfen errichten soll<sup>34</sup>.

Ähnlich war es im Wallis. Die einzelnen Häuser besaßen keinen Backofen. In jedem Dorf, Drittel, Viertel oder Weiler standen je nach Bedarf ein oder mehrere Backhäuser<sup>35</sup>. Diese — in anderen deutschsprachigen Regionen finden sich die Ausdrücke «Backküche», «Backofen», «Beckenhaus»<sup>36</sup> — meist einstöckigen, niedrigen, unscheinbaren, teils

<sup>30</sup> K.S. Bader, *Das Dorf*, I, S. 97 f., 121 ff., II, S. 374 ff., III, S. 35 ff. und daselbst aufgeführte Literatur. - R. Keller, *Die wirtschaftliche Entwicklung des schweizerischen Mühlen-Gewerbes aus ält. Zeit bis ca. 1830*, Diss. Bern 1912. - Vide Anm. Nr. 29.

<sup>31</sup> Hölzernes Massgefäß, ca. 15 kg Roggen fassend.

<sup>32</sup> Dem Schicksal der Mühlen sämtlicher Gemeinden des Goms ist A. Roos in einer Studie nachgegangen, vgl. Anmerkung Nr. 29.

<sup>33</sup> L. Carlen, *Gericht und Gemeinde*, S. 193. - Vide Anmerkung Nr. 4.

<sup>34</sup> K.S. Bader, *Das Dorf*, II, S. 374.

<sup>35</sup> F.G. Stebler, *Am Lötschberg*, S. 57. - Ders., *Die Vispertaler Sonnenberge*, S. 64. - A.L. Schnidrig, *Grächen*, S. 25. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 211.

<sup>36</sup> K.S. Bader, *Das Dorf*, II, S. 275, 321. - M. Grass-Cornet, a.a.O., Sp. 279 ff. - Vgl. W. Ruppen, *Das Holzhaus im Walliserdorf*, in: L. Carlen, *Das Holz im Oberwallis*, S. 88 ff. - Zum Haus in den Walsergebieten Graubündens, vgl. Chr. Simonett, *Bauernhäuser des Kantons Graubünden*, Schweiz. Gesellschaft für Volkskunde II B (1965-68).

aus Holz, teils aus Stein errichteten Gebäude nahmen im bäuerlichen Leben eine bevorzugte Stellung ein und gehörten der Gemeinde oder den Geteilschaften.

Man pflegte monatlich oder noch seltener zu backen, wobei die Tätigkeit an sich mehrere Tage in Anspruch nahm. Backberechtigt war, wer auf der «Kehrtessel» eingetragen war und seine «Backtesseln» vorweisen konnte. Die Benutzungsrechte waren erblich und konnten durch Wegzug oder Heirat ausserhalb des Dorfes verwirkt werden, wie aus der Bauernzunft von Reckingen deutlich hervorgeht: «Wan ein Dorffmann abstürbtt, derselb lasst hinder im Siin und Tochtren, als dann so erpten syne Siin mit einandrenn alsamen das bachhuss der gemeltenn dorffflüthenn im glichen theill, mogen auch dasselbig bachhuss nutzen und bruchenn nach notthurfft, wie ein andrer dorffmann; wenn aber einer ol mhee derselben Siinen alles syn guott und hab, so er im geschnitt des gemelten orts hett, verkouffte und vam dorff zuge, als dann verfallt syn theill oder deren theill des bachhuss den Dorfflühenn, ohne das er solches iemantz verkouffen oder verschenkenn moege. Desselben glichen auch die Tochtrenn, diewiil sy in Dorff hushaltenn, so moegen sy dasselbig gemeltt bachhuss ouch nach notthurfft bruchenn, wann sy aber uss dem Dorff mannen, als dann so handt sy kein theill darann; wenn sy aber wiitwenn wiider in das Dorff kommet, als dann moegen sy es widerumb nach notthurfft bruchen wie vormalenn»<sup>37</sup>.

Während an den meisten Orten der Turnus zum Benützen des Backofens auf den Tesseln und Kehrtafeln genau angegeben wurde<sup>38</sup>, pflegte man sich in Erschmatt seit jeher nach dem «Geisskehr» zu richten<sup>39</sup>.

Die Kehrordnung bewirkte, dass jeweils eine andere Familie die neue Backperiode eröffnen und den Backofen anheizen musste, was in der Regel viel Zeit und Holz — meistens eigenes Holz — in Anspruch nahm. Den Backvorgang und die benutzten Werkzeuge beschreibt Walter Escher treffend in seiner Abhandlung «Vom Brotbacken in Ernen»<sup>40</sup>.

Aus Gründen der Sicherheit und um die Brandgefahr zu vermindern, verboten die Statuten von Reckingen<sup>41</sup> und Erschmatt<sup>42</sup>, nach Sonnen-

<sup>37</sup> AGVO. S32-35, Reckingen 1580.

<sup>38</sup> A. Roos, a.a.O., S. 117. - W. Escher, Vom Brotbacken in Ernen, Schweiz. Volkskunde XXXXII (1952), S. 67. - A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 25. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 193.

<sup>39</sup> Diese Angabe verdanke ich der freundlichen Mitteilung von Herrn Auxilius Schnyder, Erschmatt.

<sup>40</sup> A. Roos, a.a.O., S. 105 ff. - F.G. Stebler, Am Lötschberg, S. 57. - Vide Anmerkung Nr. 38.

<sup>41</sup> A. Briw, Reckingen, S. 50.

<sup>42</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 31.



*Altes Backhaus in Eggen-Ried bei Bellwald, Photo: Thomas Julen, Zermatt.*

untergang, nachdem man «ausgebackt» hat, das Feuer im Backofen weiter zu schüren oder neu zu entfachen. In Münster war Kindern der Zutritt zum Backhaus strikte untersagt<sup>43</sup>.

Bevor wir uns dem Backwesen der grösseren Ortschaften zuwenden, sei uns gestattet, darauf hinzuweisen, dass in Erschmatt und Bratsch heute noch der Gemeindebackofen benutzt wird<sup>44</sup>.

In den grösseren Ortschaften Brig und Visp hat der Gemeindebäcker — oft wird er «gemeine ofner», «pfister» oder «peck» genannt — das individuelle und traditionelle Backen verdrängt. Der Bäcker war verpflichtet, das, was die Leute brachten, getreulich zu backen, nichts Verbotenes beizumischen und kein Brot ausserhalb des Zendens zu verkaufen. Seine Arbeit und das Gewicht der Brote wurde wöchentlich von den Seckelmeistern der Stadt überprüft. Jeder Missbrauch und Betrug wurde mit einem einjährigen Berufsverbot bestraft<sup>45</sup>.

Aus einer Verordnung des Zenden Brig vom Jahre 1507 über den Preis und das Gewicht des Brotes, geht deutlich hervor, dass oftmals die Pfister das vorgeschriebene Gewicht des Brotes nicht einhielten<sup>46</sup>. Nicht allein die Gemeinden und die Zenden waren um die Qualität und die Quantität des Brotes besorgt, selbst der Landrat setzte zeitweise das Gewicht des Brotes genau fest<sup>47</sup> und das Landrecht des Kardinals Schiner drohte den Bäckern, die die Vorschriften umgingen, mit empfindlichen Strafen<sup>48</sup>.

### 3.3. Waschhäuser

Mancherorts waren der Backofen und das Waschhaus in einem Gebäude untergebracht<sup>49</sup>. Im Oberwallis ist uns aus jener Zeit kein Waschhaus bekannt. Dies soll nicht heissen, dass die Leute nicht sauber waren und nicht ihre Waschplätze hatten, Stätten der Dorfbelustigung und Sitz des «Weibergemeinderates» und der Nachrichtenbörse für «Wasch- und Rätschwiber».

Die einzelnen Dorfgemeinschaften bestimmten, wo gewaschen werden durfte. Während in Geschinen<sup>50</sup> der Dorftrug (Dorfbrunnen) rein zu

<sup>43</sup> G.-A. Münster, B 10 (1601).

<sup>44</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Prof. Dr. Walter Ruppen, Brig.

<sup>45</sup> J. Bielander, Brig, S. 413 f. - L. Carlen, Brig, S. 25. - B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>46</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 150.

<sup>47</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 241 f.

<sup>48</sup> L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals, S. 103.

<sup>49</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 370. - Im neuen, im Jahre 1951 erbauten Backhaus von Ernen befindet sich im Erdgeschoss das Gemeindewaschhaus, vgl. A. Roos, a.a.O., S. 107 f.

<sup>50</sup> G.-A. Geschinen, B 3 (1646).



halten war, durfte in Ausserbinn niemand «im oberen Küetrog wäschen, suddlen, noch Verureynen, Wuesten noch Trüeben»<sup>51</sup>. In Gampel war es verboten, Leder im Mühlewuhr aufzuweichen oder «Kutteln oder anderen Unrat im Dorfe zu spiehlen noch auswaschen»<sup>52</sup>.

Wohl nicht in unsere Zeit des Umweltschutzes passt eine Ordnung der Stadt Brig aus dem 16. Jahrhundert. Danach sollte niemand «Unflatss, Unsauberes wuescht noch andre Unsauberkeit» in den Stadtwuhr schütten, «sondern in den starcken russ der saltinen... auss Schitten, undt hinwerffen»<sup>53</sup>.

---

<sup>51</sup> Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bielander.

<sup>52</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 62.

<sup>53</sup> J. Bielander, Brig, S. 394 f., 414 f. - Die «Saltinen» ist die Saltina, der Fluss, der im Westen an Brig vorbeifliesst.

# ANDERE RECHTE DER BURGER

## 1. Zugrecht

Das Zugrecht ist das Recht, einen bestimmten Gegenstand, der an einen Minderberechtigten veräussert wurde, gegen Erstattung des vom ersten Erwerber entrichteten Kaufpreises und anderer Kosten innert einer gewissen Frist, an sich zu ziehen.

Diese häufig zitierte Definition<sup>1</sup> wird nach Kuglers Meinung den schweizerischen Verhältnissen am besten gerecht<sup>2</sup>. Das *ius retractus*, das über den germanischen Raum hinaus bekannt war, fand im Wallis im 16. und 17. Jahrhundert<sup>3</sup> seine höchste Blüte und Ausgestaltung in den Ortsrechten, im Landrecht und den Abschieden des Landrates, der sich von 1525—1761 nicht weniger als 28 Mal damit befassen musste<sup>4</sup>.

Heusler geht mit der Ausbildung des Zugrechtes in den Statuten hart ins Gericht, denn sie «ist eine durchwegs kümmerliche und unbefriedigende und leidet an Inkonsequenzen und gesetzgeberischen Willkürlichkeiten»<sup>5</sup>. Im Wallis fand das *Retractsrecht* in den Ortsrechten eine bescheidene Ausbildung, vielerorts wurde es überhaupt nicht erwähnt. Man bezieht sich auf Gewohnheitsrecht oder auf das Landrecht. Gelegentlich wandte man sich an den Landrat.

---

<sup>1</sup> P. Kugler, Das Zugrecht und seine Entwicklung, Diss. Basel 1948 Maschr., S. 3. - L. Carlen, Das Fremdenrecht im Wallis vom 15. bis ins 18. Jahrhundert, S. 136. - L. Carlen, Näherrecht, im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte II (im Druck). - A. Steinhauser, Das Zugrecht nach dem bündnerischen Statutarrechten, Diss. Bern 1896, S. 48. - H. W. Frick, Die Näher- und Zugrechte in den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und Luzern, Diss. Bern, 1949, S. 41.

<sup>2</sup> P. Kugler, a.a.O., S. 3.

<sup>3</sup> Die Blütezeit fiel auch in Graubünden, (A. Steinhauser, a.a.O., S. 43.). Bern, Aargau, Solothurn und Luzern (H. W. Frick, a.a.O., S. 25 ff) ins 16.-18. Jahrhundert.

<sup>4</sup> Heusler, RQ, S. 50 ff. - L. Carlen, Fremdenrecht im Wallis, S. 136.

<sup>5</sup> Heusler, Institutionen, II, S. 63.

## 1. ZUGBERECHTIGTE

In den «Artikel von Naters» (1446) und im Landrecht des Kardinals Schiner (1514) tritt uns das Zugrecht noch in der Form der Erblösung entgegen; zugberechtigt waren nur die Verwandten<sup>6</sup>. Im Herbstlandrat vom Jahre 1525 wurde eine entscheidende Reform in Kraft gesetzt, denn nun hatten den Zug gegenüber Ausländern nach den Verwandten die engsten Freunde, dann die Nachbarn, (genannt Nachbarlosung) und zuletzt jeder Landsmann (sogenannte Marktlosung)<sup>7</sup>. Eine ähnliche Bestimmung finden wir 1563 in der Bauernzunft von Ried-Brig, Gluringen und Niederwald<sup>8</sup>. Das Retractsrecht wurde in Binn bereits im Jahre 1429 jedem Talmann und 1447 sogar der Gemeinde zugestanden, die es ausüben musste, wenn kein Talmann es geltendmachen wollte<sup>9</sup>.

Auch die bernerischen und aargauischen Städte Brugg, Bremgarten, Lenzburg und Biel waren zugsberechtigt, denn «thut kein Burger den Zug, so mag ihn die Obrigkeit thuen»<sup>10</sup>.

Die Marktlosung ist das jedem Gemeinder oder der Gemeinde zustehende Zugrecht. Wenn wir hier von Retractsrecht sprechen, so meinen wir jeweils die Marktlosung, das Recht des Burgers gegenüber fremden Käufern. In Bern<sup>11</sup> und Glarus<sup>12</sup> bestand dieses Recht gegenüber Fremden und Hintersässen.

Das Zugrecht war, abgesehen von einigen Ausnahmen ein persönliches Recht. Es durfte, gemäss Landrecht des Kardinals Schiner, der Mann für die Gattin, der Vater für die Kinder und der Vormund für die Minderjährigen, und gemäss Landrecht von 1571 der Schwiegervater für den Schwiegersohn oder die Schwiegertochter das Zugrecht ausüben<sup>13</sup>.

## 2. OBJEKTE DES ZUGRECHTES

Häufig ist nur von Grundstücken die Rede. Man trachtete danach, die liegenden Güter in den Händen der Familie oder der Bürger des Ortes zu

<sup>6</sup> Heusler, RQ, S. 175 ff.

<sup>7</sup> Heusler, RQ, S. 50.

<sup>8</sup> L. Bortel, Ried-Brig, S. 20. - G.-A. Gluringen, B 3 (1559). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565).

<sup>9</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 220. - F. Schmid, Wandlungen einer Gemeinde-Bauernzunft, BWG I (1890), S. 178.

<sup>10</sup> H.W. Frick, a.a.O., S. 28.

<sup>11</sup> H.W. Frick, a.a.O., S. 28.

<sup>12</sup> W. Liebeskind, Die Hintersässen im Glarner Landrecht des 16. Jahrhunderts, Jahrbuch 55 des Historischen Vereins des Kantons Glarus, 1952, S. 86.

<sup>13</sup> L. Carlen, Landrecht des Kardinals, S. 148.

behalten und unwillkommene und unbekannte Fremde vom Erwerb auszuschliessen. In Ulrichen wurde im Jahre 1628 beschlossen, «dass nunvorthin kein dorffmann es sig gliich wybs oder mans person kein gut, alpe noch almeinen nit frömden welcher nit ein dorffman oder burger sig... verkouffe, sunders sölle es aller erstlich den nöchsten frinden bieten und so es die nöchsten nit welit sollen sy es den dorfflüten bieten und verkouffen»<sup>14</sup>. Diese Verpflichtung finden wir auch in Binn<sup>15</sup> und in einigen Kantonen, so in Bern und Luzern<sup>16</sup>.

Dass nicht nur Grundstücke dem ius retractus unterliegen, anerkennen auch Carlen<sup>17</sup>, Heusler<sup>18</sup>, Hoppeler<sup>19</sup> und andere Rechtshistoriker. Der Walliser besass das Zugrecht gegenüber fremden Käufern von Vieh, Leder und Schmalz, musste jedoch dem Fremden für seinen Markt 3 Gros bezahlen, wenn der Zug am Markttage geschah<sup>20</sup>. In Münster stand den Burgern das Holzzugrecht zu; in Monthey wurde der Zug auf den Verkauf von Häuten und Baumrinden ausgedehnt<sup>21</sup>. Der Landrat beschloss im Jahre 1577, jedem Landsmann gegenüber einem Fremden, der einen Wald zum für die Pflanzen höchst schädlichen Lärchenbohren gekauft hatte, den Zug zu gewähren<sup>22</sup>. Mehrere Fälle des Zugrechtes an Mobilien weiss auch A. Steinhauser für Graubünden zu nennen<sup>23</sup>. Einen hochinteressanten und einmaligen Fall des Zugrechtes an einem Vizedominat schildert uns R. Hoppeler<sup>24</sup>.

### 3. AUSÜBEN DES ZUGRECHTES UND FRISTEN

Das Zugrecht konnte erst nach der Veräusserung des Zuggegenstandes geltend gemacht werden. Es richtete sich gegen jeden minderberechtigten Besitzer, in unseren Fällen jeweils gegen Fremde. Dass gemäss den Ortsrechten ein Landsmann aus dem Nachbardorf oftmals als Fremder galt, ist mehrfach erwähnt worden.

<sup>14</sup> G.-A. Ulrichen, B 13 (1628).

<sup>15</sup> G.-A. Binn, B 1 (1429).

<sup>16</sup> H.W. Frick, a.a.O., S. 22, 37. - H. Rennefahrt, Entwicklung des Schweizerbürgerrechts, S. 709.

<sup>17</sup> L. Carlen, Landrecht des Kardinals, S. 149.

<sup>18</sup> Heusler, Institutionen, II, S. 62.

<sup>19</sup> R. Hoppeler, Das Zugrecht nach den Walliser Rechtsquellen des Mittelalters, BWG III (1906), S. 445.

<sup>20</sup> Heusler, RQ, S. 50.

<sup>21</sup> L. Carlen, Fremdenrecht, S. 138.

<sup>22</sup> Heusler, RQ, S. 71.

<sup>23</sup> A. Steinhauser, a.a.O., S. 70 ff. - H. Rennefahrt, Statutarrecht von Saanen, S. 424.

<sup>24</sup> R. Hoppeler, a.a.O., S. 455 f.

Der Zugsberechtigte hatte seinen Anspruch vor den Behörden, meistens vor dem Richter, zu begründen und war verpflichtet, in Form von Geld oder Nahrungsmitteln für das Einhalten der gesetzlichen und aus dem Vertrag übernommenen Bedingungen Sicherheit zu leisten<sup>25</sup>.

Der Zug hatte innert einer bestimmten Frist am Orte der gelegenen Sache oder des getätigten Geschäftes zu geschehen. Anfänglich betrug die Frist Jahr und Tag, d.h. 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tage. Der Zug hatte innert 14 Tagen nach Kenntnissnahme des Verkaufs zu geschehen<sup>26</sup>. Im Jahre 1559 wurde die Frist auf 10 Jahre ausgedehnt. Bald danach, nämlich 1562 erkannte der Landrat — auf Drängen der Leute von Simplon, die sich gegen einen Ausverkauf ihrer Alpen in Zwischbergen an Lombarden wehrten — dass beim Verkauf an Fremde jeder Landsmann zu ewigen Zeiten den Zug haben sollte. Diese Verordnung erweckte böses Blut bei den Italienern, weshalb der Landrat ein halbes Jahr später auf ihre Beschwerde antwortete, «dass die Güter, so die vor den letzten 10 Jahren gekauft, ihnen bleiben sollten, aber Güter seit 10 Jahren von ihnen erkaufte und fortan sollen den Zug haben»<sup>27</sup>.

Im Landrecht von 1571 ist wiederum die Rede von 10 Jahren. Diese Frist galt von nun an im Wallis sowie andernorts<sup>28</sup>.

Wie wir gesehen haben, war das Zugrecht ein rein persönliches Recht, das nur für sich, nicht aber für Dritte ausgeübt werden konnte. Da häufig Missbrauch getrieben wurde, sahen die Statuten Bestimmungen gegen Arglist und Betrug vor. Wie das Landrecht des Kardinals, verlangte die Churer Zugordnung den Eid, dass der Zug für sich und keinen anderen getan würde. Der Züger musste den Gegenstand «Jahr und Tag» für sich behalten, ehe er ihn wieder verkaufen durfte<sup>29</sup>.

Der Zugsberechtigte durfte die Güter, die ein Fremder zu einem unziemlich übersetzten Preis erworben hatte, schätzen lassen. Der Käufer erhielt den Schatzungspreis, dem Verkäufer blieb die Überschätzung<sup>30</sup>. In Glarus wurde der Wert der Sache von den vereidigten Schätzern des Tagwens festgelegt<sup>31</sup>.

Mit der Ausübung des Zuges erfolgte die Übergabe der Sache und der Eintritt des Zügers in den bestehenden Kaufvertrag. Die Tatsache, dass L. Carlen für das 16. Jahrhundert im Wallis lediglich 3 solche Verträge

<sup>25</sup> L. Carlen, Landrecht des Kardinals, S. 149.

<sup>26</sup> Heusler, RQ, S. 50.

<sup>27</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 57 f. - Heusler, RQ, S. 50 f.

<sup>28</sup> L. Carlen, Fremdenrecht, S. 136. - H.W. Frick, a.a.O., S. 69.

<sup>29</sup> L. Carlen, Landrecht des Kardinals, S. 148. - S. Steinhauser, a.a.O., S. 66.

<sup>30</sup> Heusler, RQ, S. 121.

<sup>31</sup> W. Liebeskind, Glarus, S. 86.

nachweisen kann<sup>32</sup>, führt leicht zum falschen Schluss, dass das Retractsrecht unbedeutend und ungebräuchlich war und sich nicht aus einer inneren Notwendigkeit bildete. Den Gegenbeweis erbringt unseres Erachtens die Tatsache, dass der Landrat sich innerhalb von hundert Jahren zwanzig Mal mit diesem, für die Landbevölkerung so wichtigen Recht befassen musste<sup>33</sup>.

## II. Burgertrunk

Eine altehrwürdige Tradition, die bis auf den heutigen Tag erhalten blieb, ist das Recht des erwachsenen, stimmungsfähigen Burgers, ein oder mehrmals jährlich am Burgertrunk teilzunehmen. Gelegentlich bekamen Knaben ab erfülltem 12. Lebensjahr oder wie in Grächen «Buben mit Hosen» — jüngere Knaben trugen meistens Röcke — einen Vierlig Wein<sup>1</sup>. Die Hirten, unabhängig von Alter, Herkunft und Wohnsitz, besaßen in Gampel das Recht auf den Gemeinetruch<sup>2</sup>; in Bern nahmen sie an der Brotspeide der Amtsleute teil<sup>3</sup>.

Die Burger versammelten sich an einem bestimmten Tag, etwa dem Kirchenfest, am Fronleichnamfest<sup>4</sup> oder am Tage allgemeiner Wahlen und Rechnungsabhör<sup>5</sup> in der Burgerstube zu einem Trunk. Vielfach wurden sie von einem Spender oder einem neu aufgenommenen Burger eingeladen, der gemäss Bauernzunftstatuten oder gemäss Beschluss der Gemeinde neben den Einkaufsgebühren noch einen Trunk zu erstatten hatte<sup>6</sup>.

<sup>32</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 151.

<sup>33</sup> Heusler, RQ, S. 50 ff.

<sup>1</sup> P. Jossen, Brigerbad, S. 125. - A.L. Schnidrig, Grächen, Schweiz. Heimatbücher, SH 49/50, Bern 1952, S. 26.

<sup>2</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 373.

<sup>3</sup> L. Carlen, Hirtenrecht, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte I, Berlin 1968, Sp. 1515. - Zum Burgertrunk, vgl. J. Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, 2. Band, 5. Auflage, Darmstadt 1965, S. 507 ff. - Eberhard von Künssberg, Rechtliche Volkskunde, Halle 1936, S. 54 ff.

<sup>4</sup> P. Jossen, Brigerbad, S. 125. - J. Bieler, Der Burgertruch im Wallis, Manuskript. - K. Biffiger, Der Wein in Töbel, in: L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, Visp 1972, S. 126. - A. Niederer, Gemeinwerk, S. 80. - F. Schnyder, a.a.O., S. 372.

<sup>5</sup> P. Arnold, Alpen, in: Gondo-Zwischbergen, S. 90. - Im Freigericht im Wald fiel dieser Tag auf das Fest des hl. Johannes (24. Juni), P. Arnold, Simplon, S. 237.

<sup>6</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Ulrichen, B 15 (1651). - Burgerbuch Binn, Abschrift P. Heldner. - J. Guntern, a.a.O., S. 39. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 23, 28. - F. Schnyder, a.a.O., S. 61. - D. Imesch, Naters, S. 63. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 154. - G.-A. Stalden, B 4 (1676).

Der Trunk wurde normalerweise vom Burgerpräsidenten eröffnet, die Ratsherren schenkten aus Zinnkannen Wein in die vergoldeten, silbernen oder metallenen Becher, die der Burgerschaft von Gönnern oder aufgenommenen Burgern geschenkt wurden<sup>7</sup>. Im Jahre 1777 besass Mörel 24 silberne und vergoldete Becher<sup>8</sup>, die, wie andernorts, den plündern- den Franzosen in die Hände fielen und später durch Zinn- oder Holzbecher ersetzt wurden<sup>9</sup>.

Den Wein schöpfte man aus den Gemeindекellern, da sowohl die Tal- wie die Berggemeinden von Sitten bis Mörel eigene Burgerreben besa- sen<sup>10</sup>, die im Gemeinwerk bearbeitet wurden<sup>11</sup>.

Oftmals wurde Wein aus Italien importiert, obwohl Sebastian Münster vom Walliser Wein berichtete, er sei von besserer Qualität «dann an keim ort des Teütschen lands»<sup>12</sup>. Der über den Theodulpass nach Zer- matt — zu jener Zeit ein wichtiger Verkehrs- und Handelsknotenpunkt<sup>13</sup> — gesäumte und von hier in die verschiedenen Zenden verteilte Aostata- ler Wein, war besonders begehrt und billiger als der einheimische<sup>14</sup>. Die Zenden Visp, Brig, Raron und Goms konsumierten ausgiebig eingeführ- ten Wein.

Die Meinung von A. Niederer, die Zenden Goms und Östlich-Raron hät- ten den Gemeinetrunk nicht gekannt<sup>15</sup> können wir nicht teilen, denn Goms und Mörel pflegten u.a. Wein aus dem Unterwallis, den unteren Zenden, dem Pomat, dem Eschental und aus Italien zu impor- tieren. Im Jahre 1611 hatten nicht nur einige, sondern zahlreiche Gomer verbotenerweise Wein sogar exportiert<sup>16</sup>. P. Am-Herd berichtet uns von ausgiebigem Weinkonsum in Ulrichen<sup>17</sup>. Der Wein war in dieser Gegend also wohl bekannt und geschätzt. Zudem wäre nicht einzusehen, weshalb vom Neuburger, wenn nicht für den Gemeinetrunk, silberne

---

<sup>7</sup> Vide: Abgaben bei Einbürgerungen.

<sup>8</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 167 f.

<sup>9</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 168. - P. Jossen, Brigerbad, S. 125. - K. Biffiger, a.a.O., S. 128. - F. Schnyder, a.a.O., S. 372.

<sup>10</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 20 ff. - P. Jossen, Brigerbad, S. 125. - P. Jossen, Erschmatt, S. 26. - F. Schnyder, a.a.O., S. 81, 372. - A. Niederer, a.a.O., S. 78 ff.

<sup>11</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 78 f.

<sup>12</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 21.

<sup>13</sup> J. Ruden, a.a.O., S. 148. - St. Kronig, a.a.O., S. 245 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 266 ff. - L. Meyer, Turttmann, S. 311. - A. Dubois, a.a.O., S. 22. - A. Lüthi, Der Theodulpass, in: Der Geschichtsfreund, Mitteilungen des Historischen Vereins der fünf Orte Luzern, etc., 125. Band, 1972, S. 215 ff.

<sup>14</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 21 ff. und daselbst aufgeführte Quellen und Literatur.

<sup>15</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 83 f.

<sup>16</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 21 ff. - H. Rennefahrt, Landschaft Saanen, S. 374.

<sup>17</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 151 ff.



und goldene Becher, deren genaue Zahl für Mörel bekannt ist, als Einburgerungsabgaben verlangt wurden<sup>18</sup>. Die Tatsache, dass der neu aufgenommene Bürger der Gemeinde<sup>19</sup> und der neugewählte Zendenmeister den Wählern einen Trunk zu kredenzen verpflichtet waren<sup>20</sup>, untermauert unsere Annahme.

Zum Wein verabreichte man vielerorts reichlich «brodt», kees, grien Undt altss fleisch, Undt was fieglich darzu khomen mag»<sup>21</sup>.

Dem Bürgertruch kam eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung zu, denn in gelöst kameradschaftlicher Diskussion wurden wichtige Gemeindeangelegenheiten und Geschäfte erörtert, Gedanken ausgetauscht, Freundschaften bekräftigt und Feindschaften begraben, Reden gehalten und der Verstorbenen gedacht.

Der Trunk mag in der Regel wohl einen Tag, selten zwei, und in Ausnahmefällen drei Tage und Nächte lang gedauert haben<sup>22</sup>.

Die Teilnahme am Bürgertruch war das gute Recht, jedoch keine Pflicht des Burgers. In späterer Zeit darf der Abwesende nachträglich von der Gemeinde als Ersatz eine Flasche Wein beziehen.

Einen jährlichen Trunk kredenzten auch die verschiedenen Korporationen, die viele Mitglieder zählenden Bruderschaften und Schützenzünfte, welche oft eigene Reben und Wein besaßen. Auf der Simplon-Bergalp wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl der Geteilten durch den an der Generalversammlung dargereichten Trunk gestärkt<sup>23</sup>. Reichhaltig und gediegen war das Alpenmahl von Blumatt (Turtmann), wo den Geteilten neben köstlichem Wein, Brot und Butter, Speck und «Hamme», Kalbs- und Schafffleisch vorgesetzt wurde<sup>24</sup>.

---

<sup>18</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - Bürgerbuch Binn, 1600, Abschrift P. Heldner, - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 153, 167 ff. - Vide: Einburgerungsabgaben.

<sup>19</sup> G.-A. Ulrichen, B 15 (1651). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - L. Carlen, a.a.O., S. 222. - Bürgerbuch Binn, 1600. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 153 ff. - Vide: Kap. Erwerb des Bürgerrechtes, Der Einburgerungsakt.

<sup>20</sup> L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 32.

<sup>21</sup> J. Bielander, Brig, S. 382. - P. Jossen, Brigerbad, S. 125. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 90 ff.

<sup>22</sup> P. Arnold, Simplon, S. 88, 237.

<sup>23</sup> J. Bielander, Die Simplon-Bergalp, WJB 18 (1949).

<sup>24</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 198.

### DIE PFLICHTEN DER BURGER

Mit dem Erwerb des Bürgerrechts erfolgte eine Übernahme von Rechten und Pflichten. Pflicht bedeutet Treue gegenüber denjenigen, die mit dem Menschen in der Gemeinschaft, sei es Familie, Sippe oder Dorf leben. Da die Treue und jede Lebensgemeinschaft religiöse Elemente aufweisen, erstaunt es nicht, dass der neu in die Gemeinschaft aufgenommene Bürger einen Treueeid leisten und sich verpflichten musste, die Lasten und Nöte der Dorfbewohner mitzutragen und Schaden und Unheil abwenden zu helfen.

Neben der allgemeinen Friedens-, Treue- und Gehorsamspflicht, die das ganze Leben des Dorfes uneingeschränkt und umfassend umspannte und den Eckpfeiler jedes Dorfes und allen rechtlichen Verhaltens bildete, oblagen dem Bürger politische und genossenschaftliche Pflichten und Lasten. Jeder stimmfähige Bürger war zur politischen Meinungsbildung nicht bloss berechtigt; er musste an den Versammlungen und Beratungen teilnehmen und übertragene öffentliche Ämter gehorsam annehmen und pflichtgetreu ausüben.

Entsprechend den genossenschaftlichen Nutzungsrechten an den gemeinen Gütern wurden den Burgern Lasten und Pflichten überbunden, die manchmal von den Einzelnen, manchmal von der Familie als rechtlicher Gemeinschaft gemeinsam getragen wurden. Die Gemeinwerke wurden vom ganzen Mannstand oder den Haushaltungen geleistet, je nach Umfang und Dringlichkeit des zu erbringenden oder auszuführenden Werkes. Wer eine Alpe bestossen durfte, war verpflichtet, an den Instandstellungs- und Räumungsarbeiten mitzuhelfen.

Es bestand eine allgemeine Unterstützungs- und Hilfspflicht, wo es darum ging, dem Nachbarn aus einer Notlage zu helfen, ihm eine helfende Hand zu reichen, wo er dessen bedurfte, sei es beim Hausbau, auf Feld und Weid oder beim Eintreiben des entsprungenen Viehs. Nicht allein christliche Nächstenliebe und die allgemeine Treuepflicht sondern auch Gesetze der Natur und der zwischenmenschlichen Beziehungen gepaart mit Vorschriften der Gemeinde, verlangten die tatkräftige Hilfe und selbstlose Unterstützung jedes Burgers bei allgemeiner Not, Unfällen,

Katastrophen und Krieg. Es bestand eine allgemeine Militärdienstpflicht. Zum moralischen und leiblichen Wohl der Dorfgenossen wurden polizeiliche Vorschriften erlassen, deren Nichtbefolgen geahndet wurde wie jedes andere Vergehen gegen die Pflicht und die Satzungen der Dorfgemeinschaft. Es war höchstes und ehernes Gebot, den Frieden und die Ordnung im Dorfe zu wahren.

## I. Politische Pflichten

### 1. GEMEINDE- UND ZENDEN-VERSAMMLUNG

Ähnlich der Ding-Pflicht früherer Jahrhunderte, kannten die Bauernzünfte das Gemeinde-Versammlungs-Obligatorium<sup>1</sup>. Da man meistens über Wälder, Alpen, Wasserfuhren und andere gemeinsame Sachen verhandelte, musste jeder Bürger zur Wahrung seiner eigenen, als der Interessen der Allgemeinheit an den Urversammlungen teilnehmen.

Dass der Grossteil der Bürger, wenn auch nicht immer alle, anwesend waren, lesen wir im Ingress der Reckinger Bauernzunft von 1578 «siindt daselbst persönlich erschienen unnd fürkomen alle dorffliit vonn Reckingen, vorenthalten fiinff mann nitt»<sup>2</sup>. Wer fern blieb, war trotzdem verpflichtet, die Beschlüsse und Ordnungen der Versammlung anzunehmen und einzuhalten<sup>3</sup>. Wer nicht wegen Krankheit, oder «justa et rationabilis causa et evidenti necessitate»<sup>4</sup>, sondern eigenmächtig und unentschuldig an der Urversammlung nicht teilnahm, wurde bestraft<sup>5</sup>. In Töbel wurden 1 Schilling<sup>6</sup>, in Ried-Brig 5 Schilling<sup>7</sup> und in Visperterminen 6 Ambrosianer Busse verlangt, «tociens quotiens factum fuerit»<sup>8</sup>. Äusserst streng scheint Naters die Pflichtvergessenheit geahndet zu haben: «Jeder Bürger soll erscheinen, wenn die Bürger zusammengerufen

<sup>1</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - L. Carlen, a.a.O., S. 189. - AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Satzungen von Töbel, S. 29. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 612 ff. - K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 293.

<sup>2</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - Vgl. J. Bielander, a.a.O., S. 566 ff.

<sup>3</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 19.

<sup>4</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>5</sup> L. Carlen, Brig, S. 25. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 93. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 612 ff.

<sup>6</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). Vgl. L. Meyer, Satzungen von Töbel, S. 29.

<sup>7</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 19.

<sup>8</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519).

werden. Wenn einer, dem der Weibel es verkündet, nicht kommt, verliert er das Bürgerrecht»<sup>9</sup>.

Die Zendenversammlungen der Walliser Zenden waren eine Art Landsgemeinden, zu denen jeder Bürger des Zenden aufgerufen und verpflichtet war, mit seinem Streitschwert zu erscheinen<sup>10</sup>. Das Tragen der Waffe galt, wie in der Innenschweiz<sup>11</sup>, wohl auch im Wallis als Ausweis der Stimmfähigkeit. Sanktionen wegen Nichterscheinen sind uns keine bekannt.

## 2. AMTSPFLICHT

Wer wählen konnte, konnte auch gewählt werden. In den ländlichen Gemeinden gab es neben den Gemeindevorstehern und Richtern viele Beamte: Wasser-, Backhaus-, Spend- und Alpvögte, Wald- und Flurhüter, Holz- und Mattenfänder.

Das passive Wahlrecht überband dem einzelnen Bürger manchmal unwillkommene Verpflichtungen. Die öffentlichen Ämter galten nicht immer nur als Ehre, sondern wurden oft als Bürde<sup>12</sup> empfunden und abgelehnt oder nicht angetreten, weshalb vielerorts Amtszwang bestand. «Qui vero procurator ita per ipsam communitatem electus debet ipsum procuratoris officium ac onus acceptare et assumere»<sup>13</sup>.

Auch Richter und Statthalter waren zur Amtsausführung verpflichtet, wie wir von den Meiertümern und Freigerichten wissen<sup>14</sup>. Der Meier musste auf die heiligen Evangelien, zu Gott und den Heiligen den Amtseid leisten, in gleicher Form Recht zu sprechen für Arme und Reiche, für Witwen, Waisen, Mündel, Einheimische und Fremde<sup>15</sup>, welche des

<sup>9</sup> D. Imesch, Naters, S. 63.

<sup>10</sup> S. Noti, a.a.O., S. 32. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 181.

<sup>11</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde in der Schweiz, S. 13.

<sup>12</sup> G.-A. Zeneggen B 2 (1604). - G.-A. Staldenried, B 1, (1548). - P. Heldner, Baltschieder, S. 40. - G.-A. Ausserberg, B 3 (1454), B 5 (1533). - L. Borter, Ried-Brig, S. 19. - J. Bielander, a.a.O., S. 578.

<sup>13</sup> G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Zeneggen, B 1 (1586), B 2 (1604). - G.-A. Ausserberg, B 3 (1454), (1533). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1580. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545).

<sup>14</sup> Statuten der 3 Majorate von Zermatt: SA AV 70 bis/1 (1540), B.-A. Zermatt (1576), SAAV 70 bis/3 (1621). - Vgl. L. Meyer, Zermatt, S. 264. - Heusler, RQ, Nr. 385, S. 345 ff: Statut und Freyheit eines loblichen Drittheys von Raron, 1548. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 51. - D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 90. - F. Joller, Zenden Brig, S. 303. - J. Bielander, a.a.O., S. 568 ff.

<sup>15</sup> Die Fremden waren vor Gericht den Einheimischen gleichgestellt. Vgl. L. Carlen, Die Rechtsstellung der Fremden im Wallis, S. 228 ff. - Ders., Zum Fremdenrecht im Wallis, S. 132 ff.

Rechtes bedurften, Burgschaften anzunehmen, Unrecht zu strafen und Streitigkeiten nach Möglichkeiten zu schlichten. Die Gemeindevorsteher mussten schwören, das Amt bestens und sorgfältig, getreu und zum Nutzen der Gemeinde auszuüben.

Die Nichtannahme des Amtes wurde unterschiedlich bestraft: in Ried-Brig<sup>16</sup>, Staldenried<sup>16</sup> und Reckingen<sup>17</sup> mit einem Pfund Busse, in Ganter mit Ehrloserklärung<sup>19</sup> und in Zwischbergen und im Meiertum Mörel mit Ausschluss aus der Gemeinde<sup>20</sup>.

Vielerorts wurden die Ämter jährlich neu besetzt, «quod omni anno tota communitas debeat convenire pro eligendo et constituendo uno novo syndico seu procurator»<sup>21</sup>. Oft betrug die Amtsdauer zwei Jahre<sup>22</sup>, denn dies war eine zumutbare Amtszeit, und andererseits schieden die Gewalthaber nicht bald, nachdem sie sich in die Gemeindegeschäfte eingelebt hatten, wieder aus dem Amte aus. Die Meier der Zenden wurden meist jährlich gewählt<sup>23</sup>.

### 3. DER MEHRHEITSBESCHLUSS

Im ausgehenden Mittelalter betrachtete man es nicht immer als eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Minderheit an die Mehrheitsbeschlüsse hielt. Die Gemeinden beschlossen, «was der möhrere theill der burgër beschliet, machen oder ordinieren werde... soll es den auch der

<sup>16</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 19.

<sup>17</sup> G.-A. Staldenried, B. I (1548).

<sup>18</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1580.

<sup>19</sup> D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 90.

<sup>20</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 51. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 34.

<sup>21</sup> P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40. - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Staldenried, B I (1548). - G.-A. Bitsch, B I (1619). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 21. - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Münster, B 10 (1601). - L. Carlen, Meiertum Binn, S. 79. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 51. - P. Arnold, Simplon, S. 216, 237. - F. Schnyder, a.a.O., S. 59. - Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bielander.

<sup>22</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Ausserberg, B 5 (1533). - G.-A. Niederwald, B I (1565). - G.-A. Zeneggen, B I (1586). - P. Arnold, Simplon, S. 237. - F. Schnyder, a.a.O., S. 60. - B.-A. Zermatt (1576). - D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 80. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 93. - J. Bielander, Brig, S. 348. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 196 f. - Bellwald, 1555, Mitteilungen P. Heldner. - L. Borter, Ried-Brig, S. 19.

<sup>23</sup> Heusler, RQ, Nr. 424, S. 115. - L. Carlen, Wein im Oberwallis, S. 32. - Ders., Landgemeinde Goms, S. 19. - F. Joller, a.a.O., S. 303. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 181 f.

weniger thiell schuldig sin solchem zu vollgen undt in allem zu loben»<sup>24</sup>, wobei manchmal eine moralische Verpflichtung mitspielte: «quidquid maior pars saxierit, iis minor pars contentari debet et ea sancte et pie observare»<sup>25</sup>. In Oberwald, Unterwasser und Obergesteln konnte die Mehrheit, ohne die Obrigkeit anzurufen, eigenmächtig gegen die starrköpfig sich weigernde Minderheit vorgehen<sup>26</sup>. In Geschinen oblag es dem Richter, die Minderheit zur Einhaltung der Beschlüsse zu zwingen<sup>27</sup>.

## II. Gehorsams- und Treuepflicht

Die Friedens- und Rechtsordnung des Dorfes kannte aus Gewohnheitsrecht und gesetzten Normen eine allgemeine Gehorsams- und Treuepflicht, die, herausgewachsen aus den Sippen-, Gefolgschafts- und Treuebeziehungen, im ausgehenden Mittelalter sehr ausgeprägt war. Sie bestand gegenüber den erlassenen Satzungen und gegenüber den Behörden der Gemeinde, wobei manchmal bei Nichtbefolgen Strafen ausdrücklich angedroht wurden.

Meist waren Gehorsam und Treue zu einer Pflicht vereint, obwohl beide auf unterschiedlichen Prinzipien beruhen. Die Treue beruht auf Gegenseitigkeit, die Parteien stehen auf gleicher Ebene, während dem Gehorsam ein Über- und Untergeordnetseinverhältnis zugrundeliegt; die Gehorsamspflicht setzt die Verbindlichkeit des Befehls voraus und stellt somit die schärfere Form der Bindung dar. Ihm fehlt der Zug eigener Entscheidungsfreiheit, welcher der Treue ihren moralischen Wert verleiht<sup>1</sup>. Das Mittelalter pflegte beide Rechtsbegriffe zu kombinieren, wie die verschiedenen Eidesformen zeigen. Häufig finden sich in den Urkunden

<sup>24</sup> G.-A. Mühlebach, B 6 (1701). - AGVO. S 32-35, Gifris 1442. - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40. - Obergesteln, Unterwasser, Oberwald, 1717, Abschrift H.A. von Roten. - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Törbel, S. 29. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Geren 1497, Abschrift J. Bieler. - G.-A. Ritzingen, B 2 (1543). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - G.-A. Ausserberg, B 3 (1487). - G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - P. Am-Herd, Ulrichen, S. 93.

<sup>25</sup> G.-A. Grächen, B 2 (1585).

<sup>26</sup> Obergesteln, Unterwasser, Oberwald 1717, Abschrift H.A. von Roten.

<sup>27</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - Zum Mehrheitsprinzip, vgl. Ferdinand Elsener, Zur Geschichte des Majoritätsprinzips. - Vgl. Kapitel über die politischen Rechte.

<sup>1</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 38.

die Formeln «treu und wahr», «treu und gewertig», «treu und gewer», «treu und hold»<sup>2</sup> oder «trüwlich, erlich und redlich»<sup>3</sup>. Wie in den Walliser Bauernzünften<sup>4</sup> findet sich in Aargau, Zürich und in Deutschland<sup>5</sup> das Gelöbnis, dem Dorf oder der Stadt «beste zu werven und argeste zu warnen» oder «ire nutzen, ehr und frommen zu fördern und schaden zu wenden». W. Ebel führt einige Beispiele auf, wo nur Treue oder nur Gehorsam geschworen wurde.

## 1. GEHORSAMS- UND TREUEID

Wir unterscheiden zwischen dem, von allen versammelten Burgern geleisteten Gesamtschwur, der *coniuratio reiterata* und dem vom einzelnen Bürger geleisteten Einburgerungseid. Nach W. Ebel war der Gesamtschwur der Burgereid schlechthin, während der Einzelburgereid des Neuburgers ein sekundäres Gebilde darstellte<sup>6</sup>. Diese Meinung mag, auf das Recht der Städte bezogen, richtig sein, trifft aber für die ländlichen Dörfer nicht zu. Auch Bader vertritt die Auffassung, dass, obwohl im Dorfe viel geschworen wurde, es trotzdem keine Schwurgenossenschaft bildete<sup>7</sup>.

Im Wallis wurden Bauernzünfte, Statuten und Reglemente feierlich angenommen, «im namen der gantzen loblichen gemeyndt, welche handt bedacht und betrachtet jrn gmeynen nutz und denselben begerdt zuo fördern und allen schaden so wyt möglich zuo wenden, handt... öffentlich mit auf gehebten henden an eydts stat gelobt, geschworen und vergelübiget<sup>8</sup>». Die Talschaft Saas nahm ihre Satzungen an, «mit ihren zum Zeichen ihrer leiblich getanen Eide aufgehebtten Händen und mit Bezwungenschaft aller ihrer liegenden und fahrenden Gütern zu jeder Zeit sowohl in als ausser gericht steif, fest und unverletzt zu halten, zu observieren und nichts auf keinerlei Gestalt darwider zu handeln»<sup>9</sup>.

Es fehlt uns jeder Hinweis auf eine Schwurgenossenschaft in den Walliser Dörfern, wie wir sie in Bern, Zürich, Aargau, Baden, Zofingen, Lenz-

<sup>2</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 28. - J. Bieler, Brig, S. 389. - W. Ebel, a.a.O., S. 62.

<sup>3</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548). - AGVO, S 32-35, Reckingen, B 1 (1541).

<sup>4</sup> AGVO, S 32-35, Reckingen, 1547. - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571); Vgl. Heusler, RQ, S. 374. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273. - J. Bieler, Brig, S. 389. - P. Jossen, a.a.O., S. 28. - G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596).

<sup>5</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 62.

<sup>6</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 46.

<sup>7</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 273. - Vgl. Das Dorf, I, S. 229 ff.

<sup>8</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. Heusler, RQ, S. 374; W. Kämpfen, a.a.O., S. 273.

<sup>9</sup> G.-A. Saas-Balen, B 6 (1763). - Vgl. G.-A. Albinen, B 6 (1552).



burg, Brugg und andernorts finden<sup>10</sup>, wo die Burger jährlich, am Tage der Wahl des Stadtrates, den Gehorsams- und Treueid ablegen mussten. Auch bei der ausdrücklichen Erwähnung des Wahlrechtes in den Bauernzünften<sup>11</sup> ist nirgends die Rede von einem Eid der Burger, sondern lediglich vom Eid der Gewaltshaber, ihr Amt treu und gewissenhaft zu erfüllen.

Die Frei- und Zendingerichte verlangten von allen, zum Gerichtssprengel gehörenden Burger den Eid. «So sullent rät und gmeindt des drittheyls von Raron, nachdem und ufgerichtet sindt meyer, stadhalter und weybil, schweren ein eydt zuo Gott und den helgen mit ufgehepten henden, inen, iren potten und mandaten gehorsam zessin, im rechten helfen starch zemachen... ouch alles das zethuon was truw underthanen irem herrn und richter by eydtspflich schuldig sindt zethuon»<sup>12</sup>. In den drei Majoraten von Zermatt waren die Burger verpflichtet, alle zwei Jahre, am Tage der Einsetzung, am Dienstag nach Pfingsten, dem neuen Meier mit erhobenen Händen Treue und Gehorsam zu schwören<sup>13</sup>. In Ganter und Zwischbergen<sup>14</sup> mussten die Burger dem Kastlan schwören, ihn in seiner Amtstätigkeit zu unterstützen und treu und gehorsam zu sein.

Die Zendenversammlung war berechtigt den Richter oder Meier des Zenden zu wählen, aber auch verpflichtet, ihm Gehorsam, Rat und Hilfe zu schwören<sup>15</sup>. Sie leistete auch dem Bischof — bis zum Wegfall der Carolina im Jahre 1634 — und dem Landeshauptmann beim Regierungsantritt den Treueid. Die Eidesleistung erfolgte kniend, wobei Wehr und Gürtel abgelegt wurden<sup>16</sup>. Wie jeder Burger aus den Privilegien berechtigt war, schuldete er, mit allen seinen Mitburgern dem Herrn Treue und Gehorsam; die Gesamtheit aller Burger trat dem Landesherrn als eidesverpflichtete Untertanen gegenüber. Der Huldigungseid wurde jedem Landesherrn nur einmal geleistet und galt für alle Untertanen<sup>17</sup>.

---

<sup>10</sup> W. Frick, a.a.O., S. 196 f.

<sup>11</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1580. - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - u.a.

<sup>12</sup> Heusler, RQ, S. 348.

<sup>13</sup> SA AV 70bis/1, Meiertumsstatuten von 1540. - B.-A. Zermatt, Meiertumsstatuten von 1576. - SA AV 70 bis/4 Meiertumsstatuten von 1621.

<sup>14</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., S. 90. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 51.

<sup>15</sup> F. Joller, a.a.O., S. 304. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 181 ff. - Heusler, RQ, Nr. 411, S. 111, Nr. 424, S. 115.

<sup>16</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde von Goms, S. 21. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 182.

<sup>17</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 71.

## 2. EINZELBURGEREID

Kannten die Bauernzünfte, abgesehen vom Gesamteid bei der Annahme von Statuten und Satzungen, keine *coniuratio reiterata*, so bildete der Einbürgerungseid des Neuburgers die rechtlich relevante und ausschlaggebende Handlung. Die Einbürgerung setzte verschiedene Bürgerrechtserwerbsbedingungen voraus, doch erst durch den Einbürgerungseid wurde der Bewerber Bürger, wurden Rechte und Pflichten begründet<sup>18</sup>. Die wesentlichen Elemente der Eidesformel bildeten Treue und Gehorsam. Obwohl die in Treue zu erfüllende Gehorsamspflicht gegenüber den Behörden und Satzungen alle Einzelheiten deckte, wurde dennoch das Bedürfnis wach, bestimmte Bürgerpflichten ausdrücklich im Eid hervorzuheben. Wer in Ulrichen<sup>19</sup>, Reckingen<sup>20</sup> oder Oberwald<sup>21</sup> begehrte Bürger zu werden, «soll ein eydt thun und schweren libplich zu Gott und sinem leiden dass er in einer dorffmarch nitt welle nüwes oder besonders machen und mit einer dorffmarch sich trüwlich, erlich und redlich halten wel.» In Gampel musste der Bewerber schwören, «dem Vaterland und der löblichen Gemeinde getreu und hold zu sein, sich auch in allen Nöten und Gemeinwerken einzustellen mit Nutz und Beschwerde»<sup>22</sup>. Mit der Zeit wurde das Gelöbnis, der Dorfmarch Nutzen, Frommen und Wohlfahrt zu fördern, Schaden und Nachteil abzuwenden, zu einem allgemeinen Bestandteil der Eidesformel.

Das Schwergewicht lag eindeutig auf der Gehorsamspflicht. Nur ein Ein- und Unterordnen unter die allgemeinen und von den Gewaltshabern aufgestellten Satzungen gewährten eine harmonische und friedliche Nutzung und Pflichterfüllung an den gemeinsamen Gütern.

## 3. GEHORSAM GEGENÜBER DEN SATZUNGEN

In den meisten, wir wagen zu behaupten, in allen Bauernzunftstatuten wird im Ingress oder im Schlussverbal die Gehorsamspflicht generell normiert. Wie in Mühlebach, verpflichteten sich andernorts die Bürger, für sich und ihre Nachkommen «by den lyblichen Eyden by underpfand und verpflichtung aller jr güttren ligerden und farenden, gegenwertigen und künfftigen» die Artikel und Satzungen «ewiglich zu hann und halten stets vest stiiff und gut und niemer mer darwider thun

<sup>18</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 49 ff.

<sup>19</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548), B 15 (1651).

<sup>20</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, B 1 (1541).

<sup>21</sup> G.-A. Oberwald, B 2 (1636).

<sup>22</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

noch zreden in keinerley wys noch gestalt, in gricht noch usswendig»<sup>23</sup>. Nicht weniger ausführlich statuierten im Jahre 1619 Ried und Bitsch die Gehorsamspflicht «sub obligatione omnium bonorum suorum, immobilium, praesentium et futurorum huiusmodi ordinationes statuta, sanctiones et leges cum universis et singulis praemissis habere et servare ratas, firmas et validas et non contrafacere, dicere, opponere vel venire per se nec per alium in iudicio nec extra, palam nec occulte, in toto nec in parte, neque contrafacere volenti in aliquo consentire»<sup>24</sup>. In den französisch-sprechenden Zenden treffen wir ähnliche Formulierungen, so 1708 in Zinal: «Ainsi ont promis les dits communiens unanimement par leurs serments corporels et sous obligations de tous leurs biens de vouloir tenir toutes les précédentes règles firmes et valides et de ne contrevenir ni faire à l'encontre à l'avenir»<sup>25</sup>.

Neben der generellen Norm in der Präambel oder im Schlussverbal, wurde die Gehorsamspflicht in einigen Bauernzünften ausdrücklich und unter Androhung von Strafen hervorgehoben. Turtmann stellte den Ungehorsam gegen die von der Gemeindeversammlung gefassten Beschlüsse unter Strafe und setzte, zum Zeichen einer zu erhebenden Strafe, ein Kreuz auf das Gut, den Mist oder das Heu des Fehlbaren<sup>26</sup>. In Ried-Brig mussten Personen, gleich ob Mann oder Frau, die die Satzungen nicht halten wollten, von jedermann angezeigt werden, wobei bei der ersten Anzeige eine Verwarnung, bei der zweiten 5 Schilling Busse und bei der dritten der Verlust des Bürgerrechts ausgesprochen wurde<sup>27</sup>. Auch in Visperterminen<sup>28</sup>, Visp<sup>29</sup>, Gifris und Bedle (Filet und Bister)<sup>30</sup>, Fiesch<sup>31</sup> und Reckingen<sup>32</sup> wurde der Gehorsam in eigenen Artikeln statuiert.

<sup>23</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Geschinen, B 2 (1543). - G.-A. Ulrichen B 2 (1548). - G.-A. Münster, B 2 (1540). - Fiesch und Wyler 1753, Abschrift J. Bielander. - G.-A. Biel, D 1 (1643-1780). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - AGVO. S 32-35, Reckingen, B 1 (1541). - G.-A. Grächen, B 1 (1553). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596), B 6 (1763). - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - G.-A. Bister, B 2 (1549). - G.-A. Filet und Bister, B 1 (1706). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Oberems, B 3 (1548), B 4 (1569), B 7 (1652). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - u.a.

<sup>24</sup> G.-A. Ried und Bitsch, B 1 (1619).

<sup>25</sup> G. Ghika, Les statuts de la «commune» de Zinal en 1571, Annexe III.

<sup>26</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 319 ff. - Vgl. L. Carlen, Das Kreuz als Symbol in Turtmann, Schweizer Archiv für Volkskunde.

<sup>27</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>28</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519).

<sup>29</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>30</sup> AGVO. S 32-35, Gifris (1442).

<sup>31</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch S. 21 ff.

<sup>32</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558.

#### 4. GEHORSAM GEGENÜBER DEN BEHÖRDEN

Die Ortsrechte sprechen vorwiegend vom Gehorsam gegenüber den Satzungen. Turtmann statuiert: «Wann ein Gmeinder etwas, was mit gemeinem Rat gmacht were worden, zu halten bei einer Straf, und einer demnach widerstrebte oder ein Aufruhr machte wider die Gewaltshaber oder ihren Rat, mit Gewalt in solchen Händlen zu widertriben sich understie, der selbe soll ein Jahr lang von allen Nutzungen der löblichen Gemeinde beraubt werden»<sup>33</sup>. Wir dürfen annehmen, dass diese Gehorsamspflicht auch gegenüber den Behörden galt, was man offensichtlich als Selbstverständlichkeit ansah und deshalb selten schriftlich festhielt. Ohne den Pfändern und den Vögten zum Gehorsam verpflichtet zu sein, wäre jede Alp-, Wald- und Nutzungsordnung hinfällig und undurchsetzbar gewesen. Der Gehorsam bildete das Rückgrat der Ordnung.

#### 5. MEHRHEITSPRINZIP

W. Liebeskind spricht im Zusammenhang mit dem Referendum von der Verfassung der Gemeinden als einem «demokratischen Foederalismus»<sup>34</sup>. Eine Demokratie kann nur dort Bestand haben, wo eine Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit fügt. Der Mehrheitsgrundsatz, wie er in den Bauernzünften verankert und von uns dargestellt worden ist, bildet einen Teil der Gehorsamspflicht.

#### 6. IGNORANTIA IURIS NOCET

Kein Bürger konnte sich, wenn er für ein Vergehen oder eine Übertretung bestraft werden sollte, darauf berufen, die Gesetze nicht gekannt zu haben. Die Satzungen, die man treu und gehorsam zu halten geschworen hatte, blieben oft lange Zeit ungeändert in Kraft, weshalb sie mancherorts jährlich dem Volke vorgelesen werden mussten, damit sie nicht in Vergessenheit gerieten.

In Brig verlangten die Statuten, «dass Alle Vorgeschrybne Burgerliche Ordnungen undt satzungen, Undt welche für bass auff dass kinfftig gmacht,... nun Vorthin gemeinen burgeren an Ihrem gemeynen Jahrstag,

---

<sup>33</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321 f.

<sup>34</sup> W. Liebeskind, a.a.O., S. 94.

oder Ordentliche burgerliche Versamblung Jahrlich Einst durch die burgerschryber Von wordt zu wordt offentlich Vorgelesen, Undt zu verstanden geben werden, domit dieselbig alle meniglichen Jetzigen, Undt Kinfftigen dester bass Eingebildet, in wissenheit bracht, Undt Jederzeit bey Uns Undt Unseren Nachkemblichen in desto langerwiriger gedachnuss behalten werden. Auch letstlich dass Neyematz wie Schlecht er doch sey sich billicherweiss der Unwissenheit zu Erklagen Undt zu Entschuldigen habe»<sup>35</sup>. In Fiesch<sup>36</sup> und Reckingen<sup>37</sup> wurden die Satzungen dem Volk alle Jahre vorgelesen. Der Tag, an dem dies geschah, wurde geraume Zeit vorher öffentlich in der Kirche angekündigt.

W. Ebel weist das Verlesen der Verordnungen und Statuten für viele Städte Deutschlands nach und glaubt, dass dies überall geschah, wenn auch die Tatsache des Verlesens, eben weil sie selbstverständlich war, nur aus gelegentlichen oder beiläufigen Bemerkungen ermittelt werden kann. In Villigen wurde anschliessend von den Burgern geschworen: «Was mir da vorgelesen ist und dises buoch innhalt und ich mit worten beschaiden bin, das will ich wahr und steht halten»<sup>38</sup>.

Als Ersatz für das Verlesen wurde mancherorts — jedenfalls in grösseren Städten — dem Bürger das Recht eingeräumt, sich bestimmte Artikel auf der Kanzlei vorlesen zu lassen<sup>39</sup>.

Im Anschluss an die Satzungen der Gemeinde Ritzingen vom Jahre 1539 findet sich eine äusserst seltene und höchst seltsame Fussnote, die wir der Rarität und des interessanten Inhalts wegen, wörtlich wiedergeben. «Item diese urkunt ist darum zuo hibsch gemacht, dass niement miege den sin verkehren noch verdren keinswegs und och dz ein ieglicher der do numen hibsch lessen kan jn lesen kiende und verstan von wort zuo wort unsach man hat hie nit alweg schriber so man mangel zelezen»<sup>40</sup>.

## 7. SANKTIONEN

Der Gemeinde selber oblag die Überwachung der Einhaltung der von ihr gesetzten Ordnungen. Sie besass die Rechtsetzungsbefugnis und ahndete die Übertretung der Satzungen oder war um deren Befolgung und Durchsetzung besorgt.

<sup>35</sup> J. Bieler, Brig, S. 381 f.

<sup>36</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 23.

<sup>37</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558.

<sup>38</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 30 ff.

<sup>39</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 35.

<sup>40</sup> G.-A. Ritzingen, B I (1539).

Die Verletzung der Gehorsams- und Treuepflicht wurde unterschiedlich, meistens sehr hart bestraft. In Geren<sup>41</sup> und Visperterminen<sup>42</sup> wurde, wer die aufgestellten Satzungen übertrat, mit einer Geldbusse bestraft, die wohl kummulativ neben die vom verletzten Artikel angedrohte Strafe trat. In Filet und Bister musste der Säumige, bis zur Befolgung der Satzungen, täglich 8 Plaphart Busse bezahlen<sup>43</sup>.

Welche Bedeutung dem Gehorsam und der Treue beigemessen wurde, geht aus den Sanktionen hervor, die Turtmann<sup>44</sup> und Visp<sup>45</sup> den Widerspenstigen androhten: «Wer nit den Burgerregeln gehorsamen will, soll ausgeschlossen sein von allem burgerlichen Nutzen». Noch viel härter gingen Ried-Brig (nach erfolgloser zweimaliger Ermahnung)<sup>46</sup>, Ernen<sup>47</sup>, Oberwald<sup>48</sup> und Ulrichen<sup>49</sup> mit den hartnäckigen, pflichtvergessenen Burgern und den neu Eingebürgerten ins Gericht, denn «wenn einer solches übertrete und sich nicht redlich und treulich benehme, alsdann mag ihm die Dorfmark das Burgerrecht künden, worauf er wie ein Fremder ist.»

### III. Friedenspflicht

Frieden ist für uns oft nur ein philosophischer, abstrakter, allgemeiner Begriff, oder wird rechtlich, als im Gegensatz zum Krieg, der Zustand der Rechtsordnung zwischen den einzelnen Staaten verstanden. Im Mittelalter und in der Neuzeit war Frieden ein rechtlicher Tatbestand, eine Institution, deren Inhalt in Einzelfällen verschieden war.

Auf den Stadtfrieden gehen wir hier nicht ein, sondern behalten lediglich den Frieden der ländlichen Verfassung und der Dörfer im Auge, wie er von K.S. Bader dargestellt wurde<sup>1</sup>. In den Bauernzünften findet er kaum Erwähnung, wird aber im Landrecht als allgemeine Pflicht normiert und findet als solche Eingang in die verschiedenen Gerichtsstatuten<sup>2</sup>.

<sup>41</sup> Geren, 1497, Abschrift J. Bieler.

<sup>42</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen, B I (1519).

<sup>43</sup> AGVO. S 32-35, Gifris 1442.

<sup>44</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321 f.

<sup>45</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>46</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>47</sup> G.-A. Ernen, B I (1466).

<sup>48</sup> G.-A. Oberwald, B 2 (1636).

<sup>49</sup> G.-A. Ulrichen, B 2 (1548), B 15 (1651).

<sup>1</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, II, III.

<sup>2</sup> SA AV 70bis/1, B.-A. Zermatt, SA AV 70bis/4: Meiertumsstatuten von Zermatt, von 1540, 1576, 1621. - Heusler, Statuten von Raron, in: RQ, S. 361.

Während die städtische Schwureinung den Stadtfrieden begründete<sup>3</sup> beruht der Dorffrieden nicht auf dem Schwur, auch wenn ein neuer Bürger den Gehorsams- und Treueid abzulegen verpflichtet war, sondern auf dem erweiterten Hausfrieden<sup>4</sup>. Dieser ging nicht vom Haus, sondern von der Person aus und umfasste neben Tür und Schwelle auch den Hofraum und den Garten. Die Umzäunung von Haus und Hof schaffte einen besonderen Friedens- und Rechtsbereich, der sich auf Menschen und Tier erstreckte. Ein kräftiger stabiler Zaun verwehrte dem Vieh, den wilden Tieren und dem Dieb den Zutritt und war zugleich Bannort gegen Hexen und alle Hexereien<sup>5</sup>.

Schon früh hat Wilhelm E. Wilda darauf hingewiesen, dass eine umzäunte Gruppe von Häusern und Höfen, die ein «abgeschlossenes Ganzes» bildeten, unter einem besonderen Frieden standen<sup>6</sup>. Dieser höhere Friede, der Dorf- oder Etterfriede, findet erstmals im Sachsen- und später im Schwabenspiegel Erwähnung. Es handelt sich im wesentlichen um ein Sonderstrafrecht, das, getragen vom Gedanken des Friedensschutzes, für Delikte, die innerhalb des Etters begangen wurden, eine erheblich schärfere Strafe vorsah<sup>7</sup>.

Das dringendste, höchste und unabdingbare Anliegen der Dorfbewohner war es, den Frieden im Dorfe zu bewahren und zu erhalten. Die Friedenspflicht war unumstossbares und ehernes Gebot und umfasste alle Bereiche des persönlichen und dörflichen Lebens. Das ganze Recht war eine Friedensordnung. Nach germanischer Auffassung herrschte, wo Recht war Friede<sup>8</sup>.

L. Carlen schreibt über das Walliser Landrecht: «Das ganze Strafsystem ist eingegliedert in das allgemeine Friedensrecht. Der Friede ist hier nicht ein allgemeiner Begriff, wie er heute aufgefasst wird, sondern ein Rechtsinstitut, das sich in den einzelnen konkreten Fällen zum Ausdruck brachte»<sup>9</sup>. Da jedes Verbrechen und Vergehen eine Rechtsverletzung und damit eine Störung des Friedens war, beinhaltete die Friedenspflicht gleichzeitig eine Gehorsamspflicht, Gehorsam gegenüber den Gesetzen und Ordnungen des Landes, des Zenden und des Dorfes.

---

<sup>3</sup> W. Ebel, a.a.O., S. 22 ff.

<sup>4</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 273.

<sup>5</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 102. - Hausfriede und Friedensbruch, vgl. P. Leumann, a.a.O., S. 232 ff. - Zum Hexenwesen, vgl. Die Hilfeleistung, Anmerkung Nr. 15.

<sup>6</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 15.

<sup>7</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 124. - Vgl. P. Liver, Abhandlungen zur Rechtsgeschichte, Chur 1970, S. 123.

<sup>8</sup> L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 87.

<sup>9</sup> L. Carlen, Das Walliser Landrecht, S. 408.



Der Friede umfasste das gesamte Strafrecht, die Delikte gegen Gott und den Glauben, gegen den Staat und die Gemeinschaft, sowie gegen den Einzelnen.

Im Landrecht werden einige Delikte gegen den öffentlichen Frieden ausdrücklich hervorgehoben, wobei wir uns hier auf das Landrecht des Kardinals beschränken, und für Vergleiche zu den Artikeln von Naters (1446), zum Landrecht Walters II auf der Flüe (1458—1482) und Hildebrands I von Riedmatten (1571) auf die entsprechende Literatur verweisen<sup>10</sup>.

- Bruch des Friedens (Art. 94)

Jede feindliche Handlung gegen eine Person, mit der man in Frieden steht, ist Friedbruch. Dieser wurde, wenn der Frieden in die Hand des Richters oder einer anderen Person gelobt worden war, mit 60 Pfund Busse, im Wiederholungsfalle mit dem Abhauen der rechten Hand und bei einem weiteren Rückfall mit dem Tode bestraft.

- Ausschlagen des gebotenen Friedens (Art. 93)

Gebotener Friede ist der Friede, der von den Behörden oder einer mit Gebotsmacht ausgestatteten Privatperson den streitenden Parteien geboten wird. Die Unfriedsamten und Widerspenstigen wurden mit Busen belegt oder gefangen gesetzt.

- Hausfriedensbruch (Art. 95)

Wer jemanden im eigenen Hause oder im eingefriedeten Besitztum angreift oder verletzt, begeht Hausfriedensbruch und wurde, mit der höchsten Geldstrafe, 60 Goldpfund gebüsst. Dem Hausfriedensbrecher, der nicht bezahlen konnte, wurde der rechte Fuss, der frevlerisch den fremden Hof betrat verstümmelt. Dies ist ein typisches Beispiel einer spiegelnden Strafe.

- Unsichermachen der Verkehrswege (Art. 98)

Wer tagsüber die Strassen unsicher machte, bezahlte 60 Goldpfund Busse, wer die Tat während der Nacht beging, verwirkte sein Leben.

- Freiheitsberaubung und Entführung

Nicht angeordnete, unrechtmässige Freiheitsberaubung wurde an Leib und Gut gebüsst, während die Entführung eines Kindes oder einer jungen Frau mit dem Tode bestraft wurde. Der mit Heiratsabsicht erfolgte Frauenraub wurde mit 60 Pfund gehandelt<sup>11</sup>.

<sup>10</sup> W. Liebeskind, Bischof Walthers II Auf der Flüe, Landrecht oder Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, nebst einem Auszug aus seinen Synodalstatuten. - Heusler, RQ, S. 170 ff. - L. Carlen, Das Walliser Landrecht S. 401 ff. - Ders., Das Landrecht des Kardinals Schiner.

<sup>11</sup> Heusler, RQ, S. 249 ff. - L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals, S. 92 ff.

Das Landrecht fand Eingang in einigen Landratsabschieden und Gerichtsverordnungen. Wiederholt befasste sich der Landrat mit dem Friedgebot und beschloss, dass jeder, der zwei oder mehrere Streitende findet, soll «frid heischen und fordern zem erstenmal, zem andren mal, zem dritten mal und wan ungehorsamkeit wurde erfunden bis uf 12 pfund. Und welcher sovil pott und pussen übersieht», sollte gefangen gesetzt werden, bis er «frid und trostung» gibt. Der Friedensstifter war verpflichtet, dem ordentlichen Richter Anzeige zu erstatten<sup>12</sup>.

Eine ähnliche Bestimmung findet sich im Statut von Raron<sup>13</sup> oder in den Satzungen der drei selbständigen Majorate von Zermatt. «Kommt ein Einwohner eines Meiertums von ihrem Tale Zermatt oder ein Fremder zu zwei oder drei oder mehreren aus der Gemeinde, welche im Streit begriffen sind, so soll er ohne List Frieden in Wort und Tat herbeiführen als wäre er ihr gewöhnlicher Richter. Wer aber eine solche Friedensvermittlung annimmt, soll diese Streitigkeit und Schuld seinem gewöhnlichen Richter offenbaren und dies ohne List. Darauf kann der Meier solche streitende zur persönlichen Versöhnung anhalten wie es im Tale Zermatt Brauch ist»<sup>14</sup>. Es fällt auf, dass jedem Friedensvermittler, unabhängig ob er aus dem gleichen oder einem anderen Meiertum von Zermatt stammte oder sogar ein Fremder war, die gleiche Macht und Spruchgewalt eingeräumt wurde, wie sie der gewöhnliche Richter besass.

Wer in Erolzheim dem Friedgebot nicht Folge leistete, wurde mit 10 Pfund gebüsst. Was jedoch dem unfriedsamen Widerspenstigen geschah, blieb straflos, selbst der Totschlag. Wurde innerhalb des Etters, im Bade, in der Schmiede oder vor Gericht gestritten, so fiel die Busse doppelt so hoch aus<sup>15</sup>.

Sobald es um den Dorffrieden und die allgemeine Friedenspflicht ging, fanden sich Sonderregelungen, die charakteristisch genug sind, um als Zeichen höheren Friedensschutzes im Dorfbereich angesehen zu werden.

#### IV. Hilfeleistung

Die gegenseitige Unterstützungs- und Hilfeleistungspflicht galt als so selbstverständlich, dass sie in den Bauernzunftstatuten kaum hervorgehoben wurde. Vielerorts wird sie in der Präambel kurz und allgemein er-

---

<sup>12</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 153.

<sup>13</sup> Heusler, RQ, S. 368.

<sup>14</sup> Vide Anmerkung 2.

<sup>15</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 134.

wähnt, indem jedermann verpflichtet wird, «Schaden und Nachteil so weit als möglich abzuwenden und Nutzen, Frommen und Wohlfahrt zu fördern»<sup>1</sup>. Mit vereinten Kräften und gegenseitiger Hilfe suchte man das Wohl der Gemeinschaft zu fördern und jegliche Gefahren, Unbill, Missbräuche und Schaden fern zu halten und abzuwenden. In einigen Fällen wird der Schutz der Schwächeren ausdrücklich betont, «quam protectionem pauperum»<sup>2</sup>.

Der Einbürgerungseid des neu aufgenommenen Burgers beinhaltete die Pflicht, den Satzungen gehorsam zu leben, den Nutzen zu fördern und eingetretenen Schaden und Nachteile gemeinsam zu tragen<sup>3</sup>.

Die Bauernzunft von Niederwald und Rotten Briggen statuiert in Art. 1: «Als erstlich versprechen sie bey Ehr und Eydt ein jeder dem ander beyzustehen in allen billigen gelegenheiten, die gerechtigkeit zu beschützen, wie solches tapfferen und wahrhaftten Burgeren zustehet»<sup>4</sup>.

Aus dieser Bestimmung ersehen wir eine Zweiteilung der Hilfepflicht, nämlich in allen Gelegenheiten, wo Not am Manne ist und bei Rechtsverletzungen.

## 1. RECHTSHILFEPFLICHT

Aus den rechtlichen Beziehungen und dem genossenschaftlichen Verhältnis der Bürger zu einander ergab sich die Pflicht der gegenseitigen Hilfe bei der Aufdeckung, Verfolgung und Bestrafung von Unrecht und Verbrechen. Es galt, den gestörten Frieden wiederherzustellen, den Geschädigten zu unterstützen und ihm zu seinem Rechte zu verhelfen<sup>5</sup>. Velerorts bestand eine allgemeine Pflicht, Verbrechen und Übertretungen der Ortsrechte den Behörden anzuzeigen<sup>6</sup>.

---

<sup>1</sup> G.-A. Saas-Balen, B 3 (1596). - Pfr.-A. Saas-Grund, B 2 (1596). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558, 1578. - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - AGVO. S 32-35, Törbel, B 3 (1519). - u.a.

<sup>2</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>3</sup> Vide, Kap. Der Erwerb des Bürgerrechtes, Der Einbürgerungseid.

<sup>4</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - Vgl. P. Leumann, a.a.O., S. 75 ff. - H. Rennefahrt, Entwicklung des Schweizerbürgerrechts, S. 698.

<sup>5</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - P. Heldner, Baltschieder, S. 40. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 146. - Ders., Simplon, S. 245. - F. Joller, Zenden Brig, S. 304. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 145. - F. Schnyder, a.a.O., S. 73. - A. Briw, Reckingen, S. 49. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 2 (1532). - Heusler, RQ, S. 348, Raron.

<sup>6</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18 f. - D. Imesch, Naters, S. 64. - G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - B.-A. Zermatt, B 3 (1571). - Vgl. L. Meyer, Zermatt, S. 256. - AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - F. Joller, Bryg, S. 303 ff.

Gemäss den Satzungen des Zenden Brig musste der Flucher und der Gotteslästerer dem Richter angezeigt werden. Wer nicht anzeigte, was er über einen «merklichen» Diebstahl wusste, haftete mit dem Dieb. Alle Bürger waren bei ihrem Eid verpflichtet, «dass sie die Übertreter vorgemelter Satzungen veröffnen, vermelden und dieselbige unserem Zenden Castlan anzeigen und zu veröffnen schuldig sygen, by gleicher buess ohne gnadt von ihme uszuvoerdren»<sup>7</sup>.

## 2. KATASTROPHENHILFE

Neben der allgemeinen Unterstützungspflicht in alltäglichen Nöten und Begebenheiten<sup>8</sup> kam der Grundsatz «Alle für einen, einer für alle» nirgends so ausgeprägt und hilfreich zur Geltung, wie bei eingetretenen oder drohenden Naturkatastrophen.

Wasser, Feuer und Schnee versetzten oft ganze Dörfer in Angst und Schrecken und forderten unter Menschen und Tieren ihre Opfer, ganz zu schweigen von den zerstörten Häusern, Hütten und Ställen. P. Am-Herd schildert eine Katastrophe im kleinen Dorf Obergesteln, die 84 Menschenleben forderte<sup>9</sup>. Eine Lawine verschüttete im Jahre 1719 das Dorf Leukerbad und tötete 55 Personen, während 1737 in Randa 40 Häuser unter den Schneemassen begraben wurden. Überschwemmungen forderten im Rhonetal viele Menschenleben und brachten Not und Unglück in viele Familien<sup>10</sup>.

Zu einer Zeit, da das Versicherungswesen in unseren kleinen Dörfern noch unbekannt war, konnte auf die gegenseitige Hilfe und Präventivmassnahmen nicht verzichtet werden. Typisch sind u.a. die Bestimmungen unzähliger Bauernzünfte betreffend die, oberhalb der Dörfer gelegenen und zum Schutze gegen Lawinen mit Holzschlagsverboten belegten Wälder. Bekannt sind die feuerpolizeilichen Vorschriften betreffend das Umhertragen von Feuer von Haus zu Haus oder das Aufbewahren von Feuereimern. Die Dorfbewohner waren unter Strafe verpflichtet, sich einzufinden, wenn die Sturmglocken einen Unglücksfall oder eine Naturkatastrophe anzeigten. In Zermatt wurde wer «ghörte sturm lytten

<sup>7</sup> F. Joller, Zenden Bryg, S. 303 ff. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 149 ff.

<sup>8</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - A. Briw, Reckingen, S. 49. - F. Schnyder, a.a.O., S. 73. - L. Carlen, Brig, S. 26. - AGVO, S 32-35, Reckingen 1558. - L. Carlen, Gericht und Gemeinden, S. 213.

<sup>9</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 185.

<sup>10</sup> S. Furrer, Geschichte von Wallis, S. 386. - Albert Julien, Ein Bericht über die Unwetterkatastrophe im Wallis vom 10. September 1640, BWG XI (1951), S. 59 f.

und den nit kemi, und wo sach weri, das er dessen bezüget wurde, das, er es ghördt hette», mit 2 Kronen Busse bestraft. In Münster wurde das Fernbleiben sowie das unbefugte Sturmläuten mit Bussen bis zu einer Krone geahndet<sup>11</sup>. In Niedergesteln und Turtmann waren alle Bürger unter Strafe verpflichtet, beim Wehren von Hochwasser und Überschwemmungen teilzunehmen<sup>12</sup>.

Unterschiedliches Glockengeläute zeigte die drohenden Gefahren und die unerwartet hereingebrochenen Katastrophen an. Vierlerorts fanden diese Rechtsbräuche Eingang in die Statuten, wie beispielweise in Frutigen: «Damit ein Jeder in und ausserhalb dem Dorf Frutigen, wann gestürmt wird, wissen möge, was für ein Sach obhanden, als ist desswegen geordnet und gesetzt: Wann Feürsbrunsten entstanden, soll erstlich die gröste Gloke angezogen und darnach mit allen geläutet werden. Wann Kriegsgefahr vorhanden, die beyden grösten Glocken gezogen. Wann der Bär im Land, ohn ein die gröste, namlich die Feier Abend Glogge. Zum Wolf die Vespergloke und die Kleinste»<sup>13</sup>.

Das Läuten der Sturmglocke hat sich bis in unsere Tage erhalten, wie J. Bielander am Beispiel Lax zeigt, denn «die mittlere Glocke wird geläutet am Werktag zum Messeläuten... Bei Feuer- und Wassergrössen und Wiegisch (Geröll-Rutschlawinen) und in allen Unglücksfällen allgemeiner Natur dient sie als Strumglocke, wird dann nur abgerissen geläutet (tschänge). Bei Feuer hat sie im Bewässerungssystem die Bedeutung, dass alle Bäche ins Dorf geleitet werden müssen, um Wasser für die Löscharbeiten zu liefern»<sup>14</sup>. Diese Bestimmung galt bereits im Mittelalter für alle Wässer.

Die enge Verbindung zwischen Gemeinde und Kirche, öffentlichem und religiösem Leben, Glauben und Aberglauben fand ihren Niederschlag in vielen Sitten und Bräuchen. Ein Unglücksfall oder eine Katastrophe wurde oftmals — abgesehen von der Zeit der Hexenjagd, wo an allem Unheil eine «Hexe» schuld war<sup>15</sup> — auf das Fehlverhalten der Menschen zurückgeführt.

---

<sup>11</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Heusler, RQ, S. 374 ff. - *W. Kämpfen*, a.a.O., S. 276. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - AGVO, S. 32-35, Ulrichen 1558. - Vgl. E. Lippert, Glockenläuten als Rechtsbrauch.

<sup>12</sup> *Siegen*, a.a.O., S. 461. - L. Meyer, Turtmann, S. 319. - Zu Wasserschäden und Überschwemmungen, vgl. D. Imesch, Naters, S. 131.

<sup>13</sup> H. Rennefahrt, Das Statutarrecht der Landschaft Frutigen, S. 264.

<sup>14</sup> J. Bielander, Die Bewässerung des Gebietes von Lax, S. 90.

<sup>15</sup> P.J. Kämpfen, Hexen und Hexenprozesse im Wallis, Stans 1867. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 115. - Zum Hexenwesen und Hexenverfolgung, vgl. P. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, 8. Band, Freiburg im Breisgau 1903, S. 531-751. - Heinrich Türlér, Über Hexen- und Zauberverwesen im Obersimmental

Wie aus der Verordnung der Dörfer Oberwald, Unterwasser und Obergesteln von 1717 hervorgeht, ereignete sich der Bergsturz des Längesberger «durch Zulass des allmächtigen Gottes, wegen unser Sünd und Missetat». Deshalb sollten die 3 Dörfer den barmherzigen Gott anrufen, «dass der abfallende Berg Länges ein Stillstand gewinne und uns kein weiterer Schaden in den Gütern und Allmeinen zufüge»<sup>16</sup>.

Um drohende Katastrophen abzuwenden, wurden vielerorts zu Ehren der Heiligen Kapellen gebaut, Prozessionen abgehalten und Opfer eingezogen. Die Zermatter veranstalteten jährlich eine Bittprozession nach Sitten, um vor verheerenden Gewittern bewahrt zu bleiben<sup>17</sup>. In Brigerbad und Niedergampel wurde jedes Jahr ein Opfer eingezogen, damit die Gemeinde nicht durch Überschwemmungen heimgesucht würde<sup>18</sup>.

## V. Pflicht zum Vermittlungsversuch

Einzelne Bauernzünfte auferlegten den Burgern die Pflicht, einen Streithandel mehreren redlichen Männern des Dorfes vorzulegen, bevor sie an ein Gericht gelangen durften. So beschlossen 1531 die Visper, «ob theill burger mitt dem andren stoss oder span hette oder han würde, sollen sy vor und eh si zum richter gangen klagen, den handel den gunslen (consuln) der burgschafft zur Visp anzeichen, die mügendt dan ein oder zwen burger zu im nemmen und den handel und stoss verschlichten, ob aber sie es nitt kenen berichten oder verschlichten, all den so mügendt die theill das recht anriefen, welcher das übergadt soll den burgern verfallen sin zechen schilling ohne gnadt als die es beschliesst». Es stellt sich nun die Frage nach der Natur dieses Dorfgerichtes.

K.S. Bader schreibt zum Gerichtswesen der Dörfer: «Auf keinem Gebiet dörflichen Rechtslebens begegnen wir grösserem Durcheinander als auf dem der Gerichtsverfassung. Die zahlreichen Nachrichten über die Dorfgerichtsbarkeit lassen sich überhaupt nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen»<sup>1</sup>.

---

im Mittelalter, Blätter für Bern. Geschichte, Kunst und Altertumskunde, Jahrgang 3, 1907. - Alois Dettling, Die schwyzerischen Hexenprozesse, Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Schwyz, Heft 15, 1905.

<sup>16</sup> Oberwald, Unterwasser, Obergesteln 1717, Abschrift H.A. von Roten.

<sup>17</sup> St. Kronig, a.a.O., S. 196 f., 243 f. - J. Ruden, a.a.O., S. 145. - Vgl. auch Prozession von Münster nach Glis, P. Am-Herd, a.a.O., S. 173.

<sup>18</sup> P. Jossen, Brigerbad, S. 123. - Ders., Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 213.

<sup>1</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 342.

Auf das von Bader dargestellte bunte Spektrum von Gerichten im deutschsprechenden Raum sowie auf die höheren Gerichte des Wallis wollen wir nicht näher eingehen, sondern verweisen auf die bedeutendste Literatur<sup>2</sup>. In einzelnen Zenden ist die Rede von einer Art Dorfgerichtsbarkeit, den sogenannten «Freigerichten». Diese waren entstanden durch Loskauf von fremder Herrschaft. Die Leute hatten nämlich, wie 1538, 1576 und 1618 die Zermatter, die Gerichtsbarkeit den adeligen Herren abgekauft und ihre eigene und niedere Gerichtsbarkeit errichtet<sup>3</sup>. Wie in Graubünden<sup>4</sup>, war bei uns der eigene Galgen Ausdruck eigenständiger und souveräner Gerichtsbarkeit. Bekannt sind die Freigerichte von Geren<sup>5</sup>, Ganter<sup>6</sup>, Wald<sup>7</sup>, Holz<sup>8</sup>, Kipfen<sup>9</sup>, Finnen<sup>10</sup> und Benken<sup>11</sup>.

Neben den Freigerichten gab es noch andere Gerichte einzelner Dörfer, so das des Meiers von Binn<sup>12</sup>, des Ammanns von Biel<sup>13</sup> und des Ammanns von Fieschertal<sup>14</sup>.

Weder die Freigerichte noch die Ammannate waren eigentliche Dorfgerichte, denn nach K.S. Bader sollte man von Dorfgerichten nur sprechen, wo die Dorfgemeinde ganz oder überwiegend, etwa zusammen mit abhängigen Weilern oder Einzelhöfen, den Gerichtsverband, die Rechtsgenossenschaft von Urteilen und Gerichtsunterworfenen bildet. Geht der Gerichtsverband wesentlich über den Bereich der dörflichen Gemarkung hinaus, dann besteht eben kein eigenes und eigentliches Dorfgericht<sup>15</sup>.

---

<sup>2</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, II, III. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde im Goms. - Ders. Dorfgerichte im Wallis.

<sup>3</sup> Vide Loskäufe von Zermatt in Kap. «Erwerb des Bürgerrechts» und daselbst aufgeführte Literatur. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 120 ff. - Ders., Dorfgerichte, S. 2 ff.

<sup>4</sup> R. Raschein, Bündnerisches Gemeinderecht, Eigenverlag 1972, S. 20. - L. Meyer, Zermatt, S. 265.

<sup>5</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 135 ff.

<sup>6</sup> D. Imesch/W. Perrig, Ganter. - L. Borter, Simplonnordhang, S. 611 ff.

<sup>7</sup> D. Imesch/W. Perrig, a.a.O., - L. Borter, a.a.O., S. 611 ff. - P. Arnold, Simplon, S. 235 ff.

<sup>8</sup> L. Weissen, a.a.O., S. 26 ff. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 145. - S. Furrer, Walliser Geschichte, II, S. 93 ff.

<sup>9</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 146. - Ders., Dorfgerichte, S. 5 ff.

<sup>10</sup> L. Carlen, Dorfgerichte, S. 5 ff. - L. Borter, a.a.O., S. 611 ff.

<sup>11</sup> L. Garbely, a.a.O., - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 145 ff. - L. Borter, a.a.O., S. 611 ff.

<sup>12</sup> L. Carlen, Das Meiertum von Binn. - Ders., Gericht und Gemeinde, S. 121 ff.

<sup>13</sup> St. Noti, a.a.O., S. 7 ff. - L. Carlen, a.a.O., S. 126 ff.

<sup>14</sup> L. Carlen, Der Ammann von Fieschertal. - Ders., a.a.O., S. 132 ff.

<sup>15</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 343.



Es bleibt die Frage offen, ob die eingangs erwähnten «mehreren recht-schaffenen Männer», denen Uneinigkeiten und Streit vorgelegt werden mussten, das eigentliche Dorfgericht bildeten.

In einzelnen Bauernzünften ist die Rede von einem, aus mehreren ehrbaren Männern des Dorfes zusammengesetzten Schlichtungsgericht, das «stoss und span verschlichten» sollte<sup>16</sup>. In Albinen wird es mit «*aliqua figura justitiae quator probis viris*»<sup>17</sup> umschrieben, da scheinbar eine genaue Bezeichnung fehlte. Nicht immer waren es vier Versöhnungsrichter, — in Ried-Brig hiessen sie die «Viermendren»<sup>18</sup> — die Zahl schwankte von Dorf zu Dorf.

Manchmal amtierten die Gemeindevorsteher als Versöhnungsrichter.

Dass es sich um ein Dorfgericht handelte geht daraus hervor, dass Männer des Dorfes vom Dorf oder den Gewalthabern erwählt wurden<sup>19</sup>. Die örtliche Zuständigkeit blieb auf die Dorfmark beschränkt, während die sachliche sowohl straf- wie zivilrechtliche Händel umfasste, oder wie die Statuten von Albinen ganz allgemein sagen «*differentiam, discordiam seu controversiam quomodolibet*»<sup>20</sup>. Im allgemeinen sprechen sich die Statuten kaum über die sachliche Zuständigkeit aus. In Stalden<sup>21</sup>, und Gampel<sup>22</sup> war der Versöhnungsrichter für Ehrverletzungen, «ein verschossenes Wort in unbedachtem Eifer oder in einer Weinfiechte» sowie kleineren Schadenersatzfällen zuständig; ebenso in Ausserberg<sup>23</sup>. Der Dorfrichter von Alpien hatte eine Spruchkompetenz bis zu 2 Pfund, während er in Zermatt auch «umb Schulden richten» konnte<sup>24</sup>. Im allgemeinen blieben Verbrechen und schwere Delikte in der Zuständigkeit der Zenden oder des Landesherrn<sup>25</sup>.

---

<sup>16</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Törbel, B 4 (1531). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Stalden, B 2 (1688), B 1 (1589). - L. Borter, Mund, S. 6. - Ders., Ried-Brig, S. 18. - L. Meyer, Turtmann, S. 322. - Ders., Törbel, S. 29. - Vgl. J. Bieler, a.a.O., S. 567 ff. - L. Carlen, Dorfgerichte, S. 5 ff. - H. Bloetzer, a.a.O., S. 35. - F. Schnyder, a.a.O., S. 60 f. - J. Bieler, Brig, S. 405.

<sup>17</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>18</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>19</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - G.-A. Staldenried B 1 (1548). - Alpien (1582). - Vgl. J. Bieler, a.a.O., S. 577.

<sup>20</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>21</sup> G.-A. Stalden, B 2 (1688).

<sup>22</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 60.

<sup>23</sup> G.-A. Ausserberg, B 5 (1533), Abschrift J. Bieler.

<sup>24</sup> L. Carlen, Dorfgerichte, S. 9.

<sup>25</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 9.

Dieses Dorfgericht des Versöhnungsrichters konnte L. Carlen im Goms nirgends nachweisen<sup>26</sup>. Vermutlich hielt man diese Institution für so selbstverständlich, dass man eine Regelung nicht für notwendig erachtete.

Die Ortsrechte, die den Vermittlungsversuch ausdrücklich erwähnten, machten es dem Bürger zur Pflicht, in jedem Handel, bevor er vor das Zendengericht gelangte, eine Versöhnung zu versuchen. Konnte keine Einigung erzielt werden, so hatten die Parteien das Recht, vor dem Richter zu tagen<sup>27</sup>.

Wer dieser Pflicht nicht Folge leistete, wurde in Grächen, Zeneggen und Töbel mit 1 Pfund Busse bestraft, in Turtmann und Zeneggen mit 20 Schilling; in Ried-Brig<sup>28</sup> und Erschmatt<sup>29</sup> wurde das Übergehen des Vermittlungsversuches mit dem Verlust des Bürgerrechtes geahndet, was die Bedeutung, die man dieser Friedensinstitution beizumessen pflegte, hervorhebt.

## VI. Das Gemeinwerk

Das Gemeinwerk im weiteren Sinn ist das allgemeine, gemeinsame, ganz oder teilweise unentgeltliche Werk; im engeren Sinn, die Pflicht der Gemeindegossen zur Leistung von persönlichen Diensten zu Gunsten des Gemeinwesens oder, ausnahmsweise, des einzelnen Burgers<sup>1</sup>.

Es war ein Kernstück des bäuerlichen Gemeinschaftslebens und eine stark verbreitete Einrichtung, die im deutschsprachigen Oberwallis Gemeinwerk («Gmeiwärch») und im französischsprachigen Unterwallis «manoeuvre» hiess, während die lateinischen Urkunden «labor communis» und «opera comunis» erwähnen. In Graubünden<sup>2</sup> finden sich auch die Ausdrücke «lavor cumina» und «lavoro comunale», in Glarus<sup>3</sup> und

---

<sup>26</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 121.

<sup>27</sup> Vide Anmerkung 16.

<sup>28</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>29</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 29.

<sup>1</sup> L. Carlen, Gemeinwerk, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte I, Spalte 1516. - Ders., Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, Montfort 3/4 1969, S. 341. - A. Niederer, Gemeinwerk im Wallis, S. 6 - E. Durgiai, Das Gemeinwerk, Diss. Bern 1943, S. 20. - K.S. Bader, Das Dorf, I, 112 ff. - III, 229 ff. - P. Leumann, a.a.O., S. 80 ff.

<sup>2</sup> E. Durgiai, a.a.O., S. 20.

<sup>3</sup> K. Luchsinger, Der Tagwen im Rahmen des glarnerischen Gemeinwesens, Glarus 1941, S. 1.

Zürich<sup>4</sup>, «Tagwen» oder «Tagwendienste», in Oesterreich «Gemeinderobot», «peurlich recht thun», «gmeine Recht», während andere Quellen von «meenwik», «gmein(de)fron», «Scharwerk» oder «Tagwerk» sprechen<sup>5</sup>.

Auf die Theorien und Kontroversen, ob die Anfänge des Gemeinwerks in der von der Grundherrschaft geforderten und überwachten Fronarbeit liegen, dort, wo lange vor der Gemeindebildung die individuellen Verpflichtungen des an Leib und Gut gebundenen Gerichtssassen zur Gemeinschaftsleistung wurde, oder ob es aus der genossenschaftlichen Idee in der korporativen Gesellschaftsform der Markgenossenschaft oder aus der Nachbarhilfe herauswuchs, wird hier nicht eingegangen, sondern lediglich auf die allgemeine Literatur verwiesen<sup>6</sup>.

## 1. GEMEINWERKE DER BAUERNZÜNFTE UND DER GETEILSCHAFTEN

Auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, das gegenseitige Überschneiden und Ineinandergreifen von Bauernzünften und Geteilschaften wurde bereits hingewiesen. Speziell was die Alpen anbetrifft, findet sich ein buntes Bild unterschiedlicher Systeme und Ordnungen. Es gab neben ausgesprochenen Gemeindealpen, an welchen ausschliesslich Gemeindeangehörige Nutzen hatten, auch noch Geteilschaftsalpen, die von Burgern verschiedener Gemeinden belegt wurden und zu manchem Streit und Prozess Anlass gaben, wie wir aus der Geschichte der Aeginenalpe wissen. Im Binntal besaßen zu Beginn des 15. Jahrhunderts viele Auswärtige Güter und Alprechte, was den dauernd in Binn mit «führ und liecht» wohnhaften Burgern ein Dorn im Auge war. Nach langjährigen und beschwerlichen Prozessen gelang es ihnen, die inneren Alpen des Tales fest in die Hände zu bekommen und die talfremden Bestösser zu verdrängen<sup>7</sup>.

<sup>4</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 135.

<sup>5</sup> L. Carlen, Gemeinwerk, Spalte 1516. - K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 236. - E. Durgai, a.a.O., S. 32. - F. Elsener, Neue Literatur zur Verfassungsgeschichte der Dorfgemeinde, S. 218.

<sup>6</sup> Vide Anmerkung I.

<sup>7</sup> L. Carlen, Die Reckinger Aeginenalpe. - J. Gremaud, V, Nr. 2170. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 87 ff. - J. Bieler, Bauernzünfte, S. 519. - A. Briw, Reckingen, S. 39. - Zu den Geteilschaftsalpen, vgl. Kap. Zur Entwicklung der Bürgergemeinde, Anmerkung Nr. 44. - G.-A. Binn, Inventare der Bauernzünfte und gerichtlichen Urteile von 1429, 1434, 1447, 1463, 1481, 1600. - Vgl. F. Schmid, a.a.O., S. 175. - Heusler, RQ, Nr. 440/441, S. 118 f. - A. Niederer, a.a.O., S. 42.

Wie bei den Alpen, waren bei den Wäldern, Wasserfuhren und anderen gemeinsamen Sachen die Gemeinden und Geteilschaften oder beide gleichzeitig beteiligt, was eine genaue Unterscheidung beträchtlich erschwerte.

Die Gemeinschaftsarbeit an Alpen, Wäldern, Wasserleitungen etc. wurde entsprechend der Beteiligung und Aufteilung der gemeinsamen Güter, von der Gemeinde oder den Geteilschaften erbracht, wobei letzte, wie im Fall der Eyengeteilschaft Brigerbad<sup>8</sup>, ausschliesslich aus ortsansässigen Burgern bestehen und in bezug auf die Mitglieder mit der Gemeinde identisch sein konnte, vorausgesetzt, dass alle Gemeinder beteiligt waren.

Die Geteilschaften, diese gutorganisierten Genossenschaftsverbände von Bauern zu speziellen, genau bestimmten und abgegrenzten Wirtschaftszwecken, und die Gemeinden verpflichteten die erwachsenen, stimmbfähigen Männer zur Teilnahme am Gemeinwerk.

Wir beschränken uns auf die Gemeinschaftsarbeit der Bauernzünfte, ohne die Geteilschaften, deren diesbezügliche Statuten und Organisation keinen grossen Unterschied aufweisen, ganz aus den Augen zu verlieren.

## 2. GEMEINWERKPFLICHTE

Alle, «omnes et singuli»<sup>9</sup> Burger einer Dorfmark mussten, sofern sie arbeitsfähig und nicht durch Krankheit, durch eine Vorladung vor Gericht, den zugewiesenen Wasserkehr oder einen anderen wichtigen Grund verhindert waren, an den angeordneten Gemeinschaftsarbeiten teilnehmen. Vielfach lautete die Bestimmung ganz allgemein: «Wer sich an den Gemeinwerken nicht beteiligt...»<sup>10</sup> oder «si quis... unum diem sic laborare...»<sup>11</sup> und meinte damit alle stimmbfähigen Burger, den ganzen «Mannstand»<sup>12</sup>. Im Lötschental fielen das Stimmrechtsalter und die

<sup>8</sup> P. Jossen, Brigerbad, S. 73.

<sup>9</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 21 ff. - G.-A. Selkingen, B 2 (1600). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - G.-A. Ritzingen, B 6 (1679). - Oberwald, Unterwasser, Obergesteln, 1717, Abschrift H.A. von Roten. - P. Am-Herd, Ulrichen, S. 93, 216. - L. Carlen, Brig, S. 23 ff. - A. Niederer, a.a.O., S. 34. - P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 39.

<sup>10</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - G.-A. Steg, B 2 (1634). - J. Siegen, Niedergesteln, S. 461. - P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser, Varen, S. 26.

<sup>11</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Törbel, S. 30.

<sup>12</sup> A.L. Schnidrig, Grächen, S. 26. - F. Schnyder, a.a.O., S. 61. - Vide Anmerkung 11-13.

Verpflichtung zum «Gmeinwärc», zu welchem alle Männer von 16 bis 60 gerufen wurden, nicht zusammen<sup>13</sup>. Freiwilligen Helfern, vor allem den Schulbuben, wurde die Teilnahme nicht verweigert<sup>14</sup>. Am Lonza-  
werk im Gampel und Steg überliess man es den Knaben, mit Pferden die  
auf einen Schlitten geladenen Steinblöcke aus dem Flussbett zu ziehen<sup>15</sup>.  
Die Gemeinwerkspflicht aller Dorfgenossen kannte man auch in Grau-  
bünden<sup>16</sup>, Zürich<sup>17</sup> und über die Grenzen der Eidgenossenschaft hinaus  
u.a. in Oesterreich und Deutschland<sup>18</sup>.

Je nach Art und Umfang der zu leistenden Arbeit wurden nur die Haus-  
vorstände oder ein tüchtiger und arbeitsamer Vertreter pro Haushalt zur  
Gemeinschaftsarbeit verpflichtet, was man Haushaltungsgemeinwerk  
nannte.

Wohl in selteren Fällen waren alleinstehende oder verwitwete Frauen,  
die im wirtschaftlichen Leben selbständig waren und einen eigenen  
Haushalt führten, der Gemeinwerkspflicht unterworfen. Die Bauern-  
zunft von Ried-Brig bestimmte: «Item ist auch ein yede frouw so ir ab-  
schlacht Zholtz volkomendt will han, schuldig zwerken, in allen gmei-  
nen wercken, welche aber allein zwo thällen (Föhren) empfieng ist in ge-  
mein wercken ledig und fry»<sup>19</sup>. Ähnliche Satzungen finden sich in Grau-  
bünden und Oesterreich, wo ausdrücklich zwischen Männer- und  
Frauenrobot unterschieden wird<sup>20</sup>. Die Frau konnte sich, wenigstens in  
späterer Zeit, «fals sie billiche unsach hatt das sie nit kan komen» von  
der Verpflichtung loskaufen<sup>21</sup>.

Die Gemeinwerkspflicht der Geteilschaften konnte schon frühzeitig  
durch einen Stellvertreter erbracht werden. Die Gemeinschaftsarbeit des  
ganzen «Mannstandes» der Gemeinde wurde erst mit fortschreitender  
Zivilisation und dem durch den ausgedehnten Handel und das Gewerbe  
stark zugenommenen Geldfluss zu einer Pflicht, die nicht mehr mit eige-  
ner Hand zu leisten, sondern durch einen Stellvertreter oder eine Geld-

<sup>13</sup> H. Bloetzer, a.a.O., S. 192. - A. Niederer, a.a.O., S. 38.

<sup>14</sup> R. Schnidrig, a.a.O., S. 25. - H. Bloetzer, a.a.O., S. 192. - A. Niederer, a.a.O., S. 64. -  
B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>15</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 371 f.

<sup>16</sup> E. Durgiai, a.a.O., S. 47 ff.

<sup>17</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 135 f.

<sup>18</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 236 ff. - L. Carlen, Gemeinwerk, Sp. 1516. - Ders., Al-  
penlandschaft und ländliche Verfassung, S. 341 ff.

<sup>19</sup> L. Borter, Ried-Brig, 21. - Eine ähnliche Regelung fand sich in Termen: vgl. L. Borter,  
Simplon-Nordhang, S. 611 ff. - A. Niederer, a.a.O., S. 34 - G.-A. Niederwald, B 2  
(1772).

<sup>20</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 240.

<sup>21</sup> G.-A. Niederwald, B 2 (1772).

[illegible]

## Notes

Molitor &amp;

17<sup>th</sup> July 1944

*Bauernzunft von Münster vom Jahre 1540, Gemeinde-Archiv Münster,  
B 2, Pergamenturkunde 29x79 cm.*



summe abgegolten werden konnte. Statt jährlicher Zahlungen finden wir im 18. Jahrhundert den Loskauf von der Gemeinwerkspflicht; Michael Locher gab im Jahre 1742 dafür der Gemeinde Bratsch eine Wiese<sup>22</sup>.

### 3. ARTEN

Das Dorf bildete eine soziale und wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft, deren Fortkommen und Bestand wesentlich durch die Gleichgerichtetheit der Bedürfnisse und der Lebensinteressen und durch eine ausgeprägte Solidarität, gegenseitige Hilfe und Unterstützung geprägt waren. Das Leben spielte sich in der Gemeinschaft, die für die einzelnen sorgte und ihrerseits von den einzelnen getragen wurde, ab. Gemeinsam nutzte man die Alpen und Wälder, in gemeinsamen Werken hegte und pflegte man sie, es bildete sich ein ganzes System von gemeinsamen Arbeiten.

#### 3.1. Ordentliche Gemeinwerke

Der Wechsel der Jahreszeiten und die Naturgewalten bedingten ein alljährliches Ausführen gewisser notwendiger Arbeiten, deren Aufschub unabsehbare Folgen für die gemeinsamen Güter und deren Bewirtschaftung gehabt hätte. Diese jährlich wiederkehrenden und zu verrichtenden Arbeiten, deren Ablauf und deren Bedeutung allen Beteiligten klar war, bildeten das Kernstück der Gemeinwerke und zugleich die Voraussetzung zur Nutzung der gemeinsamen Güter und stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl der Dorfgenossen.

Der einzelne Bürger, der Gemeinschaftsarbeit verrichtete, war am Zustandekommen des betreffenden Werkes, als Nutzniesser unmittelbar und persönlich interessiert.

Früh morgens versammelte man sich und ging gruppenweise an die Arbeit.

##### 3.1.1. Alp-Gemeinwerke

Wie aus den Bauernzunftstatuten ersichtlich ist, besaßen viele Gemeinden ausgedehnte Alpen, die im Alp-Gemeinwerk unterhalten wurden. In Fiesch hatte jeder Bürger ein Tagwerk zu leisten, und für je vier Kühe,

<sup>22</sup> StAS, Inventar Gemeinden, Bratsch 1742.

die er auf die Alp trieb, ein Tagwerk<sup>23</sup>. In Ausserbinn musste für drei gewinterte Kühe ein «Tagwan» verrichtet werden<sup>24</sup>. In Alpien<sup>25</sup>, Ritzingen<sup>26</sup>, und Selkingen<sup>27</sup> musste, wer die Alpe belegen wollte, jährlich «zwey tagwerck thuon».

Wie im Wallis, waren auf den bündnerischen Alpen die Anzahl der Alprechte oder der bestossenden Tiere für die Zuteilung der Alp-Gemeinwerke massgebend<sup>28</sup>.

Nach einem rauhen und harten Winter mussten die Alpwege ausgebaut und erhalten, die Hütten instand gestellt, die Tränkanlagen und Zäune wiederhergestellt und die Weiden von Geröll und Gestein geräumt werden.

### 3.1.2. Gemeinwerke an Wasserfuhren

Das Wallis, das niederschlagärmste Gebiet der Schweiz, war zu allen Zeiten auf künstliche Bewässerungskanäle angewiesen. Unbekannt ist, wann die ersten Wasserfuhren erstellt wurden. Die Sarasins oberhalb Vercorin soll um 950 gebaut worden sein<sup>29</sup>, während die Augstborteri bei Zeneggen um 1150 urkundlich nachgewiesen ist<sup>30</sup>.

Schon lange bevor sich die politischen Gemeinden bildeten, schlossen sich die Walliser zur Bewässerung ihrer Güter in Geteilschaften zusammen, weshalb, abgesehen von einigen Polizeivorschriften, die Bauernzünfte sich mit dieser Materie kaum befassten. Im 15. und 16. Jahrhundert schickten sich viele Gemeinden an, selber im Gemeinwerk für den Bau und den Unterhalt der Wasserfuhren aufzukommen. Damit fiel den Gemeinden die Kompetenz zur gesetzlichen Regelung zu<sup>31</sup>. Die Bürger

<sup>23</sup> AGVO, S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 23.

<sup>24</sup> Ausserbinn 1581, Abschrift J. Bielander.

<sup>25</sup> Alpien, 1546, Abschrift J. Bielander. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 62.

<sup>26</sup> G.-A. Ritzingen, B 6 (1679).

<sup>27</sup> G.-A. Selkingen, B 2 (1600).

<sup>28</sup> E. Durgiai, a.a.O., S. 80. - R. Weiss, a.a.O., S. 78 ff.

<sup>29</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 289 ff. - R. Metry, Das Bewässerungsrecht im Wallis, S. 6.

<sup>30</sup> A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 30. - Zu den Wasserfuhren im Wallis, vgl. Wilhelm Egloff, Alte Konstruktionen im Walliser Holzhandwerk, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, S. 113 ff. - Stephan Schmid, Die Wasserleitungen am Bischofsberg, BWG VI./5 (1925), S. 433 ff. - F. Rauchenstein, Die Bewässerungskanäle im Kanton Wallis, Zeitschrift für Schweiz. Statistik, 1908, S. 52 ff. - Th. Schnyder, Bewässerungsanlagen im Wallis einst und jetzt, Walliser Volksfreund, 5.7.1940. - E. Eichenberger, Beitrag zur Terminologie der Walliser «bisses», Diss. Aarau 1940. - M. Luyet, Le vieux Bisse de Savièse, Feuille d'avis du Valais 1940. - Bärcher-Cathrein, Der letzte Sander von Oberried.

<sup>31</sup> R. Metry, a.a.O., S. 162 ff.

wurden nun zum Gemeinde-, statt zum Geteilschaftsgemeinwerk verpflichtet<sup>32</sup>. In Varen musste, gemäss den Bauernzunftverordnungen vom Jahre 1543, Strafe bezahlen, wer Gemeindewasser bezog ohne seiner Gemeinwerkspflicht nachzukommen<sup>33</sup>.

Das Gemeinwerk bestand aus unterschiedlichen, teils gefährlichen Arbeiten: das Wasser musste an Gletschern oder Bächen gefasst, Wasserfuhren gegraben oder aus dem Felsen gehauen, Kanäle (Chännel) an überhängenden Kliffen angebracht und «Sandstubjini» (Kläranlagen) angelegt werden. Der Unterhalt der Wasserfuhren war — vor allem an steilen Felswänden — nicht einfach, denn es galt die Kanäle und Wasserleitungen zu reparieren und von Steinen, Schutt, Holz und anderen Verunreinigungen zu säubern.

### 3.1.3. Gemeinwerke an Strassen, Brücken und Dämmen

Im 15. Jahrhundert gelang es den Gemeinden, die Zollhoheit über Strassen und Brücken in eigene Hände zu bekommen. Seit jener Zeit galt im Wallis allgemein der Grundsatz, «dass jeder schuldig ist in seinem Territorio die Landstras zu erhalten»<sup>34</sup>.

Die Ausbesserungs- und Unterhaltsarbeiten an Strassen, Brücken und Rottendämmen wurden von den Gemeinden, die die Bürger zur Gemeinschaftsarbeit verpflichteten, ausgeführt<sup>35</sup>. Von dieser lesen wir in den Bauernzünften höchst selten. A. Niederer hat richtig erkannt, wenn er schreibt: «Diese im Wallis zu allen Zeiten besonders notwendigen Arbeiten waren offenbar so selbstverständlich, dass sie kaum in Urkunden erwähnt werden. Letztere enthalten vielmehr die Punkte, die immer wieder Anlass zu Streitigkeiten gaben, und keineswegs die seit Jahrhunderten unbestrittenen Rechte und Pflichten»<sup>36</sup>.

Nicht nur im Wallis, auch in Graubünden<sup>37</sup>, der Landschaft Zürich<sup>38</sup> und in Mitteleuropa allgemein, wurden, bedingt durch das politische

<sup>32</sup> J. Bieler, Die Bewässerung des Gebietes von Lax, Schweiz. Archiv für Volkskunde, Band XXXIX (1941), Heft 2, S. 90 ff. - R. Metry, a.a.O., S. 162 ff.

<sup>33</sup> P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser, a.a.O., S. 26. - R. Metry, a.a.O., S. 31, 162 ff.

<sup>34</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 116.

<sup>35</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 116 ff. - F. Schnyder, a.a.O., S. 22, 80 f. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 216. - J. Siegen, Niedergesteln, S. 461 f. - G.-A. Steg, B 2 (1634). - P. Heldner, Baltschieder, S. 39 f. - P. Jossen, Brigerbad, S. 191 ff. - L. Carlen, Gemeinwerk, Spalte 1517. - A. Niederer, a.a.O., S. 33. - P. Leumann, a.a.O., S. 82.

<sup>36</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 27.

<sup>37</sup> E. Durgai, a.a.O., S. 19.

<sup>38</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 136.

und wirtschaftliche System, Strassen und Brücken in Gemeinschaftswerken gebaut und unterhalten. Nach dem Grossbockenheimer Weistum von 1483 «soll Weg und Steg machen helfen, wer im Dorfe Wasser und Weide hat»<sup>39</sup>.

### 3.1.4. Andere Gemeinwerke

Da die Flüsse sehr oft über die Ufer traten und grossen Schaden anrichteten, mussten jährlich die Flussbetten von grossen Steinen und Schlamm gesäubert werden. Bei diesen Arbeiten an der Rhone, der Vispe, der Lonza und anderen Flüssen wurden Spanndienste verrichtet, wobei das Pferd den beladenen Schlitten aus dem Flussbett zog<sup>40</sup>.

Die Burgerreben wurden im Gemeinwerk besorgt. In Töbel war jeder Gemeinwerker verpflichtet, einen Zentner trockenen Mist mitzubringen oder ein Maultier zur Verfügung zu stellen<sup>41</sup>.

Die Gemeindeäcker in Grächen wurden gemeinsam aufgebrochen, bestellt und geerntet. Auch das Dreschen und die Verarbeitung des Korns bis zum fertigen Brot, das anlässlich des Burgertrunkes aufgetischt wurde, geschah im Gemeinwerk. Ein Teil des Korns war zur Bestreitung der Zehntenabgaben bestimmt<sup>42</sup>.

Je nach der zu verrichtenden Arbeit sprach man von Hand- oder Spanndiensten. Letztere kamen in seltenen Fällen vor.

### 3.2. Ausserordentliche Gemeinwerke

Die ausserordentliche Gemeinschaftsarbeit treffen wir nicht nur bei zerstörenden Naturereignissen an, sondern auch bei grossen Unternehmungen zu Gunsten der Allgemeinheit oder der Pfarrei, wie beispielsweise beim Bau von Gemeinde-, Schul- und Backhäusern oder Kirchen und Kapellen<sup>43</sup>. Ähnliche Sitten herrschten in Graubünden, wo 1755 von den Nachbarn von Tartar und Sarn im Gemeinwerk ein neuer Kirch-

<sup>39</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 242. - Gleichbedeutend mit «Wasser und Weide» findet sich im Wallis meistens der Ausdruck «Licht und Feuer», «führ und liecht». Gemeint sind jene Leute, die im Dorfe wohnen.

<sup>40</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 371 ff. - A. Niederer, a.a.O., S. 34 f. - L. Carlen, Brig, S. 25.

<sup>41</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 78 f. - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 24.

<sup>42</sup> A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 25. - P. Jossen, Erschmatt, S. 24.

<sup>43</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 164. - Oberwald, Obergesteln, Unterwasser 1717, Abschrift H.A. von Roten. - J. Siegen, a.a.O., S. 462. - K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 212. - P. Leumann, a.a.O., S. 83. - P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 182.

turm erstellt wurde, wobei interessanterweise ausdrücklich feldarbeitsarme Zeiten vorgesehen waren<sup>44</sup>.

Gelegentlich wurde im Wallis, wie anderenorts in der Eidgenossenschaft, das Gemeinwerk zum Verjagen von Landstreichern aufgeboden<sup>45</sup>. In Ulrichen machte man gemeinsam Jagd auf einen, in die Alpen oder Wälder der Gemeinde eingedrungenen Bären<sup>46</sup>.

Teilweise nahm das Gemeinwerk höchst seltsame Formen an, wie beispielsweise im Vintschgau, wo auf Grund eines Gelöbnisses gegen Naturunbilden, alle Bürger zur Teilnahme an den von den Gemeinden veranstalteten Prozessionen verpflichtet waren<sup>47</sup>.

Eine aussergewöhnliche Bestimmung kannte die Bauernzunft von Törbel. Wenn jemand ein Haus, einen Stall, einen Stadel, einen Speicher oder irgendein Gebäude erstellen wollte, musste ihm aus jeder Haushaltung ein tüchtiger Bürger unentgeltlich ein Tagwerk leisten. Wer seiner Pflicht nicht nachkam, musste 5 Gross Busse an das gemeine Jahrzeit entrichten<sup>48</sup>.

#### 4. GEMEINWERKSPFLICHT

Die Gemeindevorsteher bestimmten den Tag des Gemeinwerkes und liessen denselben eine Woche vorher öffentlich verkünden.

Die gemeinwerkspflichtigen Bürger wurden durch das Läuten<sup>49</sup> der Kirchenglocke zusammengerufen. Peinlich genau wurde die Liste der Gemeinwerker durchgegangen und ihre An- oder Abwesenheit festgestellt. Bevor das Tagesprogramm bekanntgegeben und die einzelnen Rollen aufgeteilt wurden, sprach man ein Gebet und unterstellte das Werk dem Machtschutz Gottes. Gruppenweise begab man sich, mit dem nötigen Werkzeug ausgerüstet, bei aufgehender Sonne an die Arbeit, die vom verantwortlichen Gruppenaufseher geleitet wurde und bis zum Sonnenuntergang dauerte. Während der Mittagspause und abends nach getaner Arbeit gab es Brot und Käse — im Oberwallis Spiis genannt — und reichlich Wein, der, wo die Gemeinden eigene Rebberge besaßen, aus den Gemeindegärten stammte. Abends überprüfte der Werkmeister die geleistete Arbeit und entliess die Leute nach Hause<sup>50</sup>.

<sup>44</sup> E. Durgiai, a.a.O., S. 74 f.

<sup>45</sup> A. Niederer, a.a.O., S. 35.

<sup>46</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 191 ff.

<sup>47</sup> L. Carlen, Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, S. 342. - Ders., Gemeinwerk, Spalte 1517.

<sup>48</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - J. Bieler, a.a.O., S. 579 f.

<sup>49</sup> Zum Glockenläuten, vgl. E. Lippert, a.a.O., S. 4 ff.

<sup>50</sup> J. Bieler, Bewässerung von Lax, S. 90 ff. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 216 f. - A. Niederer, a.a.O., S. 36 ff. - E. Durgiai, a.a.O., S. 21 ff. - P. Heldner, Baltschieder, S. 39.

Wer morgens zu spät kam oder abends vor Arbeitsabschluss nach Hause ging, verfiel einer Busse. In Steg und Niedergesteln wurde demjenigen, der nicht bis zum «urlaub» ausharrte, das Tagwerk nicht angerechnet<sup>51</sup>.

## 5. SANKTIONEN

Die Bedeutung der zu erhaltenden Güter, die Dringlichkeit der Arbeiten, die Ordnung und die Disziplin der Dorfgenossen sowie der reibungslose Ablauf des Gemeinwerkes erforderten oftmals strafrechtliche Sanktionen gegen pflichtvergessene Bürger.

Das eigenmächtige und unentschuldigte Fernbleiben wurde entweder mit der Pfändung von Viehhabe, die, wenn sie in der vorgeschriebenen Zeit nicht losgekauft wurde, der Gemeinde verfiel, oder mit Bussen gehandelt. In Reckingen<sup>52</sup>, Geschinen<sup>53</sup> und Törbel<sup>54</sup> musste der Säumige 4 bis 6 Gross bezahlen, in Ulrichen 8 Plaphart<sup>55</sup>, in Niederern<sup>56</sup> und Baltschieder<sup>57</sup> zwischen 2 und 4 Ambrosianer, in Niederwald 3 Batzen<sup>58</sup>, in Varen 1 oder 2 Schilling<sup>59</sup>, in Fiesch ein<sup>60</sup> und in Brig 3 Pfund<sup>61</sup>.

In Niedergesteln<sup>62</sup> und Steg<sup>63</sup> wurde, wer sich an den Gemeinwerken nicht beteiligte und den Pfandschilling nicht bezahlte, vom Feldgang ausgeschlossen. In Ausserbinn verlor, wer am Alp-Gemeinwerk fehlte<sup>64</sup>, für ein Jahr sein Alprecht.

Noch strenger, nämlich mit dem Verlust des Bürgerrechtes strafte Jeizinen die Pflichtvergessenen, wobei<sup>65</sup> diese Strafe erst nach zehnjähriger Vernachlässigung der Gemeinwerkspflicht ausgesprochen wurde.

Diese obengenannten unterschiedlichen Geldeinheiten stiften Verwirrung und geben uns keinen Aufschluss über die Höhe der Bussen, weshalb wir im Anhang eine Tabelle der im Wallis damals gebräuchlichen Geldwerte beifügen.

<sup>51</sup> G.-A. Steg, B 2 (1634). - *J. Siegen*, a.a.O., S. 461.

<sup>52</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen 1578. - Vgl. *A. Briw*, Reckingen, S. 50.

<sup>53</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543).

<sup>54</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Törbel, S. 30.

<sup>55</sup> G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - Vgl. *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 93, 191.

<sup>56</sup> *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde, S. 211.

<sup>57</sup> *P. Heldner/A. Carlen*, Baltschieder, S. 39.

<sup>58</sup> G.-A. Niederwald, B 2 (1772).

<sup>59</sup> *P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser*, a.a.O., S. 26.

<sup>60</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. *A. Briw*, Fiesch, S. 23.

<sup>61</sup> *L. Carlen*, Brig, S. 25.

<sup>62</sup> *J. Siegen*, a.a.O., S. 461.

<sup>63</sup> G.-A. Steg, B 2 (1634).

<sup>64</sup> Ausserbinn, 1581, Abschrift J. Bielander.

<sup>65</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 51.

## VII. Einfriedungspflicht

Zaun, Hag und Etter spielen im Recht eine nicht unbedeutende Rolle. Der Hausfriede umspannte neben Tür und Schwelle den Garten und den Hofraum, sofern diese umzäunt, eingefriedet waren. Jedes unbefugte Eindringen oder jede feindliche Handlung in diesem Friedens- und Rechtsbereich galt als Störung des Friedens und als Vergehen oder Verbrechen. Bestand ein fester und stabiler Zaun, fielen die Strafen härter aus; geschah die Tat während der Nacht, so sollte der Täter wie ein Dieb bestraft werden<sup>1</sup>.

In der Schweiz fand sich häufig eine Form der Einfriedung, der Friedhag. Dies war nicht der Etter, die Umzäunung des Dorfes, sondern der Flurzaun, der den nachbarlichen Frieden verbürgte<sup>2</sup>.

Es bestand eine «Zaunpflicht» in dem Sinne, dass jeder seinen geschützten Sonderbereich gegen aussen auf eigene Kosten zu kennzeichnen hatte, ansonsten er den eingetretenen Schaden selber tragen musste. Die Form der Einfriedung konnte frei gewählt werden. Es fand sich neben dem Hag, dem lebenden Gehege, der Zaun, der als «toter» Lattenzaun zur Umzäunung von Haus, Garten, Flur und Weide Verwendung fand. Im Wallis wird der Ausdruck «Hag» nur im Goms und Teilen Oestlich-Rarons gebraucht, sonst herrscht die Bezeichnung «Zü» vor<sup>3</sup>.

Dem nachbarlichen Frieden zuliebe sollte der Zaun dicht und stark genug sein, um das Eindringen der Hühner, Gänse und Schweine zu verhindern. Was nämlich unberechtigt über den Zaun flog oder durch den Hag schlüpfte, galt als vogelfrei und konnte straflos abgetan werden. Dieser allgemeine Grundsatz des deutschen Rechtes begegnet uns in vielen Weistümern<sup>4</sup>. In Brig<sup>5</sup>, Naters<sup>6</sup> und Turtmann<sup>7</sup> durfte jeder, dessen Kulturen, Reben oder Gärten durch fremdes Federvieh geschädigt wurden, dasselbe ungestraft umbringen. Wer einen Dieb in seinem Eigen-

<sup>1</sup> K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 64. - Zu der Umzäunung und den Rechtsfolgen im allgemeinen, vgl. Das Dorf, I, II.

<sup>2</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 88.

<sup>3</sup> J. Bieler, Grenzen und Grenzzeichen im Wallis, S. 275. - Zum Wort und den Lautverschiebungen von Hag, hac, hega, hege und Zaun, tün, zün, town, vgl. K.S. Bader, das Dorf, I, S. 85 ff. - In Glurigen im Goms gibt es noch heute den Familiennamen «Hagen».

<sup>4</sup> Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 63 f. - Eberhard von Künssberg, Hühnerrecht und Hühnerzauber, Jahrbuch für historische Volkskunde, Band I, 1925, S. 126 ff. - P. Jossen, Brigerbad, S. 128. - Ders., Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 216. - A. Heusler, RQ, Nr. 247, S. 82.

<sup>5</sup> J. Bieler, Brig, S. 412. - L. Carlen, Wein im Oberwallis, S. 29.

<sup>6</sup> D. Imesch, Brig, S. 412.

<sup>7</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321.



tum ertappte, durfte ihn «angreifen, schlagen, stechen, hauen und verletzen, nur nicht töten». Neben diesen nachbarrechtlichen Bestimmungen statuierten die Bauernzünfte eine Zaunpflicht für jene Gemeinder, deren Güter an Strassen, Allmenden, Alpen, Wälder, Eyen und Abgründe angrenzten, damit niemandem Schaden entstehen konnte<sup>8</sup>. Der Eigentümer haftete für jeden, durch ungenügendes oder nicht sorgfältiges Zäunen eingetretenen Schaden<sup>9</sup>.

In Mühlebach wurde dieser durch die Pfänder oder einige Ehrenleute geschätzt<sup>10</sup>.

Umgekehrt hatte derjenige, der es unterliess, die nötigen Zäune aufzurichten, keinen Anspruch auf Schadenersatz, wenn fremdes Vieh in seine Matten eindrang<sup>11</sup>.

Die Zäune mussten jeweils bis zu einem von den Behörden bestimmten Zeitpunkt errichtet werden, in Ober- und Unterems<sup>12</sup> hatte dies bis anfangs, in Albinen<sup>13</sup> bis Mitte Mai zu geschehen. Das nötige Holz wurde in der Regel von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Andererseits sollte mit dem Holz nicht verschwenderisch umgegangen und keine unnötigen Zäune errichtet werden<sup>14</sup>.

Nicht nur die Errichtung, sondern auch der gute Unterhalt der Zäune wurde von den Gewaltshabern oder einem Pfänder kontrolliert. In Turtmann fand alle 3 Wochen, oder sooft es vonnöten war, eine Besichtigung statt<sup>15</sup>.

Wer in der Erstellung oder im Unterhalt der Zäune säumig und ungehorsam war, wurde in Gluringen<sup>16</sup> mit 2 Dukaten, in Erschmatt<sup>17</sup> mit einem Batzen und in Ober- und Unterems<sup>18</sup> für jeden «Stapfen»<sup>19</sup> mit

<sup>8</sup> G.-A. Zeneggen, B 1 (1586). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - G.-A. Guttet, B 5 (1669). - StAS. Inventar, Bratsch, B 1 (1703). - StAS. Inventar, Ergisch, B 3 (1555). - StAS. Inventar, Niedergesteln, B 1 (1564). Zur Einfriedungspflicht in Graubünden, vgl. R. Weiss, a.a.O., S. 184. - Das Erstellen von Zäunen in der Landschaft Frutigen, vgl. H. Rennefahrt, Das Statutarrecht der Landschaft Frutigen, S. 268 ff.

<sup>9</sup> Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander, - G.-A. Münster, B 4 (1551). - G.-A. Albinen, B 6 (1552). - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22.

<sup>10</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592).

<sup>11</sup> P. Arnold, Simplon, S. 215.

<sup>12</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

<sup>13</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>14</sup> G.-A. Ernen, B 2 (1475). - G.-A., Guttet, B 1 (1520).

<sup>15</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 320.

<sup>16</sup> G.-A. Gluringen, B 5 (1709).

<sup>17</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 30.

<sup>18</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

<sup>19</sup> Die verschiedenen Arten von Grenzen und Grenzzeichen, von Zäunen und deren Bestandteilen, beschreibt J. Bielander ausführlich in: Grenzen und Grenzzeichen im Wallis.

einem Quarter Wein gebüsst. In Turtmann wurde der Säumige «in der ersten Besichtigung umb ein Mass Win, oder 3 Gross» gebüsst, «weders der Angeklagte will zahlen und wann er in der andren Besichtigung nit gezaunt hatte, soll er 5 Schilling zahlen, das dritte Mal umb 10 Schilling und also um jedes Mal umb 5 Schilling aufsteigen, bis er genugsam zaunet»<sup>20</sup>.

Verbunden mit der Umzäunung ist das sogenannte «Legirecht». Wo unter einem Zaun ein Weg durchführte, musste eine Öffnung, genannt die Legi gelassen werden. Meistens handelte es sich um ein kleines Türchen, oder einige bewegliche Holzstäbchen. Wer die Legi öffnete, war verpflichtet, sie wieder sorgfältig zu schliessen<sup>21</sup>.

## VIII. Zehntabgabe

Der Zehnt ist eine Abgabe von 1/10 des aus Grund und Boden erwirtschafteten Ertrages. Zur Entschädigung der Kirche für das eingezogene Kirchgut ordnete die Gauverfassung Karls des Grossen (771—814 n.Chr.) die allgemeine Leistung des Zehnten an, der, nach alttestamentlichem Vorbild (Lev. 27,30 n.Chr.), kraft kirchlichen Rechts seit dem 5. Jahrhundert erhoben worden war. Zehntberechtigt («Zehntherren») waren vor allem Klöster und Kirchengemeinschaften, in späterer Zeit allgemein der Pfarrer. So weit die Feudalmacht der privilegierten Körperschaften reichte, wurde im Wallis der Zehntenbestimmung bis ins hinterste Bergtal Geltung verschafft<sup>1</sup>.

Im späteren Mittelalter erfolgte eine allgemeine Aufsplitterung der Zehntenrechte, die oftmals verkauft, verpfändet oder als Lehen und schliesslich als reine Kapitalanlage in weltliche Hände gelangten. Der engere Zehntbereich der örtlichen Kirche verblieb bei der Aufsplitterung ganz oder teilweise dem Pfarrer<sup>2</sup>.

Wir unterscheiden folgende Arten des Zehnten:

- Decima universalis und decima particularis: je nach dem der Zehnt sämtliche oder nur einige Grundstücke belastete, sprach man von einem universellen oder partikulären Zehntrecht.

<sup>20</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321.

<sup>21</sup> G.-A. Ritzingen, B 2 (1543). - P. Am-Herd, a.a.O., S. 92 f. - B.-A. Visp, BB 3 (1727). - J. Bieler, Grenzen und Grenzzeichen, S. 286. - AGVO. S 32-35, Fiesch B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22.

<sup>1</sup> A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 24.

<sup>2</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 140 ff. - P. Leumann, a.a.O., S. 124.

- Decima generalis und decima specialis: der allgemeine Zehnt wurde auf sämtlichen, der spezielle nur auf einigen Bodenfrüchten erhoben.
- Decima praedialis und decima carnum: der Feldzehnt wurde von Feldfrüchten, namentlich Wein, Korn, Hanf, Heu und Gemüse bezogen; der Blut- oder Fleischzehnt bestand aus Tieren oder Tierprodukten, z.B. Eier und Milch.
- Grosser und kleiner Zehnt: diese Unterscheidung bezog sich nur auf die Feldfrüchte. Der grosse Zehnt wurde auf Korn und Wein, der kleine auf Baum- und Gartenfrüchten erhoben<sup>3</sup>.

Auf weitere Unterscheidungen in Gartenzehnt, Etterzehnt etc. gehen wir hier nicht ein, sondern verweisen auf die Ausführungen bei K.S. Bader und die allgemeine Literatur<sup>4</sup>.

Da der Zehnt als Reallast auf allem kultivierten Boden, «was der Wind bewäget und der Rügen besprenget» lastete, waren alle Dorfbewohner und die Gemeinde selbst zehntpflichtig. In Grächen hatte man wegen der Ungleichheit des Bodens einen bestimmten Abgabemodus eingeführt<sup>5</sup>. Jeder Bauer war verpflichtet, seinen Teil den Gwalt habern der Gemeinde abzuliefern. In den seltensten Fällen wird der Zehntenherr selber beim Einzug mitgewirkt haben; meistens beauftragte er damit einige Vertrauensmänner.

Im Wallis waren die Korn- und Weizenzehnten die wichtigsten Zehntabgaben, was nicht erstaunt, denn der Ackerbau nahm, im Gegensatz zu anderen Gebirgskantonen, eine hervorragende Stellung ein. War das Rhonetal die eigentliche Kornkammer der Landschaft, bildete Findeln bei Zermatt 2000 m.ü.M. der höchste Ort Europas, wo Korn angepflanzt wurde und übrigens heute noch angepflanzt wird<sup>7</sup>.

Entsprechend der Grösse und Einteilung der Pfarreien waren mehrere Gemeinden der gleichen Pfarrei zehntpflichtig. So lieferte Grächen dem Pfarrer von Visp<sup>8</sup>, Zermatt der Kirche von St. Niklaus<sup>9</sup> und Stalden der Pfarrei Zermatt<sup>10</sup> jährlich den Getreidezehnten ab. Brigerberg, Nater-

<sup>3</sup> P. Leumann, a.a.O., S. 124 f. - Vgl. A. Heusler, Institution des deutschen Privatrechts, I, S. 351 ff.

<sup>4</sup> K.S. Bader, Das Dorf, I, S. 139 ff. - Das Dorf, II, S. 83 ff. - R. Gmür, Der Zehnt im alten Bern, Bern 1954. - Zehnten zu Wimmis, in: L.S. von Tschärner, Das Statutarrecht des Simmentales, II, S. 65 f. - Der Heu- und Emdzehnt und die Umwandlung des Heuzehnten in einen Käsezehnten, vgl. H. Rennefahrt, Das Statutarrecht von Frutigen, S. 43, 210 f.

<sup>5</sup> A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 26.

<sup>6</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 13. - P. Leumann, a.a.O., S. 25.

<sup>7</sup> K. Lehner, Zermatter Sagen und Legenden, Visp 1963, S. 37.

<sup>8</sup> A.L. Schnidrig, a.a.O., S. 24 ff.

<sup>9</sup> St. Kronig, a.a.O., S. 178.

<sup>10</sup> J. Ruden, a.a.O., S. 112.

serberg, Birgisch, Mund, Brigerbad, Gamsen und Eyholz waren im 15. Jahrhundert der Pfarrei Naters zehntenpflichtig; Eyholz beispielsweise hatte 18 Fischel (= 4296,75 Liter) Korn, 12 Fischel (= 202,20 Liter) Weizen und 3 Fischel (= 50,55 Liter) Gerste abzuliefern<sup>11</sup>.

Die einzelnen Pfarreien waren auf den Weinzehnten angewiesen, da der Wein für die liturgischen Handlungen gebraucht wurde. Die Zehntenrechte der Pfarrer von Visp bestanden in Töbel, Stalden und Visperterminen bereits seit dem 13./14. Jahrhundert<sup>12</sup>. Die Burger und die Gemeinde Brigerbad entrichteten der Pfarrei Naters jährlich 16 Sester, Eyholz 6 Sester und Gamsen 2 Sester Wein als Weinzehnten<sup>13</sup>.

Die Zehntabgaben lasteten schwer auf den Schultern der Burger und der Gemeinden. Man trachtete, sich durch eine einmalige Summe loszukaufen; Bestrebungen die sich, wie in Grächen, über Jahrhunderte erstreckten. Während die Pflichtigen von Mörel im Jahre 1538<sup>14</sup> und jene von Brigerberg im 17. Jahrhundert<sup>15</sup> sich von der Zehntabgabe befreien konnten, blieb diese in Ganter<sup>16</sup>, Salgesch und Visperterminen<sup>17</sup> bis ins 19. Jahrhundert bestehen. Der endgültige Loskauf der Grächner von der Zehntenpflicht an die Pfarrei Visp erfolgte erst im Jahre 1894<sup>18</sup>.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als sich die Zermatter von den weltlichen Herrschaften der Werra (1538) und Perrini (1562) loskauften, gelang ihnen die Ablösung der Zehntenpflichten; gegen die, für jene Zeit unermessliche Summe von 4140 Pfund, wurden sie 1546 vom Viehzehnten der Pfarrei St. Niklaus und im Jahre 1570 um 1750 Pfund vom Getreidezehnten (Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen etc.) der Pfarrei Visp befreit<sup>19</sup>.

Diese Zahlen zeigen, wie drückend die Zehntenlast war und wie sehr das Volk nach Freiheit verlangte. Die Zehntabgabe hat vielerorts den Drang nach Freiheit beflügelt, zur Festigung der Dorfmark beigetragen und die Gemeindebildung angeregt oder beschleunigt.

---

<sup>11</sup> D. Imesch, Naters, S. 46.

<sup>12</sup> L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 28.

<sup>13</sup> D. Imesch, Naters, S. 46. - L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, S. 29.

<sup>14</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 29.

<sup>15</sup> D. Imesch, Naters, S. 47.

<sup>16</sup> D. Imesch/W. Perrig, Ganter, S. 37.

<sup>17</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 29.

<sup>18</sup> A.L. Schnidrig, S. 25 ff. - Zum Abkauf des «Molchen-, Junge- und Pflanzenzehntens und der Hofhühner» der Gemeinde Frutigen, vgl. H. Rennefahrt, a.a.O., S. 303 ff.

<sup>19</sup> St. Kronig, a.a.O., S. 178 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 249. - K. Lehner, Zermatter Chronik, S. 9.

## IX. Armenunterstützung

In jeder Gesellschaft und Gemeinschaft gibt es Mitglieder, die nicht aus eigenen Kräften für ihren Lebensunterhalt und ihr Fortkommen aufkommen können und das zum Leben Notwendige auch nicht von Angehörigen erhalten; es sind Arme, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Die Armut braucht nicht, wie im Fall der Verschwendung, Arbeitsscheu oder Trunksucht verschuldet zu sein, sondern kann, wie bei Alter, Krankheit, Gebrechen oder Vermögensverlust, unverschuldeten Ursprungs sein.

Im späteren Mittelalter war die Lage der bäuerlichen Bevölkerung nicht schlecht; eigentliche Arme gab es in den Dörfern, wo die Familiengemeinschaft und die Sippenzusammengehörigkeit das Leben prägten, meist nur wenige. Erst an der Wende zur Neuzeit, als sich im 16. Jahrhundert die Wirtschaftslage auf dem Lande verschlechterte, treffen wir vermehrt Arme und zugleich Fürsorgeeinrichtungen an<sup>1</sup>. Vorerst waren es die Kirche, Klöster und religiösen Bruderschaften, die sich der Armen annahmen, bis als Folge der Reformation, zuerst in den reformierten, später auch in den katholisch gebliebenen Gegenden die Säkularisation der Armenpflege und die Übertragung derselben an die Gemeinde erfolgte<sup>2</sup>.

Vermehrt machten nach dem Wegfall ihrer Zufluchtsstätten Arme und Bettler Wege und Strassen unsicher, was die Behörden zum Eingreifen veranlasste. Der Walliser Landrat beschloss 1530, die im Lande herumziehenden «armen Lamparten» heimzuschicken, da man selber viel armes Volk habe und das Leben erheblich teurer geworden sei<sup>3</sup>.

Im Wallis blieben die Bruderschaften, Spenden und andere, den Armen wohlgesinnte Wohltätigkeitsanstalten bestehen, doch begann sich die Einflussnahme der Gemeinden bemerkbar zu machen, indem viele Bauernzünfte die Bürger zu einer Abgabe verpflichteten.

### 1. SPENDEN

Die bekannteste und meistverbreiteste Spende war die zu Ehren des Landespatrons, des hl. Theodul, oder wie er im Volksmund hiess: Zant Joder<sup>4</sup>. Sie ist in Töbel bereits 1473 urkundlich nachgewiesen «honorem

<sup>1</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 224.

<sup>2</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 21. - A. Stahel, a.a.O., S. 83 ff.

<sup>3</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 8.

<sup>4</sup> St. Theodulsspende in: Münster, Ulrichen, Reckingen, vgl. L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 229. - L. Meyer, Turtmann, S. 321. - D. Imesch, Naters, S. 78 ff. - J. Eggs, Die Geschichte des Wallis im Mittelalter, S. 200.

Sancti Theoduli pauperibus distribuende». Jede Haushaltung war verpflichtet, jährlich an die Spende ein Brot zu geben, wovon zuerst die Armen gespeist werden sollten, bevor die Vermögenden etwas erhielten. Die zwei Spendevögte wurden im Kehr bestimmt und waren zur Annahme des Amtes verpflichtet<sup>5</sup>. In Brig wurde die eine Hälfte des Opfers an die kirchlichen Behörden nach Sitten gesandt, während die Armen in den Genuss der anderen Hälfte gelangten<sup>6</sup>. Jeder Burger und jeder Auswärtige, die in Niedergampel Güter besaßen, waren verpflichtet, die Spende des St. Theodul darzureichen<sup>7</sup>.

Jeder Burger und jede Haushaltung von Brig entrichteten ein Gross an die St. Sebastiansspende, die, was nach Abzug der Kerzen übrig blieb, den Armen zugute kam. Jeder Genosse und Geteile von Ober- und Unterems war, unter Androhung von 5 Schilling Busse, gehalten, an die Spende des hl. Bartholomäus ein Brot von 5 Pfund und Käse zu entrichten<sup>9</sup>. Dieselbe Busse kannte Turtmann<sup>10</sup>, während in Ried-Brig jede Person, Mann oder Frau, des Losholzes verlustig ging, wenn sie «des Heyligen St. Jodern Opfer z'gen wydrigette»<sup>11</sup>. In Brigerbad wurde dem Säumigen nach Gutdünken der Gemeindevorsteher am Tag der Jahresrechnung das Opfer an den Tesseln abgezogen<sup>12</sup>.

## 2. ANDERE WOHLTÄTIGKEITSANSTALTEN

Die Kirche, religiöse Bruderschaften und Stiftungen stellten sich weiterhin in den Dienst der Armen. Auffallenderweise enthalten die Bauernzünfte in dieser Beziehung keine Bestimmungen, während die Spenden oftmals ausdrücklich erwähnt werden.

Über die ganze Landschaft verbreitet war die Heilig-Geist-Bruderschaft, die wir bereits 1309 in Reckingen<sup>13</sup>, in Naters<sup>14</sup> und 1496 in Jeizinen<sup>15</sup> finden. In Münster wirkte die St. Jakobsbruderschaft, in Fiesch die St. Johannesbruderschaft<sup>16</sup>, während in der Pfarrei Naters nicht we-

<sup>5</sup> AGVO. S 32-35, Törbel, B 1 (1473).

<sup>6</sup> J. Bielander, Brig, S. 388. - L. Carlen, Brig, S. 24.

<sup>7</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 213.

<sup>8</sup> Vide Anmerkung 6.

<sup>9</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

<sup>10</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321.

<sup>11</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 21.

<sup>12</sup> P. Jossen, Brigerbad, S. 123.

<sup>13</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 228.

<sup>14</sup> D. Imesch, Naters, S. 52.

<sup>15</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 260.

<sup>16</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 228.

niger als acht Bruderschaften tätig waren<sup>17</sup>. Diese fraternitates waren bisweilen tatsächlich mit der Ort- und Pfarrgemeinde identisch, wenigstens im persönlichen Bestand, wenn auch nicht in ihren beschränkten Zwecken<sup>18</sup>.

Verschiedentlich waren Jahrzeitstiftungen mit der Armenunterstützung verbunden, so in Kippel das Jahrzeit zum Heil aller gläubigen Seelen und die Familienjahrzeiten der Hertinger, der Bächler und der Gertschen<sup>19</sup>. Viele Testamente zeugen vom Wohlwollen und der christlichen Nächstenliebe, die man den Armen entgegenbrachte<sup>20</sup>.

### 3. ART DER ARMENFÜRSORGE

Die einzige und alleinige Voraussetzung zur Armenfürsorge bildete die Armut und die Hilfsbedürftigkeit. Die Wohltätigkeitsanstalten versahen die Armen mit der nötigen Nahrung und mit Kleidern, in Ausnahmefällen mit Geld. An einem gewissen Tage, meistens einem Festtage, wurden sie eingeladen und von den Wohlhabenden mit Gaben unterstützt. Vielerorts wurden ihnen am Tage eines Begräbnisses oder einer Jahrzeit Lebensmittel verteilt, manchmal die Überreste der Festfeier gewährt<sup>21</sup>. In Ulrichen mussten ihnen alle Alpgeteile einmal jährlich den Milchnutzen eines oder mehrerer Tage geben<sup>22</sup>, während in Saas-Fee das Spendenbrot auf eine alte Stiftung zurückgeht<sup>23</sup>. Häufig wurde den Armen, die im Dorf von Haus zu Haus gingen, neben Nahrungsmitteln auch ein Bett angeboten.

In Uri, Schwyz, Zug, Aargau und anderen Orten wurde den Armen gestattet, zu gewissen Zeiten die Früchte von den, auf den Allmenden stehenden Obst-, Kastanien- und Nussbäumen zu pflücken. In Schwyz waren ihnen nach altem Brauch die Kirschen im Privatbesitz zugänglich, bis die Landsgemeinde von 1530 beschloss, dass, durch einen an den Baum gehängten Dorn, die Kirschen gebannt werden konnten<sup>24</sup>.

<sup>17</sup> D. Imesch, Naters, S. 53.

<sup>18</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 194.

<sup>19</sup> M. Seeberger, Jahrzeitstiftungen in Lötschen, in: Rechtsgeschichte und Volkskunde, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 12, Brig 1968, S. 95 ff.

<sup>20</sup> L. Carlen, Volkskundliches in Testamenten, Schweizer Archiv für Volkskunde, 1962, S. 17-19.

<sup>21</sup> M. Seeberger, a.a.O., S. 95 ff. - D. Imesch, Naters, S. 78. - J. Eggs, a.a.O., S. 200.

<sup>22</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 97. - Vgl. J. Bielander, Z' Balleteile gah, Schweiz. Volkskunde 30 (1940), S. 32. - Zu den Alpagaben an Arme in Graubünden, vgl. R. Weiss, a.a.O., S. 191.

<sup>23</sup> Freundliche Mitteilung von Werner Imseng, Saas-Fee.

<sup>24</sup> P. Leumann, a.a.O., S. 24 ff. - A. Miaskowski, a.a.O., S. 18.



Im Anschluss an die Reformation wurde in Zürich die Armenfürsorge einer besonderen Verwaltungsabteilung, dem Almosenamte übertragen<sup>25</sup>. Im 17. und 18. Jahrhundert wurden vielerorts Armenhäuser gebaut. Während der Walliser Landrat noch 1714 die Armenunterstützung als Pflicht der Zenden ansah, galt in der Eidgenossenschaft seit dem Tagsatzungsbeschluss von 1551 der Grundsatz, «dass jeder Ort, auch jeder Flecken und Kilchhöri seine armen Leute selbst erhalten und andere Orte nicht mit denselben beschweren solle»<sup>26</sup>. J. Rüttimann schreibt hiezu: «In dieser Verordnung liegt, wie allgemein angenommen wird, der Keim, aus welchem die obligatorische Armenpflege und das moderne Bürger- oder Heimatrecht sich entwickelt hat»<sup>27</sup>.

## X. Polizeiordnungen

Zur Wahrung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Dorfe und zur Abwendung der dem einzelnen oder allen Dorfbewohnern drohenden Gefahren, wurden Polizeiordnungen erlassen und die Gemeindevorsteher mit deren Ausführung betraut.

### 1. FEUERPOLIZEI

Allergrösste Bedeutung pflegte man in unseren kleinen Dörfern, die meist aus Holz und auf engstem Raum gebaut waren, dem Feuerschutz beizumessen. Dies erstaunt nicht, denn im Laufe der Jahrhunderte ist kaum ein Dorf — abgesehen von den Einäscherungen ganzer Gegenden durch feindliche Heere<sup>1</sup> — durch grössere oder kleinere Feuersbrünste verschont geblieben<sup>2</sup>.

Zu einer Zeit als das Versicherungswesen noch unbekannt war, pflegte man durch äusserst strenge Verordnungen und die entsprechenden Präventivmassnahmen den Gebrauch des Feuers zu überwachen und Feuersbrünste wenn möglich zu verhindern. Im Dorf war jede feuergefährli-

---

<sup>25</sup> A. Stahel, a.a.O., S. 84. - Zum Armenwesen in Zürich, vgl. Alice Denzler, Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert, Diss. Zürich 1920. - Zum Armenwesen vgl. H. Rennefahrt, Entwicklung des Schweiz. Bürgerrechtes, S. 714 f.

<sup>26</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 229. - J. Rüttimann, a.a.O., S. 22.

<sup>27</sup> J. Rüttimann, a.a.O., S. 26.

<sup>1</sup> J. Eggs, a.a.O., S. 206. - S. Furrer, a.a.O., S. 374. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 45, 169 ff.

<sup>2</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 83, 131 ff. - H. Bloetzer, a.a.O., S. 190. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 185 ff. - S. Furrer, a.a.O., S. 374, 386 f.

che Handlung bei bäuerlichen Arbeiten, namentlich das Brechen von Hanf und Flachs, strengstens verboten<sup>3</sup>. Fahrlässige Handlungen konnten verheerende Folgen haben, wie der grösste Brand von Obergesteln zeigt, als binnen vier Stunden das ganze Dorf in Staub und Asche lag. Ein hölzerner Kamin hatte — beim übereilten und unvorsichtigen Wärmen von Wasser — Feuer gefangen, das sich in Windeseile ausbreitete<sup>4</sup>. Vielerorts verboten die Bauernzünfte, sich mit offenem Feuer, Fackeln oder Kerzen von Haus zu Haus oder in Ställe, Scheunen und Speicher zu begeben.

Streng achtete man darauf, dass eine Laterne benutzt wurde<sup>5</sup>. Dies galt auch für das Umhergehen in Strassen und Gassen, wo es wohl auch aus feuerpolizeilichen Gründen verboten war, nachts Stroh oder Heu herumliegen zu lassen<sup>6</sup>. Wer Feuer benötigte und dieses sich beim Nachbar besorgte, war verpflichtet, eine «feürpfanne oder ein sicherer Trinklen oder feür schir» zu benutzen<sup>7</sup>. Die Statuten von Geschinen verboten «führ in die Waldt zu tragen»<sup>8</sup>.

Ähnliche Bestimmungen finden sich vielerorts in der Schweiz, so in Bern und in Genf<sup>9</sup>, aber auch in Deutschland und Europa allgemein<sup>10</sup>.

Im Jahre 1675 untersagte der Walliser Landrat das schädliche Tabaksaufen bei 3 Pfund Busse. Der beim Tabakverkauf ertappte «Krämer» wurde mit 25 Pfund Busse bestraft und sämtlicher Tabak konfisziert. Dreizehn Jahre später trat ein allgemeines Tabakverbot in Kraft<sup>11</sup>. Nie-

---

<sup>3</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 368.

<sup>4</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 187 ff.

<sup>5</sup> G.-A. Geschinen, B 3 (1646). - G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Ernen, B 5 (1621). - Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bieler. - D. Imesch, Naters, S. 63. - J. Bieler, Brig, S. 397 f. - P. Jossen, Brigerbad, S. 127. - B.-A. Visp, BB 3 (1727). - F. Schnyder, a.a.O., S. 50. - G.-A., Guttet, B 5 (1669). - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 29. - J. Bieler, a.a.O., S. 579. - Noch vor keinen 100 Jahren, nämlich 1881 bekräftigte die Gemeindeversammlung von Täsch das Verbot, Feuer von Haus zu Haus zu tragen. Ein typisches Beispiel, wie die mittelalterlichen Bauernzunftsatzen bis in unsere Zeit nicht an Wert verloren haben. Vgl. J. Zurbruggen, Täsch, S. 253.

<sup>6</sup> D. Imesch, Naters, S. 63. - K.S. Bader, Das Dorf III, S. 116.

<sup>7</sup> Ausserbinn 1568, Abschrift J. Bieler.

<sup>8</sup> G.-A. Geschinen, B 3 (1646).

<sup>9</sup> H. Rennefahrt, Die Kerze im Recht, Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, 24. Jahrgang, Zürich 1944, S. 106. - Ders., Das Statutarrecht der Landschaft Saanen, S. 418 ff.

<sup>10</sup> E. Wohlhaupter, Die Kerze im Recht, Bd. IV. der Forschungen im deutschen Recht, Weimar 1940. - Klemens Gustav Schmelzeisen, Polizeiornungen und Privatrecht, Münster, Köln 1955.

<sup>11</sup> Heusler, RQ, Nr. 262, S. 88. - Ein «tabac-reücken-verbot» gab es auch im Obersim-

derwald bestrafte das Rauchen in Scheunen und Ställen mit 6 Pfund Busse.

Vater und Mutter hinderten die Kinder und das Gesinde, im Hause liederlich und spielerisch mit dem Feuer umzugehen<sup>12</sup>. In Ulrichen war streng befohlen, «dass keiner in der Küche, neben oder unter dem Feuerherd oder zur Seiten des Ofens Holz auftische, sondern daselbst nur so viel Holz vorrätig habe, als er den Tag über brauchen würde»<sup>13</sup>.

Aus Feuerschutzgründen besass nicht jedes Haus einen eigenen Backofen, sondern man errichtete ausserhalb des Dorfes, je nach Bedürfnissen und Grösse, ein oder mehrere Backhäuser<sup>14</sup>. Fast in jedem Dorf stand ein Backhaus, mancherorts sogar in jedem Weiler<sup>15</sup>. Reckingen<sup>16</sup> und Erschmatt<sup>17</sup> ahndeten das Feuern am Feierabend nach Sonnenuntergang mit Geldstrafen.

Mit einer äusserst verantwortungsvollen und wichtigen Aufgabe betraute man die Feuervögte oder Feuerbeschauer, die die Feuerstätten und Kamine nachzuprüfen und zu überwachen und in Brandsachen nach dem Rechten zu sehen verpflichtet waren. In Ernen<sup>18</sup>, Erschmatt<sup>19</sup>, Brig<sup>20</sup> und Visp<sup>21</sup> wurde zweimal, in Ulrichen<sup>22</sup> fünfmal jährlich die Feuerschau durchgeführt. Was bei der Feuerschau angeordnet wurde, musste in einer festgelegten Frist ausgeführt werden. Schlecht unterhaltene und auffällige Kamine mussten ausgebessert und russige sauberlich gefegt werden. In Geschinen waren die Feuervögte berechtigt, Holz,

---

mental, vgl. *L.S. von Tschärner*, Das Statutarrecht des Simmentales I, S. 160. - *H. Rennefahrt*, Landschaft Saanen, S. 176. - *Helene Stokar*, Sonntagsgesetzgebung. Ein Überblick bis in die Gegenwart, Diss. Zürich 1949, S. 14: Auch in Zürich war das «Tabactrinken» eine Unsitte, aus sittlichen Gründen und wegen der dadurch heraufbeschworenen Brandgefahr verpönt. Zum Tabak und dem Rauchen im Wallis, vgl. *L. Carlen*, Der erste Tabak im Wallis, Schweizer Archiv für Volkskunde, 44 (1954), S. 39 ff.

<sup>12</sup> *J. Bielander*, Brig, S. 398.

<sup>13</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 215.

<sup>14</sup> Zur Bedeutung des Backofens im deutschsprachigen Raum, vgl. *K.S. Bader*, Das Dorf, I, S. 7, 56, 116; Das Dorf, II, S. 368 und 374 f. - Wir verweisen auf die Ausführungen im Kapitel «Innere Allmend».

<sup>15</sup> *A.L. Schnidrig*, a.a.O., S. 25. - *F.G. Stebler*, Am Lötschberg, Zürich 1907, S. 57. - *A. Briw*, Reckingen, S. 50. - *G.-A. Münster*, B 9 (1587). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1580. - *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 211.

<sup>16</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - Vgl. *A. Briw*, Reckingen, S. 50.

<sup>17</sup> *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 31.

<sup>18</sup> *G.-A.*, Ernen B 5 (1621).

<sup>19</sup> *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 29.

<sup>20</sup> *J. Bielander*, Brig, S. 397.

<sup>21</sup> *B.-A. Visp*, BB 3 (1772).

<sup>22</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 215.

Stroh, Sägemehl und andere feuergefährliche Sachen, die der Hausbesitzer nach erfolgter Mahnung nicht aus dem Hause schaffte, mit eigenen Händen zu entfernen<sup>23</sup>.

Vielerorts wurden die Häuser und Dächer — letztere bestanden manchmal aus Schindeln<sup>24</sup>, manchmal waren sie mit Steinplatten belegt<sup>25</sup> — einer gründlichen und scharfen Kontrolle auf Fäulnis und Bauqualität unterzogen<sup>26</sup>. In Brig war jeder, der «hie alte, faule, böse, brochne, bauwfellige hüsser handt, söllent angemahnt werden ohne Verzug die zu Eruffren, bösen, Undt buwen, by buessen, bey Confiscation, undt mit protestaz»<sup>27</sup>. Das zur Ausbesserung und Wiederinstandstellung benötigte Holz, wurde von den Gemeinden oftmals unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Wer die aufgewiesenen Mängel nicht behob und die nötigen Reparaturen unterliess, verfiel einer Geldstrafe.

Die Brandbekämpfung geschah im ausgehenden Mittelalter und noch zu Beginn der Neuzeit mit äusserst primitiven Mitteln. Wurde mit der Kirchenglocke Feueralarm gegeben<sup>28</sup> oder gewährte jemand ein Feuer, so sollte er, wie in Obervolkach, «alles lassen, was er unter Händen hat, zum Feuer eilen, und den andern bistand thun, inmassen so es sein eigen gut betreff»<sup>29</sup>. In dieser allgemeinen Hilfe- und Beistandspflicht kam der genossenschaftliche Gedanke zum Ausdruck. Als Löschungsgeräte dienten Feuereimer, die in jedem Haus bereitstanden. Im Gemeindehaus wurden die, von den neu aufgenommenen Burgern abgegebenen Feuereimer aufbewahrt<sup>30</sup>. Die Statuten von Visp<sup>31</sup> und Ulrichen<sup>32</sup> enthalten zu-

<sup>23</sup> G.-A. Geschinen, B 1 (1543). - Zur Feuerschau allgemein, vgl. K.S. Kramer, Feuerschau, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 5. Lief., Berlin 1968, Sp. 1124 f.

<sup>24</sup> B. Truffer, Waldreglement von Mund, S. 62. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 188. - R. Wirthner, Schindeln, - Die warme Kappe der Häuser, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, S. 99 ff.

<sup>25</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 319. - P. Heldner/A. Carlen, Baltschieder, S. 40.

<sup>26</sup> G.-A. Zeneggen, B 2 (1604). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - G.-A. Oberems, B 9 (1795). - L. Meyer, Turtmann, S. 321. - J. Bieler, Brig, S. 398. - B.-A. Visp, BB 3 (1531). - Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift Bieler. - Jeizinen, (1674) in: F. Schnyder, a.a.O., S. 51. - AGVO, S 32-35, Töbel B 4 (1531). - Vgl. L. Meyer, Töbel, S. 29 ff.

<sup>27</sup> J. Bieler, Brig, S. 398.

<sup>28</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, 374 ff. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 276. - J. Bieler, Bewässerung von Lax, S. 90. - H. Rennefahrt, Statutarrecht von Frutigen, S. 264. - E. Lippert, Glockenläuten als Rechtsbrauch.

<sup>29</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 368. - E. Lippert, a.a.O., S. 4 ff.

<sup>30</sup> Vide Einbürgerungsabgaben.

<sup>31</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>32</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 215 f.

dem Angaben und Bestimmungen über Feuerleitern, die sowohl zu Löschzwecken wie zur Rettung von Menschen eingesetzt wurden. Wer die feuerpolizeilichen Ordnungen und Bestimmungen ausser acht liess oder beim Sturm läuten sich nicht einfand, verfiel einer Geldstrafe. Die Nachtwache fiel oft mit der Feuerpolizei zusammen. Der Nachtwächter hatte seine Pflicht getreu und genau zu erfüllen. Wer in Varen die Wacht übernommen hatte und sie ohne Erlaubnis einem anderen übertrug, wurde mit einem Sester Wein gebüsst<sup>33</sup>. Dorfwächter wurden auch zur Zeit der Ernte oder des Gottesdienstes, als der innere Dorfraum menschenleer war, eingesetzt<sup>34</sup>.

## 2. ORDNUNGEN BETREFFEND DAS SITTICHE LEBEN

Das sittliche und moralische Leben der Menschen wurde zu allen Zeiten und bei allen Kulturvölkern und primitiven Völkern von der religiösen Gemeinschaft, von der Religion und von der weltlichen Herrschaft, vom Staat geprägt und beeinflusst. Die religiösen und weltlichen Gemeinschaften der Antike wie der christlichen Zeit trachteten durch Sittengesetze das Verhalten der Menschen richtungsweisend zu bestimmen.

Im ausgehenden Mittelalter bildeten die, von der Kirche und vom Staat für sich in Anspruch genommenen und von ihnen zu regelnden sittlichen Bereiche, z.B. die Ehe, oft Anlass zu Konfrontationen. Die «*Res mixtae*» bildeten während Jahrhunderten einen Zankapfel zwischen Kirche und Staat und wurden von beiden geregelt.

Im Wallis war die Kirche nicht nur durch die Tradition, sondern für lange Zeit auch durch die Landesherrschaft — der Bischof war Landesfürst — eng mit dem Staat verknüpft. Es erstaunt daher nicht, dass den Geboten der Kirche durch staatliche Erlasse zusätzlich Nachachtung verliehen wurde, wie beispielweise durch:

### 2.1. Sonntagsgebote

Das erste staatliche Sonntagsgesetz im christlichen Sinn erliess Kaiser Konstantin im Jahre 321. Seither hat der Staat nie aufgehört, sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Er stellte viele Gebote und Verbote auf und ahndete Übertretungen mit strenger Härte<sup>35</sup>.

<sup>33</sup> P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser, Varen, S. 26. - Vgl. J. Bieler, Brig, S. 401.

<sup>34</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 320.

<sup>35</sup> Helene Stokar, Sonntagsgesetzgebung, S. 14 ff.

Die Bauernzünfte befassten sich wenig mit dem Sonntagsgebot. Verpflichtungen zum Besuch des Gottesdienstes oder religiöser Feiern waren ihnen fremd. Verboten waren Handlungen und Werke, die den Sonntag entheiligen oder den Sonntagsfrieden störten.

Als Sonn- und Feiertage zählten in den Dörfern auch die Festtage bestimmter Heiliger, wie des Kirchenpatrons, der zwölf Apostel, das Fest Maria Himmelfahrt und andere im Bistum anerkannte Feiertage<sup>36</sup>. Die Sonntagsruhe dauerte von Sonnabend bis Sonntag Abend, «a hora sabatina, cum umbra tendit den ban uf usque ad eandem crastinam horam dominicalem»<sup>37</sup>. In Ried und Bitsch durfte «a vespere vel ottava die sabati usque ad ottavum die domenica» niemand wässern<sup>38</sup>. Dieses Verbot wurde im Jahre 1715 aufgehoben<sup>39</sup>.

Ein Verbot, sonntags die Wiesen und Matten zu bewässern, fand sich ebenfalls in Niedergesteln<sup>40</sup>, Ergisch<sup>41</sup>, Jeizinen<sup>42</sup>, Erschmatt<sup>43</sup>, Varen<sup>44</sup> und Turtmann<sup>45</sup>, um nur einige Beispiele anzuführen.

Während in Naters an Sonn- und Festtagen das Arbeiten allgemein nicht gestattet war<sup>46</sup>, durfte in Jeizinen nach Feierabend niemand mit einem beladenen Pferd aus dem Dorfe fahren<sup>47</sup> und in Erschmatt niemand mehr backen<sup>48</sup>. In Münster sollte am Vorabend des Fronleichnamfestes kein Holz gehauen noch Gras gemäht werden<sup>49</sup>.

Eine eigentümliche Bestimmung finden wir in den Satzungen von Grächen. Wohl um einem Missstand abzuweichen, wurde das Schwatzen in der Kirche und auf dem Friedhof während des Austeilens des Weihwassers vor der Messe verboten<sup>50</sup>. Missstände gab es ebenfalls in Brig, denn der Wirtshausbesuch und Weinausschank vor dem Gottesdienst war untersagt<sup>51</sup>.

<sup>36</sup> Ausserbinn, 1568, Abschrift J. Bielander. - *P. Am-Herd*, Ulrichen, S. 218. - *F. Schnyder*, Gampel, S. 50. - *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 52.

<sup>37</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585).

<sup>38</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - Vgl. *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 157 f.

<sup>39</sup> G.-A. Bitsch, B 3 (1715). - Vgl. *P. Arnold*, a.a.O., S. 158.

<sup>40</sup> G.-A. Niedergesteln, B 1 (1564).

<sup>41</sup> G.-A. Ergisch, B 3 (1555).

<sup>42</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 50.

<sup>43</sup> *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 17.

<sup>44</sup> *P. Heldner/A. Bacher/W. Feliser*, Varen, S. 26.

<sup>45</sup> *L. Meyer*, Turtmann, S. 319.

<sup>46</sup> *D. Imesch*, Naters, S. 64.

<sup>47</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 51.

<sup>48</sup> *P. Jossen*, a.a.O., S. 31.

<sup>49</sup> G.-A. Münster, B 2 (1540).

<sup>50</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585). - Vgl. *J. Bielander*, Bauernzünfte, S. 586.

<sup>51</sup> *J. Bielander*, Brig, S. 406. - *L.S. von Tschärner*, Das Simmental, I, S. 160.

Alle diese Verbote finden sich in dieser oder einer anderen Form auch in den Landrats-Abschieden<sup>52</sup> und u.a. im Zendenstatut des Bezirkes Brig. Wer durch Fluchen und Schwören Gott lästerte, sollte zur Strafe die Erde küssen; fuhr er im Fluchen fort, so wurde er ins Halseisen gelegt<sup>53</sup>. Einzig in diesem Zendenstatut findet sich ein Gebot, sonntags in die Kirche zu gehen.

In anderen ländlichen Gegenden galten ähnliche Arbeitsverbote. In einzelnen Stadtrodeln finden sich Markt-, Mahl-, Schlacht- und Gantverbote. In Norwegen sollten am Sonntag keine Handelsschiffe abgeladen und auf ein päpstliches Verbot hin keine Heringe gefangen werden<sup>54</sup>.

## 2.2. Sittenpolizei

Es ist nicht unsere Aufgabe, das sittliche Leben jener Zeit unter die Lupe zu nehmen und Sittenstrolche an den Pranger zu stellen. Die Satzungen der Ortsrechte lassen gewisse Schlüsse über die damaligen Zustände und das Gesellschaftsleben zu.

Die Walliser waren ein fröhliches, tanzfreudiges und geselliges Volk. Ihre Neigung zu Tanz und Spiel fand nicht nur in spannenden Sagen und Legenden, sondern auch in den Bauernzünften ihren Niederschlag, die dieses müssige Treiben oftmals zu unterbinden suchten. So haben wir Kenntnis davon, dass in Zermatt<sup>55</sup>, Brig<sup>56</sup>, Gondo-Zwischbergen<sup>57</sup> und Mörel<sup>58</sup> das Tanzen lediglich an Hochzeiten und Primizen gestattet und sonst öffentlich wie heimlich während des ganzen Jahres verboten war. Manch heimlicher Tanz wurde trotzdem gedreht, denn oftmals stellten Private ihre Gemächer und Häuser zur Verfügung oder veran-

<sup>52</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede III, 53 n, 85 ee, 242 b, 303 q; Landrats-Abschiede IV, 352 i. - A. Heusler, RQ, S. 59.

<sup>53</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 155 ff. - F. Joller, Die Fryheiten des loblichen Zenden Brygs, S. 303 ff. - Zum Halseisen, vgl. L. Carlen, Das Halseisen im Wallis, WJB 26 (1957), S. 47-50. - Ders., Der Pranger im Wallis, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Weimar 1956, S. 396 ff. - Ders., Rechtsaltertümer aus dem Wallis, S. 26. - Ders., Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 88 ff. - P. Arnold, Der Simplon, S. 219 f. - G. Bader-Weiss/K.S. Bader, Der Pranger, ein Strafwerkzeug und Rechtswahrzeichen des Mittelalters, Freiburg i.Br. 1935.

<sup>54</sup> H. Stokar, a.a.O., S. 18 ff.

<sup>55</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 257. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - K. Lehner, Zermatter Chronik, S. 10.

<sup>56</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 407. - L. Carlen, Brig, S. 24 f.

<sup>57</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 106.

<sup>58</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 162.



stalteten einen geschlossenen Tanz. Bestraft wurden sowohl die fröhlichen Tänzer, wie der Hauswirt und die Spielleute<sup>59</sup>.

Während bereits im 16. Jahrhundert vielerorts in der Schweiz und in Deutschland Tanz- und Spielgärten und Häuser dem fröhlichen Treiben offen standen<sup>60</sup>, mussten noch im 18. Jahrhundert mehrere Bewohner von Gondo vor dem Zendingericht in Brig sich verantworten, weil am Fronleichnamfest in einem Privathaus ein Tanz stattgefunden hatte<sup>61</sup>.

Einen bedeutenden Einfluss übte das Landesrecht — die Artikel von Naters (1446), die Landrechte des Kardinals Schiner (1511—1514), der Bischöfe Adrian I, Walter II und Hildebrand (1571) — auf die Zenden- und Ortsrechte aus<sup>62</sup>. Bereits die Artikel von Naters enthielten ein Spielverbot<sup>63</sup>, das von den späteren Landrechten mit einigen Abweichungen aufgenommen wurde. Eigentümlicherweise bedrohten die Schinerschen Artikel nicht den Spieler, wohl aber den Haus- und Gastwirt mit Strafen<sup>64</sup>. Schon damals, wie nach dem heutigen OR (Art. 513), entstanden aus Spiel und Wette keine Forderungen<sup>65</sup>. Spielverbote finden sich in den Statuten von Zermatt<sup>66</sup> und Brig<sup>67</sup>.

Spielverbote galten auch in Hefenhofen<sup>68</sup> und sonntags in Zürich<sup>69</sup>. In Stadt und Amt Zug wurde der Wirt im Jahre 1566 doppelt so hart bestraft wie der Spieler<sup>70</sup>.

Neben dem geschätzten Kartenspiel waren bei uns sicher ebenfalls manche der 1627 in Zürich verbotenen Spiele, namentlich «würfeln, wetten, grad und undgrad, dessglychen das gluckeren, stöcklen und huotschies-sen»<sup>71</sup> nicht unbekannt. Wiederholt wandte sich neben den Ortsrechten und Zendenstatuten<sup>72</sup> der Landrat gegen den übermässigen und aus-

---

<sup>59</sup> Vide Anmerkung 56.

<sup>60</sup> K.S. Bader, Das Dorf, II, S. 403 ff. - Das Dorf, III, S. 75, 117 f.

<sup>61</sup> Vide Anmerkung 3.

<sup>62</sup> A. Heusler, RQ, S. 185 ff. - L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner. - Ders., Das Walliser Landrecht. - W. Liebeskind, Bischof Walthers II Auf der Flüe, Landrecht und Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, nebst einem Auszug aus seinen Synodalstatuten.

<sup>63</sup> A. Heusler, RQ, S. 185.

<sup>64</sup> L. Carlen, das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 110.

<sup>65</sup> A. Heusler, RQ, S. 185, 242. - W. Liebeskind, a.a.O., S. 72. - Vide Anmerkung 63.

<sup>66</sup> Vide Anmerkung 55.

<sup>67</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 408.

<sup>68</sup> H. Stokar, a.a.O., S. 20.

<sup>69</sup> H. Stokar, a.a.O., S. 47.

<sup>70</sup> Vide Anmerkung 64.

<sup>71</sup> Vide Anmerkung 68.

<sup>72</sup> F. Joller, a.a.O., S. 311. - J. Bielander, a.a.O., S. 406 ff.

schweifenden Weingenuss<sup>73</sup>. In Brig<sup>74</sup> mussten die Wirtshäuser um 22 Uhr, in Naters um 23 Uhr geschlossen werden<sup>75</sup>. In der Landschaft Saanen gab es eine «wirt- und weinschenken ordnung»<sup>76</sup>.

Abschliessend möchten wir auf die Satzungen der Burgschaft Brig betreffend die «Straff Unnytzen bueben» und «Von Abstellung der Unordentlichen und schädlichen Schlepff, undt Kuppell oder prasz hyslinen» hinweisen<sup>77</sup>. Wer über die heutige Jugend den Stab brechen will, lese die interessanten Ausführungen von Erwin Jossen über das sittliche Leben um 1790<sup>78</sup> und bedenke: nihil novi sub sole!

### 3. SPEZIELLE ORDNUNGEN

Gelegentlich finden sich in den Ortschaften recht eigentümlich anmutende Satzungen. Zum Leben eines Dorfes gehört, dass sich Dorfklatsch und Dorfgeschwätz in Windeseile ausbreiten. Politisches Geschwätz konnte rasch Unfrieden und Unruhe stiften. Häufig finden wir ein Verbot, Beratungen oder Beschlüsse des Burgerrates innerhalb oder ausserhalb der Gemeinde zu offenbaren oder auszuschwatzen<sup>79</sup>. Ein sehr deutliches Wort spricht die Bauernzunft von Reckingen, denn «wo etwan ein obgemelter Burger were oder sich befunden, der etwas oder das minste von denselbigem Sachen oder Gescheften, so alle Burger miteinander heimlich oder öffentlich gerathen und abgehandlt haben, welches sie unfälbarlich verschwigen sollent, uspreittete, vertriege oder anzeigte, derselbig soll ohn gnad alle gemeinen Ding verlieren und das Burgrecht verölt haben»<sup>80</sup>.

Wie in Reckingen traf diese äusserst harte Strafe des Bürgerrechtsverlustes die Ausschwätzer in Filet<sup>81</sup>, Brig<sup>82</sup>, Ried-Brig<sup>83</sup> und Törbel<sup>84</sup>. Etwas

<sup>73</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, 18j, 46r-s, 328q.

<sup>74</sup> L. Carlen, Brig, S. 25.

<sup>75</sup> D. Imesch, Naters, S. 63.

<sup>76</sup> H. Rennefahrt, Statutarrecht von Saanen, S. 353 ff. - Vgl. L.S. von Tscharnier, Statutarrecht des Simmentales, I, S. 154 ff.

<sup>77</sup> J. Bielander, a.a.O., S. 402, 408 f.

<sup>78</sup> E. Jossen, Die Kirche im Oberwallis am Vorabend des Franzoseneinfalls 1790-1798, BWG XV/3 (1972), S. 115 ff.

<sup>79</sup> Das alte Burgrecht von Leuk von 1563 in: A. Heusler, RQ, Nr. 378, S. 105.

<sup>80</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen (1644). - Vgl. A. Briw, Reckingen S. 48.

<sup>81</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 154.

<sup>82</sup> J. Bielander, Brig, S. 401. - L. Carlen, Brig, S. 23.

<sup>83</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>84</sup> AGVO. S 32-35, Törbel (1644).

mildere Strafen kannten Ergisch und Albinen. Während in Ergisch die Strafe auf den Verlust des Burgernutzens während eines Jahres und 10 Pfund Busse lautete<sup>85</sup>, wurde in Albinen, im Falle des wiederholten Ausschwatzens — quod ille talis repertus sit — der Burgernutzen lebenslänglich entzogen<sup>86</sup>.

Demgegenüber wirkt die Busse — nämlich ein Lagel Wein — der Burgersatzungen von Visp aus dem Jahre 1727 nahezu lächerlich. Hier zeigt sich u.E. ein Wandel im Zeitgeist, auch hatte sich Visp erheblich auszu dehnen gewusst<sup>87</sup>.

Verschiedentlich war bereits die Rede von den Hühnern, die in des Nachbars Garten eingedrungen, ungestraft getötet werden durften. Sie mussten, namentlich zur Zeit der Traubenlese, in Ställen gehalten werden<sup>88</sup>. Nicht allein der Mensch und die Hühner schienen die Trauben zu schätzen, wie aus einer Bestimmung von Brigerbad hervorgeht, denn «keiner darf den Hund herumlaufen lassen, von welchem er weiss, dass er Trauben frisst»<sup>89</sup>. Doch damit nicht genug! Die weinliebenden Walliser wollten die Gabe des Bacchus mit keinen ungebetenen Gästen teilen. Daher hatte jeder Brigerbader sechs Spatzen oder drei Amseln oder «3 Herrenvegel oder 6 Kinlivegel» zu schiessen und abzuliefern<sup>90</sup>. Ebenfalls in Visp war jeder Bürger verpflichtet, jährlich «6 Spatzen, 2 Agersten und 1 Gagen» zu schiessen. Wer diese anlässlich der Brugerversammlung nicht vorweisen konnte, «soll zallen von einem Spatz ein Kreitzer von einer Agersten ein gross undt einem Gagen ein bazen»<sup>91</sup>.

Eine interessante Bestimmung enthalten die Satzungen von Ulrichen, die verlangten, dass jede Haushaltung jährlich vier, auf Wiesen und Feldern erlegte Maulwürfe den Gewaltshabern abgebe<sup>92</sup>.

In Anbetracht der Teuerung erliess der Landrat zu Beginn des 16. Jahrhunderts mehrmals Nahrungsausfuhrverbote, die u.a. die Schnecken betrafen<sup>93</sup>. Diese, namentlich Weinbergschnecken, wurden nicht selten gesammelt, gekocht und gegessen, manchmal sogar exportiert. Sie gewähr-

<sup>85</sup> StAS. Inventar, Ergisch (1555).

<sup>86</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>87</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>88</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - *D. Imesch*, Naters, S. 64, 104. - *P. Jossen*, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 216. - *Ders.*, Brigerbad, S. 128. - *L. Meyer*, Turtmann, S. 321. - *A. Heusler*, RQ, Nr. 247, S. 82. - Vgl. *K.S. Bader*, Das Dorf, III, S. 63 f. - *E. von Küssberg*, Hühnerrecht und Hühnerzauber, S. 126 ff. - *P. Planitz*, Die Vermögensvollstreckung im deutschen mittelalterlichen Recht.

<sup>89</sup> *P. Jossen*, Brigerbad, S. 128.

<sup>90</sup> Vgl. Anmerkung 89.

<sup>91</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>92</sup> *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 212.

<sup>93</sup> *D. Imesch*, Landrats-Abschiede, II, S. 311 e.

ten den Bauern in Zeiten des freien Handels ein bescheidenes Einkommen. Vor diesen Hintergründen ist die Bestimmung der Bauernzunft von Ried-Brig zu sehen, die untersagte, auf fremden Gütern Schnecken zu sammeln<sup>94</sup>.

## XI. Zum Militärwesen

Häufige Kriege und Fehden, Unruhen in den benachbarten Ländern, der lockende Verdienst in fremden Kriegsheeren und der Freiheitsdrang der Walliser wirkten sich massgebend auf die militärische Organisation des Wallis aus.

Militärisch bildeten die Zenden eine wohlgeordnete Einheit. Jeder Zenden wählte in feierlicher Weise an der Zendenversammlung den Zendenhauptmann, der den Oberbefehl über alle wehrfähigen Männer des Zenden ausübte und den Bannerherrn, dem das Zendenbanner anvertraut war und der die Wehrtüchtigkeit des Zenden überwachte. Die Wahl erfolgte auf Lebenszeit. Diese höchste Würde konnte nur verwirkt werden durch Landesverrat oder schwere Verbrechen<sup>1</sup>. Ihnen zur Seite standen der Fähnrich, der «Forfährich» und die anderen höheren Offiziere.

Es bestand eine allgemeine Wehrpflicht. Wehrpflichtig war jeder Landsmann ab erfülltem 14. Lebensjahr, sofern er nicht wegen irgendeinem körperlichen Gebrechen dienstuntauglich war<sup>2</sup>. Wie bereits erwähnt, trat mit Erfüllung des 14. Lebensjahres die Stimm- und Wahlfähigkeit ein und hatte der junge Mann die Lasten der Gemeinde, namentlich am Gemeinwerk mitzutragen<sup>3</sup>. Erst bei eingetretener Untauglichkeit, auf Grund des hohen Alters, eines Gnadenaktes der Gemeinde oder als Anerkennung für erbrachte Heldentaten und erwiesene Tapferkeit in einem Feldzug erfolgte eine Befreiung von der Militärpflicht<sup>4</sup>.

<sup>94</sup> *L. Borter*, Ried-Brig, S. 20.

<sup>1</sup> *D. Imesch*, Der Zenden Brig, S. 202 ff. - *D. Imesch*, Der Zenden Visp, S. 7 ff. - *L. Carlen*, Die Landsgemeinde von Goms, S. 19. - *Ders.*, Die Wahl der Zehndenbehörden im alten Goms, WJB 33 (1964), S. 49 ff. - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 54 ff.

<sup>2</sup> *D. Imesch*, Der Zenden Brig, S. 205. - *P. Arnold*, Oestlich-Raron, S. 56, 156. - *D. Imesch/W. Perrig*, Ganter, S. 87. - *P. Arnold*, Gondo-Zwischbergen, S. 85.

<sup>3</sup> Vide die Ausführungen und Literaturangaben in den Kapiteln: «Die politischen Rechte der Bürger», und «Das Gemeinwerk».

<sup>4</sup> *P. Arnold*. - Oestlich-Raron, S. 156. - Wie viele Walliser in fremden Kriegsdiensten verletzt oder verwundet wurden lässt sich nicht mehr feststellen; wie viele für fremde Mächte ihr Leben lassen mussten geht zum Teil aus den Sterbebüchern der Gemeinden hervor. Wir verweisen auf *L. Carlen*, In fremden Diensten verstorbene Reckinger (1696-1855), BWG XI (1951), S. 60 ff. - *Josef Zurbriggen*, Liste der in fremden Diensten Verstorbenen aus den Pfarreien des Vispertales, BWG XI (1951), S. 62 ff.

In der Talschaft Simplon hatte jeder Bürger, der bei Kriegsgefahr vom Talhauptmann aufgeboten wurde, unter Verlust des Bürgerrechtes, sich in voller Ausrüstung einzufinden. Auch jeder Auswärtige, der in der Talschaft Güter besass, ohne dort seinen Wohnsitz zu haben, musste beim Aufgebot in Kriegszeiten sofort einrücken. Dem Säumigen wurden als Strafe alle dort gelegenen Güter entzogen<sup>5</sup>. Diese Bestimmung scheint ungerecht zu sein, denn der wehrpflichtige Briger, der in Simplon Güter besass, konnte sich nicht gleichzeitig in Brig und Simplon unter die Waffen stellen.

Wie in manchen Zendenangelegenheiten, galten für den Gumper Simplon und Halbgumper Zwischbergen — der Zenden Brig war in 6 1/2 Gumper eingeteilt<sup>6</sup> — ebenfalls militärische Sonderregelungen. Simplon und Zwischbergen waren von der Militärorganisation des Zenden unabhängig, besaßen ihren eigenen Talhauptmann und waren mit dem Schutz und der Bewachung der Grenze der fünf Pässe gegen Italien betraut. Eigentümlicherweise unterstanden die Gemeinden Täsch und Randa, solange sie zum Zenden Brig gehörten, der Talwehr von Simplon<sup>7</sup>.

Die Truppeneinteilung und deren Bewaffnung wurde im Laufe der Zeit oftmals geändert und dem zeitgemässen Kriegswesen dauernd angepasst. Immer wieder erwähnt finden wir die Kerntuppe des Zenden, den ersten Auszug, der aus 300 Mann und dem Banner zusammengesetzt war. Dann folgte der zweite Auszug und das allgemeine Aufgebot oder der Landsturm<sup>8</sup>.

Jeder Wehrmann war verpflichtet, sich auf eigene Kosten Waffen zu besorgen und sich kriegstüchtig auszurüsten. Während die Soldaten im Hochmittelalter noch mit Lanzen, Speeren, Hellebarden, Morgensternen, Streitäxten und der Armbrust in den Krieg zogen, fanden im 14./15. Jahrhundert, seit der Erfindung des Schiesspulvers, vermehrt auch Gewehre und Kanonen Verwendung auf dem Kriegsschauplatz<sup>9</sup>.

In Visp war bereits 1531 jeder Bürger verpflichtet, sich mit Harnisch und Gewehr auszurüsten und jederzeit zur Verteidigung der Heimat bereit zu stehen<sup>10</sup>. Viele Bauern waren ausserstande, sich eine teure

---

<sup>5</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 84. - P. Arnold, Der Simplon, S. 215.

<sup>6</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 137 ff. - P. Arnold, Der Simplon, S. 129. - J. Guntern, a.a.O., S. 31. - L. Bortier, Simplonnordhang, S. 611 ff. - L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 18.

<sup>7</sup> P. Arnold, Gondo-Zwischbergen, S. 83 ff. - P. Arnold, Der Simplon, S. 130 ff. - D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 208.

<sup>8</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 205. - P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 55.

<sup>9</sup> J. Eggs, a.a.O., S. 204.

<sup>10</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1531).



*Krieg etlicher Landsherren mit Wallis, in: Johannes Stumpf, Gemeiner loblicher Eydgnoschafft Stetten, Landen und Vöckeren Chronik, Das Eilffte Buch, haltet inn ein kurtze beschreybung und ordentliche verzeichnung der landschafft und des Bistums zu Wallis/wie das in der eilfften Landt-  
flen entworfen ist, Zürich 1548, Blatt 348.*



Kriegsausrüstung zu erstehen, weshalb die Büchsen, Doppelhaggen und Gewehre erst allmählich Eingang in unser Militärwesen fanden. Von den 232 Soldaten, die im Jahre 1584 an der Waffeninspektion des Drittels Mörel teilnahmen, war lediglich die erste Beamtengarnitur genügend mit Harnisch, Sydtschwert (Gewehr), Spiess oder Schwert ausgerüstet. Den übrigen Burgern wurde aufgetragen, sich kriegsmässig auszurüsten. Entsprechend dem Wert der liegenden Güter, die in eine amtliche Schätzung aufgenommen wurden, war jeder verpflichtet, Panzer, Gewehr, Hellebarde oder Schwert zu kaufen<sup>11</sup> und sich anlässlich der nächsten Musterung zu präsentieren. Unter Androhung von Strafen war jeder Dienstmann verpflichtet, zu den vom Zendenhauptmann und Bannerherrschaft durchgeführten Waffeninspektion zu erscheinen.

Der Landrat selbst nahm den Waffenhandel in die Hand und beschloss im Jahre 1501 die Anschaffung von 1500—2000 Spiessen, 200 Musketen und 32 Zentner Pulver<sup>12</sup>. Die Waffen wurden teilweise im Lande selber hergestellt, teils aus der Eidgenossenschaft oder anderen Ländern importiert<sup>13</sup>. Gleichzeitig bestand ein Waffenausfuhrverbot, das hauptsächlich wegen dem Verkauf von Harnischen an Fremde erlassen wurde<sup>14</sup>. Wiederholt hatte der Landrat die einheitliche Ausrüstung aller Truppen der Zenden mit Geschütz, Harnisch und Waffen, namentlich mit Doppelhaggen gefordert<sup>15</sup>.

Gelegentlich verlangten die Gemeinden für den Erwerb des Bürgerrechtes neben der Einkaufssumme auch Waffen. Die Burgerschaft Visp forderte im Jahre 1698 von Niklaus Lengen neben der Einkaufssumme von 30 Pistolen<sup>16</sup> noch 3 Doppelhaggen<sup>17</sup>. Gampel bezog von jedem Ausländer, der sich einbürgern liess, 100 Walliser Pfund, eine Muskete und sechs Liter Blei und Pulver<sup>18</sup>. Waffen und Munition der Gemeinde und des Zenden wurden meistens im Zeughaus aufbewahrt<sup>19</sup>.

Eine bedeutende Rolle spielten die verschiedenen Schützenzünfte. Um die Leute zum Schiessen mit Musketen zu ermutigen, übergab der

<sup>11</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 56 ff.

<sup>12</sup> D. Imesch, Landrats-Abschiede, I, S. 33.

<sup>13</sup> A. Dubois, a.a.O., S. 26 ff.

<sup>14</sup> B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 60, 87.

<sup>15</sup> P. Arnold, Oestlich-Raron, S. 55 f. - B. Truffer, Landrats-Abschiede, III, S. 66, 77, 309, 327, 342.

<sup>16</sup> Pistole ist ein anderer Ausdruck für eine spanische Dublone, ein fremder Geldwert von 112 $\frac{1}{2}$  Rappen, also fast 10 Pfund.

<sup>17</sup> B.-A. Visp, BB 17 a, 1698.

<sup>18</sup> F. Schnyder, a.a.O., S. 61.

<sup>19</sup> D. Imesch, Der Zenden Brig, S. 207. - S. Furrer, Geschichte, Statistik und Urkundensammlung über Wallis, S. 325.

Landrat im Jahre 1501 den Zenden eine Summe rheinischer Gulden, sowie mehrere Musketen und Pulver<sup>20</sup>. P. Heldner schreibt zu diesem Beschluss: «Das förderte natürlich das Schiessen gewaltig, und es ist anzunehmen, dass daraus die Schützenzünfte entstanden sind.» Aus den Schützenzünften der Zenden, die seit dem Jahre 1548 Landesschiessen durchführten, entwickelten sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Schützenzünfte der Gemeinden. Diese stellten eigene Satzungen auf, die sich auf das Militärwesen der Landschaft positiv auswirkten. Es bestand keine Pflicht zur Zunftzugehörigkeit, aber wer im Militär den Schützen zugeteilt war, gehörte zugleich einer Schützenzunft an, und umgekehrt<sup>21</sup>.

---

<sup>20</sup> D. Imesch, Landrats-Abschiede, I, S. 33.

<sup>21</sup> P. Heldner, Geschichte der Schützenzunft Glis, Naters 1976, S. 14 ff. - Ders. Geschichte der Alten Schützenzunft Naters, Naters 1976, S. 11 ff.

### ZUM STRAFRECHT DER BURGERSCHAFTEN

Das Strafrecht umfasst die Gesamtheit der Rechtsnormen, die Inhalt und Umfang der staatlichen Strafbefugnisse bestimmen. Es regelt die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und den seiner Hoheitsgewalt unterstellten Einzelpersonen. Für das ältere Strafrecht des Wallis können drei Kreise unterschieden werden: das Strafrecht des Landes, jenes der Zenden und jenes der Gemeinden.

Die strafrechtlichen Bestimmungen der verschiedenen Landrechte<sup>1</sup> umfassen nicht das gesamte geltende Strafrecht, sondern sind eine teilweise Zusammenfassung des geltenden Gewohnheitsrechts. Die Gerichtsordnung Kaiser Karl V. (1532), die sogenannte Carolina, übte besonders auf die einheitliche Regelung des Strafrechts einen erheblichen Einfluss aus<sup>2</sup>. Das gesamte Strafsystem muss in einem grösseren Rahmen, eingegliedert in das allgemeine Friedensrecht betrachtet werden<sup>3</sup>.

Seitdem die Walliser im Jahre 1446 dem Bischof ein Landrecht, die sogenannten «Artikel von Naters» abgetrotzt hatten, entstanden mehrere Landrechte, die teils nicht oder nur kurze Zeit in Kraft waren und während Jahrzehnten eine allgemeine Rechtsunsicherheit unter dem Volke verursachten. Was galt, was galt nicht mehr, welche Normen waren noch in Kraft, welche waren aufgehoben? Dieses waren die leidigen Fragen, die nicht bloss die Gerichte, sondern auch das Volk beschäftigten. Neben der allgemeinen Rechtsunsicherheit mag eine gewisse rechtliche

---

<sup>1</sup> A. Heusler, Die Artikel von Naters, in: RQ, S. 170 ff. - Ders., Das Landrecht des Kardinals Schiner, in: RQ, S. 201 ff. - Gremaud IV. Nr. 1973, Aufzeichnungen von Walliser Gewohnheitsrecht: «aucuns cas de costume.» - L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner. - W.A. Liebeskind, Bischof Walthers II Auf der Flüe, Landrecht und Landschaft Wallis. - D. Imesch, Zenden Brig, S. 144 ff. - F. Joller, a.a.O., S. 303 ff. - Vgl. D. Imesch, Landrats-Abschiede I, II. - B. Truffer, Landrats-Abschiede III, IV. - J. Graven, Essai sur l'évolution du droit pénal valaisan, Lausanne 1927.

<sup>2</sup> L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals, S. 80 ff. - Ders., Das Walliser Landrecht, S. 407 ff.

<sup>3</sup> Wir verweisen auf das Kapitel «Friedenspflicht».

Erfahrung durch die Behandlung der verschiedenen Gesetzesvorlagen und ein starker Trend nach mehr Freiheit mitbestimmend gewesen sein, dass viele Gemeinden sich im 16. Jahrhundert eigene Statuten und Satzungen gaben.

Wesentlich zur rechtlichen Natur der Bauernzunft als Statut gehörte die Befugnis der Dorfgemeinde, ihr eigenes Recht zu bewahren und durch neues Satzungsrecht fortzubilden. Es handelte sich um Satzungsrecht in einem beschränkten kommunalen Wirkungskreis, das durch höheres Recht, nämlich Landes- und Zendenrecht, durch Gewohnheit, Herkommen und nachbarliche Bindungen eingeengt wurde. «Wenn die Gemeinde zur Normensetzung berechtigt ist, so muss sie logischerweise Herrschaftsgewalt haben, da das Recht nicht grundsätzlich ohne die Macht bestehen kann»<sup>4</sup>.

Die Gemeinde selber wachte über die von ihr für einen bestimmten Rechtskreis verbindlich aufgestellten Bestimmungen und deren Befolgung und Einhaltung. Neben den Gemeindevorstehern nahmen die einzelnen Bürger Übertretungen wahr und sorgten für deren Bestrafung. Vielfach bestand eine Anzeigepflicht für Verbrechen und Übertretungen. Wer eine Meldung an die Gewaltshaber unterliess und säumig blieb, musste mit derselben Strafe rechnen wie der Rechtsbrecher<sup>5</sup>.

Die geschützten Güter der Bauernzünfte sind die allen Bürgern gemeinsamen Felder, Wälder, Allmenden und Alpen, die im Gemeingebrauch stehenden Plätze, Strassen und Gebäulichkeiten, kurz alle im Interesse der Dorfgemeinschaft stehenden Güter. Jedes vorschriftswidrige Verhalten verletzte die Gemeinde und bildete einen strafbaren Verstoß gegen die Treue- und Gehorsamspflicht<sup>6</sup>.

Gelegentlich finden sich in den Ortsrechten Bestimmungen zum Schutz der privaten Sphäre und der persönlichen Güter. In Naters stand den Bürgern gegenüber Dieben ein Selbsthilferecht zu. Wer einen Dieb in seinem Eigentum auf frischer Tat ertappte, durfte ihn ungestraft schlagen, stechen, hauen und verletzen, nur nicht töten<sup>7</sup>. Wer fremdes Feder-

<sup>4</sup> L. Carlen, Gericht und Gemeinden, S. 216. - Zur Rechtssetzungsbefugnis der Gemeinde, vgl. K.S. Bader, Das Dorf II, S. 334 ff. und daselbst aufgeführte Literatur.

<sup>5</sup> G.-A. Saas-Balen, B 5 (1763). - L. Bortler, Ried-Brig, S. 18. - D. Imesch, Naters, S. 64. - Ders., Der Zenden Brig, S. 149 ff. - F. Joller, Freheiten des Zenden Bryg, S. 303 ff. - G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 256. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff. - AGVO, S. 32-35, Töbel, B 4 (1531).

<sup>6</sup> Vide Kapitel: Gehorsams- und Treuepflicht. - Vgl. W. Ebel, Der Bürgereid, S. 175.

<sup>7</sup> D. Imesch, a.a.O., S. 64.

vieh in seinen Gütern fand, durfte es, ohne Straffolgen und Schadenersatzforderungen zu befürchten, töten<sup>8</sup>.

Der Einzelne, seine Freiheit, Ehre, Vermögen, Leib und Leben wurden durch das Landes- und Zendenrecht geschützt, ebenso der Staat, die Gemeinschaft, die Behörden und der öffentliche Glaube. Entsprechend der Schwere der Straftat und der Bedeutung des geschützten Gutes, fiel die Höhe der Strafe aus. Jede Straftat verletzte nicht nur den Einzelnen, sondern war zugleich ein grober Verstoss gegen die Ordnung Gottes und des Staates. Die Gesetze sahen Todes-, Körper-, Ehren-, Geld- und Verbannungsstrafen vor. Sehr häufig wurden spiegelnde Strafen verhängt. Wer mit seiner Hand eine frevlerische Tat begann, verlor zur Strafe seine Rechte<sup>9</sup>.

Die Bauernzünfte kannten im Gegensatz zum Landes- und Zendenrecht keine Todes-, Körper- und Verbannungsstrafen. Ihre Organe wären auch nicht zuständig gewesen, sie zu verhängen. Sie beschränkten ihre Strafzumessung vorwiegend auf Geldstrafen, auf den Entzug des Bürgernutzens oder auf den Entzug des Bürgerrechtes. Die Geldstrafen betrugen, entsprechend der Schwere des Vergehens, zwischen 4 Pfarth und 60 Pfund. Während im Jahre 1470 Holzfrevler in Fiesch<sup>10</sup> mit 4 Ambrosianern gebüsst wurden, ahndet Geschinen<sup>11</sup> dasselbe Vergehen 200 Jahre später mit 30 Pfund Busse. Dieses Beispiel zeigt, dass von Dorf zu Dorf das Strafmass stark variierte, aber auch, dass der Zeitpunkt des Erlasses der Statuten und die Geldentwertung zu berücksichtigen sind. Die höchste Geldstrafe, die das alte Walliser Recht kannte, war die Busse von 60 Goldpfund St. Morizer-Währung (= der alte Königsbann). Die Geldstrafe war die meist verhängte Strafe.

Die Bussen wurden für jede einzelne Übertretung und jedes Vergehen eingezogen, wie es in den Bauernzünften statuiert war: «*tociens quociens fuerit contra voluntatem dictorum villanorum*», «*quociens haec lex violata fuerit*», «so oft und dick das beschicht», «soll da fürthün von tag zu tag verfallen sin», «*quociens cumque acciderit*», «so oft der übertreter wird ertapet werden», «buoss ohn gnadt zu inzüchen so oft, gott geb, durch welches es bescheche»<sup>12</sup>.

<sup>8</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 321. - D. Imesch, a.a.O., S. 64. - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 216. - Ders., Brigerbad, S. 128. - Vgl. K.S. Bader, Das Dorf, III, S. 63 ff. - E. von Künssberg, Hühnerrecht und Hühnerzauber, S. 126 ff. - H. Planitz, Die Vermögensvollstreckung im deutschen mittelalterlichen Recht.

<sup>9</sup> Vide Anmerkung I.

<sup>10</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22.

<sup>11</sup> G.-A. Geschinen, B 4 (1668).

<sup>12</sup> G.-A. Bitsch, B I (1619). - G.-A. Ernen, B I (1466). - G.-A. Staldenried, B I (1548).

Wer in Zermatt an einem Tanz teilnahm, wurde mit 2 Pfund und wer sich mit Spielen (Karten, Würfeln etc.) die Zeit vertrieb mit 10 Schilling gebüsst<sup>13</sup>. Taugenichtse, unnützes Gesinde und böse Buben, welche andere belästigten oder an fremdem Gut Schaden anrichteten, sowie Trunkbolde und Gotteslästerer wurden in Brig ins «trillhüslin oder taubhislin» gesperrt<sup>14</sup>. Ähnliche Ehrenstrafen sind uns für keine andere Gemeinde bekannt.

Manche Urkunden lassen uns ahnen, wie weinfröhlich und trinkfreudig das Volk und das 16./17. und 18. Jahrhundert waren. Statt der herkömmlichen Bussen musste ein bestimmtes Mass Wein abgegeben werden. Gemäss den Burgersatzungen von Visp aus dem Jahre 1727 hatte jeder, der aus dem Burgerrat oder den Burgerversammlungen ausplauderte als Strafe ein Lagel Wein zu bezahlen<sup>15</sup>. In Albinen musste jener ein Weinstrafe erlegen — sub poena unius quarteoni vini — der sein Amt als Versöhnungsrichter in der Gemeinde nicht richtig versah<sup>16</sup>. Ein Holzfrevler verfiel 1689 in Ulrichen der Strafe eines Lagels Wein. Ebenfalls in den Satzungen von Ulrichen, das ausserhalb von Weinanpflanzungsgebieten liegt, lesen wir 1705: «Wer mehr Vieh auf die Alpe treibt, als laut der Purenzunft erlaubt ist, zahlt zur Busse einen Saum Wein, ohne alle Gand. Wer sich vermisst am 'Unterberg' Gras zu strupfen oder zu mähen, zahlt zur Busse einen Saum Wein ohne alle Gnad. Wer einer unbekannten Person Herberge oder 'Unterschleif' gibt, ohne es den Vorstehern anzuzeigen, zahlt zur Busse einen Saum Wein, ohne alle Gnad»<sup>17</sup>.

- AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - AGVO. S 32-35, Fiesch, B I (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 21 ff. - G.-A. Stalden, B I (1589). - G.-A. Grächen, B I (1553), B 2 (1585). - B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - G.-A. Niederwald, B I (1565). - Ausserbinn, 1568, Abschrift J. Bielander. - G.-A. Oberems, B 4 (1569). - AGVO. S 32-35, Oberwald, Obergesteln, Unterwasser, B I (1515).

<sup>13</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 377.

<sup>14</sup> J. Bielander, Brig, S. 402 f. - L. Carlen, Brig, S. 25. - Wer mit Fluchen oder Schwören Gott lästerte, wurde gelegentlich auf Busswallfahrten geschickt, vgl. L. Carlen, Straf- und Sühnewallfahrten nach Einsiedeln, Der Geschichtsfreund, Mitteilungen des Historischen Vereins der fünf Orte..., 125. Band (1972). - Gemäss den Satzungen des Zenden Brig von 1540 musste, wer mit Schwören und Fluchen Gott beleidigte, zur Strafe das Erdreich küssen. Hartnäckige Gotteslästerer wurden ins Halseisen gesperrt. - Vgl. D. Imesch, Zenden Brig, S. 155. - Zum Pranger als Strafe, vgl. L. Carlen, Der Pranger im Wallis, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, 73. Band (1956), S. 395 ff. - Ders., Rechtsaltertümer, S. 26. - Ders., Das Halseisen im Wallis, WJB 26 (1957), S. 47-50. - Ders., Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 88.

<sup>15</sup> B.-A. Visp, BB 3 (1727).

<sup>16</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552).

<sup>17</sup> P. Am-Herd, a.a.O., S. 151. - Vgl. L. Carlen, Der Wein im Recht, S. 30. - Ders., Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, S. 342. - J. Bielander, Bauernzünfte, S. 586.

Wer in Turtmann<sup>18</sup> und Unterems<sup>19</sup> der Pflicht, seine an die Landstrasse und öffentlichen Wege grenzenden Güter einzuzäunen, nicht nachkam, musste ein Mass Wein erlegen. Die Statuten von Erschmatt aus dem Jahre 1752 schrieben sogar die Art des Weines vor, nämlich ein Sester Rotwein für gepachtetes und überzähliges, auf der Allmend geweidetes Vieh<sup>20</sup>.

Gelegentlich finden sich andere Naturalstrafen. Wer in Ried-Brig das Vieh nicht ordnungsgemäss durch die Gassen auf die Allmend trieb, sollte ein «Lüffel Wachs Buoss» bezahlen<sup>21</sup>. In Erschmatt «soll keiner auf des anderen Acher etzen, by Pfand von einem Viertel Korn»<sup>22</sup>.

Eine für Viehwirtschaft betreibende Bevölkerung äusserst harte Strafe war der Verlust der Nutzungsrechte an den gemeinsamen Gütern. Wer in Ausserbinn am Alp-Gemeinwerk nicht mithalf, verlor für ein Jahr sein Alprecht<sup>23</sup>. Die Statuten von Niedergesteln<sup>24</sup> und Steg<sup>25</sup> schlossen jene vom Feldgang aus, die dem Gemeinwerk fernblieben. In Ried und Bitsch durfte niemand unter Strafe des Verlustes der Allmend- und Alprechte fremdes Vieh dinge und auf die Alpen treiben<sup>26</sup>. In den Statuten von Turtmann lesen wir, dass Ungehorsam gegenüber den Gemeindebeschlüssen und den Gewaltshabern mit dem auf ein Jahr befristeten Verlust des Nutzens an allen gemeinen Gütern geahndet wurde<sup>27</sup>.

Recht unterschiedlich sind die Straftatbestände, die mit der härtesten aller Strafen geahndet wurde, mit der Aberkennung des Bürgerrechtes. Wir verweisen auf das Kapitel über den Verlust des Bürgerrechtes.

Fast überflüssig scheint uns der Hinweis, dass nicht nur Strafen ausgesprochen wurden, sondern gleichzeitig der widerrechtliche Zustand beendet werden musste. Das nichtalpberechtigte Vieh musste wieder abgetrieben werden und das ohne Bewilligung auf der Allmend errichtete Gebäude fiel an die Gemeinde<sup>28</sup>. Der Waldfrevler wurde bestraft und ging des Holzes verlustig.

Nicht selten finden sich neben strafrechtlichen auch haftpflichtrechtliche Bestimmungen, besonders wenn es sich um einen, in den Bauern-

---

<sup>18</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 320.

<sup>19</sup> G.-A. Oberems, B 3 (1548).

<sup>20</sup> P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 31.

<sup>21</sup> L. Borter, Ried-Brig, S. 20.

<sup>22</sup> P. Jossen, a.a.O., S. 31.

<sup>23</sup> Ausserbinn, 1568, Abschrift J. Bielander.

<sup>24</sup> J. Siegen, a.a.O., S. 461.

<sup>25</sup> G.-A. Steg, B 2 (1634).

<sup>26</sup> G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>27</sup> L. Meyer, Turtmann, S. 322.

<sup>28</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, a.a.O., S. 22.



zunftstatuten geregelten Schadenfall an einem privaten Grundstück handelte. Der Schädiger erlegte eine Busse an die Gemeinde und war gleichzeitig verpflichtet, den Schaden zu ersetzen<sup>29</sup>.

Unter Schadenersatz versteht man die Wiedergutmachung eines Schadens seitens einer vom Geschädigten verschiedenen Person durch annähernde tatsächliche oder auch nur wertmässige Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zustandes, wie er vor Eintritt des schädigenden Ereignisses oder Vornahme der schädigenden Handlung vorhanden war.

Die Bussen flossen nicht immer in die Gemeindekassen. Gelegentlich findet sich in den Urkunden nur das Strafmass: «Sub poena unius libri», «so soll er um die buoss des guldins bestraft werden», oder «by straff 6 Pfund so offt und dick es geschicht.» In diesen Fällen gehörte die Busse unserer Ansicht nach der Gemeinde<sup>30</sup>.

Manchmal heisst es in den Urkunden, dass die Busse der Gemeinde oder den Dorfleuten zugute komme<sup>31</sup>. In Eischoll<sup>32</sup>, Ems<sup>33</sup> und Ausserberg<sup>34</sup> übergab man den Betrag nicht selten dem Jahrszeit von Allerseelen, «tenetur persolvere unam libram maur. ad commune anniversarium fidelium animarum», in Niederern<sup>35</sup> der Bruderschaft unserer lieben Frau und in Jeitzinen der Kapelle<sup>36</sup>.

Vielfach sahen die Bauernzünfte eine Aufteilung der Busse vor, etwa zwischen der Gemeinde und den Gewaltshabern<sup>37</sup>, zwischen der Gemeinde und den Pfändern<sup>38</sup>, zwischen der Gemeinde und der Kirche<sup>39</sup>,

<sup>29</sup> AGVO. S 32-35, Töbel, B 4 (1531). - Vgl. *L. Meyer*, Töbel, S. 29 ff. - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - G.-A. Mühlebach, B 2 (1592). - G.-A. Münster, B 10 (1601). - AGVO. S 32-35, Reckingen 1558.

<sup>30</sup> G.-A. Niederwald, B 1 (1565). - G.-A. Münster, B 10 (1601). - G.-A. Ernen, B 19 (1714). - G.-A. Geschinen, B 3 (1646). - G.-A. Oberwald, B 2 (1636). - G.-A. Ulrichen, B 1 (1545). - G.-A. Biel, B 2 (16. Jh.). - G.-A. Gluringen, B 2b (1569). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619). - G.-A. Stalden, B 1 (1589). - G.-A. Grächen, B 1 (1553).

<sup>31</sup> AGVO. S 32-35, Reckingen, 1558. - G.-A. Münster, B 2 (1540). - G.-A. Niederwald, B 2 (1772). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>32</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538).

<sup>33</sup> G.-A. Oberems, B 1 (1503).

<sup>34</sup> Ausserberg, B 7 (1571), Abschrift J. Bielander.

<sup>35</sup> AGVO. S 32-35, Niederern, B 4 (1577).

<sup>36</sup> *F. Schnyder*, a.a.O., S. 51.

<sup>37</sup> G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578.

<sup>38</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. *A. Briw*, Fiesch, S. 22 ff. - Geren 1497, Abschrift H.A. v. Roten. - AGVO. S 32-35, Obergesteln, Oberwald, Unterwasser, B 1 (1515). - Vgl. *P. Am-Herd*, a.a.O., S. 180. - Vgl. *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde, S. 216. - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>39</sup> G.-A. Grächen, B 1 (1553), B 2 (1585).

zwischen der Gemeinde und dem Richter<sup>40</sup> oder wie in Zermatt zwischen dem Richter und dem Anzeiger<sup>41</sup>.

Die Strafe wurde jeweils unbedingt ausgesprochen. In den Satzungen finden sich die Ausdrücke: «sine gratia», «irremesibiler», «on gnadt», «ohne Gnad»<sup>42</sup>.

Es stellt sich die Frage, wer die Kompetenz besass, zu urteilen und Strafen zu verhängen. Der Dorfrichter hatte die Funktion eines Friedensrichters. Er sollte zwischen den streitenden Parteien vermitteln. Einige Dörfer hatten eigene Freigerichte, doch bildete dies nicht den Normalfall. Die Gemeinde selber setzte Recht, wachte über dessen Einhaltung und sprach Recht in allen Fällen, wo jemand gegen ihre Satzungen verstossen hatte. Als Spruchbehörde amtierten die Gemeindevorsteher. Nicht in ihren Kompetenzbereich fielen Verbrechen und Vergehen gegen Zenden- und Landesrecht. Die örtliche Zuständigkeit blieb auf ihre Dorfmark, ihre Gemeinde beschränkt.

Schwieriger gestalteten sich die Massnahmen, die auf die Durchsetzung der rechtskräftigen Straferkenntnis gerichtet waren, die Strafvollstreckung. Es tritt die Frage nach der Zwangsgewalt der Gemeinde in den Vordergrund.

Die Bauernzünfte legten in den Statuten die zu besetzenden Vogt- und Pfänderämter fest. Die Vögte oder Aufseher wurden von der Burgerversammlung gewählt oder von den Gewaltshabern eingesetzt. In Visp beispielsweise gab es im Jahre 1641 folgende Ämter: die Vögte der neuen Biene, der Mühle, der Säge, der Kapelle bei der Brücke, der Jahrzeiten, der Vispe, der Viehweiden, der Pfändervogt, der Bannwart, die Vögte der Bachwasserleite, der Alpe in Nanz, der Eyen, der Reben, der Feuer-eimer, der Kaplanei, der Faulen, der Stepfen, der hl. Kreuzpfründe, des Werrigen-Grabens, die Viehhüter, die Fussposten, die Brücken-, Bau- und Rebgartenvögte, der Vispehüter und drei Einzieher<sup>43</sup>.

Wie bereits die Bezeichnung sagt, oblag es den Einziehern, die Bussen einzuziehen. Kleinere Dörfer kannten weniger Ämter, weshalb oftmals

---

<sup>40</sup> B.-A. Zermatt, BB 3 (1571). - Vgl. A. Heusler, RQ, S. 374 ff. - L. Meyer, Zermatt, S. 256. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 273 ff.

<sup>41</sup> Vide Anmerkung 40.

<sup>42</sup> G.-A. Eischoll, B 1 (1538). - AGVO. S 32-35, Visperterminen, B 1 (1519). - G.-A. Staldenried, B 1 (1548). - AGVO. S 32-35, Reckingen, 1578. - Ausserbinn, 1568, Abschrift J. Bielander. - P. Am-Herd, a.a.O., S. 151. - G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

<sup>43</sup> B.-A. Visp, BB 8q (1641). - In Zeneggen pflegte man «duo custodes silvarum wr. banwarten» und «tres custodes pro pingorandis armentis et pecoribus aberratibus» (Viehpfänder) zu wählen, G.-A. Zeneggen, B 2 (1604).

andere Vögte diese Aufgabe übernahmen<sup>44</sup>. Das Amt eines Bannwartes, eines Wasservogtes oder eines Pfänders versprach keine leichte und dankbare Arbeit. Wer einen Pfänder tätlich oder mit Worten angriff oder ihm den Gehorsam verweigerte, musste mit harten und empfindlichen Strafen rechnen.

Den Fall des hartnäckigen Ungehorsams und der Weigerung regelt u.a. das Bürgerreglement von Visperterminen: «Possunt talia animalia per custodes pignorari pro solido pignori de quolibet capite, et si huiusmodi pignoratione aliquis rebellis et inobediens se redderet, talis devolutur sibi communitati et burgensibus unam libram semel tociens quociens contingeret, et si contingeret aliqua animalia pignorare in presiis et reollecturis custodes vel pignoratores de quolibet capite sex denarios»<sup>45</sup>.

Wegen Geldknappheit waren die Bauern vielfach ausser Stande, die auferlegte Busse sofort zu begleichen. Manchmal werden sie sich geweigert haben. In diesen Fällen belegte der Pfänder einen entsprechenden Teil der Fahrnishaft — meistens Vieh — des Schuldners mit Beschlag. Wollte dieser sein Pfand auslösen, war er gezwungen, die Busse zu bezahlen. Häufig durften die Pfänder einen Teil der Busse als Entgelt für ihre Arbeit und ihre Mühe behalten<sup>46</sup>.

Konnte keine Pfändung durchgeführt werden, oder wurde sie gewaltsam verhindert, blieb der Gemeinde die Möglichkeit, die Durchsetzung und Rechtshilfe vom Zendingericht zu verlangen. Die Vollzugsform der Pfändung war im Landrecht geregelt<sup>47</sup>.

Wie das Landrecht kannten auch die Ortsrechte Strafschärfungsgründe. Der Rückfall wurde manchmal ausdrücklich — *quod ille talis repertus sit* — erheblich strenger geahndet<sup>48</sup> und die nachts oder im Dunkeln vollbrachte Tat stand unter härteren Sanktionen<sup>49</sup>. Ähnlich dem Landrecht traf in den Dörfern den Mitwisser, der eine Anzeige eines Vergehens unterliess, dieselbe Strafe wie den Täter<sup>50</sup>.

<sup>44</sup> In Unterems traten die Gewaltshaber selber als Pfänder auf, vgl. G.-A. Oberems, B 4 (1569).

<sup>45</sup> AGVO. S 32-35, Visperterminen B 1 (1519).

<sup>46</sup> AGVO. S 32-35, Fiesch, B 1 (1470). - Vgl. A. Briw, Fiesch, S. 22 f. - Geren (1497) Abschrift H.A. v. Roten. - AGVO. S 32-35, Obergesteln, Oberwald, Unterwasser, B 1 (1515). - Vgl. P. Am-Herd, a.a.O., S. 180. - G.-A. Oberems, B 3 (1548). - Vgl. L. Carlen, Gericht und Gemeinde, S. 216. - G.-A. Bitsch, B 1 (1619).

<sup>47</sup> L. Carlen, a.a.O., S. 217. - Vgl. Ders., Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 142 ff. - A. Heusler, RQ, S. 201 ff.

<sup>48</sup> G.-A. Albinen, B 6 (1552). - P. Jossen, Erschmatt, Bratsch, Niedergampel, S. 16. - L. Borter, Ried-Brig, S. 18.

<sup>49</sup> G.-A. Mühlebach, B 2 (1592).

<sup>50</sup> Vide Anmerkung 5.

## SCHLUSSKAPITEL

### BURGERRECHTE HEUTE

Während vielen Jahrhunderten prägte die Burgerschaft das politische und wirtschaftliche Leben des Oberwallis. Die Französische Revolution brachte nicht nur Elend, Krieg und Not, sondern auch neue Ideen in unsere Bergtäler. Der Begriff Munizipalität oder Einwohnergemeinde, der alle im Territorium Niedergelassenen und nicht nur jene, durch Herkunft, Tradition oder Grundbesitz mit dem Gemeindegebiet verbundenen zu Gemeindeangehörigen machte, ist ein ideologisches Erbe jener Epoche.

Die sieben alten Zenden verzichteten am 22. Februar 1798 auf ihre Hoheitsrechte über das Unterwallis. Nach der kurzen Zeit der Helvetischen Republik (1798—1802) wurde das Wallis im Jahre 1802 eine selbständige Republik mit einer eigenen Verfassung, bevor Napoleon es 1810 seinem Reiche als Département du Simplon einverleibte. Nach dem Wiener-Kongress wurde es 1815 als neuer Kanton in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen.

Für die Weiterentwicklung des Gemeinderechtes waren in der Folge neben den kantonalen Verfassungen und Gesetzen vermehrt auch jene des Bundes massgebend. «Als der eidgenössische Gesetzgeber im ganzen Umfang der Schweiz anno 1848 den Grundsatz der freien Niederlassung des Schweizerbürgers in die Verfassung aufnahm und durch die revidierte B.V. von 1874 ihm auch das Stimm- und Wahlrecht in Angelegenheiten seiner Niederlassungsgemeinde zuerkennen wollte, da standen ihm drei Wege zur Erreichung dieses Zieles offen: entweder den Burgergemeinden die Gemeindeverwaltung auch in Zukunft überlassen und die Aufnahme des niedergelassenen Schweizerbürgers in das Bürgerrecht der betreffenden Gemeinde zum Grundsatz erheben oder der Burgergemeinde die Gemeindeverwaltung entziehen und dieselbe der Einwohnergemeinde übertragen oder auch die Gemeindeverwaltung der Burgergemeinde belassen, aber die niedergelassenen Schweizerbürger, die nicht Gemeindebürger sind, vom Stimmrecht in den spezifisch burgerlichen Angelegenheiten (Nutzung der Burgergüter usw.) ausschliessen und so

doch die Einheit der Gemeinde beibehalten, statt Bürger- und Einwohnergemeinde nebeneinander aufzurichten»<sup>1</sup>.

Der eidgenössische Gesetzgeber hielt an der zweiten Variante fest, überliess es jedoch den Kantonen, die Mitnutzung an den Bürger- und Korporationsgütern und das Stimmrecht in rein bürgerlichen Angelegenheiten auch den niedergelassenen Schweizern zuzuerkennen oder nicht.

Das Wallis entschied sich für das administrative Dualsystem, eine politische Gemeinde neben der Bürgergemeinde, beide mit eigenen Urversammlungen und eigenen Organen<sup>2</sup>.

Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, die Entwicklung der Burgerschaft durch all die Jahrhunderte bis auf unsere Tage zu verfolgen. Und doch wollten wir jene historisch bedeutenden Ereignisse der Französischen Revolution und des 19. Jahrhunderts kurz beleuchten, da in der Folgezeit neben die jahrhundertealte und traditionsreiche Burgerschaft die Munizipalität tritt. Auf die Entwicklung der Burgerschaft und der Munizipalität, die ausführlich von R. Loretan, P. de Courten und W. Kämpfen behandelt wurden, gehen wir nicht näher ein, sondern verweisen auf die entsprechende Literatur<sup>3</sup>.

Um diese rechtshistorische Studie, die sich vorwiegend mit den Rechten und Pflichten der Bürger bis zur Französischen Revolution befasste, abzuschliessen, sei uns gestattet, kurz einen Blick auf unsere Tage zu werfen und zu betrachten, welche im Mittelalter begründete Rechte und Pflichten noch im Zeitalter der Weltraumfahrt Geltung und Bedeutung haben.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine von uns in sämtlichen Gemeinden, respektive Bürgergemeinden des Oberwallis durchgeführte Umfrage und auf die Bürgerreglemente, sowie eine Erhebung der Vereinigung der Walliser Bürgergemeinden.

Die Bürgergemeinde als Institution hat die Stürme der Französischen Revolution überdauert. Einige Burgerschaften fielen der Helvetik zum Opfer oder gingen ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben verlustig und sanken wieder auf die Stufe einer rein privatrechtlichen Genossenschaft zurück, wie das Beispiel des Freigerichtes Ganter zeigt. «Das friedliche Alpental von Ganter», so schreibt D. Imesch, «durchlebte jahrhunderte-

---

<sup>1</sup> W. Kämpfen, Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis, S. 56. - R. Loretan, Das Gemeinde-recht des Kantons Wallis, S. 169. - Es ist hier zu erwähnen, dass Loretan nur von den ersten zwei Varianten spricht und die dritte unerwähnt lässt.

<sup>2</sup> P. de Courten, La Commune politique valaisanne, S. 30. - W. Kämpfen, a.a.O., S. 57.

<sup>3</sup> Vide Anmerkungen 1 und 2. Vgl. auch die kurze, jedoch sehr interessante und fundierte Veröffentlichung über «Gemeinde und Bürgerschaft im Wallis» von Grégoire Ghika und Bernard Truffer im Walliser Jahrbuch 1967, S. 23 ff.

lang eine eigene Geschichte. Es erwarb sich schon früh die politische Selbständigkeit und bald darauf auch die freie Ausübung der Gerichtsbarkeit... Aber all diesem eigenartigen Leben, all dieser hohen und niederen Herrlichkeit von Ganter bereiteten die Jahre 1798 und 99 ein jähes Ende. Die neuen Ideen, die damals mit ruchloser Gewalt von Frankreich ins Wallis hereingetragen wurden, hatten keine Scheu und Achtung vor dem Alten und Hergebrachten. Und so hörte Ganter auf, eine selbständige Gemeinde und ein freies Gericht zu bilden. Wohl kehrten ruhigere Zeiten wieder, aber das Freigericht und die Gemeinde Ganter wurden nie mehr hergestellt. Das Gebiet des Freigerichtes wurde politisch der Gemeinde Ried-Brig einverleibt, und die alten Bürger von Ganter schlossen sich zu einer Genossenschaft zusammen, die heute noch besteht»<sup>4</sup>.

Die Burgergemeinden hielten weiterhin an den altherwürdigen Traditionen und den jahrhundertealten Einrichtungen fest. Die im 19. und 20. Jahrhundert erlassenen Reglemente befassen sich teils mit den selben Problemen wie Jahrhunderte vorher, und doch blieben die Burgergemeinden nicht in den Schuhen des Mittelalters stecken, sondern hielten, aufgeschlossen und anpassungsfähig, mit der neuen Zeit und dem technischen und wirtschaftlichen Umschwung Schritt.

Der Aufgabenbereich der Burgergemeinden hat sich stark geändert und erheblich ausgedehnt. Wie eh und je setzen sie sich für die Belange der Bürger ein und trachten die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, sowie die touristischen und kulturellen Bestrebungen zu fördern, ohne die jahrhunderte alte Bedeutung der Wälder, Alpen und Allmenden zu vernachlässigen.

Viele der im rechtshistorischen Teil behandelten Institutionen, Rechte und Pflichten werden heute durch Gesetze des Bundes oder des Kantons geregelt. Es kann nicht Aufgabe einer rechtshistorischen Arbeit sein, diese Gesetze näher ins Auge zu fassen.

Den Burgergemeinden kommt eine grosse Bedeutung und Aufgabe zu bei der Raum- und Ortsplanung, beim Unterhalt von Wald- und Güterstrassen, bei Alpmeliorationen, bei Landschaftschutz und Landschaftspflege, in touristischen, kulturellen und sozialen Belangen.

Burgergemeinden stellen Grundstücke zur Verfügung oder treten diese zu günstigen Bedingungen zum Zwecke öffentlichen Nutzens ab, etwa für den Bau einer Heilpädagogischen Schule (Brig), für die Errichtung einer geordneten Kehrrichtablage (Gampel), für den Bau von Kehrrichtverbrennungsanlagen (Saas-Fee, Zermatt), für den Bau von Schulhäusern und den dazugehörigen Anlagen (Visp, Glis, Lalden), für die Erstel-

---

<sup>4</sup> W. Kämpfen, a.a.O., S. 43.



lung von Sportplätzen (Gampel, Raron, Randa) und Schiessanlagen (Saas-Fee) oder zur Förderung von Industrie und Handwerk durch Gewährung von Baurechten (Visp).

Burgergemeinden entrichten Beiträge oder beteiligen sich am Bau und Unterhalt von Werken von öffentlichem Nutzen, etwa an Hochwasserdämmen, Kanälen und Entsumpfungsprojekten (Brigerbad), an der Wasserversorgung (Zermatt), an Elektrizitätswerken und an der Erstellung der Stromnetze (Täsch, Zermatt), an Kirchen und Kapellen (Ried-Brig, Brig, Visp, Raron, Turtmann, Zermatt), an Schulhäusern (Brigerbad, Glis, Raron, Ritzingen, Saas-Balen, Salgesch, Zermatt), an der Regionalbibliothek (Niederwald), an Sportplätzen (Leukerbad, Ried-Brig) und an Tiefkühlanlagen (Albinen, Termen, Salgesch).

Burgergemeinden entrichten Beiträge an die öffentliche Armenpflege (Brigerbad, Glis, Mund, Salgesch, Zermatt), beteiligen sich an den jährlichen Ausgaben der politischen Gemeinde und unterstützen die Orts- und Verkehrsvereine (Mörel, Visp, Zermatt).

Burgergemeinden stellen Bürgerhäuser, Schulhäuser, Räumlichkeiten, Tiefkühlanlagen, Waschanstalten und andere Gebäulichkeiten der politischen Gemeinde oder der Öffentlichkeit zur Verfügung (Brig, Gampel, Lalden, Naters, Salgesch, Termen, Visp, Zermatt, Zwischbergen).

Burgergemeinden kümmern sich um die Pflege und Erhaltung unserer Wälder und Alpen und unserer Erholungsgebiete.

Ein Grossteil der Burgergemeinden des Oberwallis beteiligen sich massgeblich am touristischen Ausbau unserer Gegend durch zur Verfügungstellen von Grundstücken, durch den Bau von Bergbahnen, Skilifts, Hotels, Restaurants, Hallenbädern, Parkplätzen, Autohallen, Tankstellen, Wanderwegen, Vita Parcours oder durch die Beteiligung an im Tourismus beschäftigten Aktiengesellschaften.

Ungefähr die Hälfte der 233 Alpen im Oberwallis sind Burgeralpen. Besonders häufig ist diese Rechtsform im Goms anzutreffen, wo nicht weniger als 48 der insgesamt 55 Alpen den Burgergemeinden gehören<sup>5</sup>.

Wie aus unserer Erhebung hervorgeht, werden die Burgeralpen heute noch ausgiebig genutzt, und zwar nicht nur in den ausschliesslich landwirtschaftlichen Gebieten, sondern auch in den Fremdenkurorten, wenn auch weniger intensiv.

Während auf den Genossenschafts- oder Geteilschaftsalpen der Besatz durch die «Randung», die Summe sämtlicher Kuhrechte festgesetzt wird, kennen die einzelnen Burgergemeinden unterschiedliche Massstäbe für den Besatz der Alpen. Es kann entweder alles gewinterte Vieh oder eine bestimmte Anzahl Vieh pro Familie oder je nach Alprechten aufgetrie-

<sup>5</sup> A. Imboden, Land- und Alpwirtschaft im Oberwallis, S. 180 ff.



ben werden. Mancherorts bestehen, da die Alpen genügend Raum bieten und die Bürger nicht allein von der Viehwirtschaft leben, keine Beschränkungen.

Das Alpnutzungsrecht wird den Bürgern entweder unentgeltlich oder gegen Erstattung einer bescheidenen Alpaufliebstaxe gewährt. Nichtbürger haben in der Regel eine höhere Taxe zu entrichten.

Nicht selten haben jene, welche die Alpen belegen, eine bestimmte Anzahl Tage im Alpgemeinwerk zu arbeiten. Mancherorts werden die Bürger noch zu Gemeinwerken an Strassen und Wegen (Wald und Flur), an Wasserföhren oder in den Bürgerreben verpflichtet, wobei entweder jeder Bürger oder wenigstens ein Familienmitglied zu erscheinen hat.

Laut Arealstatistik nimmt im Kanton Wallis der Wald lediglich 16,5 % der Gesamtfläche ein. Einzig in den Kantonen Basel-Stadt und Genf ist dieser Anteil noch niedriger. Während im Bezirk Leuk 1/5 der Fläche bewaldet ist, sind es im Bezirk Visp nicht einmal 10 %.

Welche Bedeutung dem Wald beigemessen wurde, haben wir dargelegt. Die Bürgergemeinden, denen 87 % des Waldes gehören, wachen über dessen Pflege und Nutzung.

Die Bürger haben einen einmaligen oder mehrmaligen Anspruch auf Bauholz. Dieser Anspruch wird an sehr vielen Orten heute noch geltendgemacht. In seltenen Fällen wird demjenigen, der kein Bauholz bezieht, eine Entschädigung ausgerichtet, ebenso wie demjenigen, der kein Brennholz beansprucht. In den meisten Dörfern steht dem Bürger ein Recht auf Brennholz zu, er darf in den Bürgerwäldern dörres Holz sammeln. Dieses Recht wird in den meisten Dörfern trotz Elektrizität und Ölheizung heute noch ausgeübt.

Mancherorts werden dem Bürger sogenannte Bürgerlöser an Wiesen, Äckern, Rebbergen oder anderen Anbauflächen zugewiesen. Diese Löser dürfen mit keinerlei Verpflichtungen belastet, noch ausgetauscht oder veräussert werden. Die Bürger sind verpflichtet, die ihnen überlassenen Löser sachgemäss zu bewirtschaften.

Die Bürgergemeinde bildet einen Eckstein unseres Staates. Für die Schweiz ist der Staatsaufbau von unten nach oben — Gemeinde, Kanton, Bund — charakteristisch, ja geradezu Existenzvoraussetzung. Besonders in unserer schnellebigen, auf den Moment ausgerichteten Zeit wird oft in der Anonymität und Verantwortungslosigkeit Zuflucht genommen und durch eine vermehrte Zentralisierung dem Bunde zusätzliche Aufgaben und grosse Verantwortung überbunden.

Dieser bequeme, aber mit der Zeit in grosse Abhängigkeit von der Zentralisierung führende Weg untergräbt unsere staatliche Freiheit. «Es ist ein dringendes Erfordernis für die Erhaltung des föderativen Staatsaufbaues», schreibt alt-Bundesrat Traugott Friedrich Wahlen, «dass die

unteren Stufen ihre Kompetenzen voll nutzen, um die ohnehin aus begreiflichen Gründen bestehende Machtkonzentration gegen oben nach Möglichkeit zu begrenzen»<sup>6</sup>. Dies bedeutet, dass die Bürgergemeinden Pflichten und Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung erfüllen können, nicht nach oben abtreten und so die demokratischen Grundrechte unnötig schmälern und einschränken sollen.

Die Bürgergemeinde stellt als Personenverband in der Hierarchie der Gemeinwesen, von der das Subsidiaritätsprinzip ausgeht, einen unverwechselbaren Sonderfall dar. Sie ist, nach den Worten von Prof. E. Bucher «nicht ersetzbar und besitzt auch deshalb in der Hierarchie ihre Daseinsberechtigung. Konkreter ausgedrückt: Gerade weil die Integrationskraft der Wohngemeinde nachlässt, muss zur Bürgergemeinde Sorge getragen werden»<sup>7</sup>.

Die Bürgergemeinden haben vielerorts, wie oben anhand von verschiedenen Beispielen ausgeführt wurde, die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben sich angepasst, haben neue, ihnen von den geltenden Rechtsordnungen zugedachte Aufgaben übernommen, auf dass sie Mitverantwortung tragen und weiterhin, wie während vielen Jahrhunderten, das Wohl des Volkes mitbestimmen.

Kurt Buchmann hat in seinem fundierten, aufschlussreichen und die Bürgergemeinden kritisch betrachtenden Buch «Die Bürgergemeinde — Idee und Wirklichkeit» einige wichtige Prinzipien dargelegt, die wir zusammenfassend hier aufführen möchten<sup>8</sup>.

Die Bürgergemeinden dürfen nicht in sich abgeschlossene, nur den eigenen Interessen dienende Gebilde sein, sondern müssen sich nach aussen öffnen, die ihnen nach Verfassung und Gesetz sowie die freiwillig übernommenen Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit in eigener Autonomie erfüllen, ohne ihre Eigenart preiszugeben. Sie müssen der Aufnahme neuer Bürger und der Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden im Interesse von Ort und Region genügend Beachtung schenken und sollen als staatserhaltendes Element die traditionellen Werte pflegen und bei der jungen Generation — u.a. durch Publikation der öffentlichen und gemeinnützigen Leistungen — das Interesse an den Bürgergemeinden wecken und sie in ihr Wirken einbeziehen.

Wenn möglichst viele Bürgergemeinden in diesem Sinne wirken, bewähren sie sich in der Gegenwart, und man darf getrost sagen:

**Die Bürgergemeinden haben eine Zukunft!**

---

<sup>6</sup> K. Buchmann, Bürgergemeinde - Idee und Wirklichkeit, S. 181.

<sup>7</sup> K. Buchmann, a.a.O., S. 182.

## ANHANG

Die Bauernzünfte enthalten viele, während Jahrhunderten im Wallis gebräuchliche, uns jedoch nicht mehr bekannte Geldwerte, Masse und Gewichte. Da wir in unserer Arbeit die mittelalterlichen und neuzeitlichen Geld- und Masseinheiten beibehalten haben, ist es zum allgemeinen Verständnis von Nutzen, im Anhang kurz einige diesbezügliche Erläuterungen zu geben.

### HOHLMASSE

#### 1. Für Flüssigkeiten

1 Mass	= 1 1/2 Liter	
1 Saum	= 100 Mass	= 150 Liter
1 Lagel	= 50 Mass	= 75 Liter
1 welscher Saum	= 50 Mass	= 75 Liter

#### 2. Für Getreide und feste Sachen: Das Fischel

1 altes Fischel	= 4 Napf	= 25 Liter
1 neues Fischel	= 4 Napf	= 20 Liter

Daneben existieren von Ort zu Ort noch andere Fischel; so zu 15 und zu 16,8 Liter, beispielweise in Naters.

#### 3. Für Flüssigkeiten und feste Sachen

1 Quarterone	= 1/4 Fischel	= 1 Napf	= 4 Mäss
--------------	---------------	----------	----------

#### 4. Für Getreide allein

1 Mütt	= 12 Mäss (nicht Fischel)
--------	---------------------------

Gebräuchlich im 15. Jahrhundert und vorher.

## LÄNGENMASSE

1 Klafter zu 6 Schuh (Fuss)	= 1,92 m ohne Überschlag
	= 1,95 m mit Überschlag
1 Klafter	= 48 Plappart (Plaphard)
	daher die 48 Nägel oder Kerben auf dem Klafterstock
1 Elle	= 2 Schuh = 64 cm
1 Schuh	= 10 Zoll = 32 cm (neu 30 cm)
1 Quadratklafter	= 3,61 m <sup>2</sup> , bzw. 3,68 m <sup>2</sup> , bzw. 3,80 m <sup>2</sup>
1 Fischel (Gütermass)	= 156 Klafter = 563 m <sup>2</sup> (574 m <sup>2</sup> , 592 m <sup>2</sup> )
1 Holzklafter	für Brennholz = 108 Kubikfuss
1 Kubikklafter	(für Heumass) = 7 m <sup>3</sup> (genau 7,07 m <sup>3</sup> )

## GEWICHTE

Die Einheit war das Pfund.

1 Pfund	= 16 Unzen	= 32 Lot	= ca. 500 g
1 Zentner	= 100 Pfund	= 50 kg.	

## ALTE GELDWERTE

Die vorherrschende Geldwährung war im Wallis seit Jahrhunderten bis 1852 die Pfundwährung. Das Pfund war keine Münze, sondern nur ein Nennwert von 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Batzen. Seit dem 17. Jahrhundert war die gebräuchlichste Münze der Batzen, dessen Nennwert 14<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rappen von heute entsprechen. Das Walliser Pfund nannte sich nach der Landschaft Maurienne in Savoyen «Maurienser oder mörsiger Pfundwährung.» Nach heutiger Auffassung hatte das Pfund einen Nennwert von 1,93 bis 1,96 Franken, sofern man es umrechnen darf, denn das Geld hat immer einen zeitbedingten Wert.

1 Pfund	= 13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Batzen
1 Pfund	= 20 Schilling (Sold, solidus)
1 Batzen	= ca. 14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Rappen
1 Batzen	= 4 Kreuzer
1 Sold	= 1/20 Pfund
1 Sold	= 3/4 Batzen

1 Gross (alte Währung)	= 1/3 Batzen	= 1 Groschen
1 Gross (neue Währung)	= 1/2 Batzen	= 1 Groschen
1 Kreuzer	= 1/4 Batzen	
1 Quart	= 1/8 Batzen	
1 Denar	= 1/16 Batzen	
1 Obolus (Heller)	= 1/32 Batzen	
1 Imperial	= 1/64 Batzen	
1 Ambrosianer	= 1 Plappart (Plaphard)	
1 Plappart	= 1/48 Batzen	

### Fremde Geldwerte

1 Florin oder Gulden		= 1/3 Pfund
1 Krone	= 25 Batzen	= 3,62 Franken
1 Dukat	= 37 1/2 Batzen	= 4,32 Franken
1 Pistole oder spanische Dublone	= 112 1/2 Batzen	= 16,34 Franken

Zu den Geldwerten und Massen im Wallis, vgl. *A. Briw*, Reckingen, S. 62 ff — *Ders.*, Fiesch, S. 32 ff. — *D. Imesch*, Naters, S. 134 ff. — *J. Zurbriggen*, Täsch, S. 307 f. — *J. Ruden*, Zermatt, S. 148. — *D. Imesch/W. Perrig*, Ganter, S. 50. — *J. Bieler*, Die Pfundschatzung, Schweiz. Volkskunde XXXXI (1951), S. 18—22. — *L. Carlen*, Das Stockalperschloss in Brig, Brig 1976, S. 20.

Zur allgemeinen Münz- und Geldgeschichte, vgl. *A. Escher*, Schweizerische Münz- und Geldgeschichte von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Bern 1881.

## BAUERNKALENDER UND HEILIGENFESTE

Vielfach erwähnen die Urkunden nicht ein genaues Datum, sondern ein allen bekanntes Heiligenfest. In Niedergampel und Turtmann beispielsweise mussten die Hühner vom Feste Maria Magdalena bis St. Michael in Ställen gehalten werden. Für den Alpauftrieb und die Rückkehr aus den Alpen, für das Säen und Ernten, für das Holzführen und andere im bäuerlichen Leben wichtige Ereignisse und Handlungen war ein Heiligenfest nicht nur im Wallis, sondern auch in anderen Gegenden wie H. Rennefahrt und R. Weiss zu berichten wissen, der massgebende Zeitpunkt.

Im Volkstum fanden die Heiligenfeste vielfach Niederschlag in Sprüchen und Wetterregeln. So sagt man beispielsweise: «Schniits in die Palme, so schniits ins Chore» (Palme = Palmsonntag) oder «Schniits an Zant Petri Stüölfier (22. Februar), so gits no 32 Griwjini».

Abgesehen von den beweglichen, eine bedeutende Stellung einnehmenden hohen Festtagen Ostern, Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam, kam unter anderem folgenden Heiligenfesten eine rechtserhebliche Bedeutung zu:

- Georg	23. April	Ende der Gemeinde-Atzung
- Gregor	17. Juni	Alpfahrt
- Johannes Baptist	24. Juni	Alpfahrt
- Peter und Paul	29. Juni	Alpfahrt
- Maria Magdalena	22. Juli	Hühner in Stall
- Jakob d. Ältere	25. Juli	Höhepunkt des Alpsommers Äplerfest, Jagdbeginn
- Maria zum Schnee	5. August	Viehsegnung
- Maria Himmelfahrt	15. August	Augustfest, Armenspende
- Theodul	16. August	Landespatron, Theodulsspende
- Bartholomäus	24. August	Alpprodukte an Arme und an die Geistlichkeit
- Verena	1. September	Flurzwang — Zelgenbestellung
- Kreuzerhöhung	14. September	Alpabtrieb
- Matthäus	21. September	Alpentladung
- Mauritius	22. September	Schafscheide, Alpabtrieb
- Michael	29. September	Weinernte, Markt, Alpabtrieb Beginn Gemeinde-Atzung
- Gallus	28. Oktober	Beginn der Stallfütterung Markt, Weinernte
- Martin	11. November	Ende des Weinjahres und des Viehzüchterjahres, Markt, Stallfütterung, Zinstermin
- Weihnachten	25. Dezember	Stichtag im Winterungsprinzip

Die drei ritterlichen Heiligen, Georg, Michael und Martin, wurden häufig als Viehpatrone verehrt.

# QUELLEN UND LITERATUR

## I. Quellen

### 1. UNGEDRUCKTE QUELLEN

Die ungedruckten Quellen sind in den Anmerkungen verzeichnet. Ausgewertet wurde das Material der lokalen Archive des Oberwallis, nämlich der Pfarr-, Kirchen- und Gemeinde-Archive, soweit für unsere Arbeit bedeutende Dokumente vorhanden und die Archive uns zugänglich waren. Es würde zu weit führen, wollten wir hier sämtliche von uns benutzte Archive auflisten.

Wertvolles Quellenmaterial fanden wir auch im:

- Staatsarchiv in Sitten (zitiert: StAS),
- Archiv des Geschichtsforschenden Vereins von Oberwallis in Brig (zitiert: AGVO),
- Stockalper-Archiv in Brig.

### 2. GEDRUCKTE QUELLEN

*Gremaud Jean:*

Documents relatifs à l'histoire du Valais (zitiert: Gremaud). (Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse Romande, t. XXIX à XXXIII et XXXVII à XXXIX.) 8 Bände. Lausanne 1875—1898.

*Heusler Andreas:*

Rechtsquellen des Cantons Wallis (SA aus ZSR, NF. VII—IX). Basel 1890 (zitiert: Heusler, RQ).

*Imesch Dionys:*

Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500. 1. Band (1500—1519), Brig 1916; 2. Band (1520—1529), hrsg. von André Donnet, Brig 1949.



*Truffer Bernhard/Gattlen Anton:*

Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500. 3. Band (1529—1547), Brig 1973; 4. Band (1548—1564), Brig 1977.

*Liebeskind Wolfgang Amadeus:*

Bischof Walthers II. Auf der Flüe Landrecht der Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, Leipzig 1930.

## II. Literatur

*Am-Herd Paul:*

Denkwürdigkeiten von Ulrichen, Bern 1879.

*Arnold Peter:*

Licht und Schatten in den 10 Gemeinden von Östlich-Raron im Wallis, Mörel 1961.

Der Simplon, Brig 1948.

Gondo-Zwischbergen an der Landesgrenze am Simplonpass, Gondo-Zwischbergen 1968.

Kaspar Jodok Stockalper vom Thurm, 1. Band, Mörel 1972.

*Bader Karl Siegfried:*

Das mittelalterliche Dorf als Friedens- und Rechtsbereich, Weimar 1957 (zitiert: Das Dorf I).

Dorfgenossenschaft und Dorfgemeinde, Köln/Graz 1962 (zitiert: Das Dorf II).

Rechtsformen und Schichten der Liegenschaftsnutzung im mittelalterlichen Dorf, Wien/Köln/Graz 1973 (zitiert: Das Dorf III).

*Benz Rosa:*

Der Landammann in den schweizerischen Demokratien Uri, Schwyz und Unterwalden, Diss. Zürich 1917.

*Berchem Victor van:*

Guichard Tavel, Evêque de Sion (1345—1375). Jahrbuch für Schweiz. Geschichte XXIV (1899), S. 28—395.

*Bieler Josef:*

Die Bauernzünfte als Dorfrecht, BWG IX (1944), S. 510—588.

Eine Rechtsordnung der alten Burtschaft Brig, BWG IX (1943), S. 379—416.

Vom Schneefluchtrecht oder von dem «Entwich», WJB XXVI (1957), S. 27—31.

Grenzen und Grenzzeichen im Wallis, Vallesia IX (1954), S. 271—288.

Der Burgertruch im Wallis, Manuskript.

Die Laxralpe, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXVII (1939), S. 87—118.

Die Bewässerung des Gebietes von Lax, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXIX (1941), S. 79—128.

*Biffiger Karl:*

Der Wein in Töbel, in: L. Carlen, Der Wein im Oberwallis, Visp 1972, S. 123—130.

*Bloetzer Hans:*

Das Lötschental und sein Prior, Bern 1964.

— *Bortler Leopold:*

400 Jahre Burgerschaft und Bauernzunft Ried-Brig, 1563—1963, Visp 1963.

Burgerschaften und Bürgerwälder am Simplonnordhang, Schweiz. Zeitschrift für Forstwesen, Nr. 8/9 (1966), S. 611—636.

Aus der Geschichte von Mund, in: Kirchweihe Mund, 25. Juli 1964.

*Briw Adolf:*

Reckingen, BWG VII (1930), S. 35—101.

Aus Geschichte und Brauchtum der Pfarrgemeinde Fiesch, Visp 1961.

*Buchmann Kurt:*

Die Bürgergemeinde — Idee und Wirklichkeit, St. Gallen 1977.

*Burgener Paul-Eugen:*

Burgerschaft Visp, unveröffentlichtes Manuskript.

Zur Gemeindebildung in Visp, Rechtsgeschichte und Volkskunde, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 12, 1968, S. 28—30.

*Carlen Louis:*

Gericht und Gemeinde im Goms, Freiburg 1967.

Zur Geschichte von Brig, Brig 1965.

Das Landrecht des Kardinals Schiner, Freiburg 1955.

Das Walliser Landrecht, BWG XII (1959), S. 401—414.

Die Rechtsstellung der Fremden in der Landschaft Wallis in der Schweiz, Recueil de la Société Jean Bodin X, Bruxelles 1958.

Vom Fremdenrecht im Wallis vom 15. bis ins 18. Jahrhundert, Vallesia VIII (1953), S. 131—144.

Das Meiertum von Binn, WJB XXVII (1956), S. 33—35.

Der Ammann von Fieschertal, WJB XXVII (1959), S. 60—62.

Die Landsgemeinde vom Goms, BWG XV/14. (1973), S. 17—25.

Die Wahl der Zendenbehörden im alten Goms, WJB XXXIII (1964), S. 49—52.

Die Landsgemeinde in der Schweiz, Sigmaringen 1976.

Rechtsaltertümer aus dem Wallis, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 9, 1967.

Beiträge zur Walliser Rechtsgeschichte, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 16, 1970.

Das Halseisen im Wallis, WJB XXVI (1957), S. 47—50.

Der Pranger im Wallis, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Weimar 1956, S. 396—404.

Der Wein im Oberwallis, Visp 1972.

Das Holz im Oberwallis, Visp 1975.

Die Reckinger Aeginenalpe, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 18, 1970.

Naters-Blatten-Belalp, Bern 1973, (Schweizer Heimatbücher, SH 168).

Das Goms, Bern 1966, (Schweizer Heimatbücher, SH 128).

– Brig, Bern 1968, (Schweizer Heimatbücher, SH 138).

Dorfgerichte im Wallis, Zeitschrift für Walliser Rechtssprechung, 1969, Nr. 1, 12 Seiten.

Alpenlandschaft und ländliche Verfassung, Montfort 3/4, 1969.

Gemeinwerk, in: Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte I, Spalte 1516—1518.

– Freigerichte im Oberwallis, Festschrift Karl Siegfried Bader, Zürich 1965, S. 69—85.

Tesselrecht im Saas, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXXVII (1957), S. 50—51.

– Verlobung und Hochzeit im alten Wallis, Schweiz. Archiv für Volkskunde XXXV (1957), S. 205—221.

*Caroni Pio:*

Le origini del dualismo comunale svizzero, Milano 1964.

*Courten Paul de:*

La commune politique valaisanne, Diss. Freiburg 1929.

*Dorsaz Hans:*

– Der Wald im Oberwallis, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, Visp 1975, S. 9—29.

*Dubois Alain:*

– Die Salzversorgung des Wallis 1500—1600, Wirtschaft und Politik, Diss. Zürich 1965.

*Ebel Wilhelm:*

Der Bürgereid, Weimar 1958.

*Eggs Julius:*

– Die Geschichte des Wallis im Mittelalter, Einsiedeln 1930.

*Elsener Ferdinand:*

Neue Literatur zur Verfassungsgeschichte der Dorfgemeinde, Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, Band 13, 1955, S. 202—224.

*Évéquoz Henri:*

Essai sur l'histoire de l'organisation communale et des franchises de la ville de Sion, Diss. Bern, Lausanne 1924.

*Fehr Hans:*

Deutsche Rechtsgeschichte, 5. Auflage, Berlin 1952.

*Feldmann Markus:*

Wie entstand die Gemeinde, Bern 1934.

*Feller Richard:*

Geschichte Berns, Band 1, Bern 1946.

*Frick Hans-Wolfgang:*

Die Näher- und Zugrechte in den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und Luzern, Diss. Bern, Worb 1949.

*Frick Wilhelm:*

Das Bürgerrecht des Zürcher Stadtstaates in seiner rechtshistorischen Entwicklung und Bedeutung, Schweizerische Juristen-Zeitung, Band 24, S. 193 ff.

*Friedmann Nison:*

Die öffentlich-rechtliche Stellung der Fremden in Zürich vom 14. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. Zürich 1934.

*Furrer Sigismund:*

Geschichte, Statistik und Urkundensammlung über Wallis, 3 Bände, Sitten 1850—1852.

*Garbely Leo:*

Freigericht Benken, Gemeinde und Pfarrei Steg (1434—1934), BWG VIII (1935), S. 1—48.

*Gattlen Anton:*

Die Beschreibung des Landes Wallis in der Kosmographie Sebastian Münster, Vallesia X (1955), S. 97—152.

*Ghika Grégoire:*

La fin de l'état corporatif en Valais et l'établissement de la souveraineté des dizaines au XVIIe siècle. Thèse de droit Genève, Sion 1947.

Les statuts de la «commune» de Zinal en 1571, Annales valaisannes, 2e série IX (1954—1956), S. 205—240.

Sur le statut juridique de la femme dans l'ancien droit valaisan, in: Joie et Travail XVI (1952), S. 137—141.

*Ghika Grégoire/Truffer Bernhard:*

Gemeinde und Bürgerschaft im Wallis, WJB 1967, S. 23—30.

*Gierke Otto von:*

Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bände, 2. Auflage, Graz 1954.

*Gmür Rudolf:*

Der Zehnt im alten Bern, Bern 1954.

*Grass Nikolaus:*

Fluchtrechte in den Alpenländern, Juristische Blätter, 73. Jahrgang, Heft 10, 1952, S. 227—229.

*Graven Jean:*

Essai sur l'évolution du droit pénal valaisan, Thèse Genève, Lausanne 1927.

*Grosch Georg:*

Markgenossenschaft und Grossgrundherrschaft im frühen Mittelalter, Berlin 1911.

*Gunter Josef:*

Einbürgerungsgebühren in Ried-Brig bis 1839, WJB XXX (1961), S. 30—32.

*Heldner Paul:*

1450 Jahre Leuk, Glis/Brig 1965.

1350 Jahre Glis, Glis 1965.

Geschichte der Schützenzunft Glis, Naters 1976.

Geschichte der Alten Schützenzunft Naters, Naters 1976.

*Heldner Paul/Carlen Albert:*

Geschichte und Chronik von Baltschieder, Visp 1971.

*Heldner Paul/Bacher Arthur/Feliser Walter:*

Aus Varens Vergangenheit, Naters 1969.

*Heusler Andreas:*

Institutionen des Deutschen Privatrechts, 2 Bände, Leipzig 1885/86.

*Hoppeler Robert:*

Beiträge zur Geschichte des Wallis im Mittelalter, Zürich 1895.

Das Zugrecht nach den Walliser Rechtsquellen des Mittelalters, BWG III (1906), S. 452—456.

Untersuchungen zur mittelalterlichen Rechtsgeschichte des Walliser Rhonetales, BWG VI (1923), S. 225—247.

*Imboden Adrian:*

Die Land- und Alpwirtschaft im Oberwallis, Bern 1972.

*Imesch Dionys:*

Der Zenden Brig bis 1798, BWG VII (1930), S. 103—224.

Der Zenden Visp, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 8, 1966.

Beiträge zur Geschichte und Statistik der Pfarrgemeinde Naters, Bern 1908.

Der Wochenmarkt in Brig, BWG III (1903), S. 178—182.

Historische Einleitung, in: Blitzingen, Der Brand und die Wiederaufrichtung des Dorfes, Brig 1937.

— *Imesch Dionys/Perrig Walter:*

Zur Geschichte von Ganter, Visp 1943.

*Imsegg Konrad:* Saas-Thal, Visp 1973.

*Joller Franz:*

Die Fryheiten des löblichen Zenden Brygs, BWG I (1892), S. 303—311.

*Jörimann Paul:*

Die Statuten des Tales Misox von 1452 und 1531, Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 7 (1927), S. 331—362.

*Jossen Erwin:*

Die Kirche im Oberwallis am Vorabend des Franzoseneinfalls 1790—1798, BWG XV/3 (1972), S. 1—140.

*Jossen Peter:*

Erschmatt, Bratsch und Niedergampel im Zenden Leuk, St. Maurice, 1970.

Brigerbad, Brig 1972.

*Julen Albert:*

Die Namen von Zermatt und seinen Bergen im Lichte der Geschichte, BWG XI (1951), S. 3—58.

— *Kämpfen Werner:*

Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis rechtlich und geschichtlich betrachtet, Diss. Bern, Zürich 1942.

— *Kronig Stanislaus:*

Familienstatistik und Geschichtliches über Zermatt, Ingenbohl 1927.

*Kugler Peter:*

Das Zugrecht und seine Entwicklung, Diss. Basel 1948, Manuskript.

*Lehner Karl:*

Kleine Zermatter Chronik, Zermatt 1942.

*Leumann Paul:*

Das Haus als Träger von markgenossenschaftlichen Rechten und Lasten, Diss. Zürich 1939.

*Liebeskind Wolfgang Amadeus:*

Das Referendum der Landschaft Wallis, Leipziger rechtswissenschaftliche Studien 1928, VIII, 95 Seiten.

Landesherr und Landschaft im alten Wallis, BWG IX (1940—1944), S. 283—292.

Die Hintersässen im Glarner Landrecht des 16. Jahrhunderts, Jahrbuch 55 des Historischen Vereins des Kantons Glarus, 1952, S. 79—99.

La Commune dans l'Histoire politique de la Suisse, Revue de la Société des Juristes bernois, fasc. 3, vol. 77, 1941, S. 111—116.

*Lippert Elsbeth:*

Glockenläuten als Rechtsbrauch, Freiburg im Breisgau 1939.

*Liver Peter:*

Abhandlungen zur schweizerischen und bündnerischen Rechtsgeschichte, Chur 1970.

*Loretan Raymund:*

Das Gemeinderecht des Kantons Wallis, Diss. Fribourg 1911, Manuskript.

*Luchsinger Karl:*

Der Tagwen im Rahmen des glarnerischen Gemeinwesens, Glarus 1941.

*Lüthi Alfred:*

Der Theodulpass, in: Der Geschichtsfreund, Mitteilungen des Historischen Vereins der fünf Orte, 125. Band, 1972, S. 215—245.

*Meyer Leo:*

Zermatt in alten Zeiten, Jahrbuch des SAC, Band 57 (1922), S. 241—280.

Das Turtmantal, Jahrbuch des SAC, Band 58 (1923), S. 279—322.

Die Satzungen der Gemeinde Törbel aus dem Jahre 1531, Kalender für Freiburg und Wallis, 1919, S. 29—30.

*Metry Rudolf:*

Das Bewässerungsrecht des Kantons Wallis, Diss. Bern 1912, Manuskript.

Rechtsgeschichtliche Entwicklung der Gemeinde Albinen bis zum Erlass der Bauernstatuten vom Jahre 1552, Manuskript 1911.

*Miaskowski August von:*

Die Schweizerische Allmend in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Leipzig 1878.

*Müller Iso:*

Zur Entstehung der Pfarreien im Wallis, Vallesia XXII (1967), S. 5 ff.

*Niederer Arnold:*

Gemeinwerk im Wallis, Diss. Zürich, Basel 1956.

*Noti Stanislaus:*

Zur Geschichte der Grafschaft Selkingen, Biel, Ritzingen, Gluringen, Vallesia XXX (1975), S. 1—48.

*Oriani Marcel:*

Die Alpkorporationen des Bezirkes Leuk, Diss. Bern, Manuskript.

*Partsch Gottfried:*

Das Mitwirkungsrecht der Familiengemeinschaft im älteren Walliser Recht, Genf 1955.

*Raschein Rolf:* Bündnerisches Gemeinderecht, Domat/Ems 1972.

*Rennefahrt Hermann:*

Überblick über die Entwicklung des Schweizerbürgerrechts, Zeitschrift für schweiz. Recht, NF. Bd. 71, 1952, S. 695—744.

Die Kerze im Recht, Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, 24. Jahrgang, Zürich 1944, S. 93—106.

Das Statutarrecht der Landschaft Frutigen, Sammlung schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, Aarau 1937.

Das Statutarrecht der Landschaft Saanen (bis 1798), Sammlung schweizerischer Rechtsquellen, Die Rechtsquellen des Kantons Bern, Aarau 1942.

*Roos Adolf*

Kulturzerfall und Zahnverderbnis, Bern/Stuttgart 1962, (dasselbst Ab-



handlungen über die Mühlen und die Backhäuser im Goms).

*Roten Hans Anton von:*

Die Landeshauptmänner von Wallis, BWG X (1948), S. 99 ff.

Die Landeshauptmänner von Wallis, BWG XII (1956), S. 167 ff.

Die Landeshauptmänner von Wallis, BWG XV (1969), S. 1 ff.

*Ruden Joseph:*

Familien-Statistik der löblichen Pfarrei von Zermatt, Ingenbohl 1870.

*Ruppen Peter Josef:*

Die Chronik des Thales Saas, Visp 1945.

*Ruppen Walter:*

Das Holzhaus im Walliserdorf in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, Visp 1975, S. 88—98.

*Rüttimann Josef:*

Über die Geschichte des schweizerischen Gemeindebürgerrechts, Zürich 1862.

*Sauter Marc-R.:*

Préhistoire du Valais, des origines aux temps mérovingiens, Vallesia V (1950), S. 1—167, Vallesia X (1955), S. 1—38.

*Schmid Beat:*

Die Hauszeichen und Wassertässeln von Ausserberg, BWG XVI/4 (1973), S. 95—101.

*Schmid Ferdinand:*

Wandlungen einer Gemeinde-Bauernzunft, BWG I (1890), S. 175—182.

*Schnidrig Alois Lary:*

Grächen, Bern 1952, (Schweizer Heimatbücher, SH 49/50).

*Schnyder Fidelis:*

Chronik der Gemeinde Gampel, Brig 1949.

*Schönenberger Karl:*

Politische Gleichberechtigung der Frau im Wallis vor 400 Jahren, Die Ostschweiz 1957, Nr. 142.

*Seeberger Marcus:*

Jahrzeitstiftungen in Lötschen, in: Rechtsgeschichte und Volkskunde, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 12, 1968, S. 95—102.

*Siegen Johann:*

Gemeinde und Priorat Niedergesteln, BWG XII/4 (1958), S. 445 ff.

*Stahel Arnold:*

Gemeindebürgerrecht und Landrecht im Kanton Zürich, Diss. Zürich 1941.

*Stebler Friedrich Gottlieb:*

Am Lötschberg, Zürich 1907.

Die Vispertaler Sonnenberge, Jahrbuch des SAC, Band 56 (1921).

*Steinhauser Alois:*

Das Zugrecht nach den bündnerischen Statutarrechten, Diss. Bern 1896.

*Stokar Helene:*

Sonntagsgesetzgebung, Ein Überblick bis in die Gegenwart, Diss. Zürich 1949.

*Strüby A./Clausen C.:*

Schweizerische Alpstatistik, Die Alpwirtschaft im Oberwallis, Solothurn 1900.

*Truffer Bernhard:*

Das Waldreglement von Mund vom 7. Mai 1521, in: L. Carlen, Das Holz im Oberwallis, Visp 1975, S. 53—65.

*Tschärner Ludwig S. von:*

Das Statutenrecht des Simmenthales, 2 Halbbände, Sammlung schweizerischer Rechtsquellen. Die Rechtsquellen des Kantons Bern, Aarau 1912, 1915.

*Wackernagel Hans Georg:*

Fraurenrecht im Wallis, in: Altes Volkstum der Schweiz, Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde 38, Basel 1956, S. 108—114.

*Weiss Richard:*

Das Alpwesen Graubündens, Erlenbach-Zürich 1941.

*Weissen Andreas:*

Die Burgerschaft Visp, Schriften des Stockalper-Archivs in Brig, Heft 24, 1973.

*Weissen Ludwig:*

Denkwürdigkeiten von Unterbäch, Privatausgabe 1959.

*Zurbriggen Josef:*

Täsch, Chronik und Kirche, Brig 1952.

## ABKÜRZUNGEN

AGVO	=	Archiv des Geschichtsforschenden Vereins von Oberwallis in Brig.
AN	=	Artikel von Naters (1446).
B.-A.	=	Burger-Archiv.
BWG	=	Blätter aus der Walliser Geschichte, hrsg. vom Geschichtsforschenden Verein von Oberwallis.
G.-A.	=	Gemeinde-Archiv.
LR	=	Landrecht.
Pfr.-A.	=	Pfarr-Archiv.
WJB	=	Walliser Jahrbuch.

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .....	7
Einleitung .....	11
1. Kapitel: ZUR ENTWICKLUNG DER BÜRGERGEMEINDE .	17
2. Kapitel: ERWERB DES BÜRGERRECHTES .....	29
I. <i>Durch Abstammung</i> .....	29
1. Von einem Stammbürger .....	29
2. Eheliche Abstammung .....	31
II. <i>Durch Heirat</i> .....	33
III. <i>Durch Naturalisation</i> .....	34
1. Heirat mit einem Fremden .....	34
2. Erbschaft .....	36
3. Kauf .....	37
4. Erstreckung .....	37
5. Schenkung .....	38
IV. <i>Voraussetzungen zur Naturalisation</i> .....	40
1. Grundeigentum .....	40
1.1. Zum Erwerb des Bürgerrechtes .....	40
1.2. Zum Beibehalten des Bürgerrechtes .....	41
1.3. Zugrecht .....	43
2. Freiheit, Niederlassung, Landesrecht .....	43
3. Einbürgerungsgesuch .....	45
3.1. Recht .....	45
3.2. Pflicht .....	46

4.	Einbürgerungsgebühren .....	46
4.1.	Grundtaxe .....	47
4.1.1.	Interesse der Gemeinde .....	49
4.1.2.	Voraussetzung zu Nutzungsrechten .....	49
4.1.3.	Einmalige Leistung .....	50
4.1.4.	Leistung für Bürgerrechtserwerb .....	50
4.1.5.	Unterschiedliche Ansätze .....	50
4.2.	Feste Einkaufsgebühren .....	51
4.3.	Von Fall zu Fall festgesetzte Einkaufsgebühren .....	52
5.	Abgaben .....	55
	<i>V. Einbürgerungsakt</i> .....	57
1.	Burgereid .....	57
2.	Notarielle Urkunde .....	58
3.	Bürgertrunk .....	59
4.	Bürgerverzeichnis .....	60
	<i>VI. Doppelbürgerrecht</i> .....	61
	<i>VII. Bürgerrechtserwerb durch Zwang</i> .....	62
	<i>VIII. Umstrittenes und beschränktes Bürgerrecht</i> .....	63
3.	Kapitel VERLUST DES BÜRGERRECHTES .....	65
	<i>I. Durch Tod</i> .....	65
	<i>II. Durch Heirat</i> .....	66
	<i>III. Durch freiwillige Aufgabe</i> .....	66
1.	Durch Verzicht .....	66
2.	Durch Veräußerung liegender Güter .....	67
2.1.	Minimum an liegenden Gütern .....	67
2.2.	Veräußerung sämtlicher liegender Güter .....	68
	<i>IV. Durch Ausschluss</i> .....	70
1.	Wegen Untreue und Ungehorsam .....	71
2.	Wegen Nichterfüllung der Gemeinwerkspflicht .....	72
3.	Wegen Hausverkauf und Aufnahme Fremder .....	73
3.1.	Aufnahme Fremder .....	73
3.2.	Hausverkauf .....	75

4.	Wegen Landesverweisung .....	77
5.	Wegen Ausschwatzen .....	78
6.	Wegen Holzfrevell .....	78
7.	Wegen Übergehen des Vermittlungsversuches .....	79
8.	Einzelfälle .....	80
4.	Kapitel POLITISCHE RECHTE DER BURGER .....	82
	I. <i>Voraussetzungen zur Ausübung der politischen Rechte</i> ...	82
1.	Burgerrecht .....	82
2.	Männliche Geschlecht .....	83
3.	Altersgrenze .....	84
4.	Wohnsitz .....	84
	II. <i>Gemeindeversammlung</i> .....	87
1.	Jährliche Versammlung .....	87
2.	Einberufung .....	87
3.	Tagungsort .....	88
4.	Versammlung .....	89
5.	Kompetenzen .....	91
5.1.	Aufnahme neuer Burger .....	91
5.2.	Erlassen von Dorfstatuten .....	91
5.3.	Referendums-Recht .....	92
5.4.	Recht auf Rechnungsabnahme .....	94
5.5.	Mitbestimmungs- und Stimmrecht .....	95
5.5.1.	Einstimmigkeit .....	95
5.5.2.	Prinzip der Mehrheit .....	96
	III. <i>Wahlrecht</i> .....	97
	IV. <i>Zendenversammlung</i> .....	99
1.	Tagungsort und Tagungszeit .....	100
2.	Kompetenzen .....	100
5.	Kapitel NUTZUNGSRECHTE AN GEMEINSAMEN GÜTERN .....	102
	I. <i>Einteilung</i> .....	102
1.	Das Dorf .....	102
1.1.	Das Dorf i.e.S. ....	104

1.2.	Die Feldflur .....	104
1.3.	Die Allmend .....	105
II. Rechte an der Allmend .....		106
1.	Begriff .....	106
2.	Arten der Allmend .....	106
2.1.	Innere Allmend .....	106
2.2.	Äussere Allmend .....	107
3.	Nutzungsrechte an Weiden und Alpen .....	108
3.1.	Rechtssubjekte .....	108
3.1.1.	Bürger .....	109
3.1.2.	Frauen .....	111
3.1.2.1.	Die Rechtsstellung der Frau im Wallis .....	112
3.1.3.	Nichtbürger .....	116
3.1.4.	Andere Berechtigte .....	118
3.2.	Rechtsobjekte .....	118
3.2.1.	Feldflur .....	118
3.2.2.	Allmend .....	118
3.2.3.	Alpen .....	119
3.3.	Umfang der Nutzung .....	123
3.3.1.	Feldflur .....	124
3.3.2.	Allmend .....	128
3.3.2.1.	Abstufung der Allmend .....	129
3.3.2.1.1.	Kuh-, Rinder- und Kälberalpen .....	130
3.3.2.1.2.	Pferdeweiden .....	132
3.3.2.1.3.	Kleinviehhaltung .....	132
3.3.2.1.4.	Wildheuberge .....	134
3.3.2.2.	Das Winterungsprinzip .....	134
3.3.2.3.	Viehpacht .....	137
3.3.2.4.	Belegen und Entladen der Alpen .....	138
3.4.	Viehpfändung .....	140
3.5.	Sanktionen .....	141
3.6.	Steinbrüche und Lehmgruben .....	142
III. Wald und Waldnutzung .....		143
1.	Nutzungsberechtigte .....	144
2.	Objekte der Nutzung .....	146
2.1.	Holz .....	146
2.2.	Sträucher .....	147
2.3.	Weidgang .....	147
2.4.	Streunutzung .....	147
2.5.	Harz .....	148

2.6.	Früchte .....	148
2.7.	Jagd .....	148
3.	Umfang der Nutzung .....	149
3.1.	Holznutzung .....	149
3.1.1.	Holzmeiss, Losholz .....	149
3.1.2.	Bauholz .....	150
3.1.3.	Zaunholz .....	155
3.1.4.	Brennholz .....	155
3.2.	Sträuchernutzung .....	156
3.3.	Streunutzung .....	156
3.4.	Harzgewinnung .....	157
3.5.	Weidgang .....	158
3.6.	Jagd .....	159
4.	Beschränkungen .....	160
4.1.	Bannwälder .....	160
4.2.	Übrige Wälder .....	161
5.	Waldvögte .....	163
6.	Sanktionen .....	163
	 IV. <i>Innere Allmend</i> .....	165
1.	Gewerbeprivilegien der Bürger .....	166
2.	Strassen, Plätze, Wege und Stege .....	167
3.	Gebäude im Gemeingebrauch .....	170
3.1.	Mühlen und Sägen .....	170
3.2.	Backhäuser .....	171
3.3.	Waschhäuser .....	175
6.	 Kapitel ANDERE RECHTE DER BURGER .....	177
	 I. <i>Zugrecht</i> .....	177
1.	Zugberechtigte .....	178
2.	Objekte des Zugrechtes .....	178
3.	Ausüben des Zugrechtes und Fristen .....	179
	 II. <i>Bürgertrunk</i> .....	181
7.	 Kapitel PFLICHTEN DER BURGER .....	184
	 I. <i>Politische Pflichten</i> .....	185
1.	Gemeinde- und Zendenversammlung .....	185



2.	Amtspflicht .....	186
3.	Mehrheitsbeschluss .....	187
	II. <i>Gehorsams- und Treuepflicht</i> .....	188
1.	Gehorsams- und Treueid .....	189
2.	Einzelburgereid .....	191
3.	Gehorsam gegenüber den Satzungen .....	191
4.	Gehorsam gegenüber den Behörden .....	193
5.	Mehrheitsprinzip .....	193
6.	Ignorantia Iuris Nocet .....	193
7.	Sanktionen .....	194
	III. <i>Friedenspflicht</i> .....	195
	IV. <i>Hilfeleistung</i> .....	198
1.	Rechtshilfepflicht .....	199
2.	Katastrophenhilfe .....	200
	V. <i>Pflicht zum Vermittlungsversuch</i> .....	202
	VI. <i>Das Gemeinwerk</i> .....	205
1.	Gemeinwerke der Bauernzünfte und der Geteilschaften .....	206
2.	Gemeinwerkspflichtige .....	207
3.	Arten .....	211
3.1.	Ordentliche Gemeinwerke .....	211
3.1.1.	Alp-Gemeinwerke .....	211
3.1.2.	Gemeinwerke an Wasserfuhren .....	212
3.1.3.	Gemeinwerke an Strassen, Brücken und Dämmen ....	213
3.1.4.	Andere Gemeinwerke .....	214
3.2.	Ausserordentliche Gemeinwerke .....	214
4.	Gemeinwerkspflicht .....	215
5.	Sanktionen .....	216
	VII. <i>Einfriedungspflicht</i> .....	217
	VIII. <i>Zehntabgabe</i> .....	219
	IX. <i>Armenunterstützung</i> .....	222
1.	Spenden .....	222
2.	Andere Wohltätigkeitsanstalten .....	223
3.	Art der Armenfürsorge .....	224

	X. <i>Polizeiordnungen</i> .....	225
1.	Feuerpolizei .....	225
2.	Ordnungen betreffend das sittliche Leben .....	229
2.1.	Sonntagsgebot .....	229
2.2.	Sittenpolizei .....	231
3.	Spezielle Ordnungen .....	233
	XI. <i>Zum Militärwesen</i> .....	235
8.	Kapitel	
	ZUM STRAFRECHT DER BURGERSCHAFTEN ..	241
	Schlusskapitel	
	BÜRGERRECHTE HEUTE .....	249
	Anhang .....	255
	Masse, Gewichte und Geldwert .....	255
	Bauernkalender und Heiligenfeste .....	257
	Quellen und Literatur .....	259
	Abkürzungen .....	268
	Inhaltsverzeichnis .....	269







